

## Protokoll

über die 89. Sitzung vom 4. April 2019

Beginn: 9:34 Uhr

**Präsidentin Muhterem Aras:** Guten Morgen, meine Damen und Herren!

(Unruhe)

– Meine Damen und Herren, ich würde gern beginnen.

Ich eröffne die 89. Sitzung des 16. Landtags von Baden-Württemberg.

Von der Teilnahmepflicht befreit sind Herr Abg. Filius, Herr Abg. Herre, Herr Abg. Maier, Frau Abg. Neumann-Martin, Herr Abg. Räßle, Herr Abg. Stein sowie Herr Abg. Dr. Weirauch.

Seitens der Regierung haben sich aus dienstlichen Gründen entschuldigt: ganztätig Herr Staatssekretär Dr. Baumann und Frau Staatssekretärin Schütz sowie ab Tagesordnungspunkt 3 Herr Minister Hermann.

Dienstlich entschuldigt ist außerdem Herr Abg. Frey.

Ferner ist Frau Staatsrätin Gisela Erler entschuldigt.

Meine Damen und Herren, Sie sehen dort drüben einen schönen Blumenstrauß. Sie sehen, man kann sogar einen Blumenstrauß bekommen, ohne dass man einen Geburtstagskuchen geliefert hat.

(Heiterkeit – Abg. Reinhold Gall SPD: Aber nur ein Mal!)

Herr Minister Untersteller hat heute Geburtstag.

(Beifall bei allen Fraktionen und auf der Regierungsbank)

Lieber Herr Minister Untersteller, lieber Franz, alles erdenklich Gute zum Geburtstag! Den Kuchen kann man ja nachliefern.

(Vereinzelt Beifall)

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Mitglieder der Regierung, bevor wir in die Tagesordnung eintreten, darf ich Sie darauf aufmerksam machen, dass Sie heute von 11 Uhr bis 15 Uhr die Möglichkeit haben, an der Blutspendeaktion des Deutschen Roten Kreuzes teilzunehmen. Ich würde mich freuen, wenn möglichst viele von Ihnen an der Aktion teilnehmen und Blut spenden. – Vielen Dank.

Nun treten wir in die Tagesordnung ein.

Ich rufe **Punkt 1** der Tagesordnung auf:

**Aktuelle Debatte – Die Finten der Ministerin – wie Frau Eisenmann mit unseren Lehrkräften umgeht – beantragt von der Fraktion der SPD**

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat für die Aktuelle Debatte eine Gesamtredezeit von 50 Minuten festgelegt. Darauf wird die Redezeit der Regierung nicht angerechnet. Für die Aussprache steht eine Redezeit von zehn Minuten je Fraktion zur Verfügung. Ich darf die Mitglieder der Landesregierung bitten, sich ebenfalls an den vorgegebenen Redezeitrahmen zu halten.

In der Aussprache erteile ich das Wort für die SPD-Fraktion Herrn Abg. Dr. Fulst-Blei.

**Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei** SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Die heutige Debatte ist ein Echo, ein Echo von empfundener Ungerechtigkeit, einer Ungerechtigkeit, die uns alle im Haus in zahlreichen Mails und Schreiben von Lehrkräften in den letzten Wochen erreicht hat. Ich muss es auch an dieser Stelle einmal mehr betonen: Uns allen im Haus ist sicherlich klar, dass wir unseren Lehrkräften zurzeit viel abverlangen. Aber das Mindeste – ich betone: das Mindeste –, was diese dafür von uns erwarten dürfen, ist Wertschätzung.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das kriegen sie reichlich! Bravo!)

Egal, auf welcher bildungspolitischen Veranstaltung man sich zurzeit befindet: Beim Thema „Mangelnde Wertschätzung und ruppiger Führungsstil der Ministerin“ gerät der Raum in Wallung. Viele Lehrkräfte fühlen sich nicht ernst genommen. Noch glauben sie, dass sich ihre Ministerin ernsthaft um Abhilfe bemüht. An Ankündigungen fehlt es dabei nicht. Nur folgt auf diese entweder nichts oder zu wenig, oder es geht nur schleppend voran. Nein, so darf es nicht weitergehen!

(Beifall bei der SPD)

Schauen wir uns diese Politik der Finten der Ministerin einmal beispielhaft an.

Finte Nummer 1: horizontaler Laufbahnwechsel – oder: Wie eine Arbeitnehmerin, ein Arbeitnehmer mal eben über 2 000 € verliert. Betroffen sind laut GEW über 500 Lehrkräfte der Weiterqualifizierungsgruppe 3, Zielschulart Gemeinschaftsschule. Diese haben ihre Qualifizierung 2017 begonnen und

(Dr. Stefan Fulst-Blei)

hätten zum 1. August dieses Jahres befördert werden sollen. Aber stattdessen strebt das Land laut Brief des Kultusministeriums, MD Föll, an, die Betroffenen nun zum 1. Januar 2020 zu befördern. In diesen fünf Monaten Verzug von August bis Januar entgehen den Lehrkräften insgesamt 2 330 € pro Person – eine Menge Geld. Dabei hat die Kultusministerin durchaus daran gedacht, entsprechende Stellen zu schaffen. An SBBZ und an Realschulen ist das Geld vorhanden, aber an den Gemeinschaftsschulen fehlt es leider – ein Affront für die Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD)

Nun erleben wir einmal mehr das gegenseitige Schwarzer-Peter-Zuschiespiel von Grünen und CDU. Eine Version lautet, die Kultusministerin hätte von vornherein zu wenig Stellen beantragt. Die andere Version lautet, das Finanzministerium hätte nur die Hälfte der geforderten Stellen genehmigt, und das Kultusministerium hätte sich allerdings auch nicht weiter bemüht. Im Ergebnis ist es für die Betroffenen das Gleiche: kein Geld.

Frau Ministerin, klären Sie uns auf: Haben Sie es versäumt, die Stellen anzumelden, oder sind Sie einmal mehr von der grünen Finanzministerin unsanft ausgebremst worden? Und vor allem: Wie können die Lehrkräfte zum 1. August nun doch noch das hart erarbeitete Geld und die wohlverdiente Beförderung bekommen?

Wir erwarten von Ihnen heute Lösungen – und bitte nicht wieder Ausreden.

(Beifall bei der SPD)

Finte Nummer 2: Schulleitungen – oder: Von Sonntagsreden wird die Arbeitsbelastung auch nicht weniger. Seit 2016 in Aussicht gestellt und im September 2018 dann öffentlichkeitswirksam vermarktet, findet das Konzept zur Stärkung von Schulleitungen bislang keine Umsetzung.

Gründlichkeit vor Schnelligkeit kann dabei nicht die Prämisse sein; denn dazu weist das Vorhaben zu viele erhebliche Mängel auf: keine Differenzierung zwischen Ganztagschule und Halbtagsschule, keine Lösung für kleine Schulstandorte, Verschiebung wichtiger Maßnahmen um Jahre – und das völlig ohne Grund.

Auch hierzu hat uns unlängst eine Mail eines frustrierten Schulleiters erreicht – ich zitiere –:

*Es ist ruhig geworden um den Prozess „Stärkung der Schulleitungen“. Seit Monaten gibt es keine weitere Entwicklung. Zudem war zu erfahren, dass die damit verbundene Besoldungsanpassung erst zum Schuljahr 2021 erfolgen soll. Das ist nicht nachvollziehbar und lässt die Vermutung aufkommen, dass es mit der Wertschätzung der Arbeit von Schulleitungen doch nicht ernst gemeint ist.*

Dabei drängt die Zeit. Schon in diesem Schuljahr waren über 200 Leitungsstellen nicht besetzt, und nun zeigt eine aktuelle Umfrage des VBE, dass Schulleitungen sich alleingelassen fühlen. Das kann nicht sein. Ich rufe Ihnen zu, Frau Ministerin: Liefern Sie schneller, ziehen Sie das Schulleitungspaket auf den 1. August 2019 vor!

(Beifall bei der SPD – Zuruf der Abg. Gabi Rolland SPD)

Finte Nummer 3: Unterrichtsversorgung – oder: arbeitslose Lehrkräfte trotz Unterrichtsausfalls. In der Pressemitteilung vom 20. März 2019 spricht die Ministerin von exzellenten Perspektiven für angehende Lehrkräfte in Baden-Württemberg. Diese pauschale Mär entlarven die Jungen Philologen in ihrer Zumeldung zwei Tage später, indem sie darauf hinweisen – Zitat –, „dass dies absolut nicht zutrifft für angehende Lehrkräfte an Gymnasien“; das Gegenteil sei der Fall. Die Möglichkeit, an anderen Schularten unterrichten zu können, überzeugt hier nicht.

Angesichts der Tatsache, dass Frau Eisenmann seit Amtsantritt jedes Jahr über 2 000 Gymnasiallehrkräfte auf der Straße hat sitzen lassen und dass dies auch in diesem Jahr nicht viel besser wird, ist das der blanke Hohn.

(Beifall bei der SPD)

Die Ministerin selbst hat im Haushalt 2017 noch über 1 000 Stellen gestrichen und damit ein völlig falsches Signal gesandt. Diese fehlen ihr nun, denn sonst könnte sie die Krankheitsreserve schon längst mit Gymnasiallehrkräften aufgestockt oder die Unterrichtsversorgung an dieser Schulart verbessert haben.

Kolleginnen und Kollegen, alle diese Finten hinterlassen Frust. Dabei reden wir noch nicht einmal vom „ella“-Desaster – den Lehrkräften ein Luftschloss versprochen, nichts geliefert –, von der Ganztagschule – Kommunen mit Geldgeschenken geködert, nichts geliefert – oder von der Schulverwaltungsreform – sogenanntes Qualitätskonzept, Kostenneutralität versichert; 30 Millionen € schon mal verprasst.

Und: Wer kritisiert, wird abgewatscht. Mit dem Äußern von berechtigten Bedenken zur Datenschutzverordnung bekommen Schulleitungen einen Eintrag in die Personalakte. Bei kritischen Fragen bei Ihrem KLASSENTREFFEN wird entweder direkt die verbale Keule herausgeholt, oder es geschieht wie beim Qualitätskonzept: Wer dort mitgearbeitet hat, hat den Mund verboten bekommen.

Von Ihren Rundumschlägen werden jetzt aktuell auch die Eltern nicht verschont. Im Bildungsplan steht klar, was Kinder am Ende der Grundschulzeit können sollen, und dazu gehört auch Schwimmen.

(Zuruf von der CDU)

Aber die Wasserflächen für den Schwimmunterricht fehlen. Die SPD fordert daher ein Landessanierungsprogramm für unsere Schwimmbäder: mehr Unterstützung für unsere Kommunen.

Was macht die zuständige Ministerin? Die Eltern angreifen und Verantwortung abdrücken. Ihre Umfrage bei den Grundschulen zur Schwimmfähigkeit haben Sie so angelegt, dass die Ergebnisse zu spät kommen für die Haushaltsberatung. Da wird also auch nichts passieren.

Wer soll Ihnen denn abnehmen, dass Sie für keinen der Missstände in Ihrem Ressort verantwortlich sind? Bei Ihnen sind es immer die anderen: Ihr Vorgänger, Ihre Kabinettskollegen,

(Dr. Stefan Fulst-Blei)

die unflexiblen Lehrkräfte und neuerdings die untätigen Eltern.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das mit dem Vorkämpfer stimmt ja auch!)

Wie wäre es denn einmal mit Job erledigen statt populistischem Bashing in alle Richtungen, Frau Ministerin?

(Beifall bei der SPD)

Zusammenfassend: Behandeln Sie die Menschen endlich ordentlich, und liefern Sie schneller und umfassend. Die Belastungen der Lehrkräfte sind auch so schon hoch genug. Im Alltag brauchen sie keine leeren Versprechungen und Verströbungen, sie brauchen die Unterstützung durch ihre oberste Dienstherrin. Und sie brauchen vor allem eines: Wertschätzung. Besonders daran fehlt es seitens der Kultusministerin – mit Blick auf die Eltern, aber auch mit Blick auf die Lehrkräfte. Es ist mehr als Zeit für Veränderung.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der SPD)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Für die Fraktion GRÜNE erteile ich das Wort Frau Abg. Boser.

**Abg. Sandra Boser** GRÜNE: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben jetzt schon wieder gehört, was die SPD alles wünscht und fordert. Ich muss an dieser Stelle zunächst einmal damit einsteigen, was wir in den vergangenen drei Jahren schon alles auf den Weg gebracht haben.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Richtig!)

Wir haben nämlich in den letzten drei Jahren an vielen Stellen in die Bildung investiert, und wir sind in dieser Koalition dabei, auch in den nächsten zwei Jahren wieder in Bildung zu investieren.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU  
– Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bravo!)

Wir sind dabei, den Ethikunterricht an allen Schularten auszubauen, wir haben das Fach Informatik an allen Schulen eingeführt, wir haben die Ausweitung der Kontingenzstundentafel an den Grundschulen vorangebracht, wir sind im Ausbau der Inklusion, wir sind im Ausbau der Ganztagschulen, wir haben zusätzliche Stunden für die Realschulen auf den Weg gebracht, wir haben die Gymnasien gestärkt, und wir sind dabei, die Qualität der frühkindlichen Bildung zu stärken. Wir, die grün-schwarze Koalition, haben die Qualifizierungsmaßnahmen für Haupt- und Werkrealschullehrkräfte erst auf den Weg gebracht,

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Richtig!)

worauf wir in der alten Koalition warten mussten.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU  
– Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bravo!)

Natürlich ist – das betone ich an dieser Stelle – für uns, die grüne Fraktion, ganz klar: Wer die Qualifizierungsmaßnahme

durchläuft, der hat einen Anspruch auf A 13, und zwar so schnell wie möglich.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU  
– Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bravo! – Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Dann macht doch mal!)

Die Qualifizierungsmaßnahmen bedeuten für die Lehrerinnen und Lehrer einen hohen Aufwand und Anspruch, vor allem für die Lehrkräfte, die das Aufbaustudium der Sonderpädagogik durchlaufen haben, und für die Lehrkräfte, die in HoLa 3 sind, das heißt, für die Lehrerinnen und Lehrer an Gemeinschaftsschulen.

Für unsere Fraktion, aber auch für mich persönlich ist es daher absolut nachvollziehbar, dass das Vorgehen für diejenigen, die wir jetzt nicht zum 1. August befördern können, hoch frustrierend ist. An dieser Stelle möchte ich allen Lehrerinnen und Lehrern sagen: Wir schätzen Ihre Arbeit und wir werden alles dafür tun, dass so schnell wie möglich Abhilfe geschaffen wird, dass die Beförderung nach A 13 bei denjenigen, bei denen es möglich ist, durchgeführt wird.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU  
– Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bravo! – Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Zum 1. August?)

Wir wissen, dass in der aktuellen Situation des Lehrermangels die Lehrerinnen und Lehrer an unseren Schulen ein hohes Maß an Aufwand betreiben, um die Schülerinnen und Schüler bestmöglich auf die späteren Bildungschancen vorzubereiten. Vor allem unsere Gemeinschaftsschulen möchte ich an dieser Stelle herausheben, denn sie leisten hier eine besondere Aufgabe und stehen dabei vor besonderen Herausforderungen.

(Abg. Anton Baron AfD: Oje!)

Die Gemeinschaftsschulen sind diejenigen, die viele Aufgaben in unserem Bildungssystem mit übernehmen, die an anderen Schularten noch nicht so angekommen sind. Ich nenne dabei die Inklusion, die Vorbereitungsklassen und auch die digitale Bildung.

(Abg. Rainer Stickelberger SPD: Sieht das die Ministerin auch so?)

Daher halte ich es für besonders wichtig, dass man hier nicht den Eindruck erweckt, wir würden diese Schulart aus den Augen verlieren.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Ich möchte an dieser Stelle auch auf das Schulleitungskonzept eingehen. Ja, wir sind dabei, das Schulleitungskonzept zu besprechen. Es sind viele Punkte dabei, die wir bereits in der Koalition abschließend beraten haben. Es gibt aber auch Punkte, bei denen ich an dieser Stelle einfach sagen muss: Ja, ich finde es richtig, dass man sich auch darüber Gedanken macht, wie besondere Aufgaben von Schulen noch größere Berücksichtigung finden. Die Rückmeldungen lauten, dass es in der Inklusion oder auch im Ganztag mehr Zeit für Organisation und Kooperation braucht. Auch das muss sich am Ende in einem Schulleitungskonzept wiederfinden.

Daher braucht es den Austausch darüber und die Möglichkeiten, wie wir das am Ende umsetzen können. Ich finde es ge-

(Sandra Boser)

rechtfertigt, dass man mit Sorgfalt an dieses Konzept herangeht und nicht etwas über das Knie bricht, nur um am Ende schnelle Lösungen zu haben.

(Beifall bei den Grünen und der CDU)

Zum Thema Ganztagschule haben wir im Koalitionsvertrag eine Vereinbarung stehen. Wir, das Land, müssen uns aber auch darüber Gedanken machen, wie wir die Qualität an den Schulen im Land weiter voranbringen und wo wir die finanziellen Mittel einbringen. Ich merke in der letzten Zeit immer wieder: Die SPD hat irgendwie ein Stück weit das Gefühl für die Finanzen und die Haushaltspolitik komplett verloren.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das hat sie noch nie gehabt! – Weitere Zurufe)

Ich frage mich an manchen Stellen schon: Sie versprechen derzeit kostenlose Kitas

(Abg. Sascha Binder SPD: Peinlich! – Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Das ist jetzt echt peinlich!)

– nein –, Sie versprechen, dass wir mehr in Schulen und Hochschulen investieren,

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Und Schwimmbäder!)

die kommunalen Schwimmbäder sollen wir jetzt auch noch alle sanieren.

(Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Ihr gebt doch das Geld aus, das wir mit Nils Schmid erwirtschaftet haben!)

Das sind alles Punkte, bei denen wir sagen müssen: Das Land hat eine Haushaltsverantwortung, und auch als haushaltsverantwortliche Politiker müssen wir schauen, was am Ende alles möglich ist.

(Abg. Gerhard Kleinböck SPD: Da muss man wenigstens rot werden, wenn man so etwas sagt!)

Man kann an dieser Stelle nicht alle möglichen Versprechen machen.

(Beifall bei den Grünen und der CDU)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Frau Abg. Boser, lassen Sie eine Zwischenfrage des Abg. Binder zu?

**Abg. Sandra Boser GRÜNE:** Ja.

**Abg. Sascha Binder SPD:** Frau Abgeordnete, wie hoch ist der für das Jahr 2017 festgestellte bereinigte Überschuss des Landes, und wie ist die Prognose für 2018?

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Sie wollen mit einmaligen Überschüssen strukturelle Ausgaben finanzieren, Herr Kollege! Das war schon immer Ihre Stärke – oder besser: Schwäche! – Abg. Gabi Rolland SPD: Klare Frage, klare Antwort!)

**Abg. Sandra Boser GRÜNE:** Ich würde gern antworten. – Lieber Herr Kollege Binder – –

(Abg. Sascha Binder SPD: Klare Frage, klare Antwort! – Weitere Zurufe)

– Ich versuche gerade zu antworten, wenn die bilateralen Gespräche aufhören.

Lieber Kollege Binder, derzeit gibt es allein im Bildungsbereich bereits beschlossene Maßnahmen in Höhe von etwa 70 Millionen €, die wir dem Haushalt zuführen müssen.

Wenn wir jetzt darüber sprechen, was noch alles dazukommen soll – 700 Millionen € für kostenlose Kitas,

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Aha!)

200 Millionen € für ein Schulleitungskonzept, vielleicht 300 Millionen € für die Schwimmbäder –, dann frage ich Sie an dieser Stelle: Woher soll das Geld kommen?

(Abg. Sascha Binder SPD: Ich will eine Antwort auf meine Frage! – Abg. Reinhold Gall SPD: Frage nicht beantwortet!)

Haben wir, das Land, eine Gelddruckmaschine? Ich kenne sie nicht. Wenn Sie wissen, wo sie steht, teilen Sie mir das mit.

(Beifall bei den Grünen und der CDU – Abg. Reinhold Gall SPD: Frage nicht beantwortet! – Abg. Sascha Binder SPD: Jetzt wissen wir: Sie haben keine Ahnung von Finanzen! Einfache Frage, keine Antwort!)

An dieser Stelle will ich überhaupt nicht negieren, dass wir die Verantwortung haben, auch in diesen Bereichen weiter zu investieren. Ich halte es aber nach wie vor für wichtig, einen gewissen finanziellen Rahmen abzustecken und dann keine Versprechen zu machen, die am Ende nicht einhaltbar sind.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sehr gut!)

Natürlich haben wir die Verantwortung, gerade im Bereich der Lehrerversorgung für unsere Schulen das Beste auf den Weg zu bringen. Wir müssen uns daher ganz genau anschauen, woher dieser Lehrermangel kommt. Ja, es gibt Lehrerinnen und Lehrer, die derzeit keine Stelle finden. Aber woher kommt das? Wir brauchen vor allem im naturwissenschaftlichen Bereich Lehrerinnen und Lehrer.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Englisch und Französisch!)

Viele der Lehrerinnen und Lehrer verfügen leider nicht über dieses Profil, weshalb wir sie auch nicht an den Schulen einstellen können. Viele Lehrerinnen und Lehrer arbeiten in Teilzeit. Auch sind viele Lehrerinnen und Lehrer derzeit in Elternzeit. Daher brauchen wir Möglichkeiten und Maßnahmen.

Da bin ich dem Kultusministerium sehr dankbar, dass im vergangenen Jahr schon vieles auf den Weg gebracht wurde, um diesem Mangel entgegenzuwirken. Wir sind auch in diesem Jahr dabei, zu schauen, wie wir die Lehrerversorgung an den Schulen verbessern können. Denn ohne Lehrerinnen und Lehrer an den Schulen kann kein guter Unterricht stattfinden. Deswegen steht für uns die Lehrerversorgung an oberster Stelle.

(Sandra Boser)

(Beifall bei den Grünen und der CDU – Zuruf des Abg. Sascha Binder SPD)

Dabei werden wir auch mit Blick auf den Haushalt darauf schauen, dass auch in der Lehrerausbildung gefragt werden muss: Wie viele Studienplätze sind vorhanden? Wo brauchen wir weitere Studienplätze? Denn bevor wir nicht in die Ausbildung investieren, können wir in der Größenordnung, wie sie teilweise gefordert ist, keine weiteren Lehrerstellen auf den Weg bringen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ganz wichtig!)

Zum Schluss möchte ich zum Thema Unterrichtsausfall noch einen Punkt anmerken. Es gibt an den Schulen Unterrichtsausfall. Man muss manchmal aber auch genau hinschauen, was für ein Unterricht ausfällt.

(Abg. Sascha Binder SPD: Das interessiert die Schüler eigentlich nicht!)

Es gibt so gut wie keinen Unterrichtsausfall an den Grundschulen. Warum gibt es kaum Unterrichtsausfall an den Grundschulen? Weil dort kein Unterricht ausfallen darf und es daher für die Lehrerinnen und Lehrer ein hohes Maß an Belastung bedeutet, tagtäglich über sechs Stunden hinaus Unterricht anzubieten, damit kein Kind früher nach Hause geschickt werden muss. An dieser Stelle gilt der Dank allen Grundschullehrerinnen und Grundschullehrern, die das in der jetzigen Situation aufrechterhalten können.

(Beifall bei den Grünen und der CDU – Zuruf: Absolut richtig!)

Es gibt auch den gefühlten Unterrichtsausfall. Da muss man genau hinschauen. Es gibt beispielsweise Fälle, in denen wir derzeit Schreiben von Eltern bekommen, deren Kinder das Gymnasium besuchen.

(Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: „Gefühlter Unterrichtsausfall“!)

– Ich nenne gerade ein Beispiel. – Eltern von Kindern an Gymnasien sind derzeit sehr aktiv und beschreiben den Unterrichtsausfall. Wenn man dann aber nachfragt und erfährt, das Gymnasium hat eine Unterrichtsversorgung von 108 % und alle Vertretungen wurden organisiert, dann muss man schauen, warum dieser Unterrichtsausfall trotzdem stattfindet. Vielleicht müssen wir da von Landesseite noch einmal Angebote finden, wie man Vertretungen organisieren kann. Denn der gefühlte Unterrichtsausfall und das, was in der Realität stattfindet, passen oftmals nicht zusammen.

(Abg. Daniel Born SPD: Das nennen Sie „gefühl“? – Weitere Zurufe von der SPD)

Deshalb glaube ich, dass man wirklich immer genau hinschauen muss, woher der Unterrichtsausfall kommt.

(Abg. Sascha Binder SPD: Entweder fällt er aus, oder er fällt nicht aus!)

Der erste Blick von uns muss auf die Frage gerichtet sein: Wie können wir die Lehrerversorgung stärken?

(Abg. Daniel Born SPD: Das ist gefühlte Bildungspolitik! – Weitere Zurufe von der SPD)

Da müssen wir tatsächlich genau hinschauen, wohin wir unsere Investitionen in die Zukunft lenken müssen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der CDU – Abg. Sascha Binder SPD: Gefühlte Koalition!)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Für die CDU-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Abg. Röhm.

**Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU:** Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen! Zur Leistungsbilanz brauche ich nichts mehr zu sagen. Frau Kollegin Boser, Sie haben das sehr eindrucksvoll dargestellt.

(Lachen des Abg. Sascha Binder SPD)

Ich stimme Ihnen in allen Punkten zu. Das haben wir gemeinsam auf den Weg gebracht. Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und den Grünen – Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: In der Tat!)

Ich möchte mich jetzt damit beschäftigen, warum der Titel, den die SPD für die Aktuelle Debatte gewählt hat, so „schrecklich zutreffend“ ist. In Ihrem Fall kann man ihn doch sehr eindeutig mit „Ablenkungsmanöver“ in Verbindung bringen – das wäre etwas gelinde formuliert –, man könnte aber auch „brutales Täuschungsmanöver“ sagen.

Lassen Sie uns einen Blick darauf werfen, was die SPD-Fraktion unter Frau Warminski-Leitheußer und unter Herrn Stoch für die Lehrer geleistet hat. Was hat sie z. B. für die Hauptschullehrer gemacht? Sie hat im Jahr 2013 den Stellenhebungspfad, den Helmut Rau auf den Weg gebracht hatte, abgeschafft. Genau von diesem Zeitpunkt an war es nicht mehr möglich, dass ein verdienter Hauptschullehrer überhaupt nach A 13 befördert werden konnte. Das war die erste „Wohltat“.

(Beifall bei der CDU – Vereinzelt Beifall bei den Grünen – Abg. Nicole Razavi CDU: So ist es! – Zuruf des Abg. Thomas Blenke CDU)

Zweitens: Wenn Sie genau gewusst haben, dass wir nicht mehr so viele Haupt- und Werkrealschullehrer brauchen, hätten Sie Vorsorge treffen müssen und hätten dafür sorgen müssen, dass das, was wir jetzt mit über 5 000 Stellen auf den Weg gebracht haben, bereits damals im Interesse der Lehrkräfte auf den Weg gebracht worden wäre. Aber Sie haben überhaupt nichts getan.

(Beifall bei der CDU und der Abg. Beate Böhlen GRÜNE – Abg. Nicole Razavi CDU: So ist es! – Lachen des Abg. Sascha Binder SPD)

Wenn wir uns auf die Schulleitungen beziehen, dann wollen wir festhalten, dass Sie noch nicht einmal daran gedacht hatten, die Schulleitungen zu stärken. Wir haben etwas auf den Weg gebracht: Es wird im ersten Schritt Gehaltsverbesserungen geben, und es wird in einem zweiten Schritt Stundenermäßigungen, Anrechnungsstunden geben, und zwar in allen

(Karl-Wilhelm Röhm)

Bereichen, auch im Bereich – auch wenn wir das heute nicht diskutieren – der Leitungen der Kindergärten.

Was haben Sie gemacht? Sie haben 14 % der Anrechnungstunden gestrichen – ein wunderbarer Beitrag zur Stärkung der Schulleitungen! Nachträglich noch herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU – Vereinzelt Beifall bei den Grünen)

Was haben Sie stattdessen gemacht? Sie haben so getan, als brauchte man die Lehrer gar nicht mehr, und haben einen Stellenabbaupfad mit über 11 000 Stellen auf den Weg gebracht. Sie wollten die Leute nicht in eine neue Verantwortung bringen und mit A 13 belohnen, sondern Sie wollten sie aus dem Amt hieven. Das war Ihr Vorhaben.

(Beifall bei der CDU – Abg. Reinhold Gall SPD: Nicht wir! – Abg. Sascha Binder SPD, zu den Grünen zeigend: Da drüben!)

Das Allerentscheidende – Frau Boser hat es angedeutet; ich möchte es noch einmal vertiefen –: Sie haben die Entwicklung völlig falsch eingeschätzt und haben Studienplätze abgebaut. Das passt übrigens auch zu dem, was Sie bei der Polizei gemacht haben.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Genau! – Widerspruch bei der SPD)

Das hat System. Deshalb fehlen heute die Plätze. Wir haben mit großer finanzieller Mühe wieder für zusätzlich 400 Stellen gesorgt. Das ist nämlich die Grundvoraussetzung dafür – da hat Frau Boser völlig recht –, dass wir diese Lehrer überhaupt wieder gewinnen können.

(Beifall bei der CDU – Vereinzelt Beifall bei den Grünen)

Liebe Sozialdemokraten, das wäre nur ein Auszug aus der Bilanz. Man könnte das von A bis Z fortführen.

(Zurufe von der SPD)

Sie können jedenfalls für sich nicht beanspruchen, dass Sie jemals etwas im Hinblick auf Stellenanhebungen getan hätten. Wir sind stolz darauf, dass uns hier der Einstieg gelungen ist.

(Zuruf des Abg. Sascha Binder SPD)

Das bedeutet für die Leute eine gewisse Mühe, aber es ist aus laufbahnrechtlichen Gründen unabdingbar notwendig, dass man die Ausbildung durchläuft. Wir werden in dem kommenden Doppelhaushalt dafür Sorge tragen – zusammen mit unserem verlässlichen Koalitionspartner –,

(Lachen bei der SPD – Abg. Rainer Stickelberger SPD: Das haben wir gestern gemerkt! – Abg. Sascha Binder SPD: Nach der Umweltdebatte gestern ist das auch notwendig!)

dass wir diese Sache – – Ich bin Bildungspolitiker.

(Lachen bei der SPD – Zuruf des Abg. Reinhold Gall SPD)

Ich habe überhaupt keinen Grund zur Beschwerde hinsichtlich der Zusammenarbeit mit meinen Kolleginnen und Kollegen von den Grünen. Das möchte ich einmal in aller Deutlichkeit sagen.

(Beifall bei der CDU und den Grünen)

Ich wüsste nicht, wie wir das, was wir auf den Weg gebracht haben, mit Ihnen hätten auf den Weg bringen können.

Ich komme zum Fazit. Man könnte es schön in einem sportlichen Bild unterbringen: Sie müssen aufpassen, dass Sie nicht ins Abseits geraten.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU – Zurufe von der SPD)

Das Fintieren hat ja im Sport eine gewisse Bedeutung. Versetzen wir uns in eine Handballangriffssituation.

(Zuruf des Abg. Sascha Binder SPD)

Da steht in der Mitte Herr Fulst-Blei, ihm gegenüber, als Angriffsspielerin, Frau Dr. Susanne Eisenmann, links Frau Boser als Kreisläuferin und rechts ich als Kreisläufer.

(Heiterkeit – Abg. Reinhold Gall SPD: Um Gottes willen!)

Jetzt gibt es an dieser Situation – –

(Abg. Reinhold Gall SPD: Das Spiel muss unter Ausschluss der Öffentlichkeit stattfinden!)

Wir haben ein gemeinsames Ziel: Wir wollen den Ball ins Tor bringen, das heißt, wir wollen miteinander zielgenau Bildungspolitik betreiben.

Jetzt haben Sie die „A-Karte“, hätte ich beinahe gesagt,

(Heiterkeit bei der CDU)

weil es nämlich viele Möglichkeiten gibt.

Die erste Möglichkeit ist,

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Dass Ihr einen Schrittfehler macht!)

dass die Frau Ministerin elegant Frau Boser anspielt und diese abtaucht und das Tor macht.

Die andere Möglichkeit – –

(Vereinzelt Beifall – Zurufe von der SPD, u. a. Abg. Reinhold Gall: Warum kann ich mir das eigentlich gar nicht vorstellen? Dafür fehlt mir die Fantasie!)

– Ja, man muss da abtauchen. Man muss in der Tat abtauchen.

Sie hätte die zweite Möglichkeit, dass sie mich anspielt. Dann geht Herr Fulst-Blei mit mir zusammen in den Kreis und liegt dann im Tor.

Es gibt die dritte Möglichkeit –

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Auswechslung!)

(Karl-Wilhelm Röhm)

die werden Sie nachher geboten bekommen, wenn die Ministerin spricht –, dass sie rechts antäuscht, links vorbeigeht und Sie belämmert zurückbleiben.

Danke schön.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU und den Grünen – Zurufe von der SPD, u. a. Abg. Reinhold Gall: So viel zur bildungspolitischen Qualität! Meine Güte!)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Für die AfD-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Abg. Dr. Balzer.

(Abg. Hermann Katzenstein GRÜNE: Der spielt auf der Rechtsaußenposition!)

**Abg. Dr. Rainer Balzer** AfD: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kollegen Abgeordnete! Na ja, man unterstellt mir ja manchmal, ein großartiger Büttneredner zu sein. Vielleicht stimmt es, vielleicht auch nicht.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Das unterstellt Ihnen niemand! Falsch! – Abg. Nicole Razavi CDU: Nicht einmal das, Kollege! – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Höchstens unfreiwillig! – Weitere Zurufe)

Aber ich glaube, Sie haben das sehr gut vorgebracht. Es ist natürlich schwierig, aber wir können jetzt wieder ernsthaft werden.

„Die Finten der Ministerin“ – wir reden heute über Finten und wer sie praktiziert. Natürlich, als Vertreter der Opposition frage ich dies an dieser Stelle. Es ist verständlich, es ist ein natürlicher Vorgang, dass die Regierungsparteien ihr Handeln im besten Licht erscheinen lassen möchten. Aber ausgerechnet die Sozialdemokraten möchten Finten, eine schlechte Bildungspolitik der Kultusministerin bezüglich der Lehrkräfte ansprechen. Das ist sehr interessant.

Es sind seltsame Zeiten, liebe Kollegen der Sozialdemokratie. Wer war es denn, der Lehrer als Heulsusen bezeichnet hat? Das ist noch nicht so lange her.

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Wer war es denn, welcher Kollege der Sozialdemokratie, der zur allgemeinen Überraschung 10 000 Stellen im Schuldienst streichen wollte?

(Widerspruch bei der SPD – Abg. Reinhold Gall SPD: Niemand! Sie haben keine Ahnung!)

– Niemand? Sehr interessant. Niemand. Das notiere ich mir: „Niemand“ heißt die Person.

Dabei war dieses Streichen auch ziemlich erfolgreich – ziemlich jedenfalls. Die drastischen Folgen können wir heute gut erkennen: eine gewisse Überalterung des Lehrkörpers, Unterrichtsausfall – das wurde schon angesprochen – an praktisch allen Schulen durch Lehrermangel gerade in den wichtigen Hauptfächern.

Wir haben diese Thematik hier schon des Öfteren diskutiert. Es ist auch interessant, dass ebendiese Politik, die hier vor vier

bis acht Jahren stattgefunden hat, die Attraktivität des Berufs nicht gerade gesteigert hat. Das sollte jedem klar geworden sein, und es dürfte sich auch herumgesprochen haben. Sind das Finten? Unlautere Absichten will ich jedenfalls nicht unterstellen.

Tatsache ist natürlich: Personalpolitik, Personalplanung wirkt langfristig. Das merken wir jetzt an den Bewerberzahlen für das Lehramt und an den Seminaren. Im Besonderen – das wurde ja schon angesprochen – gilt dies natürlich für Mangelfächer, die Naturwissenschaften, und für Regionen mit ungünstigen Bewerberzahlen. Wir, die Alternative für Deutschland, haben hier schon konstruktive, nützliche Lösungsvorschläge gemacht. Sie erinnern sich sicherlich.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Zum Thema Schulleiter. Auch hierüber wurde zunächst einmal diskutiert. Der Begriff „Schulleiter“ enthält das schöne Wort „leiten“. Leiten kann man aber nicht mehr, wenn man vor lauter Gremienarbeit und aufgrund des rechtlichen Rahmens kaum noch dazu kommt, wenn verwaltende Tätigkeiten und die Führung der Statistik immer mehr Raum und Zeit an den Schulen einnehmen, und das bei einem in der Tat – bis jetzt jedenfalls – bescheidenen Gehaltszuwachs. Da braucht man sich nicht zu wundern, wenn sich die Anzahl der Bewerber in bescheidenen Grenzen hält. Aber es freut mich bzw. wir wissen ja, dass es hier gute Ansätze zur Verbesserung gibt.

So frage ich mich natürlich: Ist es eine Finte der SPD, hier von Versagen zu sprechen, oder sind es systematische oder unsystematische Fehler? Fehlleistungen sind es sicherlich, und eine Fehlleistung der CDU ist es natürlich, wenn man – leider – als Juniorpartner vernünftige Politik nicht mehr richtig durchsetzen kann.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Es ist sehr bedauerlich, und wahrscheinlich tut es auch ein bisschen weh. Wenn man inzwischen ein unscharfes Profil hat oder vielleicht in manchen Positionen gar keines mehr, wenn man in die Beliebigkeit abrutscht, dann ist das natürlich ein Fehler. Hier haben eben die Grünen jetzt den Vorteil. Sie haben ein klares Profil, und sie haben klare Ziele, die sie erreichen wollen: möglichst wenig deutsche Kultur,

(Lachen bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

wenig Erziehung für alle, möglichst wenige gute Spitzenleute heranziehen und – ja, wohl auch – weniger Preisträger bei internationalen Wettbewerben, aber dafür Wohlfühlen in der Schule – das ist ja auch etwas.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Daher, liebe Kollegen der Sozialdemokratie: „Finten“ ist eigentlich – das Wort „eigentlich“ ist bekanntlich ein Füllwort, das man streichen kann –

(Zuruf des Abg. Sascha Binder SPD)

die falsche Überschrift, und vor allem von der falschen Seite, von der falschen Partei beantragt, wobei ich verstehe, dass sich die Sozialdemokraten wieder einmal als Retter und Streiter für die kleinen Leute, für die Gerechtigkeit als abstrakten Wert initiieren wollen. Das passt im Besonderen zur kommen-

(Dr. Rainer Balzer)

den Wahl – Europawahl und Kommunalwahl stehen vor der Tür. Also, was haben wir hier? Klassische Klientelpolitik, eine Finte. Herr Stoch – leider ist er nicht mehr hier, der ehemalige Minister –, gerade fachlich hätte ich doch etwas mehr Substanz erwartet.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Aber so ist es eben in der Politik. Es geht um etwas ganz anderes. Ein Wahldebakel droht den Sozialdemokraten,

(Abg. Klaus Dürr AfD: Oh ja!)

ein weiteres Wahldebakel, und deswegen brauchen wir ein Volksbegehren. Herrlich! Ich finde es toll, dass Positionen der Alternative für Deutschland von Ihnen entdeckt, gelesen, kopiert werden

(Abg. Reinhold Gall SPD: Oh, liebe Leute! Was träumen Sie denn nachts?)

und Sie mehr Bürgerbeteiligung fordern. Wir sprechen in diesem Zusammenhang gern von der Bürgerschule, wobei auch die Eltern, die Betriebe und die Ausbilder in den Betrieben oder sogar die Unternehmen mitreden dürfen: Was soll gelernt werden, welche Bildungsziele sind wirklich wichtig?

Dann hätten wir natürlich manchen Unfug und manche dümmliche – liebe Frau Boser, Sie lieben ja dieses Wort – sogenannte Neuerung wie die Frühsexualisierung, das Lernen in Querschnitten und die Leitlinien für Toleranz und Vielfalt nicht. Obwohl: Toleranz und Vielfalt sind natürlich klug gewählte schöne Worte. Es sind Finten und Tricks, die einen bösen Inhalt verschleiern.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Diese Inhalte hätten wir bei einer Volksabstimmung allerdings sicher nicht.

Aber die SPD fordert jetzt eine Bürgerbeteiligung zum Thema „Gebühren für Kindergärten, freie Kitas“ und spricht sich ganz sozial natürlich für die Abschaffung der Gebühren aus, wohl wissend: Wer bezahlt sie eigentlich und wer nicht? Beschäftigen Sie sich einmal damit.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Zuruf der Abg. Sabine Wölfe SPD)

Vorteilhaft dabei war natürlich Ihr Auftritt in der Presse, aber schwach, sehr schwach Ihre Glaubwürdigkeit. Ich erinnere mich dunkel: Sie waren damals – vor dieser Legislaturperiode – selbst an der Regierung und hätten diese Änderungen schon längst einführen können – echte Fintenpolitik übrigens.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Abg. Gerhard Kleinböck SPD: Das ist doch Quatsch, was der erzählt!)

– Quatsch. Tatsächlich, das war Quatsch.

Es ist übrigens interessant, dass eines der wenigen Wörter aus der deutschen Sprache, das international verstanden wird, das schöne Wort Kindergarten, ausgerechnet dieses Wort von Ihnen im Zusammenhang mit der Betreuung von Kindern nicht mehr verwendet werden soll. Das spricht für sich.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Zuruf von der AfD: Ja!)

Zum Schluss ein kleines aktuelles Thema: „Schulschwänzen und gute Ausreden dazu“. Gute Ausreden gibt es natürlich; die gibt es immer. Statt des objektiven Sachverhalts wird die subjektiv definierte Moralität – ein höheres Recht, vielleicht – betont. Es herrscht inzwischen ein geistiges Klima oder eher eine geistige Leere, die der subjektiv empfundenen Moral höheres Gewicht gibt als der Gesetzestreue. Hierzu passt die Freitagsdemo der Schüler „Fridays for Future“.

(Zuruf des Abg. Daniel Born SPD)

Ganz populistisch begrüßt Herr Kretschmann zuerst diese Demonstrationen, um zwei Wochen später den Eltern mit einem Bußgeld zu drohen.

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Meine Damen und Herren, so versucht man, es beiden Seiten recht zu machen. Das ist natürlich schwierig, und er wird bei solch edlen Absichten und solch edlen Motiven natürlich kein Bußgeld verhängen lassen –

(Heiterkeit bei Abgeordneten der AfD)

schlechte Fintenpolitik eben von der schlechten Seite.

Ich bedanke mich fürs Zuhören.

(Beifall bei der AfD)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Für die FDP/DVP-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Dr. Kern das Wort.

**Abg. Dr. Timm Kern** FDP/DVP: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die SPD-Fraktion hat eine ganze Reihe von aus ihrer Sicht kritikwürdigen Aspekten angesprochen. Auf vier davon möchte ich näher eingehen, die auch aus Sicht der FDP/DVP-Fraktion wahrlich kein Ruhmesblatt für die Kultusministerin darstellen.

Erstens: die Einstellungsperspektiven für angehende Lehrer. Diese sind z. B. für die Gymnasiallehrer alles andere als exzellent – wie Sie, Frau Eisenmann, aber behauptet haben. So weisen die Jungen Philologen in ihrer Pressemitteilung vom 22. März darauf hin, dass dies absolut nicht für angehende Lehrkräfte an Gymnasien mit den Fächern Sprachen oder Gesellschaftswissenschaften zutrifft; im Gegenteil. Im letzten Jahr gab es im RP Tübingen null Einstellungen im Listenverfahren, und in diesem Jahr stehen z. B. im RP Karlsruhe für alle Fächer nur 75 Deputate an Gymnasien zur Verfügung.

Zweitens: das Programm zur Stärkung der Schulleiter. Dieses Programm ist aus unserer Sicht halbherzig. Denn Entlastungsstunden gibt es nur unter dem Vorbehalt, dass sich die Lehrerversorgung verbessert. Und die Schulleiter kleiner Grundschulen sind gleich doppelt gekniffen. Nur weil sie weniger als 40 Schüler in ihrer Schule haben, haben sie ja nicht weniger Aufgaben zu bewältigen, Frau Kultusministerin. Anders aber als bei ihren Kollegen an den Schulen mit über 40 Schülern sieht die grün-schwarze Koalition für sie keine Beförderung in Besoldungsgruppe A 13 vor.

Ein dritter Punkt: das Qualifizierungs- und Beförderungsprogramm für die Hauptschullehrkräfte. Auch dieses Programm

(Dr. Timm Kern)

der Kultusministerin bleibt auf halber Strecke stecken. Denn es stehen nicht genügend Beförderungsstellen zur Verfügung. Und lange wurden auch noch diejenigen Hauptschullehrer ganz vergessen, die an den Haupt- und Werkrealschulen bleiben wollten. Erst auf Druck von Verbänden und der Opposition kündigten Sie, Frau Ministerin Eisenmann, Abhilfe an.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Gerhard Kleinböck SPD)

Viertens: die Bildungsplattform „ella“. Diese wurde bekanntlich gegen die Wand gefahren. Folglich fehlt vielerorts die Basis für digitalen Unterricht ebenso wie für sichere Kommunikation unter Lehrern und Schülern einer Schule. Wir von der FDP/DVP befürchten, dass es in dieser Legislaturperiode nichts mehr wird mit einer digitalen Plattform.

An dieser Stelle, Frau Eisenmann, darf ich auch auf Ihre jüngste Stellungnahme zu unserem Antrag verweisen, der Maßnahmen der Landesregierung für sichere Kommunikation an Schulen thematisiert. Leider haben weder Sie noch Ihr Amtsvorgänger seit einer Handreichung aus dem Jahr 2013, mit der die Nutzung von Whatsapp untersagt wurde, etwas Konkretes unternommen, um alternative Messengerlösungen für die Schulen zu erarbeiten. Dabei gibt es europäische, datenschutzrechtlich konforme Messengerdienste, mit denen das Land zumindest in Verhandlungen einsteigen könnte. Doch nach unserer Information geschah nichts dergleichen. Warum eigentlich nicht, Frau Kultusministerin?

Wir Freien Demokraten streiten Ihr ernsthaftes Bemühen, Frau Eisenmann, um dringende Verbesserungen im Schulbereich nicht grundsätzlich ab.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sehr anständig!)

Aber es ist wie im Referendariat, Frau Kultusministerin: Es zählen halt nicht in erster Linie die guten Absichten, sondern vor allem die Ergebnisse.

Da ist es schon bemerkenswert, wie wenig Sie und Ihre CDU sich gegenüber dem grünen Koalitionspartner durchsetzen können. Es sind ja beileibe nicht nur die Lehrer, die die mangelhafte Bildungspolitik dieser Koalition ausbaden müssen. Die bisherigen Ergebnisse der grün-schwarzen Bildungspolitik insgesamt sind entweder gegenseitige Blockaden oder faule Kompromisse. Aus den zahlreichen Blockaden im Bildungsbereich will ich nur drei prominente Beispiele herausgreifen:

Erstens: die Ganztagschule. Die offene Ganztagschule haben Sie erst gar nicht in Ihr Konzept aufgenommen. Aber selbst den Minimalkonsens einer Förderung der Hortbetreuung durch das Land bremsen die Grünen nun aus.

Zweitens: die Oberstufen an den Gemeinschaftsschulen. Diese wurden eingeführt, um das grün-rote Prestigeprojekt mit seinen besonderen Privilegien weiter fortzuführen. Nun machen sie den beruflichen Gymnasien ohne Not Konkurrenz.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Drittens: die Zukunft der Haupt- und Werkrealschulen. Dieser erfolgreichen, aber in ihrer Existenz bedrohten Schulart will die grün-schwarze Koalition bislang keine echte Perspektive eröffnen.

Frau Eisenmann, Sie nehmen für sich in Anspruch, einen Schulkonsens geschaffen zu haben. Aber einen echten Schulfrieden, der faire Bedingungen für alle Schulen schafft und sie in ihrer Eigenverantwortung wie in ihrer Leistungsfähigkeit stärkt, sucht man vergeblich.

Wie steht es um den von Ministerpräsident Kretschmann so viel beschworenen gesellschaftlichen Zusammenhalt? Obwohl sich die Koalitionäre hier im Grundsatz einig sein müssten, bekommt Grün-Schwarz auch bei dieser wichtigen bildungspolitischen Aufgabe nicht wirklich viel gebacken.

Warum haben die ehemalige grün-rote und die aktuelle grün-schwarze Landesregierung den für uns unverzichtbaren Ausbau des Ethikunterrichts über sieben Jahre nicht hinbekommen, liebe Kolleginnen und Kollegen? Wem der Austausch über Fairness, Moral und gesellschaftliche Werte nicht gleichgültig ist, der darf nicht zulassen, dass junge Menschen in prägenden Lebensjahren davon geradezu ausgeschlossen sind.

Warum nimmt der islamische Religionsunterricht, ein so wichtiges Projekt für einen Islam auf dem Boden des Grundgesetzes, keine Fahrt auf?

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das ist nicht ganz so einfach!)

Warum diskriminiert die grün-schwarze Landesregierung mit ihrer Reform der gymnasialen Oberstufe ausgerechnet die Gesellschaftswissenschaften? Ich halte die Diskriminierung der gesellschaftswissenschaftlichen Fächer bei der Oberstufenreform der Gymnasien für einen der schwerwiegendsten Fehler dieser Landesregierung im Bildungsbereich.

(Beifall bei der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Wer in Zeiten wie den unsrigen den zentralen Stellenwert der politischen Bildung nicht erkennt und entsprechend auch in konkrete Politik umsetzt, der ist ganz grundsätzlich für die Bildungspolitik falsch aufgestellt, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Dieser Landesregierung fehlt ganz offensichtlich die Kraft, in der Bildungspolitik gemeinsam die richtigen Weichen zu stellen.

Herr Kollege Röhm, Sie haben das Handballbeispiel genutzt. Ich habe selbst früher als Jugendlicher über zehn Jahre Handball gespielt. Wenn Sie von Grün-Schwarz wirklich eine Handballmannschaft wären, wären Sie schon längst wegen Konditionsproblemen ausgewechselt worden, sehr geehrter Herr Kollege Röhm.

(Beifall bei der FDP/DVP und der SPD – Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Da unterschätzen Sie aber gewaltig den Kollegen Röhm! Marathon Man! Das ist Diskriminierung! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ich fühle mich nicht diskriminiert, Herr Kollege! – Weitere Zurufe von der CDU)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Herr Kollege Dr. Kern, lassen Sie – Herr Dr. Kern, Moment. – Er lässt keine Zwischenfragen zu.

**Abg. Dr. Timm Kern** FDP/DVP: Dabei liegt auf der Hand, was getan werden müsste:

Erstens: Die Haupt- und Werkrealschulen müssten als unverzichtbarer Bestandteil des gegliederten Bildungswesens eine Stärkung und somit wieder eine Zukunftsperspektive bekommen.

Zweitens: Wir brauchen nach wie vor einen überparteilichen Schulfrieden, sodass wir zu einem fairen Wettbewerb der einzelnen Schularten zurückkehren und die Schulträger wieder Planungssicherheit über Legislaturperioden hinaus bekommen.

Drittens: Die Werteerziehung der jungen Generation muss erheblich ausgebaut werden. Hierzu zählen für uns ein flächendeckender Ethikunterricht ab der ersten Klasse, der zügige landesweite Ausbau des islamischen Religionsunterrichts auf dem Boden des Grundgesetzes

(Zuruf: Den gibt es doch gar nicht!)

und schließlich die Gleichberechtigung der gesellschaftswissenschaftlichen Fächer in der gymnasialen Oberstufe.

Nicht nur die eingebrochenen baden-württembergischen Schülerleistungen stellen die grün-schwarze Bildungspolitik infrage, nein, diese Komplementärkoalition ist weder willens noch fähig, für die Gesellschaft der Zukunft und ihre Fragen die geeigneten Rahmenbedingungen zu schaffen.

Ganz herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP/DVP)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Für die Landesregierung erteile ich das Wort Frau Ministerin Dr. Eisenmann.

**Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Dr. Susanne Eisenmann:** Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe jetzt mit Interesse die Debatte der letzten Dreiviertelstunde verfolgt. Es war ja eine – –

(Abg. Gabi Rolland SPD: Stimmt ja gar nicht! Sie haben mit dem Ministerpräsidenten geschwätzt und mit Ihrer Nebensitzerin! – Heiterkeit)

– Sehen Sie, das ist vielleicht der Unterschied zwischen uns beiden: Ich bin durchaus multitaskingfähig.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU)

Machen Sie sich daher mal keine Sorgen.

(Beifall bei der CDU sowie Abgeordneten der Grünen und der AfD)

Vor allem: Das, was die SPD gesagt hat, habe ich gut gehört – allerdings wenig verstanden.

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU – Zurufe von der SPD)

– Es beruhigt einen, wenn man sich lautstark äußern kann. Deshalb warte ich gern, bis Sie sich so weit abreagiert haben.

(Beifall des Abg. Karl Rombach CDU – Abg. Sascha Binder SPD: Machen Sie nur so weiter!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es war ja eine Debatte über vielerlei Themen. Die Überschrift lautet: „Die Finten der Ministerin ...“. Eine Finte ist eine Täuschung, und deshalb gehe ich, wenn ich solche wegweisenden Überschriften lese, natürlich auch in mich und frage mich: Wo habe ich getäuscht? Wo habe ich getrickelt?

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Kollege Röhme hat es beschrieben!)

Wenn ich die Diskussion verfolge, stellt sich für mich darüber hinaus die grundsätzliche Frage: In der Diskussion wurde von unterschiedlichen Rednerinnen und Rednern das Thema Schulleiterkonzept angesprochen, auch das Thema: „Wie gehen wir mit dem gebundenen/flexiblen Ganztagsunterricht um?“ Es ging um das Thema Unterrichtsversorgung, es ging darum, dass die Kommunen im Bereich der Sanierungen unterstützt werden müssen. Es ging auch darum, wie wir die Lehrerprognosen angehen. Das alles waren interessanterweise die Themen. Eine Finte kann ich darin nicht erkennen. Ich sehe vielmehr, dass wir über Themen diskutieren, die auf dem Tisch liegen und über die man spricht. Ihnen geht es vielleicht nicht schnell genug – das mag sein –, aber die Themen sind endlich benannt, und das ist Wertschätzung für Lehrerinnen und Lehrer, dass sie sehen, dass man sich um sie kümmert.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen – Abg. Karl-Wilhelm Röhme CDU: Genau!)

Erstens: Es ist sicher keine Finte, dass erstmals eine Prognose des Lehrerberarfs bis 2030 auf den Tisch gelegt wurde. Da mag mancher Schnappatmung bekommen haben.

(Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Der Ministerpräsident!)

– Der Herr Ministerpräsident hat es aber überlebt.

(Heiterkeit)

Die grundsätzliche Frage ist, was daran denn zu kritisieren ist, etwas vorzulegen, was klarmacht, wo es Handlungsbedarfe gibt – analog zur Pensionierungswelle, analog zur Tatsache, dass wir steigende Schülerinnen- und Schülerzahlen haben. Was haben Sie denn gemacht? Sie haben einen Abbaupfad beschlossen – fehlgeleitet – und stellen sich heute hier hin – –

(Beifall bei der CDU – Abg. Karl-Wilhelm Röhme CDU: Genau! – Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Lehrer! – Abg. Rainer Stickelberger SPD: Das erzählen Sie immer wieder! – Weitere Zurufe von der SPD)

– Sie waren halt in der Regierung. Wenn sich die SPD damals dem eigenen Empfinden nach gegenüber ihrem Koalitionspartner nicht durchgesetzt hat, dann ist das bedauerlich,

(Zuruf des Abg. Reinhold Gall SPD)

zeigt aber, dass es mit der Regierungsfähigkeit der SPD nicht ums Beste bestellt ist.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Daniel Rottmann AfD)

Ich glaube, dass es überfällig war – gerade im Hinblick auf Wertschätzung und Zukunftsfähigkeit –, deutlich zu machen:

(Ministerin Dr. Susanne Eisenmann)

Wo sind bis zum Jahr 2030 – analog zu sachlichen und fachlich ablesbaren Entwicklungen – die Handlungsbedarfe?

Dass darüber hinaus politische Entscheidungen eine Rolle spielen – deshalb ist es eine Prognose und keine Beantragung und auch kein Beschluss –, ist, glaube ich, wichtig, um den Lehrerinnen und Lehrern, den Eltern und auch den Schülerinnen und Schülern deutlich zu machen: Wir nehmen euch ernst, und wir sehen, wo die Bedarfe der Zukunft sind. Das ist keine Finte, das ist Transparenz und Zukunftsfähigkeit.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Wir unterhalten uns über die Frage Wertschätzung auch in Bezug auf das, was die Schulleitungen angeht. Ja, es war wirklich überfällig – das sagen mir die Rektorinnen und Rektoren –, dass man sich endlich einmal damit befasst, wie sich ihr Berufsbild verändert hat. Das war aber vor fünf Jahren schon genauso. Was ist damals passiert? Gar nichts. Stattdessen erfolgte eine Absenkung der Eingangsbesoldung; auch das ist nicht zwingend eine Perspektive für junge Lehrerinnen und Lehrer.

(Beifall bei der CDU)

Wer hat es rückgängig gemacht? Diese Koalition. Wertschätzung ist also schon ein bisschen mehr.

Dass das Thema Schulleiterkonzept bei uns noch in der Diskussion ist – sowohl Frau Boser als auch Herr Röhm haben darauf hingewiesen –, ist richtig; denn wir wollen es gut machen, und wir werden dafür auch eine Lösung finden. Aber selbstverständlich – da habe ich Verständnis für die Opposition –: Zu fordern und nicht zu sagen, wie man es finanzieren muss, das ist natürlich für die Opposition leicht und ein wunderbares Spiel.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Ja, genau!)

Nur: Dass wir alle gemeinsam auch eine Verantwortung für die Gestaltung des Haushalts haben, dazu bekenne ich mich nicht nur hier, sondern grundsätzlich, weil auch solide öffentliche Finanzen für zukünftige Generationen von existenzieller Bedeutung sind. Deshalb haben wir dafür eine Verantwortung. Auch das ist Bildungspolitik.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Aber dass wir überhaupt darüber sprechen können, ist ganz entscheidend. Wir können deswegen darüber sprechen, weil wir den Ganzttag zukunftsfähig machen, weil dazu ein Konzept vorliegt. Niemand wurde davon abgehalten, dies in der letzten Legislaturperiode genauso zu tun. Es ist aber nichts passiert.

Zum Thema „Transparenz im Rahmen der Unterrichtsversorgung“: Wir haben sehr detaillierte Vollerhebungen vorgelegt – in den letzten Jahren war man nicht daran gehindert, dies ebenfalls zu tun –,

(Zuruf des Abg. Raimund Haser CDU)

um dezidiert zu sehen, warum wieder Unterricht ausfällt. Hier bin ich den Lehrerinnen und Lehrern sehr dankbar, dass sie häufig einspringen und unterstützen, weil wir in der Unterrichtsversorgung unbestritten ein Problem haben. Ich bringe ihnen deshalb auch sehr viel Wertschätzung entgegen. Aber

diese äußert sich nicht in Klassenkampfrhetorik – wie es die SPD schätzt –,

(Zurufe von der SPD: Ach!)

sondern darin, zu zeigen, wie man in Zukunft solche Fehler vermeidet. Deshalb eine Prognose für die Zukunft.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU)

Zum Thema „Unterstützung der Kommunen“: Ja – ich verstehe den argumentativen Ansatz jetzt aber nicht ganz.

(Abg. Rainer Stickelberger SPD: Sie verstehen gar nichts!)

Wir, die grün-schwarze Landesregierung, haben den Kommunen in den letzten drei Jahren erstmalig über 600 Millionen € für die Unterstützung der Schulgebäude zur Verfügung gestellt.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja! – Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Richtig! – Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: So viel wie noch nie!)

Was gibt es denn da zu kritisieren? Natürlich kann man sagen: Es muss mehr sein und schneller und immer noch mehr. Aber wir haben etwas getan, und auch das ist Wertschätzung, dass unsere Lehrerinnen und Lehrer sowie die Schülerinnen und Schüler in guten Gebäuden sitzen. Dafür auch herzlichen Dank an unsere Schulträger, die dazu mit unserer Unterstützung viel leisten.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Überfällig war auch, dass wir überhaupt eine Perspektive im Rahmen einer Weiterqualifizierung bieten. Deshalb ist es gut, dass man darüber spricht. Wir gewähren 40 Millionen € allein dafür, Lehrerinnen und Lehrer aus den Bereichen Haupt-, Werkreal- und Realschulen, Gemeinschaftsschulen, sonderpädagogische Bildungs- und Beratungszentren – all die Schularten, die davon profitieren – weiterzuqualifizieren und ihnen eine Perspektive zu geben.

Natürlich setzen wir auch die Beförderung um. Nun habe ich durchaus Verständnis dafür, wenn die Lehrerinnen und Lehrer fragen: Wieso müssen wir darauf Monate warten? Aber die Signale – natürlich ausgehend von Haushaltsberatungen –, sind klar, und wir werden dies auch umsetzen. Das ist Wertschätzung, weil sie überhaupt erstmals eine Perspektive haben, die sie in den letzten Jahren überhaupt nicht bekommen hatten.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Genau so ist es!)

Vor diesem Hintergrund denke ich, dass Wertschätzung gegenüber unseren Schulen und Bildungspolitik in dieser Koalition eine zentrale Rolle spielen, weil wir alle wissen, dass dies die Zukunft für die Kinder, für die jungen Menschen ist und deshalb jeder Cent hier gut investiert ist. Natürlich ist es politisch immer ein Abwägungsprozess, weil es auch andere Bedarfe und Handlungsoptionen gibt. Ich denke, man sollte sich dieser bildungspolitischen Diskussion stellen, und dies tun wir. Deshalb werden wir auch für den kommenden Haushalt gemeinsam die Schwerpunkte setzen, die wir für richtig halten.

(Ministerin Dr. Susanne Eisenmann)

Ethik: Herr Dr. Kern, es mag sein, dass es zu langsam geht. Wir haben jetzt überhaupt erst einmal einen Bildungsplan für die Grundschulen vorliegen.

(Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Sieben Jahre hat es gedauert!)

Diesen mussten wir erst erarbeiten, weil man da bisher nichts gemacht hatte. Wir beginnen jetzt mit der Umsetzung des Ethikunterrichts in den weiterführenden Schulen. Ich bin Ihrer Meinung: Wir sollten uns wünschen, dass es schneller geht, da der Bedarf unbestritten ist; aber wir tun etwas.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja!)

Wir tun auch bei den Schulleitern etwas. Wir befassen uns auch mit dem Thema Ganztagsunterricht. Wir gehen das Thema Unterrichtsversorgung an. Wir haben die Kapazitäten in der Ausbildung endlich erhöht. Hätte man das 2012 getan, dann wären die Nachwuchskräfte heute auf dem Markt. Stattdessen: Studienabbau, Lehrerabbau, Fehlentscheidungen hoch 20. Das ist keine Finte, sondern ein klassisches Eigentor, das Sie damals geschossen haben.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Jawohl!)

Deshalb, meine sehr geehrten Damen und Herren, lohnt jede Debatte über die Frage: Wo stehen wir in der Bildungspolitik, und wo wollen wir hin? Dass wir noch viele Optionen und Handlungsbedarfe haben, bestreite ich überhaupt nicht. Ich bestreite auch nicht, dass nicht alles so ist, wie wir es uns wünschen. Dabei geht es vor allem auch darum, dass die Lehrerinnen und Lehrer im bestmöglichen Umfeld arbeiten, die Schülerinnen und Schüler die Qualität bekommen, die sie brauchen, und auch die Eltern in den Prozess der Gestaltung der Schule eingebunden sind. Da gibt es zweifelsohne Handlungsbedarfe.

Aber ich glaube, diese Handlungsbedarfe werden durch mich und auch durch diese Landesregierung sehr deutlich und offen kommuniziert. Die Themen werden angesprochen, sie werden auf den Tisch gelegt. Auch das ist, glaube ich, relativ neu. Denn die Rückmeldung derer, die Schulleben gestalten, ist, dass man noch nie so offen mit ihnen umgegangen ist. Da muss sich auch mancher überlegen, wie seine Kommunikation in der Vergangenheit war. Die Wertschätzung ist auch daran erkennbar, dass wir darum ringen, wie wir uns bestmöglich im Sinne unseres Bildungssystems und derer, die daran beteiligt sind, weiterentwickeln.

(Beifall der Abg. Nicole Razavi CDU)

Da ringen wir, da kämpfen wir, da werden wir weiter Geld investieren.

Deshalb war das heute an sich eine gute Debatte – für den, der es beantragt hat, glaube ich, nicht ganz so, aber das ist Ihre Entscheidung.

(Heiterkeit bei der CDU)

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der CDU)

**Präsidentin Muhterem Aras:** In der zweiten Runde erteile ich das Wort für die SPD-Fraktion Herrn Abg. Dr. Fulst-Blei.

**Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD:** Vielen herzlichen Dank. – Frau Ministerin, bei allem Respekt: Das entscheiden sicherlich die Menschen im Land und nicht Sie allein.

Dass Sie ruppig sein können, das wissen die Beschäftigten. Wir wissen es sowieso, und seit heute weiß es auch der Ministerpräsident.

Ich habe übrigens auch Schnappatmung bekommen, als Winfried Kretschmann 2012 gefordert hat, 11 600 Lehrerstellen abzubauen.

(Beifall bei der SPD – Abg. Sabine Wölfle SPD: Nicht wir!)

Das war im Grunde der Anfang von vielen Fehlentscheidungen. Andreas Stoch war es, der im Unterschied zu Ihnen den Lehrerstellenabbau auf null gesetzt hat, während Sie zu verantworten haben, dass 1 074 Lehrerstellen abgebaut worden sind.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben von Ihnen heute keine Antwort auf die Forderungen der Beschäftigten, die ich aufgezählt habe, bekommen.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Doch, selbstverständlich!)

Keine Antwort! Sie sagen zwar: „Ja, A 13 machen wir.“

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Machen wir! Ja, wurde zugesagt!)

Aber die 2 500 € werden verloren gehen, weil sie eben nicht schnell genug kommen.

(Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Anscheinend werden Sie auch an anderer Stelle nicht beschleunigen. Das Schulleiterpaket wurde angekündigt. Sie haben zurzeit einen Überschuss von 3,1 Milliarden €. Es liegt an Ihnen, den Lehrkräften jetzt wirklich schnell das Geld zukommen zu lassen, das sie auch verdienen.

Wenn Sie, Herr Röhm und Frau Boser, so selbstbewusst sind, warum drücken Sie sich dann eigentlich vor Diskussionen bei den Personalversammlungen?

(Abg. Sandra Boser GRÜNE: Oh!)

Schlechtester Aprilscherz des Tages: Die Personalversammlung der Lehrer fordert bessere Arbeitsbedingungen, Grüne und CDU kommen nicht.

(Abg. Sandra Boser GRÜNE: Ich möchte eine persönliche Erklärung abgeben!)

– Frau Boser, ich weiß, Sie waren wegen Krankheit entschuldigt. Aber zur CDU zitiere ich:

*Für Ersatz hatten die Christdemokraten trotz der zahlreichen Bitten nicht gesorgt. Vertreter des Landes fehlten.*

(Dr. Stefan Fulst-Blei)

Dann steht hier noch dieser wunderbare Satz:

*Dass die baden-württembergische Landesregierung Neueinstellungen sowie eine einheitliche Bezahlung der Lehrkräfte regelmäßig mit Verweis auf den angestrebten Schuldenabbau blockiere und sogar den Absolventen eines Programms zum Aufstieg in die Tarifgruppe A 13 die höhere Besoldung teilweise verweigere, bezeichneten ...*

GEW und VBE

*unisono als Armutszeugnis.*

Das ist Ihre Bilanz aus Sicht der Beschäftigten: Armutszeugnis und schlechter Aprilscherz. Ich bin gespannt, was die Presse daraus macht. Ich glaube nicht, dass die heutige Debatte für die Kultusministerin gut ausgegangen ist.

(Beifall bei der SPD)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Für die Fraktion GRÜNE erteile ich das Wort Frau Abg. Boser.

**Abg. Sandra Boser GRÜNE:** Ich möchte noch einmal auf zwei Punkte eingehen. Zum einen der Punkt, wie wir jetzt das Schulleitungskonzept und das Konzept zur Ganztagschule in der Zukunft umsetzen. Auch Sie, Herr Kollege Fulst-Blei, waren hier einmal für den Haushalt verantwortlich. Sie wissen, dass man so etwas immer für den Haushalt vorbereiten muss.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja!)

Wir sind jetzt in den Vorbereitungen für den kommenden Doppelhaushalt

(Abg. Sascha Binder SPD: Das bringt den Lehrern aber nichts! – Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Deswegen wird es nichts zum 1. August!)

und entscheiden da, wie wir die finanziellen Mittel verteilen werden. Wir brauchen dafür eine Haushaltsentscheidung. Da kann man nicht einfach mal sagen: „Wir geben jetzt 200 Millionen € so in das System hinein.“

(Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Ihr habt das auch schon länger gewusst!)

Der zweite Punkt: Ich möchte an dieser Stelle nochmals klarstellen, was ich vorhin zum Unterrichtsausfall gemeint habe. „Gefühlt“ war vielleicht der falsche Begriff. Aber man muss sich die Frage stellen, warum Schulen mit einer sehr guten Unterrichtsversorgung die Vertretungssituation nicht so regeln können, dass kein Unterricht ausfällt.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Diese Frage ist völlig berechtigt!)

Da muss man genau hinschauen und in diesem Zusammenhang auch schauen, ob es bessere Konzepte gibt. Das wollte ich an dieser Stelle nochmals klarstellen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der CDU – Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Sehr gut! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Es ist alles gesagt! Ich verzichte!)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Okay. – In der zweiten Runde spricht Herr Abg. Dr. Balzer für die AfD-Fraktion.

**Abg. Dr. Rainer Balzer AfD:** Danke. – Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Ein schönes neues Wort haben wir heute wieder gehört: der „gefühlte“ Unterrichtsausfall. Meiner Meinung nach gibt es Ausfall, oder es gibt ihn nicht. Aber wahrscheinlich ist das so etwas wie das gefühlte zu geringe Einkommen. Das kann man eigentlich immer haben.

Weitere Finten der SPD finden wir bei „ella“ und der Digitaltechnik. Am 7. November 2018 haben wir hier im Parlament einen Antrag der SPD – mehr oder weniger klug formuliert – besprochen. Herr Dr. Fulst-Blei, da hätte ich mir heute schon ein bisschen mehr Substanz gewünscht. Ihr Beitrag war schon wenig klug, denn die Diskussionszüge beim Thema „Digitalisierung an den Schulen“ sind fast schon religiös gewesen.

Die Digitalisierung an den Schulen sollte nach der Hoffnung von Grün-Rot – ein großer Glaube – die unterschiedlichen Auffassungsgaben der Schüler ausgleichen – ein damals schon bedauerlicher Irrglaube. Grüne Ideologie besagt – Herr Walter hat es einmal so schön formuliert –: Der gute Schüler soll dem schwachen Schüler immer helfen. Aber auf Dauer funktioniert das nicht, weil auch der gute Leistungsträger gefördert werden soll oder will. In der schönen neuen grünen Welt soll aber die Digitalisierung – man nennt das inzwischen Gamification, die Spieleförderung – – Damit soll dann das Lernen nur noch Spaß machen und nicht mehr anstrengen.

Es empfiehlt sich hier – wie bei der gefühlten Temperatur, dem gefühlten Einkommen und dem gefühlten Unterrichtsausfall –, der Realität ein bisschen besser in die Augen zu schauen. Denn das Nutzen digitaler Geräte ersetzt nicht die Anstrengung des Lernens.

Da bin ich wieder bei der Mathematik: Die 5 Milliarden € von der Bundesregierung für die Digitalisierung an den Schulen – viele Diskussionen darüber – geteilt durch 16 Bundesländer, geteilt durch rund 4 400 Schulen, geteilt durch 1 000 Schüler – ungefähr; es gibt auch kleinere und größere Schulen; das weiß ich auch –, bleiben zum Schluss 70, 80 oder 100 € pro Schüler. Davon kann man nicht einmal ein ordentliches I-Phone kaufen, geschweige denn ein I-Pad. Das weiß eigentlich jeder, der ein bisschen rechnen kann. Können wir es wirklich nicht besser? Dies als Abschlussfrage an Sie.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Aber dass Sie von Digitalisierung keine Ahnung haben, das wird daran schon deutlich!)

Schlimm genug, dass man mit diesen Ideen das Grundgesetz ändern möchte. Das sollte man nun wirklich nicht.

Danke.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Für die FDP/DVP-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Abg. Dr. Kern.

**Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP:** Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Kultusministerin, Sie haben gesagt: „Die Opposition tut sich leicht damit, Forderungen zu erheben, denn sie muss es ja nicht finanzieren.“ Also dieser

(Dr. Timm Kern)

grün-schwarzen Landesregierung regnet es die Steuermilliarden in den Haushalt wie keiner anderen Landesregierung zu vor. Deshalb haben Sie am allerwenigsten Grund, über leere Kassen zu jammern, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Außerdem: Wenn die Kassen angeblich so leer sind, frage ich Sie: Warum haben Sie sich eigentlich zu Beginn dieser Legislaturperiode knapp 100 Stellen in den eigenen Ministerien gegönnt? Dieses Geld wäre deutlich sinnvoller im Bildungsbereich angelegt gewesen als in Ihren Ministerien.

(Beifall bei der FDP/DVP und der SPD sowie Abgeordneten der AfD)

Dann, Frau Ministerin, haben Sie gesagt: „Gut Ding will Weile haben.“ Ich kann Ihnen einen Vorschlag machen, wie es schneller geht. Unser Gesetzentwurf für die Ganztagschule liegt vor. Diesen brauchen Sie nur sofort zu beschließen. Da können Sie übermorgen schon das passende Konzept haben. Wir haben als konstruktive Opposition geliefert.

(Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Genau das Gleiche gilt auch für den Gesetzentwurf zur Stärkung der Werkrealschulen und der Hauptschulen. Unser Gesetzentwurf für die berufliche Realschule liegt vor. Sie können ihn sofort beschließen.

(Zuruf des Abg. Raimund Haser CDU)

Gut Ding will nur Weile haben, wenn man sich zwischen Ihrer Partei und der Partei der Grünen nicht einig ist. Dann dauert es halt lange, weil man sich gegenseitig blockiert.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Daran liegt es!)

Aber die FDP/DVP hat geliefert.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der SPD)

Bei der Ganztagschule, würde ich sagen, ist einfach wichtig – auch das ist bekannt –: Mehr Flexibilität vor Ort, damit die Eltern und die Schüler das für sie passende Konzept auch tatsächlich aussuchen können.

Ein weiterer Punkt, weil Sie gesagt haben: „Wir sind ja dran, und wir benennen die Themen“: Der Beschluss, dass die gesellschaftswissenschaftlichen Fächer in der gymnasialen Oberstufe diskriminiert werden, liegt erst wenige Wochen zurück. Da haben Sie entschieden, aber Sie haben falsch entschieden.

Ganz herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Meine Damen und Herren, in der Aussprache liegt mir keine Wortmeldung mehr vor. Aber Frau Abg. Boser möchte eine persönliche Erklärung abgeben.

**Abg. Sandra Boser GRÜNE:** Ich möchte und kann die Aussage des Kollegen Fulst-Blei, dass wir Abgeordneten die Lehrerinnen und Lehrer durch Abwesenheit bei Personalversammlungen nicht wertschätzen würden, an dieser Stelle nicht ste-

hen lassen und möchte daher dazu ausführen, dass wir, alle Bildungspolitiker, die Personalversammlungen der GEW, die an vielen Stellen auf regionaler, lokaler und landesweiter Ebene stattfinden, immer besuchen und auch immer da sind, um in den Austausch mit den Lehrerinnen und Lehrern zu treten.

Wenn man dann ein Mal krank wird, an einem Montagmorgen – –

(Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Ich habe Sie nicht angesprochen!)

– Doch, Sie haben gesagt – –

(Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Sie waren entschuldigt!)

Sie können es nachlesen.

(Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Ich habe es gesagt! Sie waren entschuldigt!)

Wenn man dann ein Mal an einem Montagmorgen krank wird und es nicht schafft, diese Personalversammlung zu besuchen,

(Abg. Reinhold Gall SPD: Das hat er gesagt! – Abg. Gabi Rolland SPD: Hat er doch gesagt!)

finde ich es unmöglich, dass man das an dieser Stelle politisch ausschachtet, zumal Sie wussten, dass ich krank war.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der CDU sowie Abgeordneten der FDP/DVP – Zurufe von der SPD)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Jetzt meldet sich Herr Abg. Dr. Fulst-Blei für eine persönliche Erklärung.

**Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD:** Frau Kollegin Boser, Sie wissen, dass ich Sie sehr schätze. Ich habe vorhin in meiner Rede – nachlesbar; ich gebe Ihnen gern nachher das Protokoll – ausdrücklich kritisiert, dass die Regierungsfractionen nicht anwesend waren. Ich habe danach einen Satz eingeschoben; ich habe gesagt, Sie waren wegen Krankheit entschuldigt. Ich habe ausdrücklich den letzten Satz der Pressemitteilung, des Presseartikels vom Dienstag zitiert, in dem es eben heißt:

*Für Ersatz hatten die Christdemokraten trotz der zahlreichen Bitten nicht gesorgt.*

Daher ist meine persönliche Erklärung: Es hat sich nicht gegen Sie gerichtet. Das habe ich vorhin in der Rede auch so zum Ausdruck gebracht.

(Beifall bei der SPD)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Vielen Dank. – Damit ist die Aktuelle Debatte und Punkt 1 der Tagesordnung erledigt.

Ich rufe **Punkt 2** der Tagesordnung auf:

**Antrag der Fraktion der FDP/DVP und Stellungnahme des Ministeriums für Verkehr – 50 weitere Probenahmestellen in Stuttgart sowie angekündigte Garantie einer Regierungsfraction, Euro-5-Diesel von Fahrverboten auszunehmen – Drucksache 16/5683**

(Präsidentin Muhterem Aras)

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: für die Begründung fünf Minuten und für die Aussprache fünf Minuten je Fraktion.

Nun erteile ich das Wort für die Fraktion der FDP/DVP Herrn Fraktionsvorsitzenden Dr. Rülke.

**Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke** FDP/DVP: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Pünktlich zur heutigen Debatte zum Thema Fahrverbote hat die grüne Fraktion, hat der grüne Fraktionsvorsitzende, Kollege Schwarz, sozusagen die Hosen heruntergelassen

(Abg. Reinhold Gall SPD: Bitte nicht!)

und hat deutlich gemacht, was das Ziel der Grünen ist. Die Schlagzeile der „Stuttgarter Zeitung“ am heutigen Tag: „Grüne kritisieren privaten Autobesitz“.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Zuruf von den Grünen)

Darum geht es Ihnen, meine Damen und Herren; das ist Ihr politisches Ziel: am Ende aus dem Automobilland Baden-Württemberg ein Land der Fahrradfahrer und Fußgänger zu machen. Sie wollen die Automobilwirtschaft in Baden-Württemberg vernichten, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Haben Sie den Artikel gelesen? Sie haben doch den Artikel gar nicht gelesen! Lesen Sie mal den Artikel, Herr Rülke!)

– Herr Kollege Schwarz, ich habe den Artikel wohl gelesen. Da stehen beispielsweise auch Angriffe gegen das autonome Fahren drin, weil Sie zu dem Ergebnis kommen, das würde zu mehr Verkehr führen.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Absurd, Herr Kollege!)

Sie stellen sich die Frage: Wie kann man das Automobil kaputt machen?

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Nein!)

Darum geht es der grünen Politik.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Vollkommen falsch, Herr Kollege! Da sind Sie auf einem falschen Fuß unterwegs!)

Dazu passt es, dass Verkehrsminister Hermann seit Jahren ein Ziel verfolgt, nämlich Fahrverbote in Stuttgart, möglichst flächendeckende Fahrverbote in Stuttgart. Das ist eine Politik, die sich gegen die Autofahrer richtet, eine Politik, die sich gegen die Automobilwirtschaft richtet, eine Politik, die sich letztlich gegen den Wohlstand in unserem Land richtet. So jemand ist Verkehrsminister des Landes Baden-Württemberg, und die CDU-Fraktion ist nicht in der Lage, ihm in den Arm zu fallen. Das ist traurig, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP sowie der Abg. Hans Peter Stauch AfD und Andreas Stoch SPD)

Sie lassen sich von diesem Verkehrsminister ständig über den Tisch ziehen.

(Oh-Rufe von den Grünen)

Monatelang erklärt Herr Hermann, es sei rechtlich zwingend, dass es in Stuttgart flächendeckende Fahrverbote gibt. Jetzt auf einmal, da der Koalitionsfrieden schiefhängt – vom Koalitionsfrieden kann man bei dieser Koalition ja eigentlich gar nicht reden – – Gegenüber dem, was Sie in dieser Koalition aufstellen, sind manche internationalen Konflikte, die die Vereinten Nationen beunruhigen, die reinste Friedensbewegung, meine Damen und Herren. Aber immerhin haben Sie es in dieser Koalition geschafft, eine gewisse Unruhe hervorzurufen.

(Zuruf des Abg. Thomas Blenke CDU)

Bei dieser Unruhe ist es jetzt plötzlich so, dass Verkehrsminister Hermann doch darüber nachdenkt, ob es vielleicht möglich wäre, an flächendeckenden Fahrverboten für Euro-5-Diesel vorbeizukommen.

(Zuruf des Abg. Hermann Katzenstein GRÜNE)

Das ist der jüngste Stand. In der Vergangenheit hat man uns immer erzählt, es gehe rechtlich gar nicht anders.

(Abg. Hermann Katzenstein GRÜNE: Quatsch!)

Dasselbe ist beim Theater mit den Messstationen der Fall. Meine Fraktion hat schon im November 2016 den Vorschlag gemacht, am Neckartor an einer anderen Stelle zu messen. Damals erklärte Verkehrsminister Hermann, das dürfe man nicht, da wohne niemand. Jetzt auf einmal, da die Koalition infrage steht, ist es plötzlich möglich, eine ganze Menge neuer Messstationen – auch am Neckartor – zu implementieren. Das ist doch reine Willkür, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

Dafür, dass Ihr Umgang mit dem Thema Fahrverbote Willkür ist, gibt es mittlerweile zuhauf Beispiele – auch in der Stellungnahme zu diesem Antrag, der am heutigen Tag auf der Tagesordnung steht. So erklärt diese Landesregierung, erklärt dieser Verkehrsminister auf einmal: Bei der Betreuung von Kindern, die unter acht Jahre alt sind, gilt das Dieselfahrverbot nicht. Wie kommen Sie, Herr Minister Hermann, eigentlich gerade auf die Zahl acht?

(Zuruf des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

Vielleicht, weil H der achte Buchstabe im Alphabet ist.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Ha, ha!)

Oder wie sind Sie auf diese Idee gekommen? Das ist doch reine Willkür, meine Damen und Herren.

(Abg. Andreas Stoch SPD zu Minister Winfried Hermann: Da bist du jetzt selbst noch nicht drauf gekommen!)

Herr Minister Hermann, dann erklären Sie, Sie hätten beispielsweise auch eine Lösung für den Fall, dass jemand, der mit einem Euro-4-Diesel unterwegs ist und schon einen Euro-6-Diesel bestellt hat, der aber aufgrund eines Fehlers des

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

Automobilhändler oder des Herstellers noch nicht geliefert wurde, die Strafe nicht bezahlen müsste, wenn er einen Kaufvertrag vorlegen könne. – Ja, Kollege Sckerl nickt.

(Abg. Hermann Katzenstein GRÜNE: Wegen etwas anderem! – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Ich habe der Kollegin Razavi zugnickt! Es geht nicht nur um Sie!)

Herr Kollege Sckerl, vielleicht können Sie uns anschließend erklären, wie viel Schadstoffe so ein Kaufvertrag absorbieren kann.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Meine Damen und Herren, das sind schon sehr eigenartige umweltpolitische Überlegungen,

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Vereinzelt Beifall bei der AfD)

die zeigen, dass es reine Willkür ist.

Dann haben Sie uns – auch innerhalb der Koalition – immer erklärt, Sie hätten das Ziel, die Euro-5-Diesel zu verschonen. Gleichzeitig schwadroniert dieser Verkehrsminister nach wie vor von der blauen Plakette. Ja, Herr Minister Hermann, Sie haben doch die Weltgeschichte wissen lassen, dass Sie sich ab Euro 6 eine blaue Plakette vorstellen. Das heißt doch, dass es, wenn die blaue Plakette kommt, automatisch Fahrverbote für Euro-5-Diesel gibt. Für wie dumm halten Sie eigentlich Ihre Mitmenschen, meine Damen und Herren?

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

Das Tollste ist das Hin und Her um das Thema Parkhaus. Da kommt der Ministerpräsident und sagt: Wenn einer erklärt, er sei zum Parkhaus unterwegs, dann reicht das, um am Strafzettel vorbeizukommen.

(Abg. Winfried Mack CDU: Ja! Das machen alle!)

Dann kommt Verkehrsminister Hermann, pfeift den Ministerpräsidenten zurück und erklärt: Nein, der muss den Parkschein vorlegen.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Ach Quatsch! Den Ministerpräsidenten pfeift niemand zurück! So ein Quatsch!)

Dann wird der Ministerpräsident damit konfrontiert. Dann erklärt der Ministerpräsident: „Man kann den Parkzettel vielleicht nachreichen.“ Wer bestimmt in diesem Land Baden-Württemberg eigentlich die Richtlinien der Politik?

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Machen Sie sich mal keine Sorgen: Sie jedenfalls nicht!)

Ich kann nur die „Stuttgarter Nachrichten“ zitieren. Die „Stuttgarter Nachrichten“ haben geschrieben:

*Der Ministerpräsident bestimmt die Richtlinien der Politik, und Hermann verwässert sie.*

So wird in Baden-Württemberg Verkehrspolitik gemacht, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der SPD)

Da fragt man sich, wie lange sich die CDU-Fraktion so etwas noch bieten lassen möchte.

(Abg. Daniel Renkonen GRÜNE: Einen Spaltpilz reinbringen!)

Herr Minister Strobl, wir kennen ja Ihre Aussage: „Mit der CDU wird es in Baden-Württemberg keine flächendeckenden Fahrverbote für Euro-5-Diesel geben.“ Stimmt's? Am heutigen Tag, Herr Minister Strobl, sind Sie auf Schlagdistanz dazu, dieses Versprechen einlösen zu dürfen. Denn am heutigen Tag wird der Landtag von Baden-Württemberg genau über Ihre Formulierung abstimmen.

(Zuruf des Ministers Thomas Strobl)

Wir sind sehr gespannt, meine Damen und Herren, wie die CDU-Fraktion über die Formulierung ihres Landesvorsitzenden abstimmt. Ich habe eine Vermutung. Herr Minister Strobl, Ihr Rückhalt in der Fraktion ist bekanntermaßen so schwach, dass wahrscheinlich kaum jemand – möglicherweise niemand – Ihnen am heutigen Tag den Rücken stärken wird. Wir werden sehen.

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos] – Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU zur FDP/DVP: Noch klügeren Antrag, Herr Kollege! – Gegenruf des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Noch klüger als das, was der Landesvorsitzende sagt?)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Für die Fraktion GRÜNE erteile ich das Wort Herrn Fraktionsvorsitzenden Schwarz.

**Abg. Andreas Schwarz GRÜNE:** Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist schon eigenartig, dass sich Herr Rülke auf Überschriften reduzieren lässt.

(Minister Winfried Hermann: Ja!)

Denn hätten Sie den Artikel ganz gelesen, hätten Sie Seite 1 und Seite 5 ganz gelesen, dann wäre Ihnen klar geworden: Uns geht es darum, die Chancen des autonomen Fahrens für Baden-Württemberg zu nutzen. Das ist das Ziel meiner Fraktion.

(Beifall bei den Grünen – Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Wir sind in einer Phase der Transformation der Automobilindustrie. Uns Grünen geht es darum, für Lebensqualität, für den Klimaschutz und für die Arbeitsplätze der Zukunft einzutreten. Das Gutachten untermauert eindrücklich: Wir müssen das autonome Fahren mit dem öffentlichen Nahverkehr zusammen denken. Nur so können wir die Chancen für Baden-Württemberg nutzen, und diese Chancen werden wir nutzen, Herr Kollege Rülke.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Ich habe Ihnen jetzt zugehört, so, wie ich Ihnen in den letzten Debatten zugehört habe. Und ich muss sagen: keinerlei Vorschläge von der FDP/DVP, wie sie die Luft in Stuttgart bes-

(Andreas Schwarz)

ser machen will, keinerlei Vorschläge, was Sie tun wollen, um Fahrverbote zu vermeiden.

Dagegen hat die Koalition einen sehr zielführenden Antrag vorgelegt. Wir sagen ganz klar: Wir werden die Luft besser machen. Ich sage es an dieser Stelle nochmals deutlich: Fahrverbote für Euro-5-Fahrzeuge werden wir rechtssicher vermeiden. Darüber sind wir uns in der Koalition einig, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU  
– Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Dann können Sie ja heute zustimmen!)

Sie können unserem Antrag, der auf Ihren Tischen ausliegt, zahlreiche Maßnahmen entnehmen, die dazu führen, dass die Luft besser wird: das Absaugen der Stickoxide, die VVS-Tarifreform, die Busspur, die fotokatalytische Fassadenfarbe. Diese Koalition hat geliefert, damit die Luft sauber wird, damit wir Fahrverbote vermeiden. Von der FDP/DVP kam dazu nichts als heiße Luft und kein zielführender Vorschlag.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU  
– Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: War's das schon?)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Für die CDU-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Abg. Dörflinger.

**Abg. Thomas Dörflinger** CDU: Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Die CDU-Landtagsfraktion steht für eine Mobilitätspolitik, die sich ausschließlich an den Bedürfnissen der Menschen orientiert. Deshalb wehren wir, die CDU, uns auch gegen jede Art von Verkehrspolitik, die bevormundet und einzelne Verkehrsträger gegeneinander ausspielt.

(Beifall bei der CDU – Vereinzelt Beifall bei der AfD)

– Danke schön. – Genau aus diesem Grund gilt für die CDU: Mit uns wird es keine flächendeckenden Fahrverbote für Euro-5-Diesel geben.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: Bravo! Sehr gut!)

Natürlich wären wir bereits einen großen Schritt weiter,

(Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: Wenn die Grünen nicht wären!)

wenn das Verkehrsministerium das Rechtsmittel der Berufung nicht aus der Hand gegeben hätte.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Andreas Stoch SPD: Das habt ihr mit entschieden!)

Umso mehr werden wir alles unternehmen, damit die Grenzwerte eingehalten werden, und zwar ohne flächendeckende Fahrverbote.

Die Auseinandersetzung in der Koalition war sicherlich nicht konfliktfrei, brachte am Ende aber gute Ergebnisse. Gab es bisher keine Ausnahmeregelungen für Park-and-ride-Anlagen, so können nun 16 Park-and-ride-Anlagen angefahren werden.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Jetzt kann jeder machen, was er will!)

Auf unsere Initiative hin werden nun zusätzlich 40 neue Messstellen in Stuttgart aufgebaut, bei denen die europarechtlichen Spielräume auch besser ausgenutzt werden. Nach den Prognosen spricht vieles dafür, dass wesentliche Überschreitungen nur noch am Neckartor und in der Hohenheimer Straße übrig bleiben. Dies rechtfertigt dann am Ende keine flächendeckenden Fahrverbote für Dieselfahrzeuge der Euronorm 5.

(Beifall bei der CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, endlich werden auch die von uns immer wieder geforderten innovativen Technologien umgesetzt wie fotokatalytische Fassadenfarben, Filteranlagen, die Schadstoffe aus der Luft holen, Straßenbeläge, die Stickoxide binden. All diese Technologien kommen nun endlich zum Einsatz. Es hat lange gedauert, doch nach unserem Drängen wurden nun endlich klare Umsetzungstermine vereinbart – und das in der Koalition.

Dass wir keine flächendeckenden Fahrverbote für Euro-5-Diesel brauchen, dafür hat auch der Bund mit dem Bundes-Immissionsschutzgesetz gesorgt. Unter dem Wert von 50 Mikrogramm sind Fahrverbote unverhältnismäßig. Das ist Gesetz, und das gilt.

Wir hören oft, dass der Autoverkehr in den Städten reduziert werden soll. Dazu ist es in Stuttgart aber notwendig, den Talkessel von zusätzlichem Verkehr zu entlasten. Wir müssen daher beim Nord-Ost-Ring und bei der Filderauffahrt endlich weiterkommen. Das werden wir, die CDU-Landtagsfraktion, auch einfordern.

(Beifall bei der CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich kann verstehen, dass die Opposition mit ihren Anträgen versucht, politisches Kapital aus der Sache zu schlagen. Das ist legitim, aber auch durchschaubar.

(Abg. Gerhard Kleinböck SPD: Aber wirksam!)

Vor allem die SPD muss sich schon fragen lassen, warum die SPD-Bundesumweltministerin keine Diskussion über Grenzwerte zulässt, warum die SPD-Bundesumweltministerin die Deutsche Umwelthilfe weiter mit Geld unterstützt,

(Abg. Andreas Stoch SPD: Sprechen wir über europäisches Recht?)

warum die SPD, lieber Kollege Selcuk, in Reutlingen innovative Maßnahmen wie Filteranlagen ablehnt und damit gerade um Fahrverbote bettelt, und vor allem –

**Präsidentin Muhterem Aras:** Herr Abg. Dörflinger, lassen Sie eine Zwischenfrage des Abg. Selcuk zu?

**Abg. Thomas Dörflinger** CDU: Das geht zeitlich leider nicht mehr.

(Abg. Ramazan Selcuk SPD: Ich hätte das gern mit Ihnen geklärt!)

– Sie haben nachher Zeit. – Und warum hat die SPD in ihrer Regierungszeit nichts, aber auch überhaupt nichts für die Verbesserung der Situation hier in Stuttgart getan?

(Thomas Dörflinger)

(Beifall bei der CDU – Abg. Andreas Stoch SPD: Da war ein Grüner Verkehrsminister!)

Mit den neuen Messstellen sollen in Stuttgart flächendeckende Fahrverbote vermieden werden. Aber was macht die Stuttgarter FDP-Stadtratsfraktion daraus? Statt dies zu befürworten – wie es vorhin Herr Rülke gesagt hat –, kritisieren Sie dort die Messstellen. Der Landesregierung werfen Sie Trickserie vor, obwohl die neuen Messstellen den neuen Rahmenrichtlinien entsprechen.

(Zuruf des Abg. Andreas Glück FDP/DVP)

Ja, was gilt denn nun bei der FDP? Wo sind Ihre Vorschläge? Hier im Landtag machen Sie dicke Backen, und vor Ort, im Stadtrat, treten Sie aufs Bremspedal.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Ihre durchsichtigen Anträge nehmen wir zur Kenntnis. Doch während Sie Papier bedrucken, handeln wir.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Demonstriert die CDU gegen die eigene Regierung?)

Deshalb stelle ich zum Schluss nochmals fest: Mit uns gibt es schon deshalb keine flächendeckenden Fahrverbote, weil wir sie nicht brauchen, um die gesetzlichen Vorgaben zu erreichen. Dies kommt in unserem Änderungsantrag, zu dem ich um Zustimmung bitte, deutlich zum Ausdruck.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Für die AfD-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Abg. Stauch.

**Abg. Hans Peter Stauch AfD:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Abgeordnete! Es ist Europa- und Kommunalwahlkampf, und die Landesregierung benutzt das Dieselthema, um vorzugeben, dass man sich besonders für die Bürger einsetzt und sie vor Brüssel schützen möchte. Da werden kurzerhand die sowieso unbegründeten Grenzwerte für NO<sub>x</sub> auf 50 Mikrogramm heraufgesetzt. In Stuttgart werden durch die Landesregierung 40 neue Messstellen eingerichtet, als würde man etwas für die Autofahrer tun. Aber das ist nur ein teures Schauspiel, um die durch Fahrverbote wegfallenden Wählerstimmen zurückzuholen.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Dabei ist schon jetzt klar, dass die 50 Mikrogramm nach der Europawahl von Brüssel wieder kassiert und die Grenzwerte – so wie letzte Woche beim Kohlendioxid – noch weiter verschärft werden.

Egal, ob man nun fünf oder 50 Messstellen aufbaut, so ist immer noch entscheidend, wo und wie man sie aufstellt. 50 willkürlich aufgestellte Messstationen liefern genauso gewünschte Ergebnisse wie fünf willkürlich aufgestellte Messstationen. Eine sogenannte Glättung im statistischen Sinn findet dabei nicht statt. Die Hoffnung aller Dieselfahrer wird genauso sicher enttäuscht wie die Hoffnung aller anderen Autobesitzer, mit Benzinmotoren auch in Zukunft nicht von Fahrverboten betroffen zu sein.

Klimakatastrophe, saubere Luft, Dieselfahrverbot, Heißezeit, Klimamärtyrer à la Greta und das Feindbild der alten weißen

Männer; der Mensch als Ursache für den kommenden Weltuntergang – Populäre Fernsehärzte wie der Komiker Eckart von Hirschhausen bezeichnen in Talkshows den Menschen als den Krebs der Erde. Wie verkommen sind solche Aussagen, die von Millionen Zuschauern auch noch in sich aufgesaugt werden, in höchster Selbstgerechtigkeit zu den Guten zu gehören?

Warum wird ein solches Weltbild vermittelt, meine Damen und Herren? Ganz einfach: Es ist alles auf lange Sicht bis 2070 geplant. Interessierte können alles auf offiziellen Seiten nachlesen. Es gibt die Bundestagsdrucksache 17/7331 von 2011 zum Thema Transformation.

(Zuruf des Abg. Hermann Katzenstein GRÜNE)

Das Hauptgutachten 2011 „Welt im Wandel – Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation“ ist ein dicker Wälzer mit 420 Seiten; für Entscheidungsträger gibt es eine abgespeckte Version von 80 Seiten sowie mehrere Folgegutachten. Eines aus dem Jahr 2014 nennt sich z. B. „Klimaschutz als Weltbürgerbewegung“. Hier lässt sich das Ziel schon erahnen, meine Damen und Herren – alles erarbeitet und herausgegeben vom WBGU, dem Wissenschaftlichen Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen. Ideengeber sind die UNO und diverse amerikanische Denkfabriken. Der Überbringer ist der WBGU, bis 2018 unter Führung des Klimapropheten Hans Joachim Schellnhuber.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Hat der Geon nichts dazu geschrieben?)

Der ausführende Lakai ist die EU – zusammen mit der jeweiligen Bundesregierung. Die Landesregierung in Stuttgart mit ihrem Klimaschutzplan ist auch mit dabei.

Worum geht es? Gegründet auf dem angeblich menschengemachten Klimawandel soll durch die Große Transformation eine neue Weltordnung entstehen, eine Weltregierung mit kommunistischer Gerechtigkeit

(Zuruf von der SPD: Oh Gott!)

zwischen allen Ländern, Völkern und Menschen

(Abg. Reinhold Gall SPD: Meine Güte! – Weitere Zurufe, u. a. Abg. Hermann Katzenstein GRÜNE: Was sind denn das für Verschwörungstheorien?)

unter der Führung elitärer Experten.

(Abg. Hermann Katzenstein GRÜNE: Eijejei!)

Totale Inklusion, bezahlt mit der Dekarbonisierung der Weltwirtschaft als Geldmaschine. Die reichen, fleißigen G-20-Staaten sollen nun am Weltuntergang schuld sein

(Lachen des Ministers Winfried Hermann)

und natürlich kräftig bezahlen.

(Zuruf des Abg. Hermann Katzenstein GRÜNE)

– Nein, das ist keine Verschwörungstheorie,

(Abg. Hermann Katzenstein GRÜNE: Nein!)

(Hans Peter Stauch)

sondern das wurde in Kattowitz 2018 auf dem Weltklimagipfel schon beschlossen. Es geht darum, eine sogenannte zeitgerechte Umverteilung auf der Welt durchzuführen – wenn man so will, der feuchte Traum aller links-grünen Umverteilungsfanatiker.

(Zuruf des Abg. Hermann Katzenstein GRÜNE)

Wohlstand ohne Leistung für alle, Wohlstandsverlust für die Leistungsträger wie die G-20-Staaten – darunter allen voran Deutschland –, Weltkommunismus im Umweltparadies – das ist das Ziel der sogenannten Klimakatastrophe. Pseudoreligiös in der Propaganda und pseudoreligiös im Sinne der Menschen. Der Mensch muss Opfer für das Klima erbringen, um die Natur gnädig zu stimmen. Da werden Kinderkreuzzüge gegen sogenannte Klimaleugner unter dem Rechtsbruch der Schulpflicht mobilisiert.

(Lachen des Abg. Hermann Katzenstein GRÜNE)

In totalitären Staatssystemen wird immer die Jugend instrumentalisiert und missbraucht.

(Abg. Sascha Binder SPD: Haben Sie das eigentlich vorher durchgelesen, bevor Sie das vorgetragen haben?)

Man erzählt der Jugend, es würde um ihre Zukunft gehen. Dabei geht es um die Machtinteressen der Gegenwart und vor allem um die Durchsetzung von Ideologien. Die Geschichte ist voller Beispiele davon, z. B. das Dritte Reich, die Kulturrevolution durch Mao, FDJ und heute „Fridays for Future“.

(Abg. Hermann Katzenstein GRÜNE: Was? Sie vergleichen die Demos von Schülern mit dem Dritten Reich? Geht's noch? – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Das ist unglaublich! Das lassen wir Ihnen nicht durchgehen! – Weitere Zurufe – Unruhe)

Ja, wir, die AfD, werden konsequent dafür sorgen, dass diese totalitären Pläne offengelegt werden und die Menschen erfahren, was bis 2070 mit ihnen geschehen soll, meine Damen und Herren. Ein Versprechen.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Da klatschen die auch noch! – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Das sind die Sprüche von Rechtsradikalen! – Weitere Zurufe, u. a. des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

**Präsidentin Muhterem Aras:** Für die SPD-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Fraktionsvorsitzenden Stoch.

**Abg. Andreas Stoch** SPD: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Ich kann zu dem letzten Wortbeitrag nur eines sagen: Ich fürchte, derjenige, der Ihnen das aufgeschrieben hat, braucht einen sehr guten Arzt. Und der sollte nicht Gedeon heißen.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der Grünen, der CDU und der FDP/DVP – Zuruf der Abg. Nicole Razavi CDU)

Wie schaffen wir es, Mobilität, und zwar auch umwelt- und gesundheitsgerechte Mobilität, zu organisieren und gleichzei-

tig die Mobilität von Menschen nicht einzuschränken? Das ist eine schwierige Frage. Aber diese schwierige Frage überfordert offensichtlich diese Landesregierung.

Herr Kollege Dörflinger, wir haben gerade gehört, welche Schuldzuweisungen in Richtung meiner Partei, der SPD, gehen. Ich frage Sie ganz klar: Wer hat denn zu Beginn dieser Legislaturperiode einem Vergleich zugestimmt, durch den der Verkehr am Neckartor um 20 % reduziert werden soll, was nur mit Fahrverboten durchsetzbar ist? Herr Hermann hat ihn abgeschlossen, Sie haben ihn genehmigt. Ziehen Sie sich hier doch nicht so billig aus der Verantwortung.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der FDP/DVP)

Wer hat denn mitbeschlossen, dass gegen dieses Urteil keine Berufung eingelegt wurde? Warum haben wir letztlich schon jetzt Euro-4-Fahrverbote und nicht die Möglichkeit zu anderen Maßnahmen? Die CDU hat das mitbeschlossen. Stellen Sie sich doch nicht hier hin. Das ist doch scheinheilig.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU)

Das Problem für die Menschen im Land ist doch, dass sie bei dieser Regierung keinen Kurs erkennen können. Beim Thema Euro-4-Fahrverbote, die jetzt eben Recht sind, haben wir das Problem, dass jetzt, da sie kommen, versucht wird, mit Härtefall- und Ausnahmeregelungen gegenzusteuern.

(Zuruf des Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP)

Genau dieser Zickzackkurs ist doch das Problem für viele Menschen in diesem Land. Die haben nicht das Geld – das mag Grüne und CDU überraschen –, um für 30 000 € ein neues Fahrzeug zu kaufen. Diese Leute brauchen Antworten auf ihre Mobilitätsprobleme und nicht Verbote, wie sie die Grünen von Anfang an wollten.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Dr. Rainer Balzer AfD)

Jetzt stehen wir vor der nächsten entscheidenden Frage: Wie sieht es mit den Euro-5-Dieseln aus? Ich sage Ihnen ganz klar: Wenn zwischen Grünen und CDU alles so weiterläuft wie bisher, dann werden zum 1. Januar Euro-5-Fahrverbote drohen. Deswegen haben FDP/DVP und SPD Ihnen heute einen Antrag vorgelegt, der wortwörtlich das aufnimmt, was die CDU im Land vollmundig verkündet: „Es wird keine flächendeckenden Euro-5-Fahrverbote in Baden-Württemberg geben.“ Wenn Sie das meinen, dann stimmen Sie dem Antrag zu. Andernfalls sind Sie unglaubwürdig.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der FDP/DVP)

Warum brauchen wir das? Wir brauchen das, weil es sogar im Urteil des Bundesverwaltungsgerichts steht. Ich habe es an dieser Stelle schon mehrfach ausgeführt. Das Bundesverwaltungsgericht hat ausdrücklich gesagt, dass die Verhältnismäßigkeit von Fahrverboten deswegen geprüft werden muss, weil auch andere Möglichkeiten im Raum stehen.

(Zuruf des Abg. Daniel Renkonen GRÜNE)

(Andreas Stoch)

Die anderen Möglichkeiten sind die Nachrüstungen von Fahrzeugen, sowohl Software- als auch Hardwarenachrüstungen.

(Abg. Daniel Renkonen GRÜNE: Ja, wo sind sie denn?)

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, wer im Jahr 2019 der Antwort des Verkehrsministeriums glaubt, die Hardwarenachrüstung könne noch durchgeführt werden, verkennt offensichtlich die Realität. Diese Produkte sind im Moment noch in der Entwicklung und in der Zulassung. Wenn wir die Menschen nicht weiter verunsichern wollen, was offensichtlich Ihr Plan – zumindest bei den Grünen – ist, dann brauchen wir dafür mehr Zeit. Hardwarenachrüstungen vor Fahrverboten, das muss die klare Botschaft dieses Hauses sein.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der FDP/DVP)

Aus diesem Grund fordere ich die Landesregierung auf, jetzt endlich Klarheit zu schaffen. Das, was die Regierungsfractionen jetzt als Antrag vorlegen, ist – mit Verlaub – ein Witz. Denn die ersten sechs Punkte des Maßnahmenkatalogs in Ihrem Antrag sind bereits beschlossen, werden seit Wochen und Monaten angekündigt. Herr Kollege Dörflinger hat ja gesagt: Es ist Ihnen offensichtlich zu langsam gegangen. Dann ist der Vorwurf ganz klar an das Verkehrsministerium und an den grünen Teil der Landesregierung adressiert. Dann sagen Sie das auch hier so offen.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, gemäß Ziffer 7 Ihres Antrags wollen Sie eine Busspur am Neckartor einführen. Damit würden Sie sich heute für eine Maßnahme entscheiden, die der komplette Stuttgarter Gemeinderat – Entschuldigung, mit Ausnahme der Grünen –, insbesondere auch die CDU-Stadtratsfraktion, als völligen Blödsinn ablehnt.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Zu Recht!)

Denn dadurch würden Sie ein Chaos am Neckartor hervorrufen, was zu mehr Umweltbelastung und vor allem zu mehr Stau und weniger Mobilität in diesem Land führte.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Hermann Katzenstein GRÜNE)

Wenn Sie das heute so beschließen, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, erreichen Sie genau das Gegenteil von Mobilität. Sie sorgen für mehr Staus und für mehr Umweltverschmutzung.

(Beifall bei der SPD)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Für die Landesregierung erlaube ich das Wort Herrn Minister Hermann.

(Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: Darf er heute sprechen?)

**Minister für Verkehr Winfried Hermann:** Vielen Dank. – Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! In schöner Regelmäßigkeit bescheinigt mir Herr Rülke bei Debatten eine geradezu übermächtige, historische Macht in dieser Landesregierung.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Leider!)

Lieber Herr Kollege Rülke, dieses vergiftete Kompliment kann ich leider nicht annehmen. Ich bin Teil einer Koalition. Ich bin nur Verkehrsminister und handle auf der Grundlage von Recht und Gesetz und des Koalitionsvertrags.

Was aber offensichtlich Ihr Problem ist: Sie lesen nichts außer Schlagzeilen. Sie lesen noch nicht einmal den Artikel in der Zeitung, geschweige denn die Studien. Mit der Sache beschäftigen Sie sich in keinsten Weise.

(Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: Machen wir!)

Sie machen keinen Vorschlag – Polemik pur. Man könnte auch sagen: Bei Ihnen ist null Emission Garantie, und zwar in der Sache.

(Beifall bei den Grünen)

Übertroffen werden Sie eigentlich nur von der AfD, bei der man sagen muss: Null Emission wäre ja schon gut, aber das, was da dahergekommen ist, hat ja gestunken, war faulig. Mehr kann man zu dieser Rede eigentlich nicht sagen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Abg. Anton Baron AfD: Null Emissionen? Sie haben keine Ahnung, Herr Verkehrsminister!)

Die SPD wiederum tut in schöner Regelmäßigkeit so, als hätte sie mit alldem überhaupt gar nichts zu tun.

(Abg. Daniel Renkonen GRÜNE: Nein!)

Dabei ist die SPD immerhin seit 1998 – mit Ausnahme von vier Jahren – immer in der Bundesregierung vertreten und hat Verantwortung für die Plakettenregelungen, die es bisher gab, für bundesimmissionsschutzrechtliche Regelungen. Sie sind jetzt in der Regierung und hätten etwas tun können.

(Zurufe von der SPD, u. a. Abg. Andreas Stoch: Komisch, immer ist jemand anderes schuld!)

Sie haben zusammen mit der CDU und der FDP – die CDU mit der FDP – die rote, die gelbe und die grüne Plakette als Zone durchgesetzt. Das hat jeweils Fahrverbote bedeutet, die in doppeltem Umfang Menschen betroffen haben, wie das heute bei Euro 4 der Fall ist – in doppeltem Umfang.

(Abg. Sascha Binder SPD: Das war eine ganz andere Übergangszeit!)

10 %, 12 % der Betroffenen mussten ihr Fahrzeug stehen lassen. Jetzt tun Sie so, als hätten Sie mit diesen Regeln nichts zu tun.

(Abg. Sascha Binder SPD: So ein Quatsch!)

Im Übrigen erfolgte selbst die Vorbereitung dieser Maßnahme noch unter Grün-Rot; auch die SPD war also beteiligt. Das ist die Situation.

Wir handeln auf der Grundlage von gesetzlichen Vorgaben, von Messwerten,

(Zuruf des Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU – Gegenruf des Abg. Andreas Stoch SPD)

und wir tun alles – auch das ist im Koalitionsvertrag ganz eindeutig festgelegt –, um die Luft so schnell wie möglich sau-

(Minister Winfried Hermann)

ber zu machen. Wir tun alles, um Mobilität im ganzen Land zu sichern – einschließlich der Lebensqualität und des Gesundheitsschutzes. Und dazu sind eine ganze Reihe von Maßnahmen notwendig, u. a. auch ein optimiertes Messen.

Wie sieht es aus? Eigentlich lautet das Thema dieser Debatte: Wo wird überall gemessen? Was wird gemessen? Das will ich Ihnen auch einmal sagen.

Die meisten Messstationen, an denen bis heute gemessen wird, sind in der Zeit aufgestellt worden, als auch die FDP/DVP noch in der Regierung war. Damals hatten Sie an den Messstationen nie etwas auszusetzen. Die Zahl der Messstationen im ganzen Land betrug bis zum letzten Jahr 70 – grob zehn, zwölf in Stuttgart.

In diesem Jahr sind noch 40 Stationen im Land dazugekommen, weil überall im Land Bürgerinnen und Bürger sagen: „Bei uns wird nicht gemessen. Da ist die Luft auch dreckig. Messt einmal nach, ob die Luft überhaupt sauber genug ist.“ Das heißt, anders als hier im Landtag haben Menschen Sorgen um ihre Gesundheit und klagen auch an, dass die Politik nicht genügend tut. Hier hat man eher den Eindruck, die größte Sorge gelte dem Diesel und nicht der Gesundheit.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Winfried Mack CDU:  
Unsinn!)

Der Koalitionsausschuss hat vereinbart, dass wir in Stuttgart und im ganzen Land weitere Messstationen aufstellen. Wir werden also über 40 weitere Messstationen aufstellen. Am Ende werden es 53 Messstationen allein in Stuttgart sein. Wir sind da mitten im Aufbau. Auch da muss man sagen: Nicht jede lässt sich einfach aufstellen, sondern man muss auch Vorbereitungen treffen, Stromleitungen legen usw.

(Zurufe der Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos] und Jochen Haußmann FDP/DVP)

Aber wir sind da hart dran und machen das. Wir führen auch weitere Messungen in Reutlingen, Heilbronn und Ludwigsburg durch. Wir stellen Passivsammler auf, die uns ein Profil an den Straßen über die Schadstoffbelastung geben. So kann man sagen, dass wir demnächst im ganzen Land über 150 Probenahmestellen haben werden und an über 150 Stellen schauen: Wie ist die Luftbelastung? Dann bekommen wir ein ziemlich klares Bild.

Was wir heute schon sagen können – das ist jetzt ganz aktuell –: Die EU hat zur Überprüfung der Luftqualitätsrichtlinie das zuständige österreichische Bundesamt und den TÜV Österreich beauftragt, die Messstationen in verschiedenen Ländern in Europa daraufhin zu überprüfen, ob sie rechtskonform sind, ob die Beschreibung, was zu tun ist, wie man aufstellt, passend ist und ob es bei einer Novellierung der Luftqualitätsrichtlinie zu Veränderungen kommen kann.

Für mich und für uns ist es schön, dass man auch baden-württembergische Messstationen überprüft hat. Die sind völlig korrekt; wenn es alle so machen würden, wäre das beispielhaft. Dabei sind übrigens auch die Messstationen am Neckartor und in Bad Cannstatt.

(Abg. Hermann Katzenstein GRÜNE: Hört, hört! –  
Zuruf: Pragsattel!)

Wir haben außerdem gerade die Überprüfung durch den TÜV Rheinland in Deutschland in Arbeit. Wir erwarten die Ergebnisse Ende April, Anfang Mai. Ich bin da sehr zuversichtlich.

In letzter Zeit gab es mal den Fall, dass an der Pragstraße eine Messstation nicht korrekt aufgestellt war.

(Zuruf: Ja so was!)

Das ist wahr. Die Messstation ist aufgestellt worden, als dort noch ein Haus stand. In der Zwischenzeit ist das Haus abgerissen worden. Jetzt wurde auch die Messstation abgebaut. Das war der einzige Fall. Daran sieht man einfach: Die Stadt verändert sich. Dementsprechend werden auch Veränderungen bei den Messstationen vorgenommen.

Wir haben die Messstationen jetzt so aufgestellt, dass wir ein gutes Bild an den hauptbelasteten Straßen bekommen. Das ist die B 14. Dabei sind das Neckartor, die Hohenheimer Straße, die Pragstraße und der Bereich vor dem Hauptbahnhof. Wir werden ein schönes Profil bekommen. Wir messen auch in den Nebenstraßen und im Hintergrund in allen Stadtbezirken, damit wir insgesamt ein klares Bild von der Stadt bekommen.

Ich sage es ganz deutlich, auch wenn Herr Rülke zehnmal das Gegenteil behauptet: Das Ziel ist nicht, so zu messen, dass wir Fahrverbote bekommen. Das könnte ich Ihnen vorwerfen, weil die Messstationen in der Zeit Ihrer Regierungsbeteiligung aufgestellt worden sind. Nein, wir messen, um ein klares Bild zu bekommen und zu erfahren: An welcher Stelle muss man was tun, und wie viel muss man tun?

Wir können jetzt nach insgesamt drei bis vier Jahren aktiver Luftreinhaltepolitik mit einem gewissen Stolz feststellen: Sukzessive verbessern sich die Messwerte Jahr für Jahr. Beim Feinstaub haben wir es im letzten Jahr geschafft, die Grenzwerte einzuhalten. Beim Stickoxid kann man schauen, wie man zu niedrigeren Werten kommt. Es sind immer noch über zehn Städte in Baden-Württemberg – aber immer weniger Städte –, die die Grenzwerte nicht einhalten.

In Stuttgart – das kann man sagen – sind die Strecken, auf denen die Grenzwerte überschritten werden, kürzer geworden. Als wir angefangen haben – darauf ist auch eingegangen worden – und die Zone vor drei, vier Jahren konstruiert worden ist, haben wir feststellen müssen, dass es auf den Hauptachsen gravierende Überschreitungen der Grenzwerte gab, aber dass die Grenzwerte auch auf Nebenstraßen überschritten wurden oder die Werte nur knapp darunter lagen. Auch in Vororten wie Zuffenhausen und Weilimdorf hatten wir Grenzwertüberschreitungen auf den Hauptstraßen. Das heißt, es gab in einer großen Fläche hohe Belastungen.

Daraus ist eben die Konzeption entstanden, dass wir die grüne Umweltzone, die es ja auch überall gab – – Die haben Sie auch in der ganzen Stadt eingerichtet – obwohl es in Sillenbuch, in Degerloch und in den anderen schönen Wohnlagen nicht so hohe Belastungen gab –, weil natürlich insgesamt alle Bereiche zur Schadstoffkonzentration beitragen. Deswegen haben wir mit der grünen Umweltzone, die Sie eingerichtet haben, genauso weitergemacht, wie Sie es gemacht haben. Das war damals auch angemessen und die sinnvolle Antwort.

Heute – das wissen wir – sind wir weiter. Die Werte sind besser. Die Zahl der Kilometer, auf denen die Grenzwerte über-

(Minister Winfried Hermann)

schritten werden, ist geringer geworden. Heute kann man auch über andere Regelungen nachdenken; keine Frage. Wenn ich in einer Nebenstraße deutlich unter den Grenzwerten bin, habe ich nicht mehr die Situation von vor drei, vier Jahren, als man durch Verlagerungen sofort in den Nebenstraßen über die Grenzwerte gekommen wäre.

Das nehmen wir so an und berücksichtigen das. Aber all diese Verbesserungen sind nicht von selbst gekommen. Wesentlich waren die bwtarif-Reform und die VVS-Tarifreform als Voraussetzungen zum Umsteigen – also günstige Tarife – sowie die Tatsache, dass wir in Stuttgart mehr Buslinien, mehr und verlängerte Straßenbahnen haben, dass wir den Takt der S-Bahn verbessern,

(Zuruf des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

dass wir Metropolexpresszüge fahren lassen. Wir drängen übrigens auch darauf, dass die Leute umsteigen bzw. andere Autos kaufen, dass an den Straßen – um ein Beispiel zu nennen – innovative Maßnahmen wie Luftabsaug- und -reinigungsanlagen von MANN+HUMMEL – 17 an der Zahl – schon aufgestellt werden. Wir werden weitere aufstellen.

Das alles hat dazu beigetragen, dass die Luft insgesamt deutlich besser geworden ist. Jetzt müssen wir diese neuen Werte auch in unsere Modellrechnung einbeziehen. Wir werden sicherlich noch ein bisschen warten müssen, bis wir solide und valide Zahlen für dieses Jahr haben. Aber man kann schon sagen, die erste Botschaft, die wir haben, ist: Es wird weitergehen wie bisher. Es wird tendenziell besser. Und das ist auch gut so.

Meine Damen und Herren, durch Messen allein wird die Luft nicht besser, sondern durch Maßnahmen. Die haben wir ergriffen. Ich glaube, die sinkenden Werte machen Hoffnung und ermöglichen das, was heute in Form eines Antrags vorliegt. Wir können Fahrverbote für Euro 5 unter bestimmten Bedingungen vermeiden:

Erstens: Die Fahrbeschränkungen für Euro 4 werden eingehalten, und zwar weitgehend. Das ist ein wesentlicher Baustein.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Enteignung!)

Zweitens: Die Flotte wird weiter modernisiert. Es braucht zunehmend neue und saubere Fahrzeuge. Die Leute müssen ihre alten Fahrzeuge austauschen.

Drittens: Wir wollen, dass in Stuttgart und in der Region mehr Hybridfahrzeuge, mehr Elektrofahrzeuge unterwegs sind. Also: Abgasarme Fahrzeuge müssen in Verkehr kommen.

Viertens: Wir brauchen weiter den Ausbau des ÖPNV, und wir brauchen weiter auch Menschen, die bereit sind, umzusteigen.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Der ÖPNV ist schon am Anschlag!)

Denn ohne das wird es nicht gelingen, dass die Luft sauber wird.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Es geht nicht nur um ein Umsteigen auf den ÖPNV, sondern auch in der Stadt auf das Fahrrad.

(Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

Natürlich muss auch die Wirtschaft einen Beitrag leisten und sich darum kümmern, wie die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu ihren Firmen kommen. Wichtig ist also auch ein Mobilitätsmanagement. Es geht darum, dass Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zusammen fahren können, dass es wieder Shuttleverkehre oder Werkbusse gibt. Auch das gehört dazu.

Also: Wenn alle erkennen, dass die Luft nur dann sauber wird, wenn jeder und jede seinen bzw. ihren Beitrag leistet, dann werden wir es schaffen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja!)

Ich arbeite daran, dass es gelingt.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

**Präsidentin Muhterem Aras:** In der zweiten Runde erteile ich das Wort Herrn Abg. Haußmann für die FDP/DVP-Fraktion.

**Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben in der ersten Runde von unserem Fraktionsvorsitzenden Dr. Rülke schon eindrücklich gehört, welche Konfusion in der Handhabung der Ausnahmeregelungen inzwischen entsteht – auch zwischen Staatsministerium und Verkehrsministerium. Da wird jetzt die Einkommensgrenze um 25 % erhöht. Bis heute, 4. April, haben wir noch keine ordentlichen Regelungen, wie man mit der Zufahrt zu Park-and-ride-Plätzen umgeht. Es ist ein Armutszeugnis, wie Sie der Öffentlichkeit die Verkehrspolitik hier in Stuttgart und in Baden-Württemberg darstellen.

(Beifall bei der FDP/DVP sowie der Abg. Bernd Gögel und Dr. Rainer Podeswa AfD)

Herr Kollege Schwarz, Sie haben Herrn Dr. Rülke vorgeworfen, er hätte die Zeitungsartikel, auf die er verwiesen hat, nicht gelesen. Wir haben die Artikel sehr wohl gelesen. Ich darf Inhalte daraus mit großer Sorge noch einmal kundtun:

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Der Eindruck ist entstanden, Herr Haußmann, durch das, was Herr Rülke vorgetragen hat!)

„Grünen-Fraktionschef Schwarz fordert die Verkehrswende“, steht da. Und Ihr Gutachten, das Sie beim Soziologen und Verkehrswissenschaftler Andreas Knie in Auftrag gegeben haben, macht mir richtig Sorge für den Standort Baden-Württemberg, wenn Sie die Aussagen teilen, wonach das autonome Fahren die Verkehrswende konterkariert und die Automobilindustrie das klassische Geschäftsmodell hinter sich lassen müsse.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Lesen Sie es ganz! Zitieren Sie korrekt! Zitieren Sie immer korrekt! – Gegenruf des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

– Frau Präsidentin!

**Präsidentin Muhterem Aras:** Moment!

**Abg. Jochen Haußmann** FDP/DVP: Danke. – Und – da liegt des Pudels Kern – es bestehe die Gefahr, dass durch autonomes Fahren die Fortbewegung im Privatwagen noch attraktiver wird.

(Lachen des Abg. Bernd Gögel AfD)

Deshalb bedürfe das autonome Fahren der politischen Steuerung und des Abbaus von Privilegien. Das ist der wahre Kern dessen, was Sie vorhaben, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Herr Ministerpräsident, Sie machen einen groß angelegten Strategiedialog Automobilwirtschaft. Da frage ich Sie: Wie ist denn die Wirkung auf die Industrie? Die hat das Gefühl, das autonome Fahren sei eine weitere Technologie, die die Grünen wieder beerdigen, bevor sie überhaupt in Gang kommt.

(Abg. Hermann Katzenstein GRÜNE: Das stimmt doch gar nicht! – Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Das ist falsch, Herr Kollege!)

Sie sorgen mit Ihrer Politik dafür, dass Forschung und Entwicklung ins Ausland verlagert werden.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der AfD – Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Falsch! – Zuruf des Abg. Hermann Katzenstein GRÜNE)

Umso wichtiger ist es, dass wir heute über den Antrag, den die SPD und die FDP/DVP eingebracht haben, entscheiden. Herr Kollege Reinhart, Sie haben am 12. März der dpa mitgeteilt, dass man jetzt auch über Euro 4 und darüber nachdenken müsse, das Verbot aufzuheben. Heute fangen wir mal mit Euro 5 an und arbeiten dann an Ihrem Wunsch weiter, im nächsten Schritt Euro 4. Deswegen beantragen wir heute zu unserem gemeinsamen Antrag eine namentliche Abstimmung und zu dem Antrag der Regierungskoalition ziffernweise Abstimmung.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Für die Fraktion GRÜNE erteile ich das Wort Herrn Abg. Renkonen.

**Abg. Daniel Renkonen** GRÜNE: Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich muss leider feststellen: Die Mobilitätswende und der Strukturwandel in der Automobilindustrie sind an unserer Opposition im Porschetempo vorbeigerauscht. Sie dieseln sich weiter durchs Parlament und führen völlig absurde Vergangenheitsdebatten.

(Beifall bei den Grünen – Lachen bei Abgeordneten der CDU)

Jetzt wollen Sie sich noch zum Retter der Automobilindustrie aufschwingen. Dabei sind die Automobilindustrie und die Betriebsräte schon viel weiter als die Opposition. Sie setzen nämlich auf Zukunftstechnologien und nicht auf Altechnologien. Das ist an Ihnen vorbeigerauscht.

(Beifall bei den Grünen – Zuruf des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

Warum forderte Herr Diess von VW denn von den Landesregierungen und von der Bundesregierung den Aufbau von mehr Ladesäulen?

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Seit wann ist der im Betriebsrat?)

Er hat sich schon etwas dabei gedacht, denn ohne die Flottenerneuerung werden wir die Grenzwerte der EU nicht einhalten können. Aber das scheint nicht in Ihre Köpfe hineinzugehen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen)

Diese Landesregierung hat einen Maßnahmenplan mit einem Volumen von einer halben Milliarde Euro für Luftreinhaltung vorgelegt, und hier wird ständig über Fahrverbote diskutiert. Ja, dieser Maßnahmenplan soll die Fahrverbote verhindern; das ist doch das Ziel.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Sehr richtig! Genau!)

Baden-Württemberg hat im Rahmen der Landesinitiative für Elektromobilität inzwischen landesweit 2 500 Ladesäulen aufgestellt; nur Bayern hat mehr. Selbst Nordrhein-Westfalen hat weniger öffentlich geförderte Ladesäulen aufgestellt. – So viel zum Thema „Zukunftstechnologie und Elektromobilität“.

(Vereinzelt Beifall bei den Grünen)

Lieber Andreas Stoch, jetzt muss ich auch einmal an deine Adresse fragen: Wo ist denn die SPD im Bund? Es hieß doch: eine Million Elektroautos bis 2020.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Wo sind sie denn in Baden-Württemberg?)

Wie viele haben wir denn jetzt? 83 000 statt einer Million. So sieht SPD-Politik aus.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Andreas Stoch SPD: Die kriegt man nicht auf den Markt zu den Preisen! Ganz einfach!)

Die von den Grünen geführte Landesregierung mit ihrem innovativen Verkehrsminister braucht sich ganz sicher nicht zu verstecken, denn eine Tarifreform wie die beim VVS hat noch kein anderes Land in Deutschland hinbekommen. Tarife werden teilweise um 50 % gesenkt, damit auch die Menschen,

(Zuruf der Abg. Gabi Rolland SPD)

liebe Gabi, die nicht so viel im Geldbeutel haben, eine Mobilitätsgarantie haben.

(Beifall bei den Grünen – Vereinzelt Beifall bei der CDU – Zuruf der Abg. Gabi Rolland SPD)

Man muss doch auch einmal an die Rentnerinnen und Rentner denken, die sich bisher keine Tickets leisten konnten; sie können jetzt günstiger unterwegs sein. Dadurch sowie durch die bwtarif-Reform schaffen wir auch eine Verlagerung auf den ÖPNV. 25 % weniger, um landesweit unterwegs zu sein – das ist doch ein Wort! Das kann man doch nicht permanent schlechtreden.

(Beifall bei den Grünen)

(Daniel Renkonen)

Ich stelle abschließend fest, da meine Redezeit leider schon wieder abgelaufen ist – es gäbe natürlich noch viel zu sagen –: Nach dem Gequatsche hier stelle ich jetzt den Antrag – –

(Zurufe von der SPD: He, he! – Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Jetzt ist es aber gut! – Abg. Anton Baron AfD: Rüge! Rüge! – Abg. Rainer Stickleberger SPD: Jetzt reicht es aber! – Abg. Sascha Binder SPD: Was für eine Arroganz!)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Herr Abg. Renkonen, die Wortwahl „Gequatsche“ ist des Parlaments nicht würdig.

(Vereinzelt Beifall – Zurufe)

**Abg. Daniel Renkonen** GRÜNE: Ich habe begründet, worauf ich das bezogen habe.

(Abg. Winfried Mack CDU: Setzen Sie sich, und es ist gut! Setzen, Sechs!)

Jetzt beantrage ich erst einmal eine namentliche Abstimmung zum Änderungsantrag der Regierungsfractionen.

Danke schön.

(Abg. Anton Baron AfD: Wo er recht hat, hat er recht!)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Einen Moment, Herr Abg. Renkonen! – Herr Abg. Mack, Herr Abg. Renkonen hatte noch das Wort; und den letzten Satz habe ich akustisch nicht verstanden. Bitte noch einmal.

**Abg. Daniel Renkonen** GRÜNE: Das Wort „Gequatsche“ hat sich auf meine Vorwürfe bezogen, wie unsachlich hier über das Thema Luftreinhaltung diskutiert worden ist. Das will ich noch einmal klarstellen.

(Unruhe)

Jetzt stelle ich den Antrag auf namentliche Abstimmung zum Änderungsantrag der Regierungsfractionen.

Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Abg. Hermann Katzenstein GRÜNE: Die AfD darf den Vergleich der Schülerdemos zum Naziregime machen, ohne dass Sie widersprechen!)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Herr Abg. Katzenstein, Sie haben nicht das Wort.

(Abg. Anton Baron AfD: Sie haben nicht das Wort, Herr Katzenstein!)

Das Wort erteile ich für die SPD-Fraktion Herrn Fraktionsvorsitzenden Stoch.

**Abg. Andreas Stoch** SPD: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Ich glaube, beim Auftritt von Herrn Renkonen wurde deutlich: Das Problem der Grünen-Fraktion ist die übermäßige Arroganz, mit der sie hier im Parlament auftritt.

(Beifall bei der SPD und der FDP/DVP sowie des Abg. Dr. Rainer Podeswa AfD)

Immer dann, wenn man die Regierung kritisiert, ist es aus deren Sicht Gequatsche; und immer dann, wenn man die Grünen kritisiert, kommt der Reflex, dass man die Schuld in Berlin suchen müsse.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Fahrverbote in Baden-Württemberg sind grüne Handschrift und sonst gar nichts.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der FDP/DVP)

Ich betone an dieser Stelle nochmals: Wir müssen es schaffen, die Messwerte einzuhalten. Aber wir müssen den Menschen gleichzeitig die Möglichkeit geben, mobil zu bleiben. Das heißt, dass wir Tarifreformen brauchen. Das ist richtig und wurde von meiner Fraktion und mir noch nie in Zweifel gezogen. Aber wir dürfen nicht gleichzeitig mit der Verbotскеule die Menschen zwangsweise umerziehen. Das muss über die Angebotsseite kommen.

(Abg. Hermann Katzenstein GRÜNE: Tun wir doch!)

Sie müssen sich bewusst sein, dass wir eine veränderte Mobilität brauchen. Wir brauchen keine Fahrverbote.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Nun erteile ich Herrn Abg. Dr. Fiechtner das Wort.

**Abg. Dr. Heinrich Fiechtner** (fraktionslos): Sehr verehrte Frau Präsidentin, sehr verehrte Damen, sehr geehrte Herren! Die Rechtssicherheit gerät unter dieser grün geführten Regierung ins Schwanken; der Rechtsstaat ist in Auflösung begriffen,

(Lachen bei Abgeordneten der Grünen)

und die CDU macht mit.

Herr Dr. Rülke hat vollkommen zu Recht den Angriff auf das Eigentum durch Andreas Schwarz benannt. Dieser hat versucht, es zu relativieren. Ich zitiere aus der Zeitung, was er wörtlich gesagt hat:

*Kerngedanke einer Verkehrswende ist, dass sich der individuelle Verkehrswunsch vom Eigentum an einem Fahrzeug löst und durch die Nutzung eines vielfältigen Fahrzeugparks ersetzt wird.*

Das ist doch ganz klar das Plädoyer für die Enteignung im Sinne einer zunehmenden Kollektivierung.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Nein, nein! Falsch, Herr Kollege, total falsch!)

Es ist geradezu verfassungswidrig, was Sie hier machen.

An dieser Stelle muss ich fragen: Wie lange halten Sie von der CDU das überhaupt noch aus? Es ist ja nett, dass Sie sich über Euro 5 und jetzt anscheinend auch über Euro 4 Gedanken machen. Am vergangenen Montag sind 17 000 Bürger in

(Dr. Heinrich Fiechtner)

Stuttgart enteignet worden. An diesem Tag bin ich durch die Straßen geschlendert.

(Abg. Nicole Razavi CDU: Sie haben Zeit!)

Am Morgen war bereits ein Fahrzeug mit einem Strafzettel versehen. Was ist denn das?

(Abg. Hermann Katzenstein GRÜNE: Ein Rechtsstaat! – Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Rechtsstaat nennt man das! Rechtsstaat!)

Das ist eine bürgerfeindliche Politik, eine Enteignungspolitik.

Herr Innenminister Strobl, Sie sollten bitte Frau Bube beauftragen, zu überprüfen, ob die Grünen nicht eine verfassungswidrige Organisation sind und vom Verfassungsschutz beobachtet werden müssten.

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der AfD – Lachen bei Abgeordneten der Grünen)

Die Grünen kommen daher mit gekauften Gutachten von einem Soziologen. Das Gleiche habe ich bereits gestern angesprochen. Herr Untersteller – er ist leider gerade nicht da – ist ja einer der Spezialisten für gekaufte und getürkte Gutachten.

(Unruhe bei den Grünen – Zurufe von den Grünen, u. a. Abg. Hans-Ulrich Sckerl: Hallo, hallo, hallo! Frau Präsidentin, das lassen wir nicht durchgehen! – Große Unruhe)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Moment! Moment, Herr –

**Abg. Dr. Heinrich Fiechtner** (fraktionslos): An dieser Stelle haben sie wieder eines erstellt, das natürlich ganz in ihrem Sinn die Sachen propagiert.

Ich würde mir wünschen, dass sich die CDU endlich ihrer Wurzeln bewusst wird und dieser verhängnisvollen Koalition ein Ende macht, damit dieses Land erhalten bleibt.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Schämen Sie sich!)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Herr Abg. Dr. Fiechtner, kommen Sie bitte zum Schluss.

**Abg. Dr. Heinrich Fiechtner** (fraktionslos): Die Politik der Grünen geht an die Wurzeln unserer Existenz, an die Wurzeln der Rechtsstaatlichkeit, an die Wurzeln der Rechtssicherheit.

(Vereinzelt Beifall bei der AfD)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Meine Damen und Herren, es ist oft so laut, dass wir –

(Abg. Nicole Razavi CDU: Ja, wenn der so schreit!)

Ich hatte vorhin selbst Probleme, den Redner zu hören. Deshalb werde ich manches im Protokoll nachschauen und prüfen, ob zu dem einen oder anderen Zwischenruf oder auch für Äußerungen hier vom Redepult aus im Nachhinein ein Ordnungsruf erteilt wird. Das werden wir noch überprüfen und werden es dann am Nachmittag mitteilen. Deshalb bitte ich Sie um etwas mehr Ruhe.

Nun erteile ich das Wort Herrn Abg. Dr. Gedeon.

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

**Abg. Dr. Wolfgang Gedeon** (fraktionslos): Nachdem mich Herr Stoch als Arzt angesprochen hat,

(Abg. Reinhold Gall SPD: Herr Stoch hat Sie gar nicht angesprochen! Wie käme er dazu? – Abg. Sabine Wölfler SPD: Das war bei der letzten Debatte!)

fühle ich mich doch noch bemüht, hier Stellung zu beziehen.

Herr Stauch braucht keinen Arzt. Wenn hier jemand einen Arzt braucht, dann ist das die SPD. Sie bewegt sich im Zeitraffer-tempo auf die Fünfprozenthürde zu, und zwar von der verkehrten Seite.

(Abg. Sabine Wölfler SPD: Schauen Sie sich mal die Umfragewerte der AfD an! Da sind Sie ja noch Mitglied!)

Da verstehe ich schon, meine Damen und Herren, dass Sie Überlegungen über ärztliche Hilfe anstellen. Allerdings muss ich Ihnen sagen: Die SPD politisch zu heilen, das traue nicht einmal ich mir zu.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der AfD – Abg. Reinhold Gall SPD: Auf diese Schnapsidee kämen wir gar nicht!)

Wenn jemand etwas Grundsätzlicheres zu dem Thema sagt, wie Herr Stauch, dann kommen Sie gleich mit dem Vorwurf der Verschwörungstheorie. Was soll denn diese hohle Phrase, meine Damen und Herren? Man muss sich doch damit auseinandersetzen. Es gibt jede Menge Verschwörungen. Der SPIEGEL hat geschrieben, die rechten Attentate wären Verschwörungen. Es gibt in der westlichen Politik sehr starke Elemente von Verschwörungen, und es gibt jede Menge Verschwörercliquen, ob Sie das wollen oder nicht.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Die gibt es! Da vorn steht einer!)

Darüber müssen wir diskutieren.

Es sind ja Ihre eigenen Leute. Ich zitiere einmal CSU-Bundesminister Seehofer. Auch ein blindes Huhn findet manchmal ein Korn. In einer Zeit kurzer geistiger Erleuchtung hat er gesagt:

*Diejenigen, die entscheiden, sind nicht gewählt, und diejenigen, die gewählt werden, haben nichts zu entscheiden.*

Das ist ein Nährboden für Verschwörungstheorien.

(Abg. Sabine Wölfler SPD: Da kennen Sie sich ja gut aus!)

Darüber sollten wir hier mal ernsthaft diskutieren und nicht nur alles abblocken mit der Phrase von Verschwörungstheoretikern.

Danke schön.

(Vereinzelt Beifall bei der AfD – Abg. Sascha Binder SPD: Jetzt stimmen wir ab!)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Meine Damen und Herren, mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

(Präsidentin Muhterem Aras)

Wir kommen damit zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung des Antrags Drucksache 16/5683. – Herr Abg. Sckerl, bitte.

**Abg. Hans-Ulrich Sckerl** GRÜNE: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Die FDP/DVP hat Einzelabstimmung bzw. getrennte Abstimmung über den Änderungsantrag von Grünen und CDU beantragt. Nach § 96 Absatz 3 der Geschäftsordnung widersprechen wir der getrennten Abstimmung, da es sich um eine namentliche Abstimmung handelt.

**Präsidentin Muhterem Aras:** Herr Abg. Dr. Rülke, bitte.

**Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke** FDP/DVP: Frau Präsidentin, wir können gern das Angebot machen, dass man über die einzelnen Punkte offen abstimmt und über den gesamten Änderungsantrag dann namentlich.

(Zuruf von der CDU: Sehr gut!)

Sollte die Regierungskoalition mit ihrer Mehrheit das nicht wünschen, dann können wir dem Änderungsantrag wegen der letzten Ziffer, der Ziffer 7, nicht zustimmen.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Dann ist es halt so!)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Damit bleibt es dabei, dass über den Änderungsantrag der Regierungsfractionen wegen § 96 Absatz 3 der Geschäftsordnung im Ganzen abgestimmt wird und ansonsten namentliche Abstimmungen über den Änderungsantrag der SPD und der FDP/DVP sowie über den Änderungsantrag der Regierungsfractionen erfolgen.

(Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Ja!)

Wir kommen jetzt zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung des Antrags Drucksache 16/5683. Abschnitt I des Antrags ist ein Berichtsteil und kann für erledigt erklärt werden. – Sie stimmen zu. Vielen Dank.

Abschnitt II des Antrags ist ein Beschlussteil, der ein Handlungersuchen an die Regierung enthält. Zu Abschnitt II liegen drei Änderungsanträge vor. Die Abstimmung erfolgt nach § 97 Absatz 6 der Geschäftsordnung. Danach wird bei mehreren Anträgen zuerst über den Antrag abgestimmt, der vom Ursprungsantrag am weitesten abweicht. Vorsorglich weise ich darauf hin, dass ich auf jeden Fall alle drei Änderungsanträge zur Abstimmung stellen werde.

Es gilt somit die folgende Abstimmungsreihenfolge: Der Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/6038, ist weiter gehend als der Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE und der Fraktion der CDU, Drucksache 16/6039. Dieser Antrag der Regierungsfractionen ist wiederum weiter gehend als der Änderungsantrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 16/5944.

Ich lasse also zunächst über den Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/6038, abstimmen. Wer dem Änderungsantrag der AfD zustimmt, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist damit mehrheitlich abgelehnt.

Nun kommen wir zur Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE und der Fraktion der CDU, Druck-

sache 16/6039. Hierzu ist eine namentliche Abstimmung beantragt. Der Antrag hat die Unterstützung durch fünf Abgeordnete.

Wer dem Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE und der Fraktion der CDU, Drucksache 16/6039, zustimmt, den bitte ich, mit Ja zu antworten. Wer den Änderungsantrag der Regierungsfractionen ablehnt, der möge mit Nein antworten. Wer sich der Stimme enthält, der antworte mit „Enthaltung“.

Ich bitte die Schriftführerin, Frau Abg. Reich-Gutjahr, den Namensaufruf vorzunehmen. Der Namensaufruf beginnt mit dem Buchstaben R.

(Namensaufruf)

Ist noch jemand im Saal, der nicht an der Abstimmung teilgenommen hat? – Das ist nicht der Fall. Vielen Dank. Dann ist die Abstimmung geschlossen. Ich bitte die Schriftführer, das Stimmergebnis festzustellen.

Wir fahren mit der nächsten Abstimmung fort. Jetzt geht es um den Änderungsantrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 16/5944. Auch hierzu ist namentliche Abstimmung beantragt. Ich unterstelle auch hier die Unterstützung durch fünf Abgeordnete.

Meine Damen und Herren, wer dem Änderungsantrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 16/5944, zustimmt, den bitte ich, mit Ja zu antworten. Wer den Änderungsantrag ablehnt, der möge mit Nein antworten. Wer sich der Stimme enthält, der antworte mit „Enthaltung“.

Ich bitte nun Frau Schriftführerin Martin, den Namensaufruf vorzunehmen, und zwar beginnend mit dem Buchstaben S.

(Namensaufruf)

Ist noch jemand im Saal, der noch nicht abgestimmt hat? – Dies ist nicht der Fall. Damit ist die Abstimmung geschlossen. Ich bitte die Schriftführer, das Abstimmungsergebnis festzustellen. Wir geben das Ergebnis nachher bekannt.

Wir fahren jetzt fort, und ich rufe **Punkt 3** der Tagesordnung auf:

#### **Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktion der FDP/DVP – Gesetz zur Absenkung des Grunderwerbsteuersatzes – Drucksache 16/4880**

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: für die Begründung fünf Minuten und für die Aussprache fünf Minuten je Fraktion.

Für die FDP/DVP-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Abg. Brauer.

**Abg. Stephen Brauer** FDP/DVP: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Steuersatz für Grunderwerb lag bis zum Jahr 2012 bei 3,5 %. Damals wurden noch Einnahmen in Höhe von 943 Millionen € generiert. Und das war gut so. Denn diese Landesregierung leidet nicht an zu wenig Einnahmen, sondern an zu wenig Ideen. Diese Ideenlosigkeit mündet dann in einem Reflex. Dieser Reflex heißt Steuererhöhungen.

(Stephen Brauer)

Diese Steuererhöhungen hatten nahezu eine Einnahmeverdopplung zur Folge. 1,8 Milliarden € sollen es sein, die in diesem Jahr in die Kassen gespült werden – nur aus der Grunderwerbsteuer.

Was machen Sie mit dem Geld? Natürlich ein Förderprogramm auflegen. Die grün-schwarze Landesregierung folgt dem immer gleichen Muster: Geld einsammeln und nach eigenen Kriterien wieder ausgeben, da die Menschen im Land ja nicht so gut informiert sind und dann das Geld vielleicht unsinnig ausgeben könnten.

Es handelt sich im Übrigen – nebenbei bemerkt – nicht um das Geld der Regierung, sondern um das Geld der Bürger. Es macht schlicht und ergreifend keinen Sinn, Grunderwerb zu besteuern und damit zu verteuern, um dann die eingesammelten Mittel wieder an die Wohnungskäufer und Häuslebauer auszugeben – dies natürlich nur, wenn sie brav einen Antrag stellen.

Sie haben es doch selbst gemerkt, dass Ihr Landeswohnraumförderungsprogramm nicht das Gelbe vom Ei ist – nicht nur wegen des sperrigen Namens. 160 Millionen € wurden nicht abgerufen. Glauben Sie selbst noch an den Erfolg dieses Programms, oder ist es Ihnen vielleicht ganz recht, dass Sie Geld bunkern können, um Ihren Kommunalfonds auszustatten?

Allein 2018 sind 106 Millionen € nicht abgerufen worden, weil Sie die Förderperiode verkürzt haben. Dieses Geld können Sie dann sukzessive bis zur Landtagswahl an die Kommunen ausgeben. Sie horten Geld, ohne zu wissen, wie dieser Kommunalfonds konkret aussehen soll. Ich zitiere wörtlich aus der Stellungnahme zum Antrag unserer Fraktion, Drucksache 16/5551. Hier schreiben Sie zur Frage Nummer 11, zum Kommunalfonds:

*Die Abstimmung des Konzepts zwischen dem Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau, dem Staatsministerium und dem Ministerium für Finanzen ist bislang nicht abgeschlossen.*

Ja, schade eigentlich. Das Geld sammeln Sie bereits ein, wissen aber nicht genau, wofür. Ist ja auch egal. Etatisten wie Ihnen fällt immer etwas ein, was man mit dem Geld anderer Leute machen kann.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Politik für mündige Bürger sieht meiner Meinung nach anders aus.

Sie wollen etwas gegen die Wohnungsnot tun, Sie wollen, dass die Menschen bezahlbaren Wohnraum finden. Das nehme ich Ihnen ab. Auch für mich ist ein Dach über dem Kopf kein Gut wie jedes andere. Eine Wohnung ist Grundlage für ein menschenwürdiges Dasein, und dafür sollte man nicht die Hälfte seines Monatseinkommens ausgeben müssen.

Beim Ziel sind wir uns also einig, aber über den Weg dorthin herrscht Dissens. Wir von der FDP/DVP-Fraktion sind der Meinung, dass nicht der Staat die Kriterien festlegen darf, wie die Bürger ihr Geld auszugeben haben. Diese Steuerungsfantasien sollten eigentlich der Vergangenheit angehören. Sie stammen aus der Mottenkiste der Wirtschaftspolitik, aus einer Zeit, in der Politiker glaubten, eine Gesellschaft mit Bud-

gets lenken zu können und damit bessere Ergebnisse erzielen zu können als die Menschen selbst.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Das glauben sie bis heute!)

Ihr Ansatzpunkt müsste ein anderer sein. Nicht die Nachfrage lenkung ist das Problem. Auf dem Immobilienmarkt haben wir ein Angebotsproblem. Ich verrate Ihnen wahrscheinlich kein Geheimnis, wenn ich sage, dass man nur durch eine Erhöhung des Angebots zu niedrigeren Preisen kommt.

(Abg. Tobias Wald CDU: Deswegen der Kommunalfonds, Herr Kollege!)

Sie müssen endlich bauen bzw. bauen lassen. Denn dass der Staat der schlechtere Unternehmer ist, hat er schon mehrfach unter Beweis gestellt. Wohnraum in nennenswertem Umfang schaffen nur Unternehmen. Und wenn sie günstigen Wohnraum schaffen sollen, brauchen sie die richtigen Rahmenbedingungen dafür. Ich sage Ihnen auch: Unsere Landesbauordnung gehört nicht zu den richtigen Rahmenbedingungen.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Ganz im Gegenteil: Diese Landesbauordnung verhindert günstiges Bauen. Das werden Ihnen jeder Architekt, jeder Bauträger und jeder Bauherr bestätigen.

(Abg. Anton Baron AfD: So ist es!)

Egal, ob Sie das Geld über einen Kommunalfonds ausgeben oder privat, diese Landesbauordnung ist nicht zielführend.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Anton Baron AfD – Abg. Anton Baron AfD: Richtig! – Zuruf des Abg. Tobias Wald CDU)

Sie haben ja auch in der Koalition schon heftig über die Landesbauordnung gestritten: Barrierefreiheit, große oder kleine Lösung? Kinderspielplatz, ja oder nein? Erleichterte Gebäudeaufstockung, pro oder contra? Eine vernünftige und vor allem günstige Lösung ist leider nicht in Sicht.

(Abg. Tobias Wald CDU: Was?)

Ein weiterer Punkt sind die Flächen. Ohne geeignete Flächen gibt es keine Bauwerke. Auch hier tut sich die Landesregierung schwer. Ich teile hier die Kritik von Roger Kehle:

*Bezahlbarer Wohnraum wird die soziale Frage schlechthin. Wir brauchen daher dringend neue Bauflächen.*

– So der Präsident des Gemeindetags in dieser Woche.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Tobias Wald CDU: Deshalb gibt es ja den Kommunalfonds, Herr Kollege!)

Wir sollten uns bei der Schaffung von Wohnraum auf das Wesentliche konzentrieren. Sorgen Sie für die Ausweisung neuer Flächen, erleichtern Sie das Bauen, und vermindern Sie die finanziellen Belastungen, indem Sie den Grunderwerbsteuersatz wieder auf erträgliche 3,5 % reduzieren!

Ich bin ja voller Hoffnung, dass wir für unseren Gesetzentwurf breite Zustimmung finden.

(Lachen des Abg. Dr. Rainer Balzer AfD)

(Stephen Brauer)

Nicht nur Haus & Grund sowie der Bund der Steuerzahler unterstützen unsere Forderung;

(Zuruf des Abg. Reinhold Gall SPD)

das sind natürlich die üblichen Verdächtigen. Nein, auch die CDU ist auf unserer Seite. Wenn man von so einer großen Partei unterstützt wird, kann doch nichts mehr schiefgehen. Auf ihrem Parteitag in Rust im September letzten Jahres haben die Delegierten für eine Senkung des Grunderwerbsteuersatzes plädiert. Allerdings haben wir es hier mit einem seltsamen Krankheitsbild zu tun: Dieselben Landtagsabgeordneten, die als Delegierte in Rust für eine Senkung des Grunderwerbsteuersatzes gestimmt haben, vergessen dies, sobald sie durch die Drehtür hier unten gehen.

(Abg. Tobias Wald CDU: Haben Sie eine Ahnung!)

Diese Drehtürdemenz – so will ich diese Krankheit einmal nennen –

(Heiterkeit bei der FDP/DVP, der AfD und der SPD  
– Beifall bei der FDP/DVP – Zuruf von der FDP/  
DVP: Sehr gut!)

wurde schon mehrfach beobachtet, ganz aktuell z. B. beim Dieselfahrverbot oder auch bei der verbindlichen Grundschulpflicht. Immer, wenn die Abgeordneten auf dem Parteitag oder im Wahlkreis unterwegs waren, stellt man fest, dass sie sich an die dort getroffenen Aussagen und Beschlüsse nicht mehr erinnern können oder wollen, sobald sie den Landtag betreten.

(Beifall bei der FDP/DVP – Vereinzelt Beifall bei der AfD – Abg. Tobias Wald CDU: Sie müssen mal richtig lesen, was die Partei beschlossen hat, Herr Kollege!)

Schopenhauer sagte einmal über die Unfreiheit des Willens:

*Der Mensch kann zwar tun, was er will, aber er kann nicht wollen, was er will.*

Liebe Damen und Herren Abgeordnete der CDU-Fraktion: Wollen Sie nicht, oder können Sie nicht? Oder können Sie nicht so, wie Sie wollen? Und wer hindert Sie daran? Jetzt wäre die Gelegenheit, über Ihren eigenen Schatten zu springen und endlich zu tun, was Sie doch eigentlich wollen: unserem Gesetzentwurf zustimmen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP – Vereinzelt Beifall bei der AfD)

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Für die Fraktion GRÜNE hat Frau Abg. Walker das Wort.

**Abg. Thekla Walker GRÜNE:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben hier in den letzten Monaten bereits mehrfach über eine mögliche Absenkung der Grunderwerbsteuer debattiert. Zu dieser Sache sind die Argumente eigentlich zur Genüge ausgetauscht und die Positionen bekannt.

Der vorliegende Gesetzentwurf der FDP/DVP ist deswegen etwas aus der Zeit gefallen. Es handelt sich vielmehr um den

vordergründigen Reflex auf einen Beschluss des CDU-Landesparteitags im letzten Jahr. Herr Brauer, wer halbwegs seriös unterwegs ist, der weiß, dass Parteitagsbeschlüsse etwas anderes sind als Regierungshandeln

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Besonders bei den Grünen!)

oder parlamentarische Verantwortung, und das ist auch gut so, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Zuruf des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

Klar ist: In Zeiten sprudelnder Steuereinnahmen ist die Verlockung groß, mit Steuersenkungen punkten zu wollen, noch dazu vor wichtigen Wahlen. Klar ist aber auch: Angesichts der Schuldenbremse und der immensen Herausforderungen können wir es uns nicht leisten, unseren Haushalt weiter strukturell zu schwächen.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Heuchlerisch!)

Wir haben zwar mit den Konsolidierungen in den vergangenen Haushalten große Fortschritte gemacht, aber in der mittelfristigen Finanzplanung sind immer noch strukturelle Deckungslücken, die wir schließen müssen.

Die letzte Steuerschätzung zeigt auch: Die Bäume wachsen nicht in den Himmel. Die Zeiten ständig wachsender Steuereinnahmen gehen zu Ende. Wenn wir uns die internationalen Entwicklungen anschauen – Brexit, Handelskrieg USA – China, vieles mehr –, zeigt uns das, dass wir insgesamt eine instabile Lage haben und uns auf künftige Herausforderungen gut vorbereiten müssen.

Bei einer Absenkung der Grunderwerbsteuer reden wir immerhin von einem strukturellen Einnahmeverlust von einer halben Milliarde Euro. Sie schreiben in Ihrem Gesetzentwurf ganz lapidar, dass sich dieser Steuerausfall durch eine steigende Anzahl von Grunderwerbsfällen, die Sie für diesen Fall dann prognostizieren, kompensieren ließe. Dabei müsste man mit einem Blick in die Vergangenheit doch eigentlich für alle klar feststellen: Steuersenkungen haben sich noch nie selbst finanziert. Das ist der Geist des alten Neoliberalismus, der aus diesem Gesetzentwurf zu uns spricht. Das ist keine brauchbare Gegenfinanzierung, keine seriöse Finanzpolitik und schon gar nicht nachhaltig, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen)

Sie leugnen mit diesem Antrag dazu noch die eigentlichen Herausforderungen, vor denen der Wohnungsmarkt in Baden-Württemberg steht. Wir haben in Baden-Württemberg gerade nicht das Problem, dass Wohnungen und Häuser keine Käufer und Käuferinnen finden, wir haben schlichtweg zu wenig Angebote für eine sehr große Nachfrage.

(Beifall des Abg. Hermann Katzenstein GRÜNE)

Für praktisch jedes Preissegment finden sich bei uns immer noch genügend Käuferinnen und Käufer. In Zeiten niedriger Zinsen ist Wohnraum in hohem Maß zur Geldanlage und zum Spekulationsobjekt geworden. Das bedeutet, dass eine Steuersenkung sofort durch eine Preissteigerung kompensiert wer-

(Thekla Walker)

den würde. Der positive Effekt wäre sofort dahin, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen – Vereinzelt Beifall bei der CDU – Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: „Denn sie wissen nicht, was sie tun“!)

Natürlich ist es richtig, so viel wie möglich für bezahlbaren Wohnungsbau zu tun, aber gezielt und in den Segmenten, in denen dringender Bedarf besteht, beim Wohnraum für kleine und mittlere Einkommen und insbesondere bei den sozial geförderten Wohnungen. Eine pauschale Absenkung der Grunderwerbsteuer wäre da ein besonders teurer und ineffektiver Weg. Es ist die klassische Gießkanne: großer Aufwand, wenig zielgenau, viele Mitnahmeeffekte.

(Beifall bei den Grünen und des Abg. Tobias Wald CDU)

Wir dagegen stellen für den sozialen Wohnungsbau die Rekordsumme von 250 Millionen € pro Jahr zur Verfügung.

(Zuruf des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

Es wurden für den sozialen Wohnungsbau noch nie so viele Mittel abgerufen wie in den vergangenen Jahren.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Grüner sozialistischer Wohnungsbau!)

Wir haben nämlich die Umkehr geschafft. Es wird mehr sozialer Wohnraum zugebaut, als an Bindungen wegfällt.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Sozialistischer Wohnungsbau!)

Natürlich müssen wir weiter investieren: in den Wohnungsbau und auch in den Erwerb von Grundstücken, insbesondere für die Kommunen,

(Zuruf des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

damit es weiter vorangebracht werden kann.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und des Abg. Tobias Wald CDU)

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Frau Abg. Walker, lassen Sie eine Zwischenfrage von Herrn Abg. Dr. Goll zu?

**Abg. Thekla Walker** GRÜNE: Ja, auch wenn ich nur noch 30 Sekunden Redezeit habe.

**Abg. Dr. Ulrich Goll** FDP/DVP: Frau Kollegin, wie können Sie sich angesichts Ihrer beeindruckenden Ausführungen erklären, dass Ihr Koalitionspartner auf einem Parteitag einen solchen Blödsinn beschließt?

(Beifall bei Abgeordneten der AfD und des Abg. Daniel Karrais FDP/DVP – Vereinzelt Heiterkeit)

**Abg. Thekla Walker** GRÜNE: Ich würde sagen, das fragen Sie den Kollegen Wald nachher einfach selbst. Ich muss ja nicht zu dem antworten, was die CDU auf ihren Parteitagen beschließt. Da bin ich jetzt die Falsche.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Zuruf des Abg. Reinhold Gall SPD)

Ich möchte noch einen Punkt ansprechen, der mir sehr wichtig ist. Die Erhöhung der Grunderwerbsteuer, die wir 2011 auf den Weg gebracht haben, hatte ein klares Ziel,

(Abg. Anton Baron AfD: Kinderbetreuung!)

nämlich die Generierung von Finanzmitteln für den Ausbau der Kleinkindbetreuung, bei der Baden-Württemberg 2011 Schlusslicht war. Wir haben dafür gesorgt, dass wir aktuell 80 % mehr Plätze haben als zu Beginn unserer Regierungszeit. Wir zahlen 68 % der Betriebskosten für die Kommunen im Land, das heißt, wir geben inzwischen über 1 Milliarde € für die Kleinkindbetreuung aus. Das wird selbstverständlich nicht durch die Erhöhung der Grunderwerbsteuer kompensiert. Aber klar ist: Diese strukturelle Einnahmequelle braucht das Land ganz dringend, um die wichtigen Zukunftsaufgaben zu finanzieren, um gezielt etwas für junge Familien im Land zu tun. Deswegen ist auch die Grunderwerbsteuer aus unserer Sicht nicht verzichtbar.

Danke schön.

(Beifall bei den Grünen – Vereinzelt Beifall bei der CDU)

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Für die CDU hat Herr Kollege Tobias Wald das Wort.

**Abg. Tobias Wald** CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Während viele Bundesländer seit dem Jahr 2006 die Grunderwerbsteuer erhöht haben, wurde der Steuersatz von der CDU-Regierung in Baden-Württemberg nicht angetastet, und dies trotz massiver Wirtschaftskrise in den Jahren 2008 bis 2010.

Im Jahr 2011 hat die damalige Landesregierung unter der Federführung des SPD-Ministers Nils Schmid den Grunderwerbsteuersatz von 3,5 auf 5 % erhöht. Die CDU im Landtag von Baden-Württemberg hat dies immer scharf kritisiert

(Zuruf des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

und einstimmig gegen das betreffende Gesetz gestimmt.

Eine weitere Erhöhung des Grunderwerbsteuersatzes wurde in der laufenden Legislaturperiode von der CDU ganz klar verhindert.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Staat hat kein Einnahmeproblem, sondern eher ein Ausgabenproblem. Ferner behindert die Erhöhung des Steuersatzes den Kauf von Wohneigentum. Deshalb sehen wir wesentlichen Handlungsbedarf hinsichtlich der Grunderwerbsteuer.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der AfD sowie der Abg. Daniel Karrais FDP/DVP und Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

(Tobias Wald)

Wir brauchen eine umfassende Reform der Grunderwerbsteuer und müssen deren schwerwiegende Mängel und Fehler beseitigen.

(Abg. Anton Baron AfD: Wann kommt die?)

Ein Gesetz lediglich zur Änderung des Steuersatzes, wie von der FDP/DVP oder letztes Mal von der AfD vorgeschlagen, ist schlichtweg der falsche Weg. Dadurch wird die Grunderwerbsteuer nicht zu einer besseren Steuer.

Wir brauchen mehr Steuergerechtigkeit bei der Grunderwerbsteuer. Diese schaffen wir nur, wenn wir die sogenannten Share Deals einschränken und im Gegenzug den Ersterwerb von Wohneigentum von der Grunderwerbsteuer befreien oder Freibeträge hierfür einführen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Damit könnte die Senkung des Grunderwerbsteuersatzes zumindest teilweise gegenfinanziert werden. Selbstverständlich gilt für uns: keine Senkung des Grunderwerbsteuersatzes zu Lasten der Kleinkindbetreuung im Land. Diese wollen und werden wir weiter ausbauen.

(Zurufe der Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos] und Willi Stächele CDU)

Familienfreundlichkeit ist ein Standortfaktor, meine Damen und Herren. Deshalb unterstützen wir die Kommunen auch beim Ausbau eines attraktiven und hochwertigen Kinderbetreuungsangebots kraftvoll.

(Zuruf des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

Die Kindergartenförderung nach § 29 b FAG war seit 2013 auf 529 Millionen € beschränkt. Im Einvernehmen mit den kommunalen Landesverbänden werden wir die Kindergartenförderung ab 2019 auf über 1 Milliarde € verdoppeln.

Mit den Share Deals haben wir in Baden-Württemberg im Übrigen sehr schlechte Erfahrungen gemacht. Wir erinnern uns alle an den Verkauf der Wohnungen der LBBW an die PATRIZIA AG und deren späteren Weiterverkauf an einen anderen Investor –

(Abg. Peter Hofelich SPD: Darüber können wir gern reden! Föll!)

und dies alles unter den Augen und mit der Zustimmung der SPD. Dadurch ist Baden-Württemberg ein Steuereinnahmeausfall von über 180 Millionen € entstanden. Es darf doch nicht sein, dass die großen Verkäufe steuerfrei gestellt werden und eine junge Familie für den Erstkauf eines eigenen Wohnhauses – für ihren Traum – Grunderwerbsteuer bezahlen muss.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Wir brauchen hier ganz klar Steuergerechtigkeit. Zur Eindämmung dieser Steuergestaltungen hat eine Bund-Länder-Kommission Lösungsmöglichkeiten erarbeitet. Diese wurden einer externen verfassungsrechtlichen Prüfung unterzogen. Die Eckpunkte liegen seit Längerem auf dem Tisch, und Bundesfinanzminister Scholz hat nun die Aufgabe, endlich zeitnah einen Gesetzentwurf auf den Tisch zu legen.

Es wäre zu begrüßen, wenn uns die SPD-Landtagsfraktion bei diesem Gesetzgebungsverfahren unterstützen und Druck auf ihren Parteikollegen Olaf Scholz ausüben würde. Meiner Meinung nach benötigt der SPD-Bundesfinanzminister für die Ausformulierung dieser wenigen Sätze viel zu lange.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die CDU-Fraktion steht ganz klar hinter dem Parteitagsbeschluss der CDU Baden-Württemberg vom September 2018, welcher lautet – ich darf zitieren –:

*Die CDU Baden-Württemberg fordert, die von Grün-Rot erhöhte Grunderwerbsteuer mittelfristig wieder auf 3,5 Prozent abzusenken*

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Mittelfristig ist in 20 Jahren! – Zuruf des Abg. Dr. Markus Rösel GRÜNE)

*und für Familien mit Kindern beim Ersterwerb von Wohneigentum ganz abzuschaffen.*

Hören Sie gut zu, Herr Rülke! Das ist unser erklärtes Ziel, und dieses erreichen wir nur, wenn wir eine grundlegende Änderung der Grunderwerbsteuer vornehmen. Der Bund ist hierfür zuständig, und hier sollten wir abwarten. Die CDU-Landtagsfraktion unterstützt ganz klar die von der CDU-geführten Bundesregierung initiierte Grunderwerbsteuerreform.

Meine Damen und Herren, ich denke, wir haben noch genügend Zeit, uns im Finanzausschuss hierüber auszutauschen. Ich freue mich auf eine gute Diskussion dort.

Ein Satz noch: Es macht die Grunderwerbsteuer sicherlich zu keiner besseren Steuer, wenn einmal die AfD und dann die FDP/DVP jeweils die gleichen Themen hier im Landtag beraten und beschließen lassen wollen und auch die SPD schließlich wieder eine Senkung des Grunderwerbsteuersatzes fordert. Aber der erste Gesetzentwurf, den Sie, meine Damen und Herren, mitgetragen haben und bei dem Sie die Federführung 2011 übernommen haben, war eine Erhöhung der Grunderwerbsteuer.

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Herr Kollege, bitte kommen Sie zum Schluss.

**Abg. Tobias Wald CDU:** Ich habe hier die Bitte: Schauen Sie in den Spiegel.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU)

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Das Wort für die AfD hat Herr Abg. Dr. Podeswa.

**Abg. Dr. Rainer Podeswa AfD:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Wir bedanken uns bei der FDP/DVP für diesen wichtigen und richtigen Gesetzentwurf. Die Gesetzesinitiative der FDP/DVP ist rundherum zu begrüßen und trägt den Anliegen der Bürger von Baden-Württemberg in vorbildlicher Weise Rechnung.

(Beifall bei der AfD)

Vor wenigen Wochen erst hat die AfD ebenfalls zum wiederholten Mal beantragt, die Grunderwerbsteuer angesichts der

(Dr. Rainer Podeswa)

überschäumenden Haushaltslage auf den ursprünglichen Wert von 3,5 % zurückzuführen.

Leider hat die FDP/DVP unsere Gesetzesinitiativen zu den verschiedenen Anlässen gleich drei Mal hintereinander abgelehnt. Da fragt sich der Bürger schon, warum die FDP/DVP nun den Gesetzentwurf der AfD in weiten Teilen wörtlich abschreibt und dann einbringt. Sie können das den Wählern ja im Wahlkampf erklären.

Trotzdem verbleibt der Umstand, dass diese Gesetzesinitiative aus vielen Gründen vollkommen richtig ist.

(Beifall bei der AfD)

Gründe dafür sind:

Erstens: Das Aufkommen aus der Grunderwerbsteuer hat sich seit der Erhöhung im Jahr 2011 von 943 Millionen € auf über 1 900 Millionen € mehr als verdoppelt. Bei einer Rückführung des Steuersatzes – eigentlich gar keine Steuerreduzierung, sondern nur eine Rückführung auf den alten Steuersatz – würden aus dieser Steuer immer noch mehr als 50 % mehr an den Staat fließen, als es vor der Erhöhung der Fall war.

Zweiter Grund: Die Grunderwerbsteuer ist mit dem Leistungsfähigkeitsprinzip in unserem Steuerrecht kaum vereinbar. Die persönlichen Verhältnisse des Grunderwerbers bleiben völlig unberücksichtigt. Eine sozial gerechte, eine leistungsgerechte Besteuerung sieht ganz anders aus.

(Beifall bei der AfD)

Drittens – wiederholt ausgeführt und sicherlich völlig unbestritten – hemmt eine hohe Grunderwerbsteuer die Wohnungsbildung.

Viertens werden in einer freien Marktwirtschaft alle Kosten, natürlich auch die Grunderwerbsteuer, kalkulatorisch auf den Nutzer umgelegt und belasten damit selbstverständlich den Mietermarkt durch höhere Mieten.

Fünftens – ich könnte nahezu unendlich weitermachen, aber aus Zeitgründen halt nur diese fünf Gründe – belastet eine hohe Grunderwerbsteuer durch den Kumulationseffekt auch die Mobilität der Menschen und wirkt sich so als Nachteil für die Wirtschaft aus.

Diese schwerwiegenden Gründe für eine Senkung der Grunderwerbsteuer sind allen Parteien oder zumindest fast allen Parteien bekannt. AfD und FDP/DVP haben wiederholt Gesetzesinitiativen eingebracht. Die CDU hat auf ihrem 72. Landesparteitag den Beschluss gefasst, eine Absenkung der Grunderwerbsteuer anzustreben. Herr Professor Dr. Reinhart, immerhin der Fraktionsvorsitzende der CDU hier im Landtag, bezeichnete die Absenkung der Grunderwerbsteuer öffentlich und mehrfach als „den richtigen Schritt“. Nicht zuletzt sagte Innenminister Strobl, CDU, dass es wichtig ist, dass so bald wie möglich die Steuersenkung umgesetzt wird, damit die Bürger endlich Wohnraum zu günstigeren Preisen kaufen können. Ich zitiere Herrn Innenminister Strobl wörtlich:

*In der Landespolitik haben wir eine Stellschraube, mit der wir ab morgen den Erwerb einer Wohnung oder eines Häuschens billiger, günstiger machen können.*

Vergleiche Interview in den „Stuttgarter Nachrichten“ vom 24. September 2018.

Was Herr Strobl in diesem Interview nicht sagte, ist, dass er offensichtlich nicht das deutsche „morgen“, sondern eher das spanische „manana“ meinte. Also, wir warten und werden es wahrscheinlich nicht mehr erleben, dass die Steuer tatsächlich reduziert wird.

Kommen wir aber zur SPD. Die SPD fordert sogar, für den Erwerb selbst genutzten Wohneigentums den Grunderwerbsteuersatz zu halbieren.

Die Grünen fordern dann auch – – Ja, was fordern die Grünen? Die Grünen fordern Fahrverbote, Verbote von klimakillenden Öl- und Gasheizungen, sie fordern Gendertoiletten in den Grundschulen und brauchen dafür natürlich Steuergeld.

(Abg. Dr. Christina Baum AfD: Sehr gut!)

Ich fasse also zusammen: Der Gesetzentwurf der FDP/DVP ist einschränkungslos zu begrüßen. Mit Ausnahme der Grünen wollen alle Parteien – die AfD, die FDP/DVP, die SPD, die CDU – den Grunderwerbsteuersatz wieder auf den ursprünglichen Wert von 3,5 % korrigieren.

(Abg. Tobias Wald CDU: Sie haben nicht zugehört!)

– Alle Parteien. – In dieser Situation also, in dieser Besetzung des Landtags, bei dieser selbstverleugnerischen Unterwerfung der CDU unter grünes Regierungshandeln können wir ganz selbstverständlich davon ausgehen, dass der Gesetzentwurf abgelehnt wird.

(Beifall bei der AfD)

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Das Wort für die SPD-Fraktion hat Herr Kollege Hofelich.

**Abg. Peter Hofelich** SPD: Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Herr Podeswa, ich glaube, Ihr wissenschaftliches Beraterteam bei Ihrer Partei AfD hat Ihnen irgendwie einen falschen Überblick über die Positionslage der Parteien und der Fraktionen hier verschafft.

(Abg. Anton Baron AfD: Da zitieren Sie mal Ihren Fraktionsvorsitzenden Stoch! – Weitere Zurufe)

Sie reden hier komische Sachen.

Lieber Herr Wald, ich verstehe nicht ganz, warum Sie, nachdem Sie uns bei den letzten Debatten hier noch zugestimmt haben und wir auch Ihnen teilweise zugestimmt haben, jetzt gegen uns auskeilen.

(Abg. Tobias Wald CDU: Gar nicht! Ich möchte nur, dass Sie animiert sind, bei Herrn Scholz nachzufragen!)

Sie wollen sich gegenüber den Grünen profilieren, aber nicht gegen uns. Das verstehe ich nicht so ganz.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Die Grünen sind bloß mittwochs dran!)

(Peter Hofelich)

– Wahrscheinlich; das ist irgendwie so ein Rhythmus. – Aber Tatsache ist auf jeden Fall eines: Das federführende Haus für die Steuerpolitik ist das von Herrn Bundesfinanzminister Scholz.

(Abg. Tobias Wald CDU: Ja, eben!)

Deswegen sollten Sie ihn mal unterstützen.

(Abg. Tobias Wald CDU: Mache ich!)

Es wäre beispielsweise ganz gut, wenn sich hier nach den langen Jahren, in denen im Hause Schäuble nicht allzu viel geschehen ist – auch nicht bei der Grundsteuer –, etwas tut. Sie nehmen jetzt bei der Grundsteuer komische, konfuse Positionen in Baden-Württemberg ein, die eigentlich nicht zu unserem Land passen. Wir sind für eine wertabhängige Position. Deshalb wäre es gut, wenn Sie sich einmal einigen würden.

(Beifall bei der SPD – Abg. Tobias Wald CDU: Da sind Sie auf dem Holzweg, Herr Kollege!)

Völlige Verwirrung gerade bei dem, was da kommt.

(Abg. Tobias Wald CDU: Nein, gar nicht! – Abg. Winfried Mack CDU: Wer zahlt denn die Grundsteuer am Ende?)

Grund und Boden sind nicht ohne Weiteres vermehrbar. Das ist ein knappes Gut geworden. Der Wert nimmt zu, in den Ballungsräumen wie auch in den Siedlungsringen sogar überhitzt – mit sozialen Schieflagen, mit Extraprofiten. Grund und Boden wird übrigens auch öfter getauscht und verkauft. Alte und neue Eigentümer sind weniger natürliche Personen, sondern mehr entpersonalisierte Körperschaften.

(Zuruf: Richtig!)

Share Deals sind die Spitze des Eisbergs und umgehen die Besteuerung. Die Mehrheit der Einnahmen ist bereits weg von den Personen, die kaufen, sondern es sind im Grunde genommen ökonomische Transaktionen. Das ist die Lage, meine Damen und Herren.

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Herr Kollege Hofelich, lassen Sie eine Zwischenfrage von Herrn Abg. Dr. Balzer zu?

**Abg. Peter Hofelich** SPD: Nein, ich würde den Gedanken jetzt gern ausführen.

Bei Lichte betrachtet spricht schon bei diesem volkswirtschaftlichen Befund viel dafür, gegen die ganz klar dargestellten Überhitzungen eine dämpfende Besteuerung nicht zu lockern. Volkswirtschaftlich spricht viel dafür, dass wir die jetzige Situation beibehalten, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Zudem liegt der Steuersatz in unserem Bundesland Baden-Württemberg im Mittelfeld der Bundesländer, vielleicht sogar in der goldenen Mitte.

Übrigens: Die Verdopplungen beim Aufkommen sind hochkonjunkturelle Verdopplungen; das werden hoffentlich alle sehen. Deswegen kann man nicht von diesem Punkt aus – wer immer das gemacht hat – argumentieren.

(Abg. Tobias Wald CDU: Ja, klar! Da sind wir einer Meinung!)

Der bundesweite Durchschnitt aller Länder liegt bei 5,375 %, also noch über dem, was wir hier festgelegt haben. Auffällig ist übrigens – das muss ich sagen –, dass der Satz in Ländern mit FDP-Regierungsbeteiligung über dem Durchschnitt liegt, worauf der Mieterbund süffisant hingewiesen hat. In die Mitte sind wir durch die moderate Erhöhung des Jahres 2011 gekommen, wo es galt, den Pakt für Familien seriös gegenzufinanzieren.

(Abg. Andreas Stoch SPD: So ist es! Exakt!)

Jetzt will ich an dieser Stelle einmal etwas sagen, damit hier keine Legenden aufgebaut werden: Im Jahr 2011 hatten wir keine Situation, in der die Einnahmen gesprudelt haben.

(Zuruf des Abg. Tobias Wald CDU)

Ich weiß nicht, wer die Weltwirtschaftskrise 2006 bis 2009 angeführt hat. In der Zeit danach waren diejenigen dran, die die Folgen der Weltwirtschaftskrise in den öffentlichen Haushalten zu bewältigen hatten. Das richtet sich übrigens auch an diejenigen, die heute Morgen so locker zum Thema Bildung gesprochen haben. Wir hatten damals eine Situation, in der wir wirklich hart arbeiten mussten, um etwas zu bewältigen, und Sie reden hier locker daher.

(Beifall bei der SPD – Abg. Winfried Mack CDU: Ja, ja! – Zuruf des Abg. Tobias Wald CDU)

Der, der da drüben gelegentlich sitzt und gnädig nickt, der hat das einfach mitgenommen, hat aber die anderen die Arbeit machen lassen.

(Lachen des Abg. Tobias Wald CDU – Zuruf: Na, na, na!)

In der Mitte liegen wir durch die moderate Erhöhung des Jahres 2011. Das ist ja die Tatsache.

(Abg. Tobias Wald CDU: Und Sie haben es mit sich machen lassen! – Gegenruf des Abg. Reinhold Gall SPD: Wie bei euch! – Heiterkeit – Abg. Nicole Razavi CDU: Dort saß auch mal ein Finanzminister von der SPD!)

Die Weltwirtschaftskrise war eine Situation, in der wir nicht davon ausgehen mussten, dass wir eine Politik – –

(Abg. Tobias Wald CDU zur SPD: Wir haben mehr Polizisten! – Unruhe)

– Wenn Sie vielleicht nachher beim Kaffee miteinander reden wollen, gern.

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Lassen Sie bitte Herrn Abg. Hofelich weiterreden.

(Abg. Nicole Razavi CDU: Darf er doch!)

**Abg. Peter Hofelich** SPD: Wir hatten damals keine Situation, in der wir Nachfragelenkung machen wollten. Auch das ist so angesprochen worden. Von wegen Nachfragelenkung für U3-Betreuung: Es war Baden-Württemberg, das am Ende

(Peter Hofelich)

der Skala stand, Herr Kollege, und es gab einen Bedarf im Land Baden-Württemberg, der nicht befriedigt wurde, weil die Landespolitik über Jahre hinweg nichts getan hatte. Deshalb war es keine Nachfragelenkung, sondern die Erfüllung eines überfälligen Bedarfs, die wir im Land vorgenommen haben.

(Beifall bei der SPD)

Es hat ja auch eine Logik, die Kleinkindbetreuung damit massiv zu verbessern; Wertsteigerungen von Grundstücken haben auch mit dem Angebot an sozialer Infrastruktur zu tun. Wer den Nutzen hat, kann auch etwas mitfinanzieren, meine Damen und Herren. Deshalb stimme ich all dem nicht zu, was dazu an historischen Erzählungen kommt. Wir haben uns in Baden-Württemberg nichts vorzuwerfen. Wir haben in dieser Sache alles richtig gemacht; davon bin ich überzeugt, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Da wir aber den Stellenwert des Eigenheims im deutschen Südwesten kennen und wissen, wie schwer sich junge Familien mit der Finanzierung tun, haben wir einen Weg vorgeschlagen, wie wir hier spezifisch unterstützen können: eine Halbierung des Satzes – richtig zitiert – bei Ersterwerb durch junge Familien.

(Abg. Anton Baron AfD: Das geht aber doch nicht!)

Dafür ist aber die Bundesgesetzgebung der Adressat. Wir warten auch gespannt, wie sich Grün-Schwarz hierzu positioniert. Denn Sie brauchen eine gemeinsame Position zu dem, was Sie vorhaben, Herr Wald. Wir sagen auf jeden Fall: Der größere Teil der Grundstückstransaktionen findet heute im gewerblichen Sektor statt, oft mit schnellem Tauschrhythmus; ich sagte es bereits. Wer hier eine Senkung wollte, der müsste auch sagen, wem er damit nutzen will.

(Abg. Tobias Wald CDU: Haben wir!)

Wir, die SPD, sehen keinen Anlass dafür.

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Herr Kollege, jetzt müssen Sie abkürzen.

**Abg. Peter Hofelich SPD:** Ich komme damit zu meinem Schlusssatz: Sie werden uns mit bei denen haben, die für eine Reform im Sinne der jungen Familien sind, eine Reform, durch die wir die ökonomischen Gewinne beschneiden. Wir wollen eine Reform, durch die wir in der Lage sind, all die Überspitzungen bis hin zu Share Deals einzudämmen. Ich bin überzeugt, dass die SPD mit Bundesfinanzminister Scholz dies sehr gern tut. Ich bin aber nicht überzeugt davon, ...

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Jetzt kommen Sie doch bitte zum Schluss, Herr Abg. Hofelich!

**Abg. Peter Hofelich SPD:** ... dass wir in Baden-Württemberg dafür eine Mehrheit in der Koalition haben.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD – Abg. Andreas Stoch SPD: Gut, Peter!)

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Das Wort hat Frau Ministerin Sitzmann.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Sie muss eigentlich dazu nichts sagen!)

**Ministerin für Finanzen Edith Sitzmann:** Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Man könnte sagen „alle Jahre wieder“:

(Abg. Tobias Wald CDU: Jeden Monat!)

Im Jahr 2017 haben wir zweimal über die Grunderwerbsteuer diskutiert. Im Jahr 2018 haben wir zweimal über die Grunderwerbsteuer diskutiert, und mit dem Gesetzentwurf der FDP/DVP ist schon einmal sicher, dass wir in diesem Jahr 2019 wieder mindestens zweimal über die Grunderwerbsteuer diskutieren werden.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Über welche Steuer, für die Sie zuständig sind, sollen wir denn sonst diskutieren?)

– Es ist ja nur ein Faktum, Herr Kollege Rülke; darüber müssen Sie sich gar nicht aufregen.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Ich rege mich nicht auf!)

Es ist einfach eine Tatsache, und eine Tatsache ist natürlich –

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Sie sind für fast keine Steuer zuständig, und dann wundern Sie sich, dass über die Grunderwerbsteuer diskutiert wird!  
– Abg. Andreas Stoch SPD: Jamaika, ich hör' dir trapsen!)

– Ich habe mich auch nicht gewundert.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Dann ist es ja gut!)

Ich habe nur festgestellt, dass es so ist. Aber anscheinend finden Sie schon diese Feststellung kritikwürdig.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Was wollen Sie uns denn damit sagen?)

Klar ist auf jeden Fall, dass Forderungen nach Steuersenkungen immer populär sind, Herr Kollege Rülke; aber ohne Gegenfinanzierung sind sie eben nicht seriös.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Sie sind vor allem deshalb nicht seriös, da wir, wie Sie wissen, ab dem 1. Januar 2020 eine Schuldenbremse einzuhalten haben. Sie ist im Grundgesetz vereinbart, und das ist auch richtig so. Wir dürfen also in Zukunft nur noch so viel Geld ausgeben, wie wir einnehmen. Gerade die FDP ist in der Debatte über die Schuldenbremse auch noch für Verschärfungen. Da ist es nicht seriös, eine Steuersenkung ohne Gegenfinanzierung zu fordern, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

(Ministerin Edith Sitzmann)

Manche Kolleginnen und Kollegen haben es bereits angesprochen: Wir haben tatsächlich in den letzten Jahren einen historisch einmaligen, lang anhaltenden Aufschwung erlebt, und entsprechend gut waren auch die Steuereinnahmen; das ist richtig. Wenn Sie aber alle täglich Zeitung lesen, dann wissen Sie auch, dass die Wachstumsprognosen für die Zukunft deutlich reduziert sind: bis zu einer Halbierung der ursprünglichen Annahmen.

Das kann und wird sich wahrscheinlich auch auf die Steuereinnahmen auswirken, auch auf die Steuereinnahmen in Baden-Württemberg. Ich denke, wir können sicher sein, dass die fetten Jahre vorbei sind. Wir hoffen aber natürlich, dass wir in Zukunft noch ordentliche Jahre haben, auch was die Steuereinnahmen betrifft.

Was aber nicht funktioniert, ist z. B. die Umsetzung der Forderung der FDP, wir sollten noch mehr tilgen, noch mehr tilgen, noch mehr tilgen, wenn auf der anderen Seite gefordert wird, wir sollten noch mehr sanieren. Es funktioniert auch nicht, wenn wir noch mehr investieren sollen, liebe Kolleginnen und Kollegen der SPD, und gleichzeitig Steuern senken. Diese Mischung kann einfach nicht funktionieren.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Wir sind an diesem Punkt an Ihrer Seite, geschätzte Kollegin! – Gegenruf des Abg. Andreas Stoch SPD: Das ist zu kompliziert!)

Wir können bekanntlich jeden Euro nur ein Mal ausgeben. An diejenigen gerichtet, die für eine Senkung der Grunderwerbsteuer sind, kann ich nur sagen: Einen Euro, den wir überhaupt nicht einnehmen, den können wir auch gar nicht ausgeben.

(Beifall bei den Grünen – Vereinzelt Beifall bei der CDU – Abg. Andreas Stoch SPD: Gesichter wie in Stein gemeißelt!)

Meine Damen und Herren, manche haben schon den Ländervergleich angesprochen. Baden-Württemberg ist da wirklich kein Ausreißer. In den Bundesländern Schleswig-Holstein, NRW, Brandenburg, Saarland und Thüringen beträgt der Grunderwerbsteuersatz 6,5 %.

(Zuruf des Abg. Rainer Stickelberger SPD)

In Berlin und Hessen beträgt der Grunderwerbsteuersatz 6 %. Dann kommen Sachsen-Anhalt, Rheinland-Pfalz, Niedersachsen, Mecklenburg-Vorpommern, Bremen und Baden-Württemberg mit einem Grunderwerbsteuersatz von 5 %. Darunter liegt der Grunderwerbsteuersatz lediglich in den drei Bundesländern Bayern, Sachsen und Hamburg. Wir liegen also mit einem Grunderwerbsteuersatz von 5 % wirklich im guten Mittelfeld der Bundesländer, meine Damen und Herren, und das ist wirklich keine übermäßige Belastung.

Natürlich haben wir die Grunderwerbsteuer 2011 nicht einfach so erhöht. Vielmehr hatten wir damals – der Kollege Hofelich hat es gesagt – einen dringenden Nachholbedarf beim Ausbau der Betreuung von Kindern unter drei Jahren. Damals hatten Kommunen mit Klagen gegen die Landesregierung gedroht. Wir haben dann im November 2011 mit den Kommunen einen Pakt für Familien vereinbart. Damals haben wir versprochen, dass wir 68 % der Betriebskosten für die Betreuung der unter Dreijährigen übernehmen. Ich finde, diese Entscheidung war goldrichtig.

Wenn Sie sich die Entwicklung in den Kommunen seit 2011 anschauen, stellen Sie fest – das ist schon gesagt worden –: Die Zahl der Kitaplätze hat sich deutlich erhöht. Heute sind es ungefähr 80 000 Plätze im Land. Dafür geben wir – das Land, aber auch die Kommunen – eine Menge Geld aus. Die Kosten für das Land Baden-Württemberg werden im Jahr 2019 über 900 Millionen € betragen. Das ist, denke ich, gut investiertes Geld. Wenn wir die Bundesmittel dazunehmen, dann sind es über 1 Milliarde €, die von unserer Seite in die Kleinkindbetreuung fließen, und natürlich müssen die Kommunen entsprechend die restlichen Ausgaben finanzieren.

Im Jahr 2011 haben wir gerade einmal 150 Millionen € für diesen Bereich ausgegeben. Daran sehen Sie schon, dass eine enorme Steigerung der Ausgaben für die Kleinkindbetreuung stattgefunden hat. Die Steigerung der Ausgaben ist höher als die Steigerung der Einnahmen, die wir durch die Erhöhung des Grunderwerbsteuersatzes um 1,5 Prozentpunkte hatten. Durch die Erhöhung des Grunderwerbsteuersatzes von 3,5 auf 5 % haben wir in diesem Jahr gegenüber dem Jahr 2011 Mehreinnahmen von ungefähr 588 Millionen €, während die Ausgaben für die Kleinkindbetreuung im Vergleich zu 2011 um 750 Millionen € gestiegen sind. Daran sehen Sie schon, dass diese Erhöhung der Grunderwerbsteuer keine komplette Gegenfinanzierung der Ausgaben für die Kleinkindbetreuung bedeutet, aber zumindest einen wesentlichen Teil davon darstellt.

All diejenigen, die eine Senkung des Grunderwerbsteuersatzes fordern, müssen schon sagen, Herr Kollege Brauer, wie sie das finanzieren wollen oder ob sie bei der Kleinkindbetreuung Abstriche machen wollen. Wir jedenfalls wollen die Kleinkindbetreuung auch in Zukunft mit 68 % fördern, selbst wenn der Bedarf in den Kommunen vor Ort nach wie vor steigend ist und sich damit wahrscheinlich auch in Zukunft die Mittel, die das Land bereitstellen muss, weiter erhöhen werden.

(Beifall bei den Grünen – Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Herr Kollege Brauer, Sie haben hier auch eine wohnungspolitische Debatte angefangen. Sie haben zu Recht festgestellt: Wir haben kein Problem bei der Nachfrage; wir haben ein Problem beim Angebot. Wir haben das Problem, dass wir zu wenig bezahlbaren Wohnraum haben. Auch das haben Sie konstatiert. Aber wie eine Senkung der Grunderwerbsteuer dazu beitragen soll, dass das Angebot an bezahlbaren Wohnungen erhöht wird, haben Sie leider nicht darlegen können.

(Abg. Stephen Brauer FDP/DVP: Doch, habe ich!)

Es ist auch nicht ersichtlich geworden, welchen Beitrag da eine Senkung der Grunderwerbsteuer tatsächlich leisten könnte.

(Zurufe von der AfD)

Alle, die hier der Ansicht sind, es sei in den letzten Jahren in Baden-Württemberg nichts passiert, sollten sich doch bitte einmal mit der Landeswohnraumförderung dieser Landesregierung beschäftigen und sollten sich auch einmal die Zahlen von der L-Bank zu Gemüte führen.

(Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

(Ministerin Edith Sitzmann)

Wir haben nämlich im vergangenen Jahr in Baden-Württemberg 17 000 Wohneinheiten über die L-Bank Baden-Württemberg gefördert. Ich finde, 17 000 Wohneinheiten sind eine ordentliche Zahl. Damit können wir uns sehen lassen. Das ist auch ein wichtiger Beitrag zur Entlastung des Wohnungsmarkts. Da wollen wir natürlich auch in Zukunft weitermachen.

(Abg. Anton Baron AfD: Bei 2,5 Millionen Wohnungen!)

Wir haben auch Angebote zur Förderung von Wohneigentum, gerade auch für Familien mit Kindern. Das eine ist das Baukindergeld. Das ist von Bundeseite ausgebracht. Sie konnten auch in der Zeitung lesen, dass seit September vergangenen Jahres aus Baden-Württemberg 11 000 Anträge eingegangen sind. Aber bei der Wohneigentumsförderung über die L-Bank, bei der es auch spezielle Programme für Familien mit Kindern gibt, brauchen wir uns wahrlich nicht zu verstecken: immerhin 7 000 geförderte Wohneinheiten im letzten Jahr bei der Wohneigentumsförderung.

(Abg. Anton Baron AfD: Bei 2,5 Millionen Wohnungen!)

Wir leisten also für Familien eine wichtige Unterstützung, damit sie sich auch in Zukunft ein Eigenheim leisten können.

(Abg. Anton Baron AfD: Das ist nichts!)

Meine Damen und Herren, ich denke, wir werden weiter über die Grunderwerbsteuer mit Ihnen diskutieren. Da haben wir auch kein Problem. Ich finde die Argumente, die Sie eingebracht haben, nicht überzeugend, vor allem, weil die Gegenfinanzierung fehlt. Solange es keine Gegenfinanzierung gibt, ist eine Steuersenkung meines Erachtens überhaupt nicht machbar, insbesondere angesichts der Schuldenbremse, die ab 1. Januar nächsten Jahres in Kraft tritt, und der reduzierten Wachstumsprognosen, die wir leider von allen Seiten zur Kenntnis nehmen müssen.

Deshalb appelliere ich an die FDP/DVP: Kommen Sie zurück zu einer soliden, nachhaltigen Haushaltspolitik. Dann müssten Sie aber Ihren Gesetzentwurf zurückziehen.

Herzlichen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Gibt es noch weitere Wortmeldungen? – Bitte, Herr Abg. Brauer.

**Abg. Stephen Brauer** FDP/DVP: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Ministerin hat gesagt, die Grunderwerbsteuer beziehe sich nicht auf das Angebot. Aber meine Ausführungen zur Landesbauordnung und zu den Flächen beziehen sich sehr wohl auf das Angebot.

Ich zitiere nochmals Roger Kehle:

*Für Fotovoltaik und Windräder ist Platz da, aber nicht für Wohnraum.*

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Dr. Heinrich Fiechter [fraktionslos]: Genau! – Zuruf der Abg. Thekla Walker GRÜNE)

Wer unterstützt unseren Gesetzentwurf nicht? Zum einen der Mieterbund. Dort wurde aber nicht realisiert, dass die Vermieter die höheren Steuern als Kosten in ihre Kalkulation einfließen lassen und selbstverständlich versuchen, diese über eine höhere Miete zu amortisieren. Und bei diesem Immobilienmarkt, so, wie er sich darstellt, wird ihnen das auch gelingen.

Dann der Landkreistag, der Städtetag und der Gemeindetag: Hier wird immer der Pakt für Familien mit Kindern ins Feld geführt. Ich brauche Ihnen wohl nichts über die Zweckbindung von Steuern zu erzählen, Frau Ministerin; die gibt es nämlich nicht. Glauben Sie etwa nicht, dass eine Familie mit zwei Kindern bei einem Immobilienpreis von 500 000 €

(Zuruf des Abg. Tobias Wald CDU)

lieber 7 500 € Ersparnis in der Hand hätte als einen Pakt für Familien mit Kindern, der ihr vielleicht monetär überhaupt nichts bringt? Und wischen Sie das nicht einfach so weg. 7 500 € klingt nicht viel. Aber 7 500 € Mehrbelastung bedeuten eine um 125 € höhere Rate über 60 Monate, über fünf Jahre hinweg – genau die Zeit, in der das Kind vielleicht im Kindergarten ist und die Mutter oder der Vater noch zu Hause ist –

(Abg. Reinhold Gall SPD: Kinderbetreuung für 7 500 €? – Zuruf des Abg. Tobias Wald CDU)

ohne Zinsen gerechnet.

(Zuruf des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE)

Gerade bei Familien mit kleinen Kindern kann diese Zusatzbelastung den Traum vom Eigenheim platzen lassen, wenn nur ein Elternteil ein Einkommen erzielt.

(Zuruf der Abg. Thekla Walker GRÜNE)

Herr Wald, Ihr Kommunalfonds betrifft das Angebot; das ist richtig. Aber Sie sammeln wieder Geld ein und geben es aus. Privat vor Staat, sage ich Ihnen.

(Beifall bei der FDP/DVP – Zurufe, u. a. Abg. Tobias Wald CDU: Die Bauflächen müssen doch die Kommunen zur Verfügung stellen!)

Sie haben den Finger drauf und verteilen es, wie Sie meinen.

(Abg. Tobias Wald CDU: Eben nicht! Sie sind kommunalfeindlich, Herr Kollege!)

– Die Kommune, ja.

(Zuruf des Abg. Tobias Wald CDU)

Zur Frage, ob sich das Land die Steuererleichterung leisten kann. Frau Sitzmann, hier ist die Frage schon seltsam;

(Abg. Tobias Wald CDU: Ihre Rede ist seltsam!)

denn die Frage ist ja in Wirklichkeit, ob sich der Steuerzahler diese Landesregierung leisten kann und weiterhin leisten will.

(Abg. Tobias Wald CDU: Das passt hinten und vorn nicht!)

Die Reduzierung des Steuersatzes bei der Grunderwerbsteuer würde einen Einnahmeausfall in Höhe von rund 500 Mil-

(Stephen Brauer)

lionen € bedeuten. Bei Steuermehreinnahmen in Höhe von rund 1 Milliarde € sollte das drin sein.

Frau Walker sprach von Mitnahmeeffekten. Ich halte es fast für eine Frechheit, von Mitnahmeeffekten durch die Senkung der Grunderwerbsteuer zu sprechen. Wenn wir fordern, dem Bürger weniger von seinem Geld wegzunehmen, kommen Sie auf den Trichter, von Mitnahmeeffekten zu sprechen. Die Mitnahmeeffekte liegen auf Ihrer Seite. Sie nehmen das Geld mit, das Ihnen nicht gehört.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der AfD)

Wir von der FDP/DVP-Fraktion wollen den Satz für die Grunderwerbsteuer auf 3,5 % senken. Hierzu ist nur die Aufhebung des Gesetzes der grün-roten Landesregierung von 2011 erforderlich, das unter ganz anderen Rahmenbedingungen erlassen wurde, wie Herr Hofelich ausgeführt hat.

Jetzt haben wir andere Rahmenbedingungen, wir haben die Möglichkeit der Reduktion. Dann gilt nämlich wieder der bundeseinheitliche Regelsatz von 3,5 %, wie z. B. in Bayern.

Unterstützen Sie unseren Gesetzentwurf

(Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: Sehr gut!)

im Land der Häuslebauer für Häuslebauer.

Danke schön.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Tobias Wald CDU:  
Gegen die Kommunen! Ihre Rede war kommunal-  
feindlich!)

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Jetzt hat sich Herr Abg. Dr. Fiechtner zu Wort gemeldet. – Bitte schön.

(Abg. Tobias Wald CDU: Oh nein! Den müssen wir  
auch noch ertragen!)

**Abg. Dr. Heinrich Fiechtner** (fraktionslos): Sehr verehrte Frau Präsidentin, sehr verehrte Damen, sehr geehrte Herren! Schaffe, schaffe, Häusle baue – dieser Traum könnte für viele Schwaben, aber auch Nichtschwaben wieder Realität werden, denn eine Studie zeigt, dass sich die Zahl der Ersterwerber durch eine geringere Grunderwerbsteuer um rund 18 400 Ersterwerber erhöhen würde. Das wäre ein Plus von 6 % bei einer ohnehin niedrigen Quote von Eigentümern hier in Deutschland.

Gerade auch im Hinblick auf wichtige Themen wie z. B. die Vermeidung von Altersarmut ist das ein entscheidender Faktor. Hinzu kommt, dass gerade in Baden-Württemberg das Bauen ohnehin schon ein teures Unterfangen ist. Das fängt beim Grundstück an und hört bei den Lkw-Mautkosten auf, die vom Bauunternehmen an den Kunden weitergegeben werden. Allein durch die Anhebung der Lkw-Maut fallen laut der Landesvereinigung Bauwirtschaft Baden-Württemberg 7 500 € Mehrkosten für einen Häuslebauer an.

Hinzu kommen zusätzliche Kosten wegen strengerer Schall- und Brandschutzvorschriften, die verschärfte Energieeinsparverordnung sowie die gestiegenen Entsorgungskosten wegen fehlender Deponien im Land.

Die Grunderwerbsteuer jetzt wieder auf 3,5 % zu senken ist also lediglich ein Tropfen auf den heißen Stein. Dennoch ist auch dieser Tropfen dringend nötig.

Während Grün-Rot ewig über bezahlbaren Wohnraum redet, sträubt man sich gerade vonseiten der Grünen, die Grunderwerbsteuer zu senken. Das ist verständlich, denn mit dieser konnte unsere Finanzministerin die Schuldenuhr endlich einmal rückwärts drehen.

Frau Sitzmann spricht sogar schon davon, dass man nicht übermütig werden dürfe. Liebe Frau Finanzministerin, Eigentum hat nichts mit Übermut zu tun, sondern mit Sicherheit und mit Existenz.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Herr Kretschmann stärkt seiner Kollegin natürlich den Rücken.

Liebe Grüne, liebe CDU, die rund 1,75 Milliarden € auszugleichen ist eigentlich ganz einfach. Sie müssen lediglich die Share Deals genauso besteuern wie die Asset Deals. Nur würden dann vermutlich einige Großspender noch einmal nachdenken, wem sie ihr Geld spenden.

(Vereinzelt Beifall bei der AfD – Abg. Tobias Wald  
CDU: Sie schwätzen Unsinn! – Abg. Rainer Stickel-  
berger SPD: Der AfD, oder wem?)

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich schlage Ihnen jetzt vor, den Gesetzentwurf Drucksache 16/4880 zur weiteren Beratung an den Ausschuss für Finanzen zu überweisen. – Ich sehe, Sie sind damit einverstanden.

Wir haben damit Punkt 3 der Tagesordnung erledigt.

Ich komme jetzt zurück zu **Tagesordnungspunkt 2:**

**Antrag der Fraktion der FDP/DVP und Stellungnahme des Ministeriums für Verkehr – 50 weitere Probenahmestellen in Stuttgart sowie angekündigte Garantie einer Regierungsfraktion, Euro-5-Diesel von Fahrverboten auszunehmen – Drucksache 16/5683**

Es liegen jetzt die Ergebnisse der namentlichen Abstimmungen vor. Zuerst gebe ich das Ergebnis zu dem Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE und der Fraktion der CDU, Drucksache 16/6039, bekannt.

Beteiligt – –

(Unruhe)

– Wollen Sie das Ergebnis wissen?

(Abg. Reinhold Gall SPD: Ja, natürlich!)

Ich darf um Aufmerksamkeit bitten.

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Sie haben  
meine ganze Aufmerksamkeit!)

Ich gebe das Abstimmungsergebnis der namentlichen Abstimmung bekannt:

(Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz)

Beteiligt haben sich bei der ersten Abstimmung 134 Abgeordnete.

*Mit Ja haben 85 Abgeordnete gestimmt,  
mit Nein haben 49 Abgeordnete gestimmt;  
enthalten hat sich niemand.*

Damit ist dem Änderungsantrag zugestimmt.

\*

Mit J a haben gestimmt:

GRÜNE: Muhterem Aras, Theresia Bauer, Susanne Bay, Beate Böhlen, Andrea Bogner-Unden, Sandra Boser, Martina Braun, Nese Erikli, Martin Grath, Petra Häffner, Martin Hahn, Wilhelm Halder, Thomas Hentschel, Winfried Hermann, Hermann Katzenstein, Manfred Kern, Petra Krebs, Winfried Kretschmann, Daniel Andreas Lede Abal, Dr. Ute Leidig, Andrea Lindlohr, Brigitte Lösch, Manfred Lucha, Thomas Marwein, Bärbl Mielich, Dr. Bernd Murschel, Jutta Niemann, Reinhold Pix, Thomas Poreski, Daniel Renkonen, Dr. Markus Rösler, Barbara Saebel, Alexander Salomon, Alexander Schoch, Andrea Schwarz, Andreas Schwarz, Hans-Ulrich Scerl, Stefanie Seemann, Edith Sitzmann, Franz Untersteller, Thekla Walker, Jürgen Walter, Dorothea Wehinger, Elke Zimmer.

CDU: Norbert Beck, Dr. Alexander Becker, Thomas Blenke, Klaus Burger, Andreas Deuschle, Thomas Dörflinger, Konrad Epple, Arnulf Freiherr von Eyb, Fabian Gramling, Friedlinde Gurr-Hirsch, Manuel Hagel, Sabine Hartmann-Müller, Raimund Haser, Peter Hauk, Ulli Hockenberger, Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut, Isabell Huber, Karl Klein, Wilfried Klenk, Joachim Köbler, Sabine Kurtz, Siegfried Lorek, Winfried Mack, Claudia Martin, Paul Nemeth, Claus Paal, Julia Philippi, Dr. Patrick Rapp, Nicole Razavi, Dr. Wolfgang Reinhart, Karl-Wilhelm Röhm, Karl Rombach, Volker Schebesta, Dr. Stefan Scheffold, Dr. Albrecht Schütte, August Schuler, Willi Stächele, Stefan Teufel, Tobias Wald, Guido Wolf, Karl Zimmermann.

Mit N e i n haben gestimmt:

AfD: Dr. Rainer Balzer, Anton Baron, Dr. Christina Baum, Lars Patrick Berg, Klaus Dürr, Bernd Gögel, Dr. Bernd Grimmer, Rüdiger Klos, Dr. Heiner Merz, Thomas Axel Palka, Harald Pfeiffer, Dr. Rainer Podeswa, Daniel Rottmann, Emil Sänze, Hans Peter Stauch, Klaus-Günther Voigtmann, Carola Wolle.

SPD: Sascha Binder, Daniel Born, Nicolas Fink, Dr. Stefan Fulst-Blei, Reinhold Gall, Gernot Gruber, Rainer Hinderer, Peter Hofelich, Andreas Kenner, Gerhard Kleinböck, Georg Nelius, Martin Rivoir, Gabi Rolland, Ramazan Selcuk, Rainer Stickerberger, Andreas Stoch, Jonas Weber, Sabine Wölffe.

FDP/DVP: Stephen Brauer, Andreas Glück, Dr. Ulrich Goll, Jochen Haußmann, Klaus Hoher, Daniel Karrais, Jürgen Keck, Dr. Timm Kern, Gabriele Reich-Gutjahr, Dr. Hans-Ulrich Rülke, Dr. Erik Schweickert, Nico Weinmann.

Fraktionslos: Dr. Heinrich Fiechtner, Dr. Wolfgang Gedeon.

\*

Jetzt komme ich zu dem Ergebnis des Änderungsantrags der Fraktion der SPD und der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 16/5944.

Hier haben sich 133 Abgeordnete beteiligt.

*Mit Ja haben 48 Abgeordnete gestimmt,  
mit Nein haben 85 Abgeordnete gestimmt;  
enthalten hat sich auch hier niemand.*

Der Änderungsantrag ist somit abgelehnt.

\*

Mit J a haben gestimmt:

AfD: Dr. Rainer Balzer, Anton Baron, Dr. Christina Baum, Lars Patrick Berg, Klaus Dürr, Bernd Gögel, Dr. Bernd Grimmer, Rüdiger Klos, Dr. Heiner Merz, Thomas Axel Palka, Harald Pfeiffer, Dr. Rainer Podeswa, Emil Sänze, Hans Peter Stauch, Klaus-Günther Voigtmann, Carola Wolle.

SPD: Sascha Binder, Daniel Born, Nicolas Fink, Dr. Stefan Fulst-Blei, Reinhold Gall, Gernot Gruber, Rainer Hinderer, Peter Hofelich, Andreas Kenner, Gerhard Kleinböck, Georg Nelius, Martin Rivoir, Gabi Rolland, Ramazan Selcuk, Rainer Stickerberger, Andreas Stoch, Jonas Weber, Sabine Wölffe.

FDP/DVP: Stephen Brauer, Andreas Glück, Dr. Ulrich Goll, Jochen Haußmann, Klaus Hoher, Daniel Karrais, Jürgen Keck, Dr. Timm Kern, Gabriele Reich-Gutjahr, Dr. Hans-Ulrich Rülke, Dr. Erik Schweickert, Nico Weinmann.

Fraktionslos: Dr. Heinrich Fiechtner, Dr. Wolfgang Gedeon.

Mit N e i n haben gestimmt:

GRÜNE: Muhterem Aras, Theresia Bauer, Susanne Bay, Beate Böhlen, Andrea Bogner-Unden, Sandra Boser, Martina Braun, Nese Erikli, Martin Grath, Petra Häffner, Martin Hahn, Wilhelm Halder, Thomas Hentschel, Winfried Hermann, Hermann Katzenstein, Manfred Kern, Petra Krebs, Winfried Kretschmann, Daniel Andreas Lede Abal, Dr. Ute Leidig, Andrea Lindlohr, Brigitte Lösch, Manfred Lucha, Thomas Marwein, Bärbl Mielich, Dr. Bernd Murschel, Jutta Niemann, Reinhold Pix, Thomas Poreski, Daniel Renkonen, Dr. Markus Rösler, Barbara Saebel, Alexander Salomon, Alexander Schoch, Andrea Schwarz, Andreas Schwarz, Hans-Ulrich Scerl, Stefanie Seemann, Edith Sitzmann, Franz Untersteller, Thekla Walker, Jürgen Walter, Dorothea Wehinger, Elke Zimmer.

CDU: Norbert Beck, Dr. Alexander Becker, Thomas Blenke, Klaus Burger, Andreas Deuschle, Thomas Dörflinger, Konrad Epple, Arnulf Freiherr von Eyb, Fabian Gramling, Friedlinde Gurr-Hirsch, Manuel Hagel, Sabine Hartmann-Müller, Raimund Haser, Peter Hauk, Ulli Hockenberger, Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut, Isabell Huber, Karl Klein, Wilfried Klenk, Joachim Köbler, Sabine Kurtz, Siegfried Lorek, Winfried Mack, Claudia Martin, Paul Nemeth, Claus Paal, Julia Philippi, Dr. Patrick Rapp, Nicole Razavi, Dr. Wolfgang Reinhart, Karl-Wilhelm Röhm, Karl Rombach, Volker Schebesta, Dr. Stefan Scheffold, Dr. Albrecht Schütte, August Schuler, Willi Stächele, Stefan Teufel, Tobias Wald, Guido Wolf, Karl Zimmermann.

\*

Damit ist dies auch bekannt und Punkt 2 der Tagesordnung erledigt.

Wir kommen zu **Tagesordnungspunkt 4:**

**Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Umsetzung der Neuorganisation der Forstverwaltung Baden-Württemberg – Drucksache 16/5982**

Das Wort zur Begründung erteile ich Herrn Minister Peter Hauk.

**Minister für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz Peter Hauk:** Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir bringen heute das Forstreformgesetz ein. Das

(Minister Peter Hauk)

Forstreformgesetz wurde notwendig, nachdem wir nach über 15 Jahren im letzten Jahr ein gegen das Land Baden-Württemberg gerichtetes Kartellverfahren durch höchstrichterliche Entscheidung beim Bundesgerichtshof abschließen konnten.

Wir haben beim Bundesgerichtshof gesiegt, aber wir haben nur formal gesiegt. Der Bundesgerichtshof hat inhaltlich nicht zu den Vorwürfen Stellung genommen. Das hat uns Luft verschafft in der Planung. Es hat uns Luft verschafft in der Ausgestaltung der Organisation. Wir haben die Spielräume, die wir durch das Urteil gewonnen haben, auch genutzt. Ich glaube, wir haben sie auch im Interesse aller Waldbesitzarten, vor allem im Sinne der privaten und der kommunalen Waldbesitzer, genutzt.

Insofern baut dieser Reformentwurf jetzt auf den veränderten wettbewerbsrechtlichen Bedingungen auf, die sich in den letzten 150 Jahren, insbesondere in den letzten 30 Jahren, verändert haben, auch im Hinblick auf die wettbewerbsrechtlichen Vorgaben der Europäischen Union.

Der Reformentwurf baut weiter darauf auf, dass wir in der Vergangenheit bereits die beste Privatwaldbetreuung in ganz Deutschland hatten, eine Privatwaldbetreuung, die ihresgleichen sucht. Und wir haben den Anspruch, dass wir auch zukünftig die beste Privatwaldbetreuung Deutschlands haben werden. Ich glaube, das können wir durch diesen Reformentwurf umsetzen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Vereinzelt Beifall bei den Grünen)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, damit werden auch die wettbewerbsrechtlichen Restriktionen und die Anforderungen des neuen Bundeswaldgesetzes, das im letzten Jahr in Kraft getreten ist, entsprechend berücksichtigt.

Wir haben mit der Forstneuorganisation gleichzeitig auch die Standards der Waldbewirtschaftung im Land gesichert. Die Försterinnen und Förster sichern weiterhin Beratung, Betreuung und Hoheit bürgernah und flächendeckend aus einer Hand ab, nämlich im Körperschafts- und im Privatwald. An sie werden Sachkundeforderungen gestellt, für die es keinen Nachlass gibt. Auch wenn sich Private externer Dienstleister bedienen können, müssen diese trotzdem Sachkundenachweise vorlegen, bevor sie diese Dienstleistungen erbringen dürfen.

Meine Damen und Herren, damit ist auch Vorsorge dafür getroffen worden, dass den hohen Standards der Nachhaltigkeit einer naturnahen Waldbewirtschaftung, die wir seit 40 Jahren in Baden-Württemberg pflegen, Rechnung getragen werden kann.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Vereinzelt Beifall bei den Grünen)

Mit der Errichtung der Anstalt des öffentlichen Rechts für den Staatswald – und damit für das Landeseigentum – schaffen wir einen vorbildlichen und, wie ich meine, zukunftsfähigen Landesbetrieb. Er garantiert in allen Bereichen die hohen Standards und ist auch Vorbildbetrieb für die anderen Waldbesitzarten, die das nicht genauso umsetzen müssen. Insbesondere bei der Neueinführung von Versuchen und dergleichen wird der Staatsforstbetrieb, diese Anstalt des öffentli-

chen Rechts, in Zukunft führend sein und auch effizient geführt werden.

(Beifall bei der CDU)

Diese Anstalt des öffentlichen Rechts war – um das einmal klar und deutlich zu sagen – die unabdingbare Voraussetzung dafür, dass wir das ganze Modell auch zukunftsfest aufstellen, damit wir nicht wieder in fünf oder zehn Jahren gewärtigen müssen, dass irgendjemand klagt, weil wir wettbewerbsrechtliche Bedingungen verletzen würden.

Insofern garantieren wir mit der Errichtung des Staatsforstbetriebs in einer Anstalt und mit der klaren und strikten Trennung des Holzverkaufs, dass der Holzverkauf nur für den Staatswald Baden-Württemberg vorgenommen wird und nicht mehr für andere Waldbesitzarten. Damit garantieren wir auch eine wettbewerbsrechtlich klare Trennung. Klar ist: Wir werden nicht mehr angreifbar für mögliche Klagen, die irgendwann wieder aufflammen könnten. Das war, wenn man so will, die unverzichtbare, notwendige Lösung, damit wir uns am Ende auch zukunftsfest aufstellen können.

Neben der Neuorganisation muss die Forstbranche im Land in diesem Jahr die zu erwartende dramatische Waldschutzsituation in den Griff bekommen. Die Neuorganisation muss nebenher laufen, weil der Borkenkäfer nicht abwartet, bis wir uns neu organisiert haben. Der Borkenkäfer frisst bereits – heute gerade nicht, aber morgen wieder, wenn es wärmer wird. Bei Temperaturen über 16 Grad Celsius fliegt er. Er hat die Wälder schon nachhaltig geschädigt und ist intensiv dabei, das weiterhin zu tun.

Das bereitet nicht nur größte Sorge. Es braucht auch die schnelle Fürsorge, die schnelle Hilfe für den Wald. Die Hilfe für den Wald kann in der Sofortmaßnahme nur darin bestehen, die Bäume einzuschlagen, sie, wenn sie befallen sind, möglichst schnell aus den Wäldern herauszubringen und möglichst schnell zu verarbeiten. An Letzterem scheitert es derzeit, weil am Holzmarkt ein Überangebot besteht. Denn derzeit ist in ganz Europa die Situation wie in Baden-Württemberg, zum Teil sogar noch dramatisch schlimmer. Insofern gibt es am Holzmarkt ein Überangebot. Das kommt zusätzlich zu den jetzt erforderlichen Organisationsmaßnahmen mit hinzu.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn das Gesetz am 1. Januar 2020 in Kraft tritt – so ist es prognostiziert, wenn der Landtag dem Gesetzentwurf zustimmt –, dann bedeutet das das Ende von 178 Jahren badischer und 177 Jahren württembergischer Einheitsforstämter. Da mag mancher eine Träne vergießen, weil das Einheitsforstamt, die Bewirtschaftung aus einem Guss, überall anerkannt und in der Bevölkerung respektiert war.

(Abg. Andreas Kenner SPD: Ja!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir können uns aber nicht davor verschließen, dass auch der Bereich „Forstliche Dienstleistungen“ ein Markt ist. Der Bund hat darauf reagiert und hat das Bundeswaldgesetz entsprechend geändert, sodass wir hierfür auch einen Markt ermöglichen müssen.

Diesen Markt ermöglichen wir mit dem vorliegenden Reformgesetz. Damit wird ein Markt möglich. Ich sage aber auch ganz klar dazu: Ich bin felsenfest davon überzeugt, dass die

(Minister Peter Hauk)

bisherigen staatlichen respektive kommunalen Beamten, also die Förster vor Ort, eine gute Arbeit geleistet haben, eine gute Arbeit leisten werden und dass sie sich in dem sich sukzessive entwickelnden Wettbewerb behaupten werden.

Denn erstens sind die Standards hoch. Da muss einer oder eine erst einmal herankommen. Zum Zweiten sind die Bevölkerungsnähe und die Bewirtschaftungsnähe bisher unabdingbar gegeben. Ich glaube, das sind die großen Vorteile, mit denen auch eine Neuorganisation letztlich in das Wettbewerbsrennen hineingeht.

Insofern, glaube ich, werden wir in Sonderheit alle Teile, alle Bereiche, alle Waldbesitzarten für diesen Wettbewerb gut aufstellen. Davon bin ich nach einem breiten Beteiligungsverfahren und einem Anhörungsverfahren, das von September bis in den Februar, März gedauert hat, überzeugt.

Wer sich den Anhörungsentwurf anschaut und ihn mit dem Ergebnis, das jetzt in den Landtag eingebracht wurde, vergleicht, wird auch feststellen, dass es zwischen dem Anhörungsentwurf und dem nun vorliegenden Gesetzentwurf noch einmal Veränderungen gegeben hat. Das heißt, das waren keine Alibibeteiligungen. Die Beteiligungsprozedur war mühevoll, aber sie war notwendig, damit am Ende ein gutes Ergebnis herauskommt. Ich bin davon überzeugt, dass wir dieses Ergebnis jetzt auch dem Landtag vorlegen können und dass der Landtag gut beraten ist, einem solchen Ergebnis auch zuzustimmen.

Vielen herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der CDU)

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Nach dieser Begründung durch Herrn Minister Hauk kommen wir zur Aussprache. Dafür hat das Präsidium wieder eine Redezeit von fünf Minuten je Fraktion vorgesehen.

Zuerst spricht Herr Abg. Pix für die Grünen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Der braucht Nussbaumholz!)

**Abg. Reinhold Pix GRÜNE:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Worum geht es hier eigentlich? Wir debattieren über die Zukunft von fast 40 % unserer Landesfläche, über die Zukunft unseres Waldes.

Wenn wir über den Wald reden, reden wir auch immer über Menschen. Damit meine ich nicht nur die täglich zwei Millionen Besucherinnen und Besucher und Waldbegeisterten – einige davon sitzen sicher auch hier im Saal; das hoffe ich zumindest –,

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Jawohl!)

sondern ich meine auch die rund 240 000 Privatwaldbesitzenden und die über 4 000 im öffentlichen Wald Beschäftigten. All denen möchte ich Danke sagen. Danke, dass Sie den Wald im Gleichgewicht zwischen ökologischen, ökonomischen und sozialen Gesichtspunkten pflegen!

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und des Abg. Andreas Kenner SPD)

Dieses Gleichgewicht zwischen allen Waldfunktionen auch im künftigen System der Forstorganisation beizubehalten ist das zentrale Anliegen von uns Grünen. Ich bin daher froh, dass wir mit dem vorliegenden Gesetzentwurf zur Forstreform endlich Klarheit haben und wissen: Auch in Zukunft wird der Wald in Baden-Württemberg entlang klarer, nachhaltiger Zielsetzungen entwickelt und werden Waldbesitzende bei anstehenden Herausforderungen unterstützt.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Was bedeutet das konkret? Nach dem Urteil des Bundesgerichtshofs zum Kartellverfahren – der Minister hat es angesprochen – haben wir die sich für uns ergebenden Spielräume genutzt. Mit der Reform aus einem Guss, das heißt, einer Lösung für alle Waldbesitzarten, setzen wir das erste zentrale Ziel aller Beteiligten um.

Zweites zentrales Ziel ist der flächendeckende Erhalt der hohen Waldbewirtschaftungsstandards in Baden-Württemberg. Auch wenn wir von Standards reden, reden wir von Menschen. Ich bin daher froh, dass das Land auch weiterhin auf bewährtes Forstpersonal auf allen Ebenen zählen kann. Ich bin überzeugt, dass wir auch im Bereich der Ausbildung der Forstwirtinnen und Forstwirte eine gute Lösung finden werden.

Der Staatswald wird künftig in einem noch größeren Maße eine Vorbildrolle bezüglich der ökologisch, ökonomisch und sozial ausgerichteten Waldbewirtschaftung einnehmen. Mit der Erstellung einer Gemeinwohlbilanz soll das auch transparent und vergleichbar dargestellt werden.

(Beifall bei den Grünen – Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Im Kommunal- und Privatwald geht es uns um einen sorgfältigen und fairen Ausgleich zwischen privatem und öffentlichem Interesse. Das gelingt durch die Festsetzung von Zielen auf der einen Seite und durch eine gleichzeitige Unterstützung und Förderung auf der anderen Seite. Kommunen erhalten einen Mehrbelastungsausgleich – beispielsweise für erhöhte Anforderungen an das Personal –, für Private wird die Förderung auf allen Ebenen ausgebaut.

Die Zielsetzungen erfassen das gesellschaftliche Interesse durch eine verstärkte Verankerung der naturnahen Waldwirtschaft sowie durch Präzisierungen. Ich nenne beispielhaft bodenschonende Holzernteverfahren und das Belassen von Alt- und Totholz im Wald.

Dank dieser Zielsetzungen ist es auch möglich, das dritte zentrale Anliegen aller Beteiligten umzusetzen, nämlich die kostenfreie Beratung und ein flächendeckendes Betreuungsangebot, sodass durch die Anpassungen im Landeswaldgesetz auch die beihilferechtlichen Grundlagen im künftigen Fördersystem für die Waldbesitzenden bestmöglich umgesetzt werden können.

Sollte jemand an dieser Stelle von überhöhten Vorgaben reden, kann ich nur sagen: Sie haben die Gesetzessystematik nicht verstanden und können nicht für sich in Anspruch nehmen, dass Ihnen Waldbesitzende und deren Beratung wichtig sind.

(Reinhold Pix)

Die Pläne zum Ausbau der Beratung gerade in der reformbedingten Umstellungsphase begrüßen wir ausdrücklich. Somit bleibt das befürchtete Bürokratiemonster ein Schreckgespenst. Förderung und Betreuung können unbürokratisch beantragt bzw. beauftragt werden, und auch Kleinwaldbesitzende profitieren.

Dieses Jahr – auch dies hat der Minister bereits angesprochen – drohen Schäden in Millionenhöhe. Das hohe Vorkommen von Borkenkäfer, Buchdrucker und Kupferstecher im Fichtenwald zeigt uns ganz klar, dass die Anstrengungen zum Waldumbau weiter voranschreiten müssen. Die geplante Erhöhung der diesbezüglichen Förderung halte ich daher für enorm wichtig. Wir wollen und werden die Waldbesitzenden beim Erhalt des Klima-, Natur- und Wirtschaftsfaktors Wald nicht alleinlassen.

(Beifall bei den Grünen – Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Ich bin der festen Überzeugung, dass wir mit dem vorliegenden Gesetzentwurf eine sehr gute Lösung für alle Beteiligten haben. Lassen Sie uns vor lauter Bäumen nicht den Wald als Ökosystem übersehen, und lassen Sie uns nun den im Wald Beschäftigten schnell Klarheit verschaffen.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Für die CDU-Fraktion hat jetzt Herr Kollege Dr. Rapp das Wort.

(Zuruf von der CDU: Guter Mann!)

**Abg. Dr. Patrick Rapp** CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Als Forstmann ist man öfter mal mit einem Sprichwort konfrontiert, das da heißt:

*Am schönsten hat's die Forstpartie,  
die Bäume wachsen ohne sie.*

(Heiterkeit bei der CDU – Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Ich kann Ihnen aber auch sagen: Gerade in der heutigen Zeit ist es notwendig, dass wir unsere Wälder bewirtschaften. Kollege Pix hat schon einen Strauß von Ansprüchen aufgezählt, die dazu notwendig sind, dass dies in Zukunft zumindest in Teilen vernünftig, nachhaltig umgesetzt wird und auch die Forstwirtschaft im Mittelpunkt steht. Hierzu schließen wir mit der heutigen Beratung einen sehr langen, umfangreichen, beispielhaften – auch außerparlamentarischen – Beratungs- und Beteiligungsprozess ab.

Da ich weiß, welche Aufgaben die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in diesem Beteiligungsprozess gestemmt haben, möchte ich an dieser Stelle zunächst allen ganz herzlich danken, die sich auf der Arbeitsebene um dieses Thema gekümmert haben.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen sowie des Abg. Andreas Kenner SPD)

Mein Dank gilt auch allen anderen beteiligten Akteuren, die durch ihren Einsatz, ihr Engagement gezeigt haben, wie wichtig

die gute Umsetzung einer derartigen Reform ist und wie wichtig die Qualität der Waldbewirtschaftung in Baden-Württemberg sein muss.

Der Grundstein – das wurde alles schon ausgeführt – wurde durch das Kartellverfahren gelegt. Viele Bundesländer haben es verfolgt. Der Prozess, von dem manche gesagt haben, es sei ein Holzkrimi, ging letztes Jahr zu Ende. Das hat auch etwas Druck aus dem Verfahren genommen.

Der Minister hat es schon gesagt: nicht inhaltlich gewonnen, aber aus formellen Gründen. Auch die Änderung des Bundeswaldgesetzes, eine Selbstverpflichtung des Landes Baden-Württemberg gegenüber dem Kartellamt aus früheren Jahren und eine Vereinbarung im Koalitionsvertrag haben dazu geführt, dass wir jetzt auch über die Gründung einer AöR, einer Anstalt des öffentlichen Rechts, beraten.

Diese Entscheidung ist richtig und wichtig, denn wir wollen auch in Zukunft vermeiden, dass wir kartellrechtlich angreifbar sind, und wir wollen, dass der Staatswald damit für die Waldbewirtschaftung nach wie vor die Vorbildrolle einnehmen kann, die er einnehmen muss. Wir wollen die notwendigen Strukturen schaffen. Wir wollen auch die Ressourcen, die dort einfließen, effizient nutzen können.

(Beifall bei der CDU und den Grünen)

Ich glaube auch, dass der Beginn der Beratungen des heutigen Tages ein Signal an die Beschäftigten im Forst ist. Die Schaffung dieser neuen Strukturen bringt natürlich Unsicherheit, vor allem bei den Försterinnen und Förstern. Es ist daher auch nachvollziehbar, dass ihnen an einer schnellen und sicheren Umsetzung gelegen ist. Denn es geht um ihre künftigen Arbeitsplätze, logischerweise auch um ihre Betriebsstellen, zu denen sie hinhüben.

Ich bin hier aber zuversichtlich. Denn das Anhörungsverfahren – das wurde vorhin schon erwähnt – mit einem breiten Beteiligungsprozess hat sich, glaube ich, schon ausgezahlt.

In Anbetracht der Größe und der Reichweite dieses Projekts haben sich die vorgetragenen Kritikpunkte im Wesentlichen überschaubar gehalten. Aber die Änderungen in den §§ 14 und 22 des Landeswaldgesetzes stießen bei den Privatwaldbesitzern auf deutliche Kritik. Die Unionsfraktion hat sich dieser Kritik angenommen. Es war auch gut, dass wir in diesem Bereich nach engagierten Diskussionen mit allen Beteiligten, die auch Zeit gekostet haben, für eine Entschärfung sorgen konnten, dies auch mit Blick auf die am Beginn der Verhandlungen zwischen den Regierungsfractionen vereinbarten Zielsetzungen.

Zentraler Aspekt für alle Waldbesitzarten war auch, dass es eine Reform aus einem Guss wird, und die Errichtung der AöR soll zeitgleich mit der Umsetzung der Beratung und Betreuung der Strukturen für Kommunal- und Privatwald erfolgen. Ziel ist und bleibt, die hohen Standards in der Waldbewirtschaftung zu halten und eine naturnahe Waldwirtschaft beispielhaft herauszustellen. Die ökonomischen, ökologischen und sozialen Zielsetzungen, klimatische Veränderungen, aber auch die Multifunktionalität sollen und werden damit auch in angemessener Form gewichtet.

(Dr. Patrick Rapp)

Ich möchte aber eines sagen: Wir müssen aufpassen, dass wir vor lauter Umarmung und Ökologisierung des Waldes nicht die Forstwirtschaft erdrücken.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Andreas Glück  
FDP/DVP)

Angesprochen wurde auch, dass aufgrund rechtlicher Vorgaben mit erhöhten Gestehungskosten zu rechnen ist, dass auch Dritte diese Dienstleistungen künftig anbieten können. Dieser Markt muss geöffnet werden. Doch dafür haben wir gute Regelungen für die Kommunalen, für die Privaten, für die sie vertretenden Genossenschaften, bei denen immer noch große Unsicherheit herrscht, getroffen.

Aber mit dem Gesetzentwurf – damit komme ich zum Schluss – liegt jetzt eine gute Grundlage für die erfolgreiche Umsetzung vor. Wir werden Nachjustierungsbedarf haben. Auch dieser ist im Gesetz verankert. Es wird eine Evaluation stattfinden. Wenn jetzt auf der Strecke noch über Privatwald- und Kommunalwaldverordnungen zu diskutieren ist und es keine zu großen Verhinderungen gibt, dann ist es heute ein guter Tag für die Waldwirtschaft, ein guter Tag für die Waldbesitzer, aber auch ein guter Tag für gelebte Klimaschutz- und Forstpolitik in Baden-Württemberg.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Nun spricht für die AfD Herr Abg. Dürr.

**Abg. Klaus Dürr** AfD: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Dieser Gesetzentwurf zeigt vor allem eines: Hier wirkten Bürokraten.

Einem Nordschwarzwälder wie mir sei die Anmerkung erlaubt: Wenn es um den Wald geht, müssen immer auch Emotionen im Spiel sein. Denn der Wald ist nicht nur der wertvolle Lebensraum für viele Pflanzen und Tiere, er ist auch ein wichtiger Teil, vielleicht sogar der wichtigste Teil unserer baden-württembergischen Heimat. Um ihn werden wir weltweit beneidet, und das soll so bleiben.

(Beifall bei der AfD)

Es ist fraglich, ob Ihnen das nun mit Ihrem Gesetzentwurf gelingt. Fast 240 000 Privatwaldbesitzer gibt es in Baden-Württemberg. Der Landesregierung sind diese offensichtlich ein gewisser Dorn im Auge. Der Gesetzentwurf bestätigt das. Alles deutet darauf hin, dass die Eigentumsvielfalt im Wald mit allen bürokratischen Tricks bekämpft werden soll oder könnte.

Unsere Landesregierung möchte herrschaftlich über unser aller Waldes Wohl entscheiden. Eine kartellartige Bewirtschaftung des Waldes sorgt aber leider für Stillstand. Denn dass man neue Wege beschreitet, ist mit der ForstBW so eher ausgeschlossen. Das zeigt die Vergangenheit.

Für uns ist der Gesetzentwurf eindeutig. Privateigentümer sollen schrittweise enteignet werden. Enteignung ist so eine grüne Eigenart.

(Lachen des Abg. Anton Baron AfD)

Diese Enteignung erzwingt man am besten womit? Mit unsinnigen Vorschriften und Verboten, ebenfalls eine grüne Spezialität.

(Beifall bei der AfD)

Privatwaldbesitzer leisten einen wichtigen Beitrag zur Erhaltung unserer Kulturlandschaft. Mit viel Herzblut und Leidenschaft sorgen sie für eine nachhaltige Waldbewirtschaftung. Das muss respektiert und gefördert werden und darf nicht mit neuen Regeln und höheren Kosten erschwert werden.

(Beifall bei der AfD)

Kommen wir zu unserer Bevölkerung. Dass man dem Bürger die erweiterte Nutzung des Waldes ermöglichen will, ist ein wirklich guter Ansatz. Denn unser Wald steht für unsere Identität. Es ist wichtig und richtig, sich das bei einem Waldspaziergang vor Augen zu führen – ich lade alle zu mir nach Hause ein –

(Heiterkeit bei Abgeordneten der AfD)

und sich dabei von den Strapazen des Alltags zu erholen. Aber wenn man nun Waldwege für Extremradfahrer freigibt – Ihr Vorsitzender ist gerade nicht da –, bedeutet das einen folgenreichen Eingriff in den Wald. Deshalb muss die bisherige 2-m-Regel für Radfahrer erhalten bleiben, damit die Natur – ein bisher nahezu unberührter Bereich – nicht auch noch belastet wird.

Im Gesetzentwurf liest sich das so:

*... den Wald nach Leistungsfähigkeit des Waldbesitzers ...  
mit Waldwegen zu erschließen ...*

Wäre es nicht sinniger, wenn dort stehen würde: „nach zumutbarer Belastbarkeit des Waldes“?

Eine weitere nichtssagende und doch alles aussagende Formulierung hat mit dem Totholz zu tun. Netter ausgedrückt, spricht man von Schonwald. Diese sogenannte Schutzstufe gibt es natürlich nur in Baden-Württemberg. Holz soll also auch dann, wenn es verrottet, nicht abtransportiert und sonst wie bewirtschaftet werden. Der große Nachteil: Dieses Holz wird von Schädlingen besonders gemocht. Das haben wir gerade vorhin auch gehört.

10 % des Staatswalds sollen wirtschaftlich nicht mehr genutzt werden dürfen. Das ist eine Menge – ausreichend, sollte man meinen. Der Landesregierung ist dieses nationale Ziel aber nicht genug. Denn sie will nun auch Privatwaldeigentümer in die Pflicht nehmen. Sie sollen ebenfalls Totholzflächen einrichten, und zwar einen „hinreichenden“ Anteil. Weniger konkret könnte eine Angabe nicht sein.

(Abg. Dr. Patrick Rapp CDU: Warum lesen Sie denn das Gesetz nicht?)

Das lässt vermuten, dass hier einmal mehr mit Willkür vorgegangen wird – sollte der „hinreichende“ Anteil nicht hinreichend genug sein, vermutlich mit Strafzahlungen. Für die Privatwaldbesitzer ist das eine weitere Bevormundung und ein weiterer Versuch, sie einzuschränken und mürbe zu machen.

Zum Abschluss noch ein paar Fakten, die die Landesregierung an ihre Pflicht erinnern sollen. In den letzten fünf Jahren wur-

(Klaus Dürr)

den hierzulande 740 ha Forst gerodet, z. B. für Windkraftträger. Die Gesetzgebung in Deutschland sieht vor, dass dafür mindestens die gleiche Fläche aufgeforstet werden muss. Tatsächlich hat es die Landesregierung nur geschafft, 430 ha Wald neu anzupflanzen.

(Abg. Anton Baron AfD: Aha!)

Das ist ein Defizit von rund 300 ha in nur einem halben Jahrzehnt. Wohin soll denn das führen? Bevor man nun also die Privatwaldbesitzer durch eine Gesetzesänderung mit neuen Auflagen und einer Erhöhung von Kosten gängelt, sollte man sich vielleicht an die eigene Nase fassen und bestehende Gesetze umsetzen. Herr Minister, Sie haben dabei eine gute Aufgabe.

Danke schön für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der AfD)

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Ich bitte jetzt noch um Aufmerksamkeit für die nächsten beiden Redner. – Zunächst spricht Herr Abg. Gall für die SPD.

**Abg. Reinhold Gall SPD:** Herzlichen Dank, Frau Präsidentin, dass Sie die Kolleginnen und Kollegen zur Aufmerksamkeit verpflichtet haben.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Nur bei Ihnen!)

Ich finde, das Thema gibt dies auch her.

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, es ist unstrittig – jedenfalls nach der Meinung der Mehrheit hier im Haus –, dass das Land aufgrund eines Urteils des BGH gezwungen ist, gesetzgeberische Maßnahmen zu ergreifen. Das Urteil hat uns zwar recht gegeben, aber es hat nicht richtig geholfen, sondern Handlungsbedarf aufgezeigt.

Das Bundeswaldgesetz, das geändert worden ist, gibt uns gewisse Flanken, die in unserem Sinn sind – jedenfalls, was die Mehrheit in diesem Haus anbelangt – und auf denen man aufbauen kann.

Deshalb, wie gesagt: Die Notwendigkeit dieses Gesetzes ist unstrittig. Aber folgende Fragen sind natürlich erlaubt – und es ist auch unsere Aufgabe, sie zu stellen –: Wird dieses Gesetz einer kritischen Betrachtung gerecht? Kann dieses Gesetz einer kritischen Betrachtung standhalten, was die ökologische Sicht betrifft, was die Interessen der Beschäftigten und der Betroffenen insgesamt, also auch der Waldbesitzer, betrifft? Sind diese berücksichtigt? Passt die Organisationsstruktur auf Baden-Württemberg und auf unsere Art der Waldbewirtschaftung? Sind auch zukünftig eine fachkundige Beratung und Bewirtschaftung tatsächlich gewährleistet? Bietet dieses Gesetz dem Wald die Rahmenbedingungen, damit er auch in Zukunft all die Aufgaben, die wir an ihn stellen, tatsächlich erfüllen kann?

Jetzt wissen wir – es wurde von meinem Vorredner gerade angedeutet –, dass es eine Vielzahl von Einwendungen und Anregungen gegeben hat. Wir wissen, es gibt erhebliche Vorbehalte gegen die beabsichtigte Konkretisierung der guten fachlichen Praxis mit besser und genauer definierten, meinetwegen auch härter definierten Standards der Waldbewirtschaftung.

Ich will an diesem Punkt sagen: Da sind wir auf der Seite der Landesregierung. Denn der Zustand des Waldes, die allgemeinen Veränderungen, die wir tatsächlich zur Kenntnis zu nehmen haben, und die Erfordernisse, die wir an den Wald stellen, was Wasserhaushalt anbelangt, was Naturschutz anbelangt und was den Erholungswert des Waldes betrifft – insgesamt: mehr Nachhaltigkeit –, erfordern ganz einfach, mehr zu tun, als wir alle dies in der Vergangenheit gemacht haben. Da gilt ganz einfach auch der Grundsatz: Das haben alle zu tun. „Eigentum verpflichtet“ gilt auch in diesem Fall.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, viel mehr Positives können wir dem Gesetzentwurf jedoch nicht abgewinnen. Zu Ihrem sogenannten partnerschaftlichen Verfahren höre ich auch anderes von denen, die vor Ort beteiligt – oder pseudo-beteiligt – worden sind. Was für ein Gefühl haben die? Was ist es wert gewesen, sich einzubringen? Wie wird gewichtet, was sie tatsächlich gesagt haben?

Damit haben wir Erfahrungen gemacht. Beispielsweise die Gewerkschaft BAU kritisiert dies. Ich habe selbst einen Praxistag im Wald gemacht, hatte also auch Gelegenheit, mit Förstern und Waldarbeitern zu sprechen. Von denen höre ich ganz einfach, dass kritisiert wird, dass es bei diesem ganzen Prozedere tatsächlich an Informationen mangelte und dass vor allem das Desinteresse an ihren Anliegen wirklich zu spüren war. Ob das besser wird, wenn der Gesetzentwurf jetzt ins Verfahren kommt, wage ich ganz einfach zu bezweifeln, weil es so ist, wie es bei Ihnen immer ist, wenn Sie Gesetze vorlegen: Sie sind am Ende doch nicht bereit, entscheidende Dinge zu verändern.

(Zuruf von den Grünen: Ja, was willst du denn?)

Grundsätzlich richtig ist, dass Sie durch die von Ihnen gewählte Organisationsstruktur den Betroffenen, in diesem Fall den Kommunen und den Privatwaldbesitzern, schon Möglichkeiten eröffnen, sich entsprechend zu positionieren und sich neu zu organisieren. Aber natürlich sind damit auch Gefährdungen verbunden, beispielsweise die, dass der Begriff der genossenschaftlichen Verbände verwässert wird und insbesondere das, was das Genossenschaftsrecht erfordert, keine Anwendung findet. Logischerweise besteht auch tatsächlich die Gefahr, dass jetzt jeder sein Einzelinteresse vor das Gemeininteresse stellt und für sich das Beste sucht, ohne zu berücksichtigen, was dies für das gemeinschaftliche Interesse bedeutet. Man orientiert sich eher und überwiegend daran, was einem selbst im Bereich der Holzvermarktung nützt, während all die anderen Dinge eher weniger berücksichtigt werden, als es wünschenswert ist.

Eines müssen Sie sich vorhalten lassen – da bin ich mir ganz sicher; Stichwort „Zukunft des Personals und Personalmangel in der Forstwirtschaft“ –: Ihr Rückzug aus der Ausbildung in diesem Bereich – das steht so im Gesetz; ich weiß eigentlich nicht, Herr Pix, woher Sie die Hoffnung nehmen, dass da noch etwas veränderbar ist, denn das ist Ihr Gesetzentwurf, den Sie da festlegen – wird dazu führen, dass wir im Bereich der gesamten Forstwirtschaft bei Förstern und Waldarbeitern zukünftig einen erheblichen Mangel mit Auswirkungen beispielsweise in den Bereichen Beratung und Bewirtschaftung haben werden.

(Zuruf von der CDU)

(Reinhold Gall)

Die teuflische Verwaltungsreform hat uns da jede Menge Beispiele geliefert.

(Beifall bei der SPD)

Deshalb will ich abschließend sagen: Man hätte dieses Gesetz deutlich besser machen können. Man hätte das Einheitsforstamt nicht vollständig zerschlagen müssen. Da hätte es auch andere Möglichkeiten gegeben.

(Zuruf von der CDU: Welche denn?)

Dass Sie da handwerklich ziemlich schludrig oder hemdsärmelig unterwegs gewesen sind, merkt man doch auch daran: Lesen Sie doch einfach mal in Ihrem eigenen Gesetzentwurf, wie Sie mit den auf fast 80 Seiten vorgetragenen Einwendungen umgegangen sind. Da finden Sie nur Aussagen wie: „Befürchtungen werden nicht geteilt“, „dem Vorschlag kann nicht gefolgt werden“, „es besteht kein zwingender Zusammenhang“, „wird nicht übernommen“ und „Änderungen nicht erforderlich“. So haben Sie die meisten der Einwendungen gewichtet und bewertet und nicht im Gesetz berücksichtigt.

(Zuruf des Abg. Reinhold Pix GRÜNE)

– Natürlich ist das einfach so.

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Herr Abg. Gall, jetzt muss ich Sie auf die Redezeit hinweisen.

**Abg. Reinhold Gall SPD:** Sofort, Frau Präsidentin. – Herr Pix, dass Sie denen dann einfach vorwerfen, sie hätten das alles nicht verstanden, das halte ich schon für ein ziemlich starkes Stück.

(Beifall bei der SPD)

Ich bin mir ganz sicher – um das abschließend zu sagen –: Wären Sie in der Opposition, würden Sie diesem Gesetz nie im Leben zustimmen. Wir werden es auch nicht tun.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Reinhold Pix GRÜNE)

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Dann hat Herr Kollege Glück für die FDP/DVP das Wort.

(Zurufe, u. a. des Abg. Karl Zimmermann CDU)

– Jimmy, jetzt höre ich dich von dieser Seite. Aber immer hört man dich.

(Zurufe)

**Abg. Andreas Glück FDP/DVP:** Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen! Der Kollege Zimmermann kommt wirklich rum wie Falschgeld. Aber das ist ja gut so. – Alles bestens; wir werden damit klarkommen.

Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen! Das Gesetz zur Umsetzung der Neuorganisation der Forstverwaltung in Baden-Württemberg ist ein umfangreiches Gesetz mit 28 Artikeln. Die Reform ist aus verschiedenen Gründen erforderlich. Zwar hat der Bundesgerichtshof – das wurde bereits gesagt – den langjährigen Streit mit dem Land Baden-Württemberg nun zugunsten des Landes entschieden; nichtsdestotrotz

gilt natürlich eine Verpflichtungszusage des Landes aus dem Jahr 2008.

Insbesondere machen auch die Änderungen in § 46 des Bundeswaldgesetzes jetzt eine Änderung bei uns nötig. So sollen wettbewerbsgerechtere Rahmenbedingungen für die forstlichen Dienstleistungen geschaffen werden. Sie können sich vorstellen: Dem stehen wir Liberalen natürlich erst einmal positiv gegenüber. Wir erkennen die Notwendigkeit der Reform durchaus an, und auch die Überführung des Staatsforsts in eine Anstalt des öffentlichen Rechts ist zunächst einmal etwas, womit wir sehr gut umgehen können. Weite Teile des Gesetzes insgesamt sind auch nicht strittig.

So harmonisch ist es aber dann doch nicht; denn bei diesem Gesetz gibt es insbesondere zwei Punkte, die ich hier ansprechen möchte, die uns tatsächlich Schwierigkeiten bereiten.

Der eine sind die waldbaulichen Grundpflichten, die jetzt auf bürokratische Art und Weise ausgebaut werden sollen. Der andere ist eine ungeschickte Kostenrechnung der gesamten Strukturreform.

Zu Punkt 1, den waldbaulichen Grundpflichten: Zwar ist es der CDU gelungen – das möchte ich Ihnen zugestehen –, vielleicht die eine oder andere Kröte da irgendwie herauszunehmen, aber grundsätzlich sind trotzdem weitere Verschärfungen der gesetzlichen Grundpflichten für eine naturnahe und nachhaltige Bewirtschaftung der Wälder vorgesehen.

Jetzt ist es tatsächlich so: Auch wir, die Freien Demokraten, wollen eine naturnahe und nachhaltige Waldbewirtschaftung haben. Aber beim Landeshaushalt gilt halt der Grundsatz: Alles, was als Gesetz festgeschrieben ist, kann nachher nicht gefördert werden. Das kann eben durchaus ein Problem darstellen. Wenn ich etwas zum Gesetz mache, kann ich nachher nicht über Fördergelder – so wie es jetzt passiert – manche Dinge unterstützen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Als konkrete Beispiele möchte ich Ihnen beispielsweise § 14 nennen, der die Privatwaldbesitzer dazu verpflichtet, dass die Bodenfruchtbarkeit erhalten bleiben oder verbessert werden soll. Schreiben Sie das jetzt in ein Gesetz hinein, dann wird z. B. eine Bodenkalkung des Waldes zukünftig nicht mehr vergütet, gefördert werden. Denn nur deshalb, weil jemand das Gesetz erfüllt, kann man keine Fördergelder dafür auszahlen. Das halte ich für ein riesengroßes Problem.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Das gilt natürlich auch für die Pflichten nach dem Natur- und Artenschutz. Das gefährdet letztlich das bewährte System der Ökopunktekonten, die der Privatwaldbesitzer eben bisher so nutzen kann.

Deswegen muss ich da ganz, ganz klar sagen: Wir werden diesen Gesetzentwurf aus dem Grund heraus ablehnen, dass Sie die Grundpflichten dermaßen erhöhen und dass später dafür kein Geld mehr gezahlt werden kann.

Das Nächste ist die Kalkulation der Forstreform. Überlegen wir uns einmal, was das Ganze kostet. Minister Hauk hat ja das Ganze mit 30,8 Millionen € ins Kabinett eingebracht; allerdings war man in der Presse noch vor dem Kabinettsbe-

(Andreas Glück)

schluss bereits bei 34,3 Millionen €. Ich weiß nicht ganz genau, wie das mit den Reformen der Landesregierung ist, aber die Polizeireform hat ja gezeigt, dass da teilweise eben deutlich höhere Beträge herauskommen als das, was man ursprünglich gesehen hat. Was diese Reform, die neue Polizeireform, betrifft, sind wir jetzt schon, zumindest was das Thema Kostenentwicklung angeht, durchaus kritisch.

Dann auch die Ankündigung, die Reform bringe dem Landeshaushalt jährlich Einsparungen in Höhe von 8,4 Millionen €: Also, mir ist irgendwie schleierhaft, wie man das schaffen will. Natürlich werden Sie jetzt weniger ausbilden, und das sind wahrscheinlich diese 8,4 Millionen €, die da hochgerechnet wurden. Aber gleichzeitig kommen ja andere Aufgaben dazu, die Sie festschreiben, also z. B. die Einführung staatlich zertifizierter Waldpädagogen usw. usf. Hier liegt der Verdacht nahe, dass zumindest die Grünen früher oder später eben doch bei den Fördermitteln für die Privaten kürzen wollen. Eine Reform jedoch, welche die 240 000 Waldbesitzer – zum allergrößten Teil übrigens Privatwaldbesitzer – in Baden-Württemberg derart einseitig belastet, tragen wir, die FDP, nicht mit.

(Beifall des Abg. Stephen Brauer FDP/DVP)

Letzter Satz: Liebe CDU, Sie sind gerade mal wieder dabei, sich von den Grünen über den Tisch ziehen zu lassen – mal wieder. Nach dem Thema Fahrverbote, nach dem Thema Windkraftausbau, nach dem Thema Klimaschutzgesetz – das wir gestern hatten – sind Sie jetzt im Begriff, 240 000 Privatwaldbesitzer im Regen stehen zu lassen.

Manchmal hat man wirklich den Eindruck: In den grünen Ministerien regieren die Grünen, und in den schwarz geführten Ministerien regieren auch die Grünen. Deshalb: Beweisen Sie doch, dass Sie es besser können! Ich fordere Sie auf: Stoßen Sie zumindest Veränderungen bei den §§ 14 und 22 an, sonst werden wir diesem Gesetz nicht zustimmen können.

(Beifall bei der FDP/DVP)

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben die Aussprache zur Ersten Beratung dieses Gesetzentwurfs abgeschlossen, und Sie sind damit einverstanden, dass wir den Gesetzentwurf Drucksache 16/5982 zur weiteren Beratung an den Ausschuss für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz überweisen. – Das ist so beschlossen und Tagesordnungspunkt 4 damit erledigt.

Wir treten in die Mittagspause ein. Wie geplant, geht es um 14:30 Uhr mit der Fragestunde weiter.

(Unterbrechung der Sitzung: 13:26 Uhr)

\*

(Wiederaufnahme der Sitzung: 14:31 Uhr)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Wir setzen die Sitzung fort. Ich rufe **Punkt 5** der Tagesordnung auf:

#### Fragestunde – Drucksache 16/5854

Ich rufe die Mündliche Anfrage unter Ziffer 1 auf:

Mündliche Anfrage des Abg. Dr. Erik Schweickert FDP/DVP – Nachhaltige Straßensanierung im Enzkreis, hier L 621 zwischen Königsbach-Stein und Eisingen

haltige Straßensanierung im Enzkreis, hier L 621 zwischen Königsbach-Stein und Eisingen

Herr Abg. Dr. Schweickert, Sie haben das Wort.

**Abg. Dr. Erik Schweickert FDP/DVP:** Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es geht um die nachhaltige Straßensanierung im Enzkreis, hier die L 621 zwischen Königsbach-Stein und Eisingen.

Ich frage die Landesregierung:

- Wird die Sanierung der L 621 zwischen Königsbach-Stein und Eisingen auf dieselbe Weise erfolgen wie die Sanierung der B 10 von Wilferdingen bis zum Ersinger Kreuz oder wie die Sanierung der L 621 im Jahr 2015?
- Ist der Landesregierung bekannt, dass der 2017 sanierte Teilabschnitt der B 10 vom Ersinger Kreuz bis Wilferdingen bereits heute Unebenheiten aufweist?

**Präsidentin Muhterem Aras:** Das Wort für die Landesregierung erteile ich Frau Staatssekretärin Dr. Splett.

**Staatssekretärin Dr. Gisela Splett:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Ich beantworte die Mündliche Anfrage des Herrn Abg. Dr. Schweickert namens der Landesregierung wie folgt:

Zu Frage a: Die Sanierung der L 621 wird ähnlich wie die angesprochene Sanierungsmaßnahme an der B 10 erfolgen. Es ist vorgesehen, die oberen Asphaltsschichten abzufräsen und anschließend eine neue Asphaltbinder- sowie Deckschicht aufzubringen.

Im Jahr 2015 wurde an der Landesstraße L 621 zwischen Königsbach-Stein und Eisingen bereichsweise eine Oberflächenbehandlung zur Verbesserung der Griffbarkeit und Aufrechterhaltung der Verkehrssicherheit durchgeführt. Dies erfolgte damals durch die Straßenmeisterei des Enzkreises im Rahmen der Straßenunterhaltung. Hierbei wurde lediglich eine Bitumenemulsion auf die Asphaltdecke aufgetragen und abschließend mit Splitt abgestreut. Es wurde damals eben keine Asphaltsschicht abgefräst oder neu aufgebracht.

Im Gegensatz zur damals durchgeführten Unterhaltungsmaßnahme können im Zuge der nun vorgesehenen Erhaltungsmaßnahme auch Unebenheiten im Straßenverlauf ausgeglichen werden. Ich habe vorhin gesagt: Es wird so ähnlich gemacht wie damals bei der B 10. Es wird jetzt nämlich viel innovativer gemacht:

Zur Erhöhung der Qualitätsstandards erprobt das Land derzeit an verschiedenen Straßen die innovative Technologie im Rahmen des Projekts „Qualitätsstraßenbau Baden-Württemberg 4.0“. Übergeordnetes Ziel ist, Bauprojekte durch eine digitale Prozesssteuerung wirtschaftlicher, ressourceneffizienter und nachhaltiger zu gestalten. Man versucht, alle Prozesse und Einflussfaktoren möglichst optimal aufeinander abzustimmen.

Die Anwendung dieses innovativen Verfahrens ist auch an der L 621 zwischen Königsbach-Stein und Eisingen vorgesehen. Konkret heißt das, dass durch einen Straßenscan und den Einsatz von Georadar ein dreidimensional gesteuertes Abfräsen

(Staatssekretärin Dr. Gisela Splett)

möglich sein wird. Dies ermöglicht dann beim anschließenden Belageinbau die Einhaltung konstanter Schichtdecken und soll damit zu einer Verbesserung der Einbauqualität und damit auch zu einer längeren Lebensdauer der dann sanierten Fahrbahn führen.

Zu Frage b: Der Landesregierung ist bekannt, dass der erneuerte Teilabschnitt der B 10 vom Ersinger Kreuz bis Wilferdingen stellenweise Unebenheiten in der Fahrbahnoberfläche aufweist. Das trifft insbesondere für den Abschnitt zwischen dem Ersinger Kreuz und dem Sperlingshof zu. Bei der Instandsetzung 2017 wurde die Deck- und Binderschicht in Teilabschnitten erneuert. Eine vollständige Erneuerung des Straßenaufbaus war damals nicht notwendig. Hieraus resultieren je nach Qualität der Bauausführung stellenweise Unebenheiten in der Fahrbahn. Diese festgestellten Unebenheiten überschreiten teilweise die vertraglich zulässigen Toleranzwerte. Soweit diese Mängel im Verantwortungsbereich der ausführenden Firma stehen, werden entsprechende Abzüge bei der Vergütung vorgenommen.

Allerdings überlegt man sich gut, ob man gleich noch einmal eingreift. Da geht es um die Frage der Verhältnismäßigkeit, auch um die Vermeidung eines erneuten Eingriffs in den Straßenverkehr. Insoweit belässt man diese Mängel, soweit und solange die Verkehrssicherheit gewährleistet ist. Dies wird durch den Straßenbetriebsdienst im Rahmen der regelmäßigen Streckenkontrolle überwacht.

Im weiteren Streckenabschnitt zwischen Sperlingshof und Wilferdingen erfolgte ein Vollausbau mit vollständiger Erneuerung des Straßenaufbaus. Da sind diese Probleme dann nicht aufgetreten.

**Präsidentin Muhterem Aras:** Es gibt eine Zusatzfrage. – Herr Abg. Dr. Schweickert, Sie haben das Wort.

**Abg. Dr. Erik Schweickert** FDP/DVP: Frau Splett, vielen Dank für die erste Beantwortung. – Es ist eine besondere Fügung, dass jetzt praktischerweise das „Finanzhaus“ antwortet. Es geht ja um eine nachhaltige Sanierung. Ich spreche doch jetzt eine Straße nicht einfach nur deshalb an, weil da gerade ein paar Unebenheiten sind. Schlaglöcher haben wir in Baden-Württemberg genug. Aber diese Straße wurde in den letzten Jahren mehrmals saniert, und mehrmals ging es schief. Deswegen ist es schon gerechtfertigt, dass man da mal nachfragt.

Sie haben ausgeführt, dass die Sanierung 2015 nur oberflächlich war. Dem kann ich zustimmen. Mich würde nur interessieren: Man hat damals, 2016, auf meine Kleine Anfrage gesagt, dass die Stellung dieser Straße in der Priorisierung – ich zitiere – „auf Platz 645 und ... mit der Dringlichkeitsklasse 4 von 9“ eingestuft wurde. Jetzt hat man das vorgezogen. Das ist in Ordnung. Aber kann ich jetzt davon ausgehen, dass mit diesem neuen Verfahren die Straße dann tatsächlich irgendwann endlich einmal saniert ist?

Das Zweite: Wenn die B 10 noch einmal gesperrt werden sollte – das sind ja großräumige Umleitungen, die dann wieder eingerichtet werden müssen –, haben Sie irgendeine Vorstellung davon, wie lange man mit diesen Unebenheiten der gerade eben erst erneuerten Straße leben müssen? Und die Nachfrage: Gibt es da noch eine tatsächliche Gewährleistungs-

frist, dass man nicht bloß Kosten abziehen kann, sondern dass man sagen kann: „Die Firma muss das neu machen“?

**Präsidentin Muhterem Aras:** Bitte, Frau Staatssekretärin.

**Staatssekretärin Dr. Gisela Splett:** Vielen Dank für die ergänzenden Fragen. – Ich möchte noch einmal betonen, dass die angesprochene frühere Maßnahme an der Landesstraße keine Erhaltungs- oder Sanierungsmaßnahme war, sondern eine reine Unterhaltungsmaßnahme. Das ist ja auch von den Zuständigkeiten her getrennt. Insoweit ist das nicht vergleichbar.

Jetzt geht es um eine tatsächliche Erhaltungsmaßnahme. Sie wissen auch, dass das nach landesweiter Prioritätenliste geht. Wir haben regelmäßig die Zustandserfassung und -bewertung im Straßennetz. Dann wird auch die von Ihnen schon genannte Rangliste landesweit angefertigt, um nach einem geordneten Verfahren das zur Verfügung stehende Geld bestmöglich einzusetzen.

In der Karte für das Erhaltungsmanagement der Landesstraßen 2017 bis 2020 steht diese Straße als Nummer 83 für das zuständige Baureferat, als Nummer 950 für die Reihenfolge im Land. Sie ist aber jetzt dran und wird eben auch dieses sehr innovative Verfahren erhalten. Insoweit hoffe ich, dass Sie zufrieden sind mit der Maßnahme und dann auch mit dem Ergebnis der Maßnahme.

Es ist so, dass wir in den letzten Jahren mit dem Straßenerhalt insgesamt sehr gut vorangekommen sind, dass da auch deutlich mehr Geld reinfließt, auch im Rahmen der Sanierungsoffensive beim Land, und insoweit ist die Sanierung der Straße wirklich auf einem sehr gutem Weg.

Was die B 10 angeht, hatte ich ja schon ausgeführt, dass man schaut, inwieweit es tatsächlich notwendig ist, die Straße noch einmal anzupacken, mit all den Konsequenzen, die das dann hat. Nach jetzigem Stand ist es wohl nicht notwendig, da noch einmal baulich heranzugehen. Aber man setzt sich natürlich mit dem Unternehmen auseinander.

Wenn ich es richtig gelesen habe, gab es auch Unterbrechungen bei der Asphaltanlieferung. So etwas kann auf Baustellen immer mal wieder passieren. Dies führt dann eben nicht zu den optimalen Ergebnissen, die man gern hätte. Deswegen wird man die Straße weiterhin im Blick behalten müssen. Aber aktuell ist jetzt keine erneute Straßenbaumaßnahme mit Sperrung vorgesehen.

**Präsidentin Muhterem Aras:** Ich sehe keine weitere Wortmeldung zu dieser Anfrage. Damit ist die Behandlung der Mündlichen Anfrage unter Ziffer 1 beendet.

Ich rufe die Mündliche Anfrage unter Ziffer 2 auf:

Mündliche Anfrage des Abg. Konrad Epple CDU – Kabinettsausschuss „Ländlicher Raum“

Herr Abgeordneter, Sie haben das Wort.

**Abg. Konrad Epple** CDU: Ich frage die Landesregierung:

a) Welchen Beitrag leistet der Kabinettsausschuss „Ländlicher Raum“ zur Förderung gleichwertiger Lebensverhält-

(Konrad Epple)

nisse, Infrastrukturen und Arbeitsbedingungen in Baden-Württemberg unter der Berücksichtigung der von ihm angestoßenen Projekte und Maßnahmen?

- b) Welches Resümee zieht die Landesregierung nach rund zweieinhalb Jahren Kabinettsausschuss „Ländlicher Raum“ mit Blick auf die dort behandelten Themen und Ziele?

**Präsidentin Muhterem Aras:** Vielen Dank. – Für die Landesregierung erteile ich das Wort Frau Staatssekretärin Gurr-Hirsch.

**Staatssekretärin Friedlinde Gurr-Hirsch:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kollegen und liebe Kolleginnen! Ich freue mich über diese Anfrage, weil das Thema „Ländlicher Raum“ für uns, die Landesregierung, im Zentrum steht, und ich darf Ihnen auch sagen: In Deutschland wird man bei diesem Thema als Baden-Württemberger immer ein bisschen neidvoll behandelt, weil einige sagen: „Bei Ihnen im Ländle ist der ländliche Raum ja weitgehend gut und sehr gut entwickelt.“ – Aber das ist kein Selbstläufer.

Bereits bei den Koalitionsverhandlungen wurde festgehalten, dass ein Kabinettsausschuss „Ländlicher Raum“ einzurichten ist, der unser gemeinsames Ziel verfolgt – das wir verfassungsmäßig verantwortet haben –, gleichwertige Lebensbedingungen im ländlichen Raum gegenüber den städtischen Räumen zu schaffen. Ich bin der Landesregierung dankbar, dass dies auch ganz konsequent verfolgt wird. Das bedeutet, dass wir gleichwertige Lebensverhältnisse anstreben, dass wir in der Infrastruktur vergleichbare Bedingungen haben.

Wir haben mit dem Kabinettsausschuss ein Instrument, das sonst gar nicht genutzt wird und das ich eigentlich für viele Herausforderungen der Politik empfehlen möchte. Wir haben dort einen konstruktiven interministeriellen Austausch und können schauen: Was ist da? Die Potenziale sollen bewahrt werden, aber es sollen auch weitere Potenziale genutzt werden. Da geht es um Dorf- und Innenentwicklung, es geht vor allem um Themen, die uns unter den Nägeln brennen, die auch wirklich ganz akut sind, etwa die medizinische Versorgung. Dann geht es darum, dass wir auch in Zukunft – ich sprach von Bewahren – die Stärken des ländlichen Raums haben werden. Wie können wir Haupt- und Ehrenamt sinnvoll miteinander verknüpfen? Es geht um Informationsangebote, die man als Bürger haben muss, wenn man bestimmte Herausforderungen hat, etwa die Pflege, und es geht – das will ich deutlich sagen – natürlich auch um Mobilität, die im städtischen Raum automatisch besser ist als im ländlichen Raum. Zudem geht es um Nahversorgung.

Die großen Bereiche Schulen und Fachkräftegewinnung müssen ebenfalls angegangen werden. Dieser Kabinettsausschuss soll passgenaue, aber auch pragmatische Ansätze suchen, die den Menschen in den Kommunen gleichwertige Lebensverhältnisse bieten.

Wir orientieren uns hier nicht an ländlichen Räumen anderer Bundesländer, sondern wir gehen hart ran, indem wir die Benchmark der Metropolregionen anschauen und fragen: Was haben die Metropolregionen, was der ländliche Raum nicht hat?

In dieser Arbeit hat man bislang vier interministerielle Arbeitsgruppen, IMAs, gegründet, die sich mit den Schwerpunktthe-

men „Pflege und Gesundheit“, Bildung – da geht es auch um den Anspruch, die Grundschule im ländlichen Raum, in den Dörfern zu halten; „Kurze Beine, kurze Wege“ –, Mobilität und Fachkräftesicherung beschäftigen.

Wir haben in den einzelnen IMAs die Zielvorstellung, Handlungsempfehlungen zu entwickeln. Da ist man natürlich auch im intensiven Austausch mit den kommunalen Landesverbänden. Dort gibt es eine hervorragende Zusammenarbeit.

Ich möchte Ihnen durch ein Beispiel eine Idee geben, wie unkonventionell dies laufen kann. Beim Thema „Medizinische Versorgung“ gibt es das Projekt LAND ARZT LEBEN LIEBEN, das sich an Studierende der Medizin richtet, die schon in den höheren Semestern sind, um diese auf die Idee zu bringen, den ländlichen Raum daraufhin anzuschauen, ob das etwas für sie wäre. Es gibt dann geplante Besuche, etwa im Schwarzwald, wo man sich als zukünftiger Kollege oder zukünftige Kollegin mit den bereits praktizierenden Ärzten und deren Kassenärztlichen Vereinigungen austauscht. Man darf aber auch eine Ausfahrt machen, um zu sehen, welchen Freizeitwert die Gegend hat. Es soll also Appetit gemacht werden. Wir haben Rückmeldungen, dass junge Leute sagen: „Das habe ich seither nicht so gesehen. Warum eigentlich nicht?“

Wir haben in der Medizin dann auch die Herausforderung, dass es heutzutage sehr viele Frauen sind, die Medizin studieren. – Ich will das nicht weiter hinterleuchten. Medizin studiert man halt, wenn man gute Noten hat, gell?

(Vereinzelt Heiterkeit – Zurufe der Abg. Karl Zimmermann CDU und Martin Grath GRÜNE)

Deswegen stellt sich die Frage: Wie können Frauen, wenn sie Interesse für das Hausarztmodell haben, beides – Familie und Beruf – miteinander vereinbaren? Dafür gibt es genossenschaftliche Modelle, die wir auch fördern, damit vielleicht zwei, drei Damen zusammen eine Hausarztpraxis betreiben. Sie sehen: Es gehört auch sehr viel Innovationskraft dazu, um diese Herausforderungen zu beantworten.

Es ist manchmal auch so, dass man, wenn es um Fachärztliches geht, durchaus auch Telemedizin in Erwägung zieht. Ein Projekt dazu haben wir; das ist das Projekt „IT-gestützte Flächenversorgung in der Pneumologie“. Dabei handelt es sich um den Einsatz digitaler Instrumente bei Lungenfachärzten. Lungenfachärzte sind in der Fläche nicht so vorhanden.

Auch für die Frage „Wie können junge Menschen zum Abitur kommen?“ haben wir ein Modell an den beruflichen Gymnasien im ländlichen Raum mit Sommerschulen, um den jungen Menschen den Übergang auf das Gymnasium zu erleichtern.

Sie sehen: Dieser Kabinettsausschuss ist ein sehr erfolgreiches Instrument. Wir berichten darüber auch jährlich im Kabinettsausschuss die Übereinstimmung, dass der Kabinettsausschuss ein zielgenaues Instrument ist, um in Zukunft den ländlichen Raum vital zu halten und ihn als attraktiven Lebensraum für junge Menschen zu erhalten. Denn wenn die Jugend geht, wird der ländliche Raum aussterben. Da spielen dann auch Dinge eine Rolle, an die man zunächst gar nicht denkt, z. B. das Vorhandensein tertiärer Bildungseinrichtungen. Ich bin heute noch Lothar Späth dankbar, dass er in den Achtzigerjahren die Hochschulen für angewandte Wissenschaften

(Staatssekretärin Friedlinde Gurr-Hirsch)

– früher hat man Fachhochschule gesagt – in die Fläche gebracht hat; auch die dualen Hochschulen.

Ich möchte es veranschaulichen: Wenn die jungen Leute in Furtwangen studieren können, bleiben sie in dieser Gegend, spielen im Musikverein, spielen Fußball, finden dort einen Partner oder eine Partnerin, es werden Kinder geboren, die Kindergärten sind voll, und unser ländlicher Raum hat eine Zukunft.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen  
– Abg. Dr. Erik Schweickert FDP/DVP: Aber sie lernen auch etwas an der Hochschule!)

– Wenn solche Professoren da sind wie Sie, Herr Kollege. Das wollten Sie hören, oder?

(Heiterkeit)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Ich sehe keine weiteren Fragen. – Vielen Dank, Frau Staatssekretärin Gurr-Hirsch. Damit ist die Behandlung der Mündlichen Anfrage unter Ziffer 2 beendet.

Ich rufe die Mündliche Anfrage unter Ziffer 3 auf:

Mündliche Anfrage des Abg. Stephen Brauer FDP/DVP – Stand, Umsetzung und Auswirkung der Tourismuskonzeption des Landes auf den Landkreis Schwäbisch Hall

Herr Abgeordneter, Sie haben das Wort.

**Abg. Stephen Brauer** FDP/DVP: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich frage die Landesregierung:

- a) Wie ist der aktuelle Stand der Umsetzung der vom Land in Auftrag gegebenen Tourismuskonzeption?
- b) Welche Chancen sieht die Landesregierung in diesem Zusammenhang für die touristische Nutzung der Bahnstrecke Blaufelden–Gerabronn–Langenburg bei einer möglichen Wiedereröffnung, auf die wir natürlich hoffen?

**Präsidentin Muhterem Aras:** Vielen Dank. – Für die Landesregierung erteile ich das Wort Herrn Minister Wolf.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Der lange Arm des Herrn Bullinger! – Gegenruf des Abg. Dr. Erik Schweickert FDP/DVP: Das ist eine Unterstellung!  
– Heiterkeit)

**Minister der Justiz und für Europa Guido Wolf:** Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Brauer, namens der Landesregierung beantworte ich die Mündliche Anfrage wie folgt:

Zunächst war Ihre Frage auf den Stand der derzeit von uns erarbeiteten Tourismuskonzeption gerichtet. Die Weiterentwicklung dieser Tourismuskonzeption, die wir uns vorgenommen haben, knüpft an die vorhandene Tourismuskonzeption aus dem Jahr 2009 an. In der Zwischenzeit ist einiges passiert.

Das Ministerium der Justiz und für Europa erarbeitet vor diesem Hintergrund gemeinsam mit den privaten und öffentlichen Akteuren des baden-württembergischen Tourismus, den

entsprechenden Interessenverbänden und allen Ressorts der Landesregierung sowie unter Einbeziehung der tourismuspolitischen Sprecherinnen und Sprecher der Landtagsfraktionen mit gutachterlicher Begleitung diese neue Tourismuskonzeption für Baden-Württemberg.

Aktuell befindet sich die erste Entwurfsfassung im Abstimmungsprozess in den sogenannten Steuerungsgremien. Das Ganze ist jetzt auch in einer Ressortabstimmung, weil ja fast alle Ressorts der Landesregierung in irgendeiner Form Bezüge zum Tourismus haben. Wir werden dann den regierungsseitig abgestimmten Entwurf auch in die parlamentarische Befassung bringen. Die neue Tourismuskonzeption werden wir fertigstellen und im Rahmen einer Kabinettsvorlage dem Ministerrat vorlegen. Ich gehe davon aus, dass wir das Ganze noch vor der Sommerpause schaffen.

Ihre zweite Frage richtet sich auf die touristische Nutzung der Bahnstrecke Blaufelden–Gerabronn–Langenburg. Hier fische ich jetzt im Gewässer des Kollegen Verkehrsminister, dem Sie aber unterstellen dürfen, dass er mir in vollem Umfang vertraut – zumindest in dieser Frage.

(Heiterkeit – Abg. Reinhold Gall SPD: Gerade wollte ich sagen: So pauschal kann man das nicht stehen lassen!)

Die neue Tourismuskonzeption steht in keinem Sachzusammenhang mit einer möglichen Wiedereröffnung der Nebenbahn Blaufelden–Gerabronn–Langenburg. Sie ist eine übergeordnete Strategie für den Tourismus. Was aber diese von Ihnen konkret angesprochene Bahnstrecke angeht: Im März 2018 wurde vom Verkehrsministerium eine Machbarkeitsstudie zur Reaktivierung der Nebenbahn Blaufelden–Gerabronn–Langenburg veröffentlicht. In dieser Machbarkeitsstudie wurden verschiedene Varianten für die Wiederinbetriebnahme der Strecke untersucht.

Wenn man diese Machbarkeitsstudie auswertet, kann man feststellen, dass zur Herstellung der Befahrbarkeit der Strecke Investitionen in die Infrastruktur notwendig sind, die stark von der vorgesehenen Nutzung abhängen. Das ist das klassische Kosten-Nutzen-Verhältnis, das hier nochmals umfassend geprüft werden muss.

Zu Fördermöglichkeiten und zur Reaktivierung im Allgemeinen haben das Ministerium der Justiz und für Europa bereits im Rahmen der Drucksache 16/3936 und das Verkehrsministerium im Rahmen der Drucksache 16/4185, die Sie vermutlich kennen, umfassend geantwortet.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Sind das Abenteuer-touristen?)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Vielen Dank. – Gibt es weitere Fragen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist die Behandlung der Mündlichen Anfrage unter Ziffer 3 beendet.

Ich rufe die Mündliche Anfrage unter Ziffer 4 auf:

Mündliche Anfrage des Abg. Dr. Erik Schweickert FDP/DVP – Maßnahmen zur Vermeidung von Strafzinszahlungen für Kommunen

Herr Abg. Dr. Schweickert, Sie haben das Wort.

**Abg. Dr. Erik Schweickert** FDP/DVP: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Präsidentin hat es ja schon gesagt: Es geht um Strafzinszahlungen für Kommunen. Auch vermeintliche Luxusprobleme können bei sich ändernden weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen zu Problemen werden. Deswegen frage ich die Landesregierung:

- a) Welche Kenntnis hat die Landesregierung darüber, in welchem Umfang baden-württembergische Kommunen bereits Strafzinsen für Bankguthaben zahlen müssen?
- b) Zu welchen Maßnahmen rät sie Kommunen, um Strafzinszahlungen zu vermeiden?

**Präsidentin Muhterem Aras:** Vielen Dank. – Für die Landesregierung erteile ich das Wort Herrn Minister Strobl.

**Minister für Inneres, Digitalisierung und Migration Thomas Strobl:** Frau Präsidentin! Herr Abg. Professor Schweickert, Ihre beiden Fragen beantworte ich gern wie folgt: Es ist bekannt, dass Banken für ihre gegebenenfalls aus Geldanlagen der Kunden resultierenden Einlagen bei der Europäischen Zentralbank sogenannte Strafzinsen bzw. Verwarentgelte in Höhe von 0,4 % entrichten müssen und diese Entgelte zunehmend auch an ihre kommunale Kundschaft durchreichen.

Eine Übersicht zu etwaigen Strafzinszahlungen der baden-württembergischen Kommunen liegt der Landesregierung nicht vor, da eine Pflicht zur Vorlage oder Genehmigung durch die Rechtsaufsichtsbehörde im Zusammenhang mit Geldanlagen nicht besteht.

Kurzfristig stichprobenartig durchgeführte Abfragen haben ergeben, dass im letzten Jahr vereinzelt Städte und Landkreise Strafzinsen in einer Größenordnung von einigen Hundert Euro bis zu mehreren Tausend Euro pro Jahr zahlen mussten. Selbst liquiditätsstarke Kommunen konnten bisher Strafzinszahlungen durch entsprechende Anlagestrategien jedoch weitgehend vermeiden. – Ausnahmen bestätigen diese Regel.

Ihre zweite Frage beantworte ich im Weiteren: Allgemein gilt, dass Geldanlagegeschäfte in die eigene Zuständigkeit der kommunalen Selbstverwaltung fallen. Geldanlagen unterliegen der Selbstverwaltung und damit auch der Selbstverantwortung der Kommunen. Angesichts der besonderen Verantwortung der Kommunen für die von ihnen verwalteten Steuergelder gilt für die Kommunen der Grundsatz „Sicherheit vor Ertrag“.

Nach § 91 Absatz 2 Satz 2 der Gemeindeordnung ist bei Geldanlagen auf eine ausreichende Sicherheit zu achten. Sie sollen dabei einen angemessenen Ertrag bringen. Allein ein niedriges allgemeines Zinsniveau darf nicht dazu führen, dass das Kriterium Sicherheit aufgeweicht wird. Auch die derzeitige Niedrigzinsphase rechtfertigt kein Abweichen von dem Grundsatz „Sicherheit vor Ertrag“.

Um es klar zu sagen: Auch in der derzeitigen Niedrigzinsphase kommt eine Ausnahme vom Grundsatz „Sicherheit vor Ertrag“ keinesfalls in Betracht. Das ist meine ganz klare Auffassung.

Die Kommunen haben verschiedene Maßnahmen entwickelt, mit denen sie auf die Erhebung sogenannter Verwarentgelte für größere Geldanlagen oder Guthabenbestände reagieren.

Durch die Einrichtung von sogenannten Cash Pools werden die Gelder einzelner Ämter gebündelt, sodass sich die Schwankungen gegenseitig ausgleichen. Im Rahmen solcher verwaltungsinternen Lösungen kommen auch Geldanlagen zwischen Gemeinden und ihren Eigenbetrieben, Eigen- und Beteiligungsgesellschaften sowie Geldanlagen innerhalb kommunaler Zusammenschlüsse vor.

Größere Guthabenbestände werden auf mehrere Kreditinstitute verteilt, damit die Freibeträge nicht überschritten werden. Die Entscheidung, ob bzw. welche Maßnahmen ergriffen werden, ist von der Kommune im Rahmen ihrer kommunalen Selbstverwaltung eigenverantwortlich zu treffen.

**Präsidentin Muhterem Aras:** Vielen Dank. – Herr Abg. Dr. Schweickert hat eine Zusatzfrage.

**Abg. Dr. Erik Schweickert** FDP/DVP: Herr Minister, vielen Dank für den Hinweis. Ich bin mir sicher, die Kommunen werden nicht in Risikogeschäfte gehen. Aber die Frage ist ja: Wie geht man damit um? Man könnte jetzt Gebühren senken, man könnte vielleicht aber auch in die kommunale Infrastruktur investieren. Nur: Dann – da sind Sie ja der richtige Ansprechpartner – kommen wir in Probleme mit dem neuen kommunalen Haushaltsrecht. Denn wenn sie investieren oder Investitionen vorziehen, dann müssen sie diese abschreiben. Selbst wenn eine Kommune viel Geld hat, muss sie das dann ja im Ergebnishaushalt ausgleichen.

Deswegen wäre schon meine Frage, ob sich die Landesregierung bei solchen Dingen überlegt, ob es da nicht Abweichungen im neuen kommunalen Haushaltsrecht, in der Doppik, geben sollte, um z. B. solche Investitionen vorzuziehen. Denn sonst laufen gut situierte Kommunen in das Problem hinein, dass sie den Ergebnishaushalt nicht mehr ausgleichen können. Das war die erste Frage.

Das Zweite ist: Wir freuen uns immer, wenn aus dem Haus von Frau Hoffmeister-Kraut oder aus Ihrem Haus, Herr Strobl, Förderzusagen kommen.

Das läuft ja so ab, dass eine Bank „umkippt“. Diese nimmt dann Verwahrgelder. Dann kann sie das bei anderen Banken ja nicht anlegen, denn dann sagen die: Ich substituiere doch nicht die andere Bank. Dann ziehen alle nach, und dann müssen sie entweder längerfristig anlegen, oder sie müssen eine Art Liquiditätsmanagement machen. Dann kommt eine Förderzusage – hoffentlich für jede Kommune – von vielleicht 500 000 € von Herrn Strobl oder aus dem Haus von Frau Hoffmeister-Kraut. Plötzlich ist man 500 000 € über der Liquiditätsschwelle und hat Probleme.

Das sind schon Dinge, die jetzt auf die Kommunen zukommen. Ich würde mir wünschen, Herr Strobl, dass Sie ein bisschen ausführen könnten, was denn die Landesregierung diesbezüglich für Möglichkeiten sieht. Denn man hat das neue kommunale Haushaltsrecht so gestrickt, dass man davon ausgegangen ist: Wenn Kommunen Geld haben, dann bekommen sie Zinsen, und dann können sie das Geld auch anlegen – und nicht umgekehrt. Jetzt haben sie Geld, und jetzt müssen sie noch Zinsen dafür bezahlen.

Im Moment rät jeder zu Bausparverträgen, aber ganz ehrlich: Wenn Kommunen Bausparverträge abschließen, dann weiß

(Dr. Erik Schweickert)

man, dass es irgendwo brennt. Dann wäre vielleicht auch von der Landesregierung ein Vorschlag gefordert, wie man im Bereich des neuen kommunalen Haushaltsrechts hier vielleicht Erleichterungen schafft.

**Minister für Inneres, Digitalisierung und Migration Thomas Strobl:** Auch das, Herr Abg. Professor Schweickert, beantworte ich Ihnen gern. Zunächst will ich einfach noch einmal den Hinweis auf die kommunale Selbstverwaltung geben, die wir auch in diesem Bereich natürlich wirklich achten wollen. Das ist die Entscheidungskompetenz der Kommunen, wie sie auch in einer solchen Frage mit ihrem Geld umgehen.

Eine zweite Bemerkung möchte ich machen. Wir sprechen gerade schon – verstehen Sie es bitte nicht falsch; deswegen dicke Anführungszeichen – über ein „Luxusproblem“. Grund dafür ist, dass die Kommunen im Augenblick wirklich sehr hohe Einnahmen haben. Wir freuen uns darüber, dass die Kommunen in Baden-Württemberg finanziell so gut dastehen – jedenfalls in ihrer ganz großen Breite –, wie sie im Augenblick dastehen. Diese hohe Liquidität, die in den Kommunen vorhanden ist, ist natürlich eine Ursache für dieses Problem, über das wir gerade sprechen.

Ein Zweites kommt hinzu – das haben Sie gerade auch ein bisschen angerissen –: Natürlich gibt es manchmal einen verzögerten Mittelabfluss auf der kommunalen Seite. Da kommt natürlich ein Stück weit auch die Förderpolitik des Landes ins Spiel. Das hängt mit der wirklich starken Auslastung innerhalb der Bauunternehmen zusammen, dass Mittel, die im Grunde genommen da sind, nicht abfließen können. Das heißt, das Geld ist auf der einen Seite verplant und auch final gebunden, aber es fließt einfach nicht ab, weil das Bauvorhaben aus unterschiedlichen Gründen nicht vorankommt.

Das ist ein Thema, das mich auch schon im Zusammenhang mit unserer Förderpolitik in Sachen Breitbandinfrastruktur stark beschäftigt. Ich habe auch versucht und versuche immer wieder, mit der Bauindustrie Lösungen zu erarbeiten. Da gibt es auch Entwicklungen in eine richtige Richtung. Aber so ganz komplett ist das staatlicherseits – das muss man einmal ganz offen sagen – schlichtweg nicht zu lösen, sodass wir diesen Liquiditätsstau auf der kommunalen Seite einfach haben. Solange die Wirtschaft so gut läuft, wie sie läuft – was wir natürlich positiv bewerten –, werden wir das nicht ganz beseitigen können. Das ist ein unerfreulicher Nebeneffekt einer höchst erfreulichen Entwicklung.

Die Strafzinsen sind auch nur eine Seite der Medaille. Die andere Seite der Medaille sind natürlich die niedrigen Zinsen für Kreditaufnahmen. Das hat dazu geführt, dass die Zinsausgaben der Kommunen in den letzten Jahren erheblich zurückgegangen sind und wir eine sehr deutliche Minderbelastung der kommunalen Seite durch Zinsausgaben haben. Insofern ist das eine Sache, die durchaus zwei Seiten hat. Da gleichen sich Dinge dann natürlich auch wieder aus.

Es gibt einzelne Kommunen, die inzwischen wirklich eine ordentliche Belastung durch sogenannte Strafzinszahlungen haben. Aber nach dem Überblick, den wir uns mit vernünftigem Verwaltungsaufwand und in der zur Verfügung stehenden Zeit verschaffen konnten, sind es nur einzelne Kommunen. Beispielsweise in meiner Heimatstadt Heilbronn oder in einer ganzen Reihe anderer Städte, wo wir das abfragen konnten,

kann die Problematik mit den geschilderten und Ihnen auch bekannten Möglichkeiten gelöst werden.

Es ist also jetzt nicht das Megaproblem, das 1 101 Kommunen in Baden-Württemberg täglich auf den Nägeln brennt. Wir leisten die Unterstützung, die wir leisten können. Aber vor dem Hintergrund der kommunalen Selbstverwaltung und der kommunalen Verantwortung für das kommunale Geld sind dem naturgemäß Grenzen gesetzt.

**Präsidentin Muhterem Aras:** Vielen Dank. – Ich sehe keine weiteren Zusatzfragen. Damit ist die Behandlung der Mündlichen Anfrage unter Ziffer 4 beendet.

Ich rufe die Mündliche Anfrage unter Ziffer 5 auf:

Mündliche Anfrage des Abg. Manuel Hagel CDU – Aktion „Topf Secret“

Bitte, Herr Abg. Hagel, Sie haben das Wort.

**Abg. Manuel Hagel CDU:** Ich frage die Landesregierung:

- a) Ist der Landesregierung die Aktion „Topf Secret“ von foodwatch und FragDenStaat bekannt, die mit einer Onlineplattform die Ergebnisse von Hygienekontrollen in Restaurants, Bäckereien und anderen Lebensmittelbetrieben öffentlich machen will?
- b) Welche Chancen und Risiken sieht die Landesregierung in Bezug auf diese Aktion mit Blick auf die Verbraucherinnen und Verbraucher sowie einzelne Betriebe?

**Präsidentin Muhterem Aras:** Vielen Dank. – Für die Landesregierung erteile ich das Wort Frau Staatssekretärin Gurr-Hirsch.

**Staatssekretärin Friedlinde Gurr-Hirsch:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kollegen und Kolleginnen! Im Namen der Landesregierung beantworte ich Ihre Fragen, Herr Abg. Hagel, wie folgt:

Zunächst zu der Frage, ob uns die Aktion „Topf Secret“ von foodwatch und FragDenStaat bekannt sei, die als Onlineplattform Ergebnisse von Hygienekontrollen in Restaurants, Bäckereien und anderen Lebensmittelbetrieben öffentlich machen will. Ich darf Ihnen sagen: Jawohl, die Aktion ist uns bekannt. Sie wurde ja pressewirksam am 14. Januar 2019 im Rahmen einer gemeinsamen Pressekonferenz von foodwatch und FragDenStaat – das sind zwei NGOs – ins Leben gerufen. Das Ziel dieser Plattform ist es, dass man öffentlich Druck machen möchte, um bundesweit ein Hygienebarometer zu installieren.

Zur zweiten Frage, welche Chancen und Risiken die Landesregierung in Bezug auf diese Aktion mit Blick auf die Verbraucher und Verbraucherinnen sowie für die einzelnen Betriebe sieht, möchte ich ausführen:

Die Chancen für den Verbraucher und die Verbraucherin bestehen darin, dass sie die Möglichkeit haben, über dieses private Portal oder das NGO-Portal nach dem sogenannten VIG, dem Verbraucherinformationsgesetz, Fragen zu Lebensmittelbetrieben zu stellen. Sie können aber auch gegebenenfalls dort veröffentlichte Kontrollergebnisse zu Lebensmittelbetrieben

(Staatssekretärin Friedlinde Gurr-Hirsch)

recherchieren. Der Verbraucher kann dann also auf diese Plattform gehen.

Was hat er davon? Derjenige, der sich für die Kontrollergebnisse interessiert, erhält über dieses Portal Auskunft.

Wo sind die Schwierigkeiten? Am 14. Januar 2019 wurde es ins Leben gerufen, und wir haben inzwischen eine Flut von 2 500 Anfragen zu Betrieben in Baden-Württemberg, die bei unseren zuständigen Behörden in 35 Landkreisen eingegangen sind. Bundesweit sind 21 000 Anfragen eingegangen. Das ist der Stand jetzt im April 2019.

Diese Anfragen müssen kontinuierlich abgearbeitet werden; denn nach dem VIG besteht ja auch ein Anspruch des Verbrauchers, innerhalb einer bestimmten Zeit die gewünschten Informationen zu bekommen.

Ich möchte dazu auch Stellung nehmen; denn es ist natürlich klar, dass seitens der Lebensmittelwirtschaft das Ganze nicht nur positiv gesehen wird, dass man das dort sehr kritisch sieht. Dort wird eben vermutet, dass man jetzt durch die Hintertür einen weiteren Hygienepfänger schafft, der die vorgeschriebenen Veröffentlichungen nach dem Lebensmittel- und Futtermittelgesetzbuch – § 40 Absatz 1 a – bei Weitem übertrifft. Nach dem VIG wird dann mehr veröffentlicht als nach dem Lebensmittel- und Futtermittelgesetzbuch.

Wir verfolgen ja – das wissen Sie – seit fast drei Jahren gemeinsam die Strategie, den Verbraucher zu nachhaltigem Konsum aufzurufen und ihn zu bitten, sich regional zu orientieren. Das hat für den Verbraucher den Vorteil, die Wertschöpfungskette – vom Acker auf den Teller, vom Stall auf den Teller – transparent vor Augen zu haben.

Ich denke, dass das angesprochene Vorgehen ein Misstrauen sät, das die Lebensmittelwirtschaft – unsere Ernährungshandwerker – in keiner Weise verdient hat. Deswegen warne ich davor, hier Maß und Mitte zu überschreiten.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen, der CDU und der AfD sowie des Abg. Andreas Kenner SPD)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Es gibt eine Zusatzfrage, und zwar von Herrn Abg. Burger.

**Abg. Klaus Burger** CDU: Vielen Dank, dass ich eine Zusatzfrage stellen darf. – Frau Staatssekretärin, Sie haben ausgeführt, dass foodwatch und FragDenStaat auch Anfragen an den Staat, an die Landesregierung stellen, und beziffert, um wie viele Anfragen es sich handelt.

Können Sie noch einmal darauf eingehen, welchen Aufwand die Landesregierung damit hat, und sehen Sie nicht eine gewisse Diskrepanz darin, dass private Einrichtungen hier die Arbeitskraft des Staates missbrauchen, indem sie kostenneutral zuarbeiten lassen?

**Staatssekretärin Friedlinde Gurr-Hirsch:** Ich kann für diejenigen, die nicht so sehr mit dem Thema vertraut sind, die Arbeitsweise und das Vorgehen von FragDenStaat und foodwatch einmal kurz beschreiben.

Die Bürger haben die Möglichkeit, über eine konfigurierte Seite an die Behörden heranzutreten und Abfragen zu einem Lebensmittelbetrieb zu stellen – beispielsweise, welche Auffäl-

ligkeiten bei den beiden letzten Kontrollen, die stattgefunden haben, festgestellt wurden. Dann muss die zuständige Behörde diese Anfrage bearbeiten. Sie bearbeitet sie aber nur, wenn der Anfragende auch zuordenbar ist, wenn er seinen Namen angibt. Ansonsten wird die Anfrage nicht bearbeitet.

Dann muss auch geklärt werden, ob der Dritte, der Betroffene, der Lebensmittelunternehmer, mit der Art und Weise, wie man die Auskunft gibt, mit den Inhalten einverstanden ist.

Das alles kostet natürlich Zeit. Ich gehe jetzt Pi mal Daumen einmal davon aus, dass ein solcher Vorgang, wenn er so einfach abläuft, wie ich es gerade beschrieben habe, vielleicht einen Arbeitsaufwand von zwei Stunden verursacht. Wenn der Vorgang durch einen Angehörigen des gehobenen Dienstes bearbeitet wird – also Besoldungsgruppe A 11, A 12 –, dann werden es 60 € die Stunde sein, und vielleicht sind es dann 120, 150 € mindestens, die ein solcher Fall verursacht – bei 2 500 Fällen. Manche werden vielleicht auch ihren Namen nicht angeben. Dann fällt die Bearbeitung der Anfrage weg. Gehen wir einmal davon aus, dass das, was bis jetzt angefallen ist, um die 300 000 € ausmacht.

Man muss natürlich auch sehen: Die Zeit, die man für die Beantwortung der Fragen aufbringen muss, fehlt dann eben für die tägliche Arbeit, die von den Lebensmittelkontrolleuren vor Ort zu machen ist.

Aber ich muss sagen: Das ist Bürgerrecht. Es ist zwar jetzt, möchte ich sagen, von foodwatch als NGO instrumentalisiert worden, aber letztlich steht immer ein Name dahinter, ein Bürger, der eventuell, wenn das Ganze veröffentlicht wird, von dem Betroffenen, sprich dem Lebensmittelunternehmer, auch zivilrechtlich angegangen werden kann. Es passiert hier also nichts Unrechtes, aber diese Kampagne kann vielleicht dazu führen, dass andere wichtige Inhalte derzeit nicht so bearbeitet werden können, wie das wünschenswert wäre.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Klaus Burger CDU: Herzlichen Dank!)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Es gibt eine weitere Frage, und zwar von Herrn Abg. Dr. Schweickert. – Bitte, Herr Abg. Dr. Schweickert.

**Abg. Dr. Erik Schweickert** FDP/DVP: Frau Staatssekretärin, sehen Sie in diesem Portal eine Prangerwirkung?

**Staatssekretärin Friedlinde Gurr-Hirsch:** Dieses Portal gibt zwar eine ganze Menge Informationen, aber die wesentlichen und wichtigen Informationen erfolgen ja über das Lebensmittel- und Futtermittelgesetzbuch, weil es da um direkte Verstöße geht. Das ist dort geregelt. Die, denke ich, haben die Öffentlichkeit etwas anzugehen. Es gibt schon eine Schwelle, bis man über das Lebensmittel- und Futtermittelgesetzbuch nach außen geht.

Bei dem anderen kann es heißen, dass ein Lappen mal am falschen Platz gehangen hat oder sonst irgendetwas aufgefallen ist, was aber die Gesundheit nicht beeinträchtigt.

**Präsidentin Muhterem Aras:** Vielen Dank. – Ich sehe keine weiteren Zusatzfragen. Damit ist die Behandlung der Mündlichen Anfrage unter Ziffer 5 beendet. Danke schön.

Damit ist Tagesordnungspunkt 5 insgesamt erledigt.

(Präsidentin Muhterem Aras)

Ich rufe **Punkt 6** der Tagesordnung auf:

**Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Europa und Internationales**

– zu dem Entschließungsantrag der Fraktion GRÜNE und der Fraktion der CDU

– zu dem Entschließungsantrag der Fraktion der SPD

– zu dem Entschließungsantrag der Fraktion der FDP/DVP

**Weißbuch zur Zukunft Europas – Drucksachen 16/5609, 16/5628, 16/5629, 16/5743**

**Berichterstatteerin: Abg. Dorothea Wehinger**

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat für die Aussprache eine Redezeit von fünf Minuten je Fraktion festgelegt.

In der Aussprache erteile ich für die Fraktion GRÜNE das Wort Frau Abg. Bogner-Unden.

**Abg. Andrea Bogner-Unden** GRÜNE: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir brauchen Europa, wir wollen Europa, wir gestalten Europa. Wir lassen uns von diesem richtigen und wichtigen Weg auch von egozentrischen Nationalisten nicht abbringen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Oh-Rufe von der AfD)

Die chaotischen Szenarien um den Brexit zeigen uns die desaströse Wirkung von Nationalisten und Populisten, die nur sich selbst und ihr internes Machtgerangel im Auge haben. Die Verantwortung für ihr Land und für ihre Bevölkerung haben sie schon lange an der Garderobe abgegeben. Verantwortung über die eigenen Grenzen hinaus überfordert sie völlig. Verunsicherung, gesellschaftliche Spaltung und wirtschaftlicher Niedergang sind das Ergebnis.

(Abg. Anton Baron AfD: Grüner Politik!)

Für das Volk tun diese Populisten nichts.

Wir brauchen Europa für die Lösung der Klimafrage, für unsere Mobilität, für weitere weltweite Kommunikation, für unsere Wissenschaft und Bildung, für sozialen Ausgleich und Zusammenhalt und auch für den Kampf gegen Steuerhinterziehung, kriminelle Banden und Terrorismus.

(Beifall bei den Grünen)

Durch den Europäischen Binnenmarkt haben wir enorme wirtschaftliche Vorteile. Auch nach außen können wir uns zwischen den großen Wirtschaftsböcken USA und China behaupten.

Wir wollen Europa; denn Europa bietet uns seit 70 Jahren Frieden, Freiheit, Sicherheit und Wohlstand. Mit unseren Nachbarn verbindet uns Freundschaft. Schon allein dafür lohnt sich die EU.

(Beifall bei den Grünen und der SPD sowie Abgeordneten der CDU)

Der europäische Zusammenhalt ist für uns alle von existenzieller Bedeutung. Deshalb gestalten wir Europa, und zwar auch hier in Baden-Württemberg. Auf der Grundlage des Weißbuchs der EU-Kommission hat unsere Landesregierung im letzten Jahr eine breite öffentliche Debatte über die Zukunft der Europäischen Union geführt. Es gab Veranstaltungen hier im Landtag. Die Meinung der Bürgerinnen und Bürger sowie von Experten zur Zukunft Europas wurden in einem Dialogprozess gebündelt. Das Ergebnis, das Europaleitbild der Landesregierung, kann sich sehen lassen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Die heute vorliegende Beschlussempfehlung des Europaausschusses benennt zu Recht die Bedeutung des angestoßenen Diskussionsprozesses. Mit einer klaren Positionierung zur Zukunft Europas hat Baden-Württemberg damit eine Vorreiterrolle in und für Europa eingenommen. Darauf können wir stolz sein, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Die Beschlussempfehlung macht auch deutlich: Die EU ist längst mehr als eine bloße Wirtschaftsgemeinschaft. Sie ist eine Wertegemeinschaft. Sie steht für eine Gesellschaftsordnung, die der Achtung der Menschenwürde, der Wahrung der Menschenrechte, Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit verpflichtet ist. Alle europäischen Mitgliedsstaaten müssen wir zur Einhaltung dieser Werte unmissverständlich aufordern und diese auch gegenüber autokratischen Herrschaftsformen verteidigen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

In den Bereichen Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik brauchen wir ein Mehr an Europa und, wo dies nicht möglich ist, ein Europa der zwei Geschwindigkeiten. Das Gleiche gilt für die Migrationspolitik, die Frage der sozialen Gerechtigkeit sowie die Klima- und Energiepolitik.

Eine starke EU muss Handlungsfähigkeit, Rechtsstaatlichkeit und demokratische Rückbindung zugleich sicherstellen. Eine entscheidende Rolle kommt hierbei dem Europäischen Parlament zu. Es trägt zur demokratischen Legitimation der EU bei.

Für den Erfolg des europäischen Projekts ist aber auch entscheidend, dass Europa für die Menschen vor Ort konkret erlebbar wird und sie den Mehrwert von Europa erfahren. In zahlreichen Städte-, Gemeinde- und Kreispartnerschaften begegnen sich Bürgerinnen und Bürger ganz direkt. Das gilt ebenso für Schulen, Vereine, Verwaltungen und andere Einrichtungen. Viele unserer Hochschulen, Forschungs- und Kultureinrichtungen arbeiten intensiv mit Partnern in ganz Europa zusammen. Diese Begegnungen für alle Bevölkerungsgruppen gilt es auszubauen und zu fördern. Denn das führt zu gelebter Integration, stärkt das wechselseitige Vertrauen und die Solidarität und entwickelt so Begeisterung für Europa.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Der EU wird damit Geist und Leben eingehaucht. Wir setzen uns ein für ein Mehr an Europa, für ein Europa, das sich von unten entwickelt, und für ein subsidiäres und transparentes

(Andrea Bogner-Unden)

Europa. Ein solches Europa brauchen wir, wollen wir, gestalten wir und werden wir fördern.

Danke schön.

(Beifall bei den Grünen und der CDU sowie Abgeordneten der SPD)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Für die CDU-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Abg. Kößler.

**Abg. Joachim Kößler** CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren! Ich könnte mich jetzt gerade Frau Kollegin Bogner-Unden anschließen: Wir brauchen Europa, wir wollen Europa, und wir werden Europa stärken und erhalten.

(Zuruf des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE)

Das muss unser Ziel sein.

(Beifall bei der CDU und den Grünen sowie Abgeordneten der SPD)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich kurz ein paar Sätze zum Brexit sagen. Der britische Historiker Ian Kershaw hat Folgendes gesagt:

*Der Brexit war der größte Akt nationaler Selbstbeschädigung in der Nachkriegsgeschichte.*

Das ist treffend. So hat noch niemand seit der Nachkriegszeit seine Nation beschädigt.

Dieser Brexit hat aber auch zu einem Erweckungserlebnis geführt. Das zeigt sich an den Zahlen. 62 % der Europäer stehen zur Europäischen Union. In Deutschland sind es sogar 82 %. Das heißt: Die Menschen haben gespürt, dass Europa in Gefahr ist, und es ist ihnen klar geworden, dass wir Europa als Wertegemeinschaft, als Friedensunion und als Wohlstandsunion brauchen.

In der „Wirtschaftswoche“ war kürzlich von einer „heilsamen Fahnenflucht“ die Rede, soll heißen: Das Chaos, das in Großbritannien stattfindet, hat die Europäer zusammengeschweißt. Diese neue Zusammenarbeit müssen wir nutzen. Aus diesem Grund war es gut, dass Juncker vor zwei Jahren das Weißbuch präsentiert hat. Seitdem diskutieren wir über die Zukunft der Union. Wir wollen deutlich machen, dass die Union eine gute Zukunft hat, dass sie einen Mehrwert für die Menschen schafft und weiterhin eine Friedensunion ist und bleibt. Es war der richtige Zeitpunkt, um die Diskussion zu beginnen. Wir haben in Baden-Württemberg, hier im Landtag, heftig über dieses Leitbild diskutiert und haben in einem breiten Diskussionsprozess durch die Landesregierung auch ein Leitbild für Baden-Württemberg in Gang gesetzt.

Es ist wichtig, dass wir Europa im globalen Zusammenhang in den Mittelpunkt unserer Überlegungen stellen. Wir brauchen dringend eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik. Dazu wird in Deutschland natürlich einiges geändert werden müssen. Ich sage nur: Die Parlamentsarmee wird sich auf Dauer so nicht in den Gesamtkontext Europa eingliedern können. Dort müssen wir einiges ändern, sonst machen die Franzosen und die anderen in Europa dabei nicht mit.

Wir brauchen für Europa ein gewaltiges Stück Subsidiarität. Wir müssen dem Bürger deutlich machen, dass die Probleme dort, wo sie entstehen, behandelt und gelöst werden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU, der Grünen und der AfD – Abg. Anton Baron AfD: Sehr gut! Das ist schon mal eine gute Erkenntnis!)

Wir wollen, dass die Kommunen und die ganzen Gliederungen unseres Staatsaufbaus richtig in diesen Prozess eingegliedert werden. Wir wollen deutlich machen – und zwar mehr als bisher –, dass die Menschen in Europa der wichtigste Punkt sind und sie einen Mehrwert von der europäischen Politik haben.

Ich fasse zusammen: Europa ist eine Friedensunion und ein Friedensprojekt. Europa ist ein Freiheits- und ein Wohlstandsprojekt. Der Binnenmarkt schafft Wohlstand für uns alle. Die Reisefreiheit, die wir in Europa haben, wollen wir nicht missen. Sie muss verteidigt werden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der Grünen – Vereinzelt Beifall bei der SPD)

Wir haben in Europa eine stabile Währung.

(Abg. Anton Baron AfD: Stabil? Oje, oje!)

Das ist ein Aspekt der zwei Geschwindigkeiten, die Frau Bogner-Unden bereits ansprach: Wir brauchen teilweise zwei Geschwindigkeiten auf dem Weg des gemeinsamen Europas, und wir sehen an der Währungsunion, dass es gut funktioniert.

Man muss im Hinblick auf Europa auch klarstellen: Wir zahlen nicht nur an Europa, sondern wir bekommen auch viel zurück. Für Baden-Württemberg sind es insgesamt 5 Milliarden €, die wir in der vergangenen und der laufenden Förderperiode zurückbekommen bzw. bekommen haben.

Es ist wichtig, dass die Menschen draußen spüren: Europa ist nicht nur ein bürokratisches Moloch,

(Abg. Anton Baron AfD: Doch, da ist schon was dran!)

sondern Europa tut vieles für uns.

Zum Schluss rate ich uns insgesamt zu Geduld – dahin gehend, dass wir Geduld mit Großbritannien haben. Jede Lösung, die jetzt noch zustande kommt, ist besser als ein ungeordneter Brexit.

(Abg. Klaus Dürr AfD: Ganz neue Töne!)

Ich rufe auch zur Geduld mit Osteuropa auf. Wir dürfen den Ländern nicht einfach unsere Erkenntnis aus der Geschichte aufbürden. Sie haben eine andere Geschichte, und das müssen wir respektieren. Der ehemalige Außenminister Joschka Fischer

(Zuruf: Guter Mann!)

hat sinngemäß Folgendes gesagt: Wir müssen auch bei Orban Geduld walten lassen. Das mag vielleicht manchem schwerfallen, aber wir müssen bei den Ländern in Osteuropa Geduld walten lassen, damit sie den richtigen Weg finden, und wir müssen sie weiterhin unterstützen.

(Abg. Beate Böhlen GRÜNE: Jawohl!)

(Joachim Kößler)

Auf diesem Weg müssen wir weitergehen. Wir müssen die Menschen vom Mehrwert Europas überzeugen, dann hat Europa eine gute Zukunft.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Für die AfD spricht Herr Abg. Dr. Grimmer.

**Abg. Dr. Bernd Grimmer** AfD: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Das zur Beratung stehende Thema heißt Weißbuchprozess und nicht „Emotionaler Enthusiasmus“. Deswegen werde ich ein bisschen etwas anderes sagen müssen als meine Vorredner.

(Beifall bei der AfD)

Welche EU wollen wir? Wie soll die europäische Zusammenarbeit in der Zukunft aussehen? Das sind die Fragen, die durch den Weißbuchprozess hätten geklärt werden sollen. Gestellt oder gar beantwortet wurden diese nicht. Der aufgeblasene Weißbuchprozess hat zu absolut nichts Neuem geführt. Die Bürger sollen noch mehr den Weisungen einer pervertierten Technokratie unterliegen, die noch machtvoller werden soll. Der Schutz, den der Staat seinen Bürgern eigentlich geben müsste, soll noch mehr abgebaut werden. Die Plünderung der Bürger auf dem Altar der EU soll weitergehen. Eine erste EU-Steuer erscheint bereits am Horizont.

Die real existierende EU in ihrer fundamentalen Fehlentwicklung wurde zu einem Instrument der Unterdrückung und „Entreichung“ der Menschen – um es einmal freundlich auszudrücken. Das rückwirkende Fahrverbot für Dieselaautos ohne Bestandsschutz ist eine Enteignung, eine Verletzung der Eigentumsrechte der Menschen. Der geplante Zugriff auf die deutsche Einlagensicherung der Sparkassen, der Volks- und der Privatbanken wird zur weiteren Enteignung der deutschen Sparer beitragen.

(Beifall bei der AfD)

Der Null- und Negativzins der EZB zum Erhalt einer gescheiterten Währung ist bereits eine Enteignung der Sparer wie der Alterssicherung und führt zugleich zur Explosion der Mieten und der Immobilienpreise, sodass inzwischen in den Ballungsräumen oft unzumutbare Wohnverhältnisse bestehen, insbesondere für Familien mit Kindern.

Uploadfilter sind ein Zensurmechanismus, der die freie Meinungsäußerung massiv einschränkt. Die Externalisierung von richterlicher Gewalt auf Privatunternehmen wie Facebook führt zur Unterdrückung der freien Meinungsäußerung.

(Beifall bei der AfD)

Das Monster DS-GVO will ich nur am Rande erwähnen. Es gäbe weitere Beispiele.

Die EU hebt die Rechte der Bürger immer mehr aus, je mehr Macht sie hat. Das ist die Realität.

Was, meine Damen und Herren, wollen Sie heute eigentlich beschließen? Der Weißbuchprozess will die EU-Sozialversicherung. Übersetzt heißt das: Die Deutschen – ich nenne

Deutschland als größte Volkswirtschaft hier stellvertretend für alle Geberländer – sollen Hartz IV, Arbeitslosen- und Gesundheitsversicherung für alle bezahlen.

Der Weißbuchprozess will die permanente Eurorettung um jeden Preis. Übersetzt bedeutet dies: Die Deutschen kommen für die Staats- und Haushaltsdefizite aller auf.

Der Weißbuchprozess will noch mehr Freihandelsabkommen nach dem Muster von TTIP und CETA und damit einen noch besseren Zugriff der Konzerne auf die Menschen. Das heißt u. a. auch, die Privatisierung öffentlicher Netze wird vorangetrieben. Einen wirksamen Rechtsschutz für die einfachen Bürger wird es immer weniger geben.

Ein Zitat:

*Die EU muss in der Lage sein, umfassende Übereinkommen zur Bewältigung einer ganzen Reihe globaler Fragen nicht nur auszuhandeln, sondern auch ihre Ratifizierung und Umsetzung sicherzustellen.*

Dieser Satz stammt aus dem Reflexionspapier „Die Globalisierung meistern“. Er kristallisiert den Machtanspruch einer Technokratie auf Unterwerfung. Die Erleuchteten in Brüssel entscheiden, und diese Entscheidungen müssen von uns, von allen anderen ratifiziert und umgesetzt werden, sonst kommt der große Knüppel.

Wir, die AfD, wollen ein Europa der Heimatländer, die frei und ohne Brüsseler Technokratie dort kooperieren, wo es sinnvoll ist.

(Beifall bei der AfD)

Das war das Erfolgsrezept Europas. Das ist das Rezept, dem wir folgen müssen. Wir müssen die EU wieder vom Kopf auf die Füße stellen, soweit dies möglich ist.

Wir wollen ein Europa, in dem jedes Land die Chance hat, sich seinen Wohlstand zu erarbeiten, und das nicht durch Umverteilung auf Kosten der Nachbarn.

(Beifall bei der AfD)

Für demokratische, auch direktdemokratische Entscheidungen brauchen wir mündige Bürger. Wir brauchen lokale, regionale, nationale Strukturen, die die globalen Akteure eng an das Wollen der Bürger binden – überschaubar, gebunden und getragen von der gemeinsamen Kultur und Sprache.

Der Weißbuchprozess hätte eine Chance für einen neuen Konsens in der EU- und Europapolitik sein können, eine Chance für ein echtes Ringen um den besten Weg in die Zukunft. Diese Chance wurde vertan.

(Beifall bei der AfD)

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Für die SPD-Fraktion darf ich Herrn Abg. Fink ans Redepult bitten. Er hält heute seine erste Rede hier im Haus.

(Beifall bei allen Fraktionen)

**Abg. Nicolas Fink** SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin, wertere Kolleginnen und Kollegen! Dass ich meine erste Rede im Landtag zu einem europapolitischen Thema halten darf, freut

(Nicolas Fink)

mich ausdrücklich. Der Grund ist ganz einfach: Europa bedeutet alles. Die Europäische Union steht für Frieden, Freiheit, Wohlstand, Stabilität und Sicherheit. Dafür müssen wir uns jeden Tag einsetzen, damit wir ein starkes und einheitliches Europa behalten können.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der Grünen, der CDU und der FDP/DVP)

An die AfD-Fraktion gerichtet – hören Sie ruhig zu, Sie können auch von einem Landtagsneuling noch etwas lernen –:

(Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

Wenn Sie mit Ihren Anträgen zurückwollen zu einem nationalen Europa, dann werden Sie mir nicht glauben, wenn ich Ihnen sage, dass Sie sich nicht nur bei diesem Thema, aber insbesondere bei diesem Thema auf dem Holzweg befinden.

(Zuruf der Abg. Carola Wolle AfD)

Aber vielleicht werfen Sie einmal einen Blick in Artikel 23 unseres Grundgesetzes.

(Zuruf von der SPD: Jetzt kommt es!)

Da steht:

*Zur Verwirklichung eines vereinten Europas wirkt die Bundesrepublik Deutschland bei der Entwicklung der Europäischen Union mit, ...*

(Abg. Daniel Rottmann AfD: Aber keine EU! – Abg. Bernd Gögel AfD: Aber nicht einer EU!)

– Ich übersetze Ihnen bei Gelegenheit sehr, sehr gern, was Union bedeutet.

(Beifall bei der SPD – Abg. Bernd Gögel AfD: Zählen Sie mal die Länder auf, die in Europa nicht zu der EU gehören!)

Ich sage Ihnen auch in aller Deutlichkeit: Mit Ihrem Geschrei, mit Ihren Anträgen und Ihrem Streben nach Nationalismus widersprechen Sie unserer Verfassung, und Sie handeln höchst verantwortungslos – wieder einmal.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der Grünen und der CDU)

In aller Gelassenheit sage ich Ihnen ebenso: Das Weißbuch Europa ist sicherlich kein Patentrezept, und es ist auch nicht der Weisheit letzter Schluss.

(Beifall des Abg. Daniel Rottmann AfD)

Aber es hat uns wichtige Ansatzpunkte geliefert, um Europa noch stärker und noch besser zu machen, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Ich sage Ihnen auch: Viel wichtiger als ein Weißbuch ist der Dialog mit den Menschen, die Europa auch in Zukunft gestalten wollen und gestalten sollen. Es ist der Dialog mit den jungen Menschen, mit Schülerinnen und Schülern.

Deshalb war ich sehr froh, dass ich beim Europäischen Jugendforum hier im Landtag dabei sein durfte. 150 Schülerin-

nen und Schüler haben beim Europäischen Jugendforum mit uns diskutiert, und sie haben drei klare Forderungen an Europa formuliert. Die erste Forderung an Europa war: Tut endlich etwas gegen die Lebensmittelverschwendung. Die zweite Forderung war: Kümmert euch darum, dass die Vermüllung der Weltmeere aufhört, indem z. B. Plastikverpackungen verboten werden. Und die dritte Forderung, die Forderung der jungen Menschen, der 150 Schülerinnen und Schüler, war ein europaweiter Mindestlohn, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Andrea Bogner-Uden GRÜNE)

Ich finde, auch in diesem Punkt sollten wir öfter auf die jungen Menschen hören.

(Zuruf des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

In aller Deutlichkeit gilt für uns ebenfalls, was die Vorredner, abgesehen von der AfD, angesprochen haben: Für uns ist die Europäische Union auch weit mehr als ein Wirtschaftsverbund und weit mehr als nur eine gemeinsame Währung. Sie ist eine Wertegemeinschaft, die für 450 Millionen Menschen Frieden schafft. Allein das ist aller Mühen und aller Anstrengungen auch in Zukunft wert.

Aber wir wissen auch: Das Friedensversprechen Europa reicht heute allein nicht mehr. Es reicht deshalb nicht mehr, weil die Menschen andere Sorgen haben. Es gehört zu unseren Hausaufgaben, dafür zu sorgen, dass der Alltag der Menschen besser wird. Natürlich kann ich eine alleinerziehende Mutter, deren gesamtes Einkommen für Miete und für Kitagebühren draufgeht, nicht von vornherein für das Friedensprojekt Europa begeistern. Deshalb brauchen wir ein soziales Europa, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD – Vereinzelt Beifall bei den Grünen)

Wir brauchen ein solidarisches Europa, das sozialen Zusammenhalt schafft und die Arbeitswelt gerecht gestaltet. Wir brauchen ein starkes Europa, das Globalisierung fair, menschlich und zukunftsgerichtet gestaltet. Und wir brauchen vor allem ein demokratisches Europa, das Frieden schafft, unseren Rechtsstaat sichert und bürgernah ist. Lassen Sie uns gemeinsam daran arbeiten in Europa, in Deutschland, aber auch hier in Baden-Württemberg.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der Grünen, der CDU und der FDP/DVP – Abg. Andreas Stoch SPD: Sehr gut!)

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Nun darf ich das Wort Herrn Abg. Karrais von der FDP/DVP-Fraktion geben.

**Abg. Daniel Karrais FDP/DVP:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben jetzt schon einige schöne Takte zu Europa gehört, denen ich mich in vielen Teilen auch anschließen kann.

(Abg. Daniel Rottmann AfD: Danke!)

(Daniel Karrais)

Aber eines ist mir wichtig zu sagen: Wir befinden uns in Europa gerade an einem Scheideweg. Da ist es wichtig, dass man mit dem Weißbuch Denkanstöße vorgelegt hat. Leider ist es dann dazu gekommen – auch und hauptsächlich wegen des Brexits, der gerade stattfindet; die Entscheidung ist ja schon vor einer Weile gefallen –, dass das aus dem Fokus geraten ist. Wir alle schauen gerade immer nur nach London, was dort passiert. Gefühl ändert sich die Lage dort stündlich. Das ist einfach ein großes Problem, und das behindert die Europäische Union. Es ist auch ein Riesenfrevel, der dort an der nachfolgenden Generation begangen wird, nicht nur in Großbritannien, sondern auch in der Europäischen Union, in dem Rest, der noch verbleibt.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der SPD)

Der Brexit ist hier ein mahnendes Beispiel. Goldman Sachs hat mal Zahlen erhoben und angeschaut, was das die Wirtschaft in Großbritannien eigentlich kostet – nur einmal allein genommen. Das sind ungefähr 700 Millionen € pro Woche, die beim Bruttoinlandsprodukt in Großbritannien verloren gehen.

Das heißt, es kann eigentlich für kein Land in der Europäischen Union eine wirklich sinnvolle Option sein, aus der Europäischen Union auszusteigen – nicht nur wegen der wirtschaftlichen Nachteile, sondern auch, weil eine Wertegemeinschaft verlassen wird, die für Frieden und Wohlstand steht, die für Einigung steht und die solche Katastrophen wie im letzten Jahrhundert verhindern kann.

(Beifall bei der FDP/DVP sowie Abgeordneten der Grünen, der CDU und der SPD)

Wir brauchen aber in der Europäischen Union auch eine Rückbesinnung und eine Neubesinnung auf die Schwerpunkte, die wir setzen wollen; denn wir brauchen mehr Europa; wir brauchen aber auch weniger Europa.

Mehr Europa brauchen wir da, wo wir die globalen Fragen angehen, wo wir die wichtigen Fragen angehen, die wir nur gemeinsam mit der Masse der Europäerinnen und Europäer angehen und lösen können, wie z. B. die Klimapolitik, bei der es viel besser ist, sich europäische Lösungen auszudenken, statt nationale oder sogar regionale Alleingänge zu begehen; denn die sind am Schluss nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Wirklich etwas am Weltklima bewirken können wir nur auf europäischer Ebene.

Darum ist es extrem wichtig, dass wir uns dort darum kümmern – und nicht nur dabei, sondern auch in der Außen- und Sicherheitspolitik sowie in der Handelspolitik. Das sind die zentralen Fragen, die wir angehen müssen.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Dr. Erik Schweikert FDP/DVP: Sehr richtig!)

Da muss man auch mal wieder das Schlagwort des Subsidiaritätsprinzips in den Mittelpunkt stellen und sich darauf zurückbesinnen. Denn was heißt das? Jede Ebene macht das, was sie am besten entscheiden kann und wo sie am meisten bewirken kann.

Ich bin dankbar, dass der Kollege Fink von der SPD auch den europäischen Mindestlohn bzw. einen verpflichtenden Mindestlohn für die Mitgliedsstaaten angesprochen hat.

(Abg. Nicolas Fink SPD: Bis jetzt war es so gut!)

Denn das, was die SPD da vorschlägt, ist definitiv kein Beitrag zu einer sinnvollen EU. Am besten entscheiden hier nämlich die Nationalstaaten, ob sie das wollen oder ob sie das nicht wollen.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Es kann nicht sein, dass die Europäische Union hier in die Angelegenheiten der Mitgliedsstaaten hineinregiert; denn das ist nichts, was auf europäischer Ebene gelöst werden muss.

(Beifall bei der FDP/DVP – Zurufe von der AfD – Abg. Peter Hofelich SPD: Wenn der Wirtschaftsraum europäisch ist, ist auch der Arbeitsmarkt europäisch!)

Dann komme ich noch einmal auf die AfD zurück; denn auch gestern ist mir etwas aufgefallen, was mich wirklich gestört hat. Da hat nämlich der Fraktionsvorsitzende Gögel – im Zusammenhang mit Ihrer Deindustrialisierungsdebatte, wie Sie es genannt haben – angemerkt, dass man über einen „Dexit“ nachdenkt.

Beim letzten Mal hat der Kollege Grimmer angekündigt, man wolle die EU auflösen. Das habe ich kritisiert und bemängelt und Sie dafür angegriffen. Sie haben dann geblökt wie die Schafe.

(Abg. Martin Rivoir SPD: Hammel!)

Letztendlich bestätigt sich aber das, was ich damals auch schon gesagt habe: Sie arbeiten nicht ernsthaft daran,

(Abg. Anton Baron AfD: Sie haben das Zitat nicht zu Ende gebracht!)

die EU zu reformieren, sondern Sie wollen die EU auflösen oder aus der EU austreten.

Wenn jemand mit so einem Credo in die Europawahl einsteigt, dann kann ich ihm nicht abkaufen, dass er ernsthaft an einer Reform der Europäischen Union interessiert ist. So jemand hat in Wirklichkeit schon aufgegeben.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Nicolas Fink SPD – Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

Damit bin ich dann auch bei der CDU. Da sehen wir: Der französische Staatspräsident hat hier Vorschläge gemacht. Was macht die Bundeskanzlerin, die in der Europäischen Union Gewicht hat, die Ansehen hat? Sie schickt die Bundesvorsitzende der CDU vor, die kein Mandat in irgendeinem Parlament hat. Die soll dann eine Antwort schreiben – das hat sie auch gemacht – an den französischen Staatspräsidenten. Das ist nicht der Weg, wie wir die Europäische Union reformieren können. Da hätte ich mir von Ihrer Seite, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU, mehr Einsatz gewünscht.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der SPD)

(Daniel Karrais)

Meine Damen und Herren, ich komme zum Schluss. Wir brauchen mehr Europa und nicht weniger. Das Fazit ist: Weil wir Europa brauchen, wollen und müssen wir es verändern, denn sonst wird es schwierig werden. Darum hoffe ich auf eine sinnvolle Entscheidung der Wählerschaft bei der Europawahl und bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der SPD  
– Abg. Dr. Erik Schweickert FDP/DVP: Sehr gut! –  
Zuruf des Abg. Joachim Kößler CDU)

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Nun darf ich Herrn Minister Wolf ans Redepult bitten. – Wir haben zwar Abgeordnete oder Minister, die einen Tiernamen tragen, aber wir vergleichen natürlich nie Abgeordnete mit Tieren.

(Abg. Anton Baron AfD: So ist es! – Zuruf des Abg.  
Daniel Karrais FDP/DVP)

Herr Minister Wolf, Sie haben das Wort.

**Minister der Justiz und für Europa Guido Wolf:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, herzlichen und aufrichtigen Dank für diese klarstellende Bemerkung.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Inzwischen ist es ja schon zu einem Ritual geworden: Egal, unter welcher Überschrift wir hier über Europa diskutieren: Es kommt zu einem grundsätzlichen Schlagabtausch über die unterschiedlichen Positionen. Dies ist im Grundsatz nichts Schlechtes für einen parlamentarischen Austausch und Dialog, aber es bringt natürlich, Kollege Grimmer, auch jeweils – gegebenenfalls in enthusiastischer Weise – zum Ausdruck, wie man zu Europa steht. So, wie Sie die Kolleginnen und Kollegen anderer Fraktionen bezichtigt haben, hier einseitig enthusiastisch für Europa geredet zu haben, haben Sie das Recht für sich in Anspruch genommen, enthusiastisch gegen Europa zu reden. Das steht Ihnen zu; ich bin froh, dass man überhaupt enthusiastisch über Europa in diesem Haus diskutiert.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen, der CDU, der SPD und der FDP/DVP – Abg. Anton Baron AfD:  
Gegen die EU!)

Ich finde, wir sollten auch immer wieder die positiven Entwicklungen beim Namen nennen. Häufig verwenden wir etwas zu viel Zeit darauf, über vermeintlich schlechte Entwicklungen zu diskutieren. Es gibt kritikfähige Punkte in Europa,

(Abg. Anton Baron AfD: Mindestlohn!)

die ich selbst immer wieder von diesem Platz aus anspreche. Aber ich bin in diesen Tagen in Sachen Europa viel im Land unterwegs und kann Ihnen versichern: Es ist erkennbar, dass die Menschen, vor allem auch angesichts der Entwicklung in Großbritannien, ein neues Verständnis für die Notwendigkeit der Europäischen Union entwickeln.

(Abg. Joachim Kößler CDU: Richtig!)

Das ist auch gut so, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen, der CDU und der FDP/DVP – Abg. Joachim Kößler CDU: Ja!)

Vor wenigen Tagen fand der deutschlandweite EU-Projekttag an Schulen bei uns im Land statt. Ich habe, wie viele von Ihnen in gleicher Weise, die Gelegenheit genutzt, um mit Schülerinnen und Schülern über Europa ins Gespräch zu kommen. Dabei merkt man sehr schnell: Für die junge Generation hat Europas Zukunft längst begonnen. Für junge Europäerinnen und Europäer bedeutet Europa vor allem, grenzenlos zu reisen, zu lernen, zu studieren, wo man will, und später Jobchancen europaweit zu nutzen. Europa ist für diese jungen Menschen Alltag. Unsere Aufgabe ist es, diesen jungen Menschen, für die Europa Alltag ist, Europa näherzubringen und zu erklären, dass dieses Europa kein Selbstläufer ist, sondern dass man immer wieder von Neuem für dieses Europa kämpfen muss, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen, der CDU und der SPD sowie Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Joachim Kößler CDU: Richtig!)

Diese jungen Menschen haben recht; denn viele Zukunftsthemen sind nur europäisch zu lösen: Digitalisierung und künstliche Intelligenz, Klimawandel und Eindämmung der Erderwärmung, Sicherheit nach innen und außen. Die Liste ließe sich noch weiter fortsetzen.

Diese Liste passt auch zur Schwerpunktbildung, die wir beim Europaleitbild der Landesregierung erlebt haben. Ich will gern einräumen: Dieser Leitbildprozess war, wenn Sie so wollen, der baden-württembergische Weißbuchprozess. Ich will gar nicht verhehlen, dass auch mir manches bislang im Weißbuchprozess noch zu kurz gekommen ist oder nicht ausführlich diskutiert wurde und dass ich noch nicht den abschließenden Eindruck gewinnen konnte, dass am Ende des Weißbuchprozesses tatsächlich konkrete Reformvorschläge für Europa stehen. Aber dieser Weißbuchprozess ist auch noch nicht beendet.

(Abg. Dr. Bernd Grimmer AfD unterhält sich mit  
Abg. Dr. Wolfgang Gedeon [fraktionslos])

– Kollege Dr. Grimmer, solange Sie sich mit dem fraktionslosen Kollegen Dr. Gedeon unterhalten, wird es Ihnen nicht möglich sein, dem Versuch, Antworten auch auf Ihre Fragen zu geben, zu folgen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und des Abg. Daniel Karrais FDP/DVP)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, deswegen haben wir den baden-württembergischen Weg, diesen Weißbuchprozess auf unsere Art zu bestreiten, durch den Leitbildprozess aufs Gleis gesetzt. Damit haben wir Europa nicht verändert. Aber wir haben nochmals deutlich gemacht, wo wir stehen, welches europapolitische Bewusstsein uns Baden-Württembergern im Herzen Europas wichtig ist.

Wir sollten dabei nicht die Kritik fürchten, sondern die Teilnahmslosigkeit. Europas Zukunft braucht lebhaft Debatten. Wir alle sollten uns an ihnen beteiligen, mit der Bereitschaft, auch in die Tiefe zu gehen und das Ganze mit Leidenschaft zu tun.

Anstatt Europa gemeinsam voranzubringen, haben Sie, Kollege Dr. Grimmer, wenn ich Sie richtig verstanden habe, schon

(Minister Guido Wolf)

sehr stark auch über einen Rückbau Europas diskutiert und debattiert. Mir fällt auf, dass Sie in Ihrer Fraktion Wert auf eine vermeintlich filigrane Unterscheidung zwischen Europa einerseits und Europäischer Union andererseits legen

(Abg. Bernd Gögel AfD: Das ist ganz entscheidend!  
– Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

und dass Sie gleichzeitig eine Fülle aus meiner Sicht destruktiver Kritikpunkte ins Feld führen, ich aber bei Ihnen überhaupt nicht erkennen kann, wo Sie diesem Europa und dieser Europäischen Union irgendetwas Positives abgewinnen wollen.

(Abg. Klaus Dürr AfD: Doch, doch!)

Das trägt eine gewisse Scheinheiligkeit auf der Stirn.

(Abg. Andreas Stoch SPD: So schaut es aus!)

Wer so argumentiert, der hat nur ein Ziel: dieses Europa abzuschaffen. Und das wollen wir nicht, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den Grünen, der CDU, der SPD und der FDP/DVP)

Ich will auch ganz offen sagen, dass mich bei der Diskussion um den Brexit – da unterscheide ich mich vielleicht sogar ein bisschen von meinem Fraktionskollegen Kößler; es tut mir leid –

(Abg. Andreas Stoch SPD: Das nennen wir Demokratie!)

auch zunehmend stresst, in welcher Form die Briten diesen Diskussionsprozess führen.

Ich muss ehrlich sagen: Ich bin auch dafür, dass man alles auslotet, um zu einem geordneten Austritt aus der Europäischen Union zu kommen, nachdem die Briten sich hierzu entschlossen haben. Der Blick auf das Brexit-Chaos hat uns lange auch dazu gedient, den Menschen vor Augen zu führen, dass wir so etwas nicht wollen. Wenn das aber so weitergeht und wir jeden Tag aus Großbritannien neue Nachrichten dazu bekommen, was sie denn nun wollen – eine weitere Verlängerung, eine Korrektur da, eine Korrektur dort, vielleicht doch noch Teilnahme an den Wahlen zum Europäischen Parlament –, dann könnten die Menschen auch den Eindruck gewinnen: Dieses Europa ist eine lahme Ente, die nicht in der Lage ist, denen die konsequente Antwort zu geben, die partout mit Mehrheit aus dieser Europäischen Union aussteigen wollen. Wenn sie das wollen, dann sollen sie es tun – und jetzt und sofort, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der Grünen und der CDU – Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Insofern müssen wir die nächsten Tage abwarten. Ich wünsche mir hier aber etwas Konsequenz und eine klare Antwort.

Das Leitbild, das wir hier in Baden-Württemberg als einen Beitrag zur Zukunftsdebatte der Europäischen Union auf den Weg gebracht haben, findet jetzt natürlich auch im Weißbuchprozess seine Fortsetzung. Beim Sondergipfel am 9. Mai im

rumänischen Sibiu, wo eine weitere wichtige Wegmarke gesetzt werden soll, wollen die Staats- und Regierungschefs beraten, wie der Zukunftsprozess weitergehen soll. Es wäre gut, wenn dort ein konkreter Fahrplan beschlossen würde, ein Fahrplan, der Europa Orientierung gibt.

Orientierung geben muss zudem der anstehende nächste Mehrjährige Finanzrahmen. Hier brauchen wir dringend absehbar eine politische Einigung. Dies wäre ein Signal für die politische Handlungsfähigkeit der Europäischen Union in schwierigen Zeiten. Es würde zeigen, dass Politik auch in Zeiten des Brexits möglich ist und dass uns das britische Brexit-Chaos nicht lähmt.

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Herr Minister, lassen Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Dr. Fiechtner zu?

**Minister der Justiz und für Europa Guido Wolf:** Bitte schön, Herr Fiechtner.

(Oh-Rufe)

**Abg. Dr. Heinrich Fiechtner** (fraktionslos): Danke, Herr Minister. – Sie sprachen über die Zögerlichkeit beim Brexit und sagten, dass dieses Hin und Her, das wir im britischen Parlament erleben, letztlich auch zur Konsequenz haben müsste, dass man seitens der Europäischen Union sagt: „Jetzt geht doch endlich!“ – also konsequent zu sein.

Könnte es sein, dass die Zurückhaltung der Repräsentanten der Europäischen Union auch damit zusammenhängt, dass man sich bewusst wird, dass der Brexit durchaus ein Erfolgsmodell sein könnte? Immerhin hat Donald Trump dem Vereinigten Königreich eine privilegierte Partnerschaft angeboten.

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Wo ist sie denn?)

**Minister der Justiz und für Europa Guido Wolf:** Wer bis zur Stunde noch davon ausgeht – ich sage das auch angesichts der chaotischen Diskussionen in Großbritannien –, dass der Brexit zu einem Erfolgsmodell werden könnte, den versuche ich nicht von seinem Glauben abzubringen. Ich glaube, dass inzwischen selbst in Großbritannien viele erkannt haben, dass das, was sie mit Mehrheit beschlossen haben, ins Chaos führt, und dass es nicht wenige gibt, die von diesem Schritt auch gern wieder zurücktreten würden. Aber auch dafür – wir haben es an dieser Stelle mehrfach angesprochen – braucht dieses Volk Zeit. Das geht nicht von heute auf morgen. Da ist es auch notwendig, die Situation in Großbritannien wieder zu befrieden.

Ich komme noch einmal zurück auf den Mehrjährigen Finanzrahmen. Es muss alles geschehen, um eine Förderlücke zu vermeiden. Wir brauchen diesen Mehrjährigen Finanzrahmen absehbar, um den pünktlichen Start der Förderprogramme ab 1. Januar 2021 sicherstellen zu können. An der Schwerpunktsetzung beim Mehrjährigen Finanzrahmen wird sich entscheiden, ob Europa die großen Aufgaben der Zukunft anpackt.

Mangel an Ideen für die Europäische Union von morgen herrscht nicht. Eine Vielzahl von Zukunftsentwürfen und konkreten Einzelvorschlägen für die Weiterentwicklung Europas liegen auf dem Tisch. Mein Rat ist klar: Lasst uns realistisch sein, und lasst uns zuerst die Vorschläge angehen, die machbar und

(Minister Guido Wolf)

mehrheitsfähig sind. Ich denke an die großen Schnittmengen im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik. Hier wird kein Weg daran vorbeiführen, dass die EU-Staaten enger zusammenarbeiten und Planungsprozesse harmonisieren. Hier braucht es mehr Kohärenz und auch mehr gemeinsame Beschaffung. Das spart nicht nur Kosten; vielmehr würde mehr Einheitlichkeit auch die Ausbildung und die Bedienung erleichtern. Mehr Einheitlichkeit ist Voraussetzung für mehr echtes Miteinander.

Wir haben jüngst einerseits zur Fortschreibung des Elysée-Vertrags auf der Ebene des Bundestags und der Französischen Nationalversammlung den Aachener Vertrag auf den Weg gebracht und andererseits in gleicher Weise in Paris auf der Basis des Senats und des Bundesrats eine Weiterentwicklung des Elysée-Vertrags fortgeschrieben. Ich glaube, dieses deutsch-französische Modell, dieser deutsch-französische Motor kann nur dann laufen, wenn wir uns über die Grenzen Deutschlands und Frankreichs hinaus bewusst sind, dass Deutschland und Frankreich einst die Keimzelle dieser europäischen Bewegung gewesen sind und in der Zukunft auch wieder verstärkt werden müssen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, dieser Europadialog hat gezeigt, dass die Baden-Württembergerinnen und Baden-Württemberger realistische Erwartungen an die Europäische Union haben. Wir wollen von Europa gleichermaßen profitieren, wie wir unseren Beitrag für Europa leisten wollen. Beides gehört zusammen. Man darf nicht immer nur fragen: „Was bringt mir dieses Europa?“, man muss auch bereit sein, in dieses Europa etwas hineinzugeben, damit alle die Chance haben, dass es ihnen besser geht. Beides gehört zusammen, und beides ist eine gute Basis für die anstehenden Debatten bis zur Europawahl am 26. Mai.

Debatten schaffen Aufmerksamkeit, Aufmerksamkeit schafft Wahlbeteiligung, und eine hohe Wahlbeteiligung stärkt die Demokratie bei uns daheim und in ganz Europa.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU – Vereinzelt Beifall bei der SPD)

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Jetzt liegt noch eine Wortmeldung von Herrn Abg. Dr. Gedeon vor.

**Abg. Dr. Wolfgang Gedeon** (fraktionslos): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die Positionen sind klar abgesteckt. Aber nachdem Ihre Position immer wieder gesagt wird, muss die andere auch immer wieder gesagt werden. Das ist nun einmal so in der Auseinandersetzung.

Also noch einmal: Es ist keine filigrane Unterscheidung zwischen Europa und der EU, sondern es ist eine ganz grundsätzliche Unterscheidung, die auch den Gründervätern de Gaulle und Adenauer entspricht.

Zweitens: Ich bin im Gegensatz zur AfD-Fraktion dezidiert schon jetzt für den „Dexit“. Ich glaube, wir können bis zum jüngsten Tag warten. Diese EU ist nicht reformfähig, meine Damen und Herren. Das ist der springende Punkt. Das sehen wir ja heute: Die EU schafft mehr Probleme, als sie löst, ob in der Migration, beim Diesel oder sonst irgendwo.

Das Dritte ist: Die EU ist supranationalistisch, sie will explizit Deutschland abschaffen. Wenn wir nicht wollen, dass die EU Deutschland abschafft, meine Damen und Herren, dann muss Deutschland die EU abschaffen.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Und der Wähler muss Sie abschaffen!)

Das ist eine ganz klare Alternative. Ich bin eben für Letzteres.

Der Brexit wird als Beweis genommen, dass es ganz schrecklich sei, einen „Dexit“ zu fordern. Das ist mitnichten der Fall. Der Brexit ist für die Briten eine Art Operation. Bei jeder Operation ist der Patient erst einmal kränker als vor der Krankheit. Er liegt auf der Intensivstation, und da ist dies und das. Danach, wenn er dann nach drei Wochen aus dem Krankenhaus herauskommt, kann man erst beurteilen, ob sich die Operation gelohnt hat oder nicht. Wenn man jetzt schon jubelt: „Aha, es geht alles in die Hose“, dann jubelt man zu früh, und dann vergisst man, was für Probleme wir bekommen werden, wenn wir in der EU bleiben.

Also, meine Damen und Herren, wir haben die Möglichkeit, Deutschland der EU zu opfern oder aber die EU Deutschland zu opfern.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: So ein Quatsch!)

– Das ist kein Quatsch, das ist die politische Wirklichkeit,

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Das ist Quatsch hoch 15!)

und die wollen Sie mit Ihrem supranationalen Geschwafel eben nicht wahrhaben.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Aber Geschwafel ist genauso wie Geschwätz!)

Also opfern wir lieber die EU Deutschland und nicht umgekehrt.

Danke schön.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Anhänger von Assad und Putin!)

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Meine Damen und Herren, wir haben diese Aussprache jetzt abgeschlossen.

Der Ausschuss für Europa und Internationales schlägt Ihnen in seiner Beschlussempfehlung Drucksache 16/5743 vor, sechs Feststellungen zu treffen. Ich hoffe, Sie sind damit einverstanden, wenn ich diese sechs Feststellungen jetzt im Ganzen zur Abstimmung stelle. –

(Zurufe: Ja!)

Okay. Wer jetzt der Beschlussempfehlung des Ausschusses mit diesen sechs Empfehlungen zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist den Empfehlungen des Ausschusses mehrheitlich zugestimmt.

Wir haben jetzt noch über den Entschließungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/6028, abzustimmen. Da geht es um acht Feststellungen, die der Landtag beschließen soll. Darf

(Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz)

ich auch die gemeinsam zur Abstimmung stellen? – Vielen Dank. Wer diesem Entschließungsantrag der AfD zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist der Antrag mehrheitlich abgelehnt.

Wir haben Punkt 6 der Tagesordnung abgeschlossen.

Ich rufe **Punkt 7** der Tagesordnung auf:

**Antrag der Fraktion GRÜNE und Stellungnahme des Ministeriums für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz – Bilanz der Stabsstelle der Landesbeauftragten für Tiererschutz – Drucksache 16/2006**

Auch hierzu hat das Präsidium für die Begründung fünf Minuten Redezeit festgelegt und für die Aussprache noch einmal fünf Minuten je Fraktion.

Es beginnt Frau Abg. Walker für die Grünen.

**Abg. Thekla Walker GRÜNE:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Allein in Deutschland leben über 34 Millionen Katzen, Hunde, Kleinsäuger und Vögel in menschlicher Obhut, also fast in jedem zweiten Haushalt. Die Zahlen sind da noch einmal deutlich nach oben gegangen. Aber es werden hierzulande auch 58 Millionen Schweine und 3,5 Millionen Rinder in jedem Jahr geschlachtet.

Die Zahlen zeigen: Tiere sind aus keinem Bereich des menschlichen und gesellschaftlichen Lebens wegzudenken. Wir haben als Gesellschaft die Verantwortung, mit den von uns genutzten Tieren gut umzugehen. Die Erwartung an die Politik ist zu Recht, Rahmenbedingungen zu schaffen – bei Haustieren und bei Nutztieren –, Tiere entsprechend zu schützen.

(Beifall bei den Grünen)

Die Verankerung des Tierschutzes als Staatsziel im Grundgesetz und in der Landesverfassung waren wichtige Meilensteine auf dem Weg zu einer stärkeren Achtung und Durchsetzung des Tierschutzes auf der Ebene der Parlamente, Behörden und Gerichte.

Mit der Einrichtung des Amtes einer Landesbeauftragten für Tiererschutz und einer eigenen Stabsstelle beim Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz ist es gelungen, eine zentrale Anlaufstelle hier im Land für Fragen des Tierschutzes, für die Anliegen der Bürgerinnen und Bürger, aber auch für die Vereine und Verbände und nicht zuletzt auch für Tierhaltende und Wissenschaft zu schaffen.

Wir haben also in den vergangenen Jahren einiges erreicht. Daraus folgende Rechtsprechung und Beschlüsse haben erhebliche Verbesserungen in der Tierhaltung bewirkt. An einigen Stellen merken wir jedoch, wie schwer es ist, Missstände zu beseitigen und vor allem neue Regeln zeitnah durchzusetzen. Das Gegenteil ist der Fall. Eine klare Regelung zur Ferkelkastration steht aus. Es gab eine Frist von fünf Jahren – die endete jetzt –, um eine neue Regelung zu schaffen, nämlich eine Regelung, die dafür sorgt, dass Ferkel nicht betäubungslos kastriert werden, was jetzt der Fall ist. Jetzt haben wir wieder eine weitere Übergangsfrist von zwei Jahren.

Die Haltung von Sauen in Kastenständen, in denen sie sich weder umdrehen noch die Füße ausstrecken können, ist gerichtlich schon geklärt. Jeder, der das selbst mal gesehen hat,

erkennt: Das ist ein ziemlich schlimmer Zustand für diese Tiere, die darüber hinaus in ihren eigenen Exkrementen liegen müssen, was sie als sehr reinliche Tiere überhaupt nicht mögen. Diese Haltungsform soll nicht mehr weitergehen. Jetzt wird im Moment über eine Übergangsfrist von vielleicht 20 Jahren diskutiert.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Unglaublich!)

Das muss man sich einmal vorstellen: 20 Jahre!

Tiertransporte in Staaten außerhalb der Europäischen Union, in denen keinerlei Tierschutzstandards gelten, werden aktuell diskutiert. Auch da brauchen wir dringend neue Regelungen – eigentlich auf Bundesebene, aber solange da nichts passiert, müssen wenigstens die Länder vorangehen. Hessen und Bayern sind schon vorn dabei. Ich denke, Baden-Württemberg sollte das auch sein.

(Beifall bei den Grünen)

Immer wieder müssen wir also feststellen – auch hier im Land –, dass es bei Haltung, Schlachtung oder auch in der Wissenschaft zu eklatanten Verstößen gegen das Tierschutzrecht kommt und bestehende Regelungen und Kontrollen eben nicht ausreichen, um diese Verstöße zu verhindern. Gerade Skandale wie die Vorgänge um den Schlachthof in Tauberbischofsheim oder auch in der Forschung an nicht menschlichen Primaten haben uns dies in den letzten Jahren schmerzlich vor Augen geführt.

Bei der Beseitigung der Missstände und Verstöße gegen das Tierschutzrecht haben wir also noch einiges zu tun. Natürlich brauchen wir noch klarere Regeln auf europäischer und auf nationaler Ebene. Wir müssen auch Landwirte – ich denke, das ist ein sehr wichtiger Punkt – dabei unterstützen, wenn sie bessere Bedingungen für ihre Nutztiere schaffen wollen.

(Beifall bei den Grünen)

Die Errichtung einer Stabsstelle für Tiererschutz hat dabei eine wichtige Funktion. Sie achtet auf die konsequente Umsetzung des Tierschutzrechts hier im Land sowie auf die Erarbeitung innovativer Konzepte etwa beim Verbandsklagerecht für die Tierschutzverbände, das wir eingeführt haben, bei der Heimtierhaltung, bei der Haltung von Herdenschutzhunden oder bei den Alternativen zur chirurgischen Ferkelkastration, die es sehr wohl gibt, meine Damen und Herren.

Für Behörden, vor allem für Veterinärämter, ist die Stabsstelle zu einer unverzichtbaren Anlaufstelle für Fachfragen bei Gutachten, aber auch bei der praktischen Organisation der Unterbringung von Wildtieren und exotischen Tieren geworden.

Auch beim Thema Fleischkennzeichnung, das aktuell wieder debattiert wird, hat unsere Landestierschutzbeauftragte maßgeblich gemeinsam mit der Verwaltung für eine sach- und fachkundige Bewertung der Möglichkeiten gesorgt und das Thema vorangebracht. Klar ist: Eine verbindliche bundeseinheitliche Kennzeichnung von Fleischprodukten analog zur Eierkennzeichnung wäre das zentrale Instrument, um höhere Tierschutzstandards in der Nutztierhaltung durchzusetzen.

(Beifall bei den Grünen und des Abg. Thomas Blenke CDU)

(Thekla Walker)

Da sind wir uns auch mit der CDU-Fraktion hier im Landtag einig.

Jetzt liegt dieses Konzept seit zwei Jahren in den Schubladen des Bundesministeriums für Landwirtschaft, und passiert ist nichts. Die Bundesministerin hat ein staatliches Label für das nächste Jahr angekündigt, das allerdings freiwillig bleiben soll.

(Zuruf: Alles freiwillig!)

Damit geht natürlich die Wirkung für den Tierschutz gegen null. Der Handel war unterdessen schneller als die Politik, und die großen Supermarktketten haben jetzt eine eigene Kennzeichnung für Fleischprodukte eingeführt. Ich muss leider sagen: Hier wird ein wichtiges Thema für den Tierschutz von der Bundesregierung gänzlich an die Wand gefahren, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und der Abg. Gabi Rolland SPD)

Wir Grünen werden uns auf jeden Fall weiter für eine bundeseinheitliche und vor allem eine verbindliche Kennzeichnung der Tierhaltung einsetzen – zum Wohl der Tiere, für eine gerechte Teilhabe und vor allem zur Planungssicherheit der Landwirte, die mehr für das Tierwohl in ihren Ställen investieren wollen.

(Beifall bei den Grünen)

Denn das ist ja der Punkt: Wir haben vorhin über die langen Übergangsfristen gesprochen. Warum sind die denn so lang? Die langen Übergangsfristen sollen es Landwirten auch ermöglichen, sich an neue Regeln anzupassen und nicht gleichzeitig in kurzer Zeit so viel investieren zu müssen, dass sie ihren Betrieb gar nicht halten können. Das sind doch die Probleme. Deswegen müssen wir strukturelle Bedingungen entwickeln, damit die Sorge um das Tierwohl entsprechend honoriert und bezahlt wird.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Verbraucherinnen und Verbraucher müssen die Möglichkeit haben, im Supermarkt schnell zu erkennen, um welche Haltungsform es sich handelt, und sich auch sicher sein, dass das Ganze staatlich kontrolliert und zertifiziert stattfindet.

Klar ist aber in Baden-Württemberg – egal, ob Heimtiere, Nutztiere oder Tiere in den Forschungseinrichtungen –: Die bestmögliche Haltung und der bestmögliche Schutz dieser Tiere sind eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe und Herausforderung, für die wir die Expertise und die Beratung der Stabsstelle für Tierschutz in Baden-Württemberg unbedingt brauchen.

Mein Dank gilt daher Dr. Cornelia Jäger und Dr. Julia Stubenbord sowie dem gesamten Team der Stabsstelle, die dem Tierschutz in Baden-Württemberg zu einer unabhängigen und starken Stimme verhelfen.

Danke schön.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Für die CDU hat Herr Kollege Burger das Wort.

**Abg. Klaus Burger** CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Ich werde mich an den Titel der aktuellen Drucksache halten, so, wie er in der Tagesordnung aufgeführt ist.

Wenn wir auf die Bilanz der Stabsstelle des Landesbeauftragten für Tierschutz blicken und im Besonderen auf die Tätigkeit der Landestierschutzbeauftragten, Frau Dr. Cornelia Jäger, die vom 1. April 2012 bis 1. Juni 2017 Verantwortung trug, dann ist klar und wird festzustellen sein: Die Arbeit der Stabsstelle hat sich bewährt.

Deutlich wird auch: Mit der nun nicht mehr ganz neuen Landestierschutzbeauftragten, Frau Dr. Julia Stubenbord, die ihren Dienst bereits am 1. Juni 2017 aufgenommen hat, geht es unverändert positiv weiter. Dies ist auch in ihrem ersten Tätigkeitsbericht für das Jahr 2017 ersichtlich.

Die Stabsstelle wurde bereits in der letzten Legislaturperiode eingeführt. Im Koalitionsvertrag zwischen Bündnis 90/Die Grünen und der CDU vom 9. Mai 2016 wurde diese verankert und wird jetzt unverändert fortgeführt.

Die Landesbeauftragte für Tierschutz arbeitet in einer selbstständigen Organisationseinheit und wird durch einen ihr zugeordneten Arbeitsstab unterstützt. Dadurch ist die Unabhängigkeit sichergestellt, und das ist wichtig.

Die Angliederung an das Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz hat sich bewährt und ist richtig. Die Stabsstelle nutzt ihr Initiativ- und Informationsrecht, was ich im Nachgang noch näher beleuchten werde.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der Abg. Sandra Boser GRÜNE)

Der Stabsstelle gehören an: die Landestierschutzbeauftragte, eine weitere Veterinärmedizinerin und zwei Teilzeitkräfte im Sekretariat.

Die Stellungnahme zu dem Antrag Drucksache 16/2006, die 31 Seiten umfasst, dokumentiert die Vielfalt der Arbeitsbereiche.

Auf vier Stichworte will ich kurz eingehen.

Erstens: Transparenz. Die Arbeitsweise der Stabsstelle wird durch eine akribische Dokumentation festgehalten und in den Tätigkeitsberichten dargelegt. Eine Einsichtsmöglichkeit besteht auch über die Homepage des MLR. Dabei sind nicht nur die aktuellen Themenbereiche übersichtlich gegliedert, sondern auch Veranstaltungstermine, Pressearbeit, Vortragstätigkeiten und Publikationen bis hin zu Einzelgesprächen ersichtlich.

Zweitens: Gründlichkeit. In den vergangenen Jahren haben sich verschiedene, oft zeitlich beschränkte Schwerpunkte ausgebildet, die dann in der Tiefe begründet wurden. So hat sich die Stabsstelle 2016 u. a. mit den Themen „Hofnahe Schlachtungen“, „Haltung von Zoo- und Zirkustieren“ sowie „Alternativen zur betäubungslosen chirurgischen Kastration“ befasst. Auch die Rechtsgrundlagen zur Haltung von Greifvögeln wurden grundlegend aufgearbeitet.

Drittens: Auskunftsstelle. Den Anfragen von Bürgerinnen und Bürgern wird ein hoher Stellenwert eingeräumt. Auch der Aus-

(Klaus Burger)

tausch mit Organisationen oder Behörden zum Thema Tierschutz wird gepflegt.

Viertens: Unterstützung. Neben Beratung konnte die Stabsstelle vereinzelt auch finanzielle Unterstützung zu Informations- und Schulungsveranstaltungen leisten, so z. B. zum Thema „Tierschutz bei der Schlachtung“. Hierbei geht es um einen Lehrgang für Mitarbeiter von Schlachthöfen. Eine Unterstützung ganz anderer Art ist die allgemeine Zugangsmöglichkeit zu einer Bibliothek mit Sachbüchern.

Deshalb abschließend noch einmal: Die Arbeit der Stabsstelle hat sich bewährt und soll in gleichem Umfang wie bisher weitergeführt werden. Wir, die CDU-Landtagsfraktion, stehen weiter hinter einer unabhängigen Arbeitsweise der Stabsstelle. Sie trägt zum Tierschutz und Verbraucherschutz bei.

Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU und den Grünen)

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Das Wort hat Frau Abg. Wolle für die AfD.

**Abg. Carola Wolle** AfD: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Wir sind uns hier im Haus sicher alle einig, dass Tierschutz richtig und wichtig ist. Wir, die AfD, messen jedenfalls dem Wohl der Haus- sowie der Nutztiere als auch dem Wohl der Wildtiere einen hohen Stellenwert bei. Ich würde sogar so weit gehen und sagen, dass uns, der AfD, das Wohl der Tiere stärker am Herzen liegt als den Grünen.

(Zurufe von den Grünen)

– Ja, liebe Grüne, die Wahrheit verursacht manchmal Schmerzen. Ich werde auch begründen, warum wir dieser Auffassung sind.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Ach je, der Tag geht auch vorüber! – Vereinzelt Heiterkeit)

Die 2012 vom Ministerium für Ländlichen Raum ausgegliederte Stabsstelle für den Bereich Tierschutz macht einen noch lange nicht zum Tierfreund. Sie macht einen vielleicht zu einem besseren PR-Manager, der unter dem Deckmantel, hehre Ziele zu verfolgen, sich selbst beweihräuchert und mehr Schein als Sein bildet.

Der Tätigkeitsbericht 2017 legt nahe, dass die ausgegliederte Stabsstelle mit einigen Abstrichen ordentlich arbeitet, jedoch ist kein Unterschied zu erkennen, ob die Stabsstelle ausgegliedert ist oder nicht.

Tierschutz ist nicht nur, dass ich mich richtigerweise für Katzenkastration einsetze, sondern geht weiter darüber hinaus. Das Thema Wolf und der damit verbundene Schutz für unsere Haus- und Nutztiere wurde noch immer nicht zufriedenstellend gelöst. Hierzu gab es einige Anfragen und Anträge der AfD-Fraktion, deren Beantwortung äußerst dürftig ist.

Effektives Handeln sieht anders aus. Mir scheint, als ob Sie die Problematik aussitzen möchten. Zu schauen, statt zur Tat zu schreiten, scheint oftmals die Devise der Landesregierung zu sein.

(Beifall bei der AfD)

Genauso schauen Sie zu, wenn es um das Thema Schächten geht. Zur Erinnerung: Beim Schächten wird dem Tier ohne Betäubung die Halsschlagader geöffnet. Das Tier verblutet bei vollem Bewusstsein.

In unserem Land gibt es Betriebe, die für geschächtete Produkte sogar öffentlich werben. Nach unserem bisherigen Recht muss das Tier vor der Schlachtung betäubt werden. Ausnahmen sind in § 4 a des Tierschutzgesetzes geregelt. Dieses Thema muss endlich im Sinne des Tierwohls ergebnisoffen diskutiert und baldmöglichst entschieden werden.

(Beifall bei der AfD)

Sowohl von der Landesregierung als auch von der Bundesregierung kommt dazu nur Stillschweigen. Es wird ignoriert, ganz einfach nach dem Motto: Es kann nicht sein, was nicht sein darf. Da verabschiedet man sich lieber in die wunderschöne rosarote Traumwelt, die mit der Wirklichkeit leider nichts zu tun hat.

Ein weiteres Beispiel ist die gescheiterte Energiewende. Mittlerweile hat sogar die Presse diese Thematik entdeckt. Hunderttausende Insekten, Vögel, Fledermäuse sterben völlig sinnlos durch wirtschaftlich völlig unsinnige Windkraftanlagen. Geht es um die Umsetzung der eigenen kruden Ideologie, muss der Tierschutz eben auch bei den Grünen hintanstehen. Daher sollte eine Grundsatzdebatte zum Thema Tierschutz und weniger über Erfolge und Misserfolge der ausgegliederten Stabsstelle stattfinden.

(Beifall bei der AfD)

Dabei können wir dann auch gleich darüber reden, weshalb unser AfD-Antrag zur Rehkitzrettung mittels Drohnen mit Wärmebildkameras abgelehnt wurde. Eine Begründung wie „Das ging bisher auch so; dafür braucht man keine zusätzlichen Mittel“ ist mehr als schwach. Würde man diese lahme Ausrede immer bei Neuerungen anbringen, dann würden wir noch heute in Höhlen und Zelten leben.

Meine Damen und Herren, Sie können sich, wie Sie sehen, beim Thema Tierschutz bei uns eine Scheibe abschneiden. Wir können Ihnen gern zeigen, wie es geht.

(Beifall bei der AfD)

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Für die SPD-Fraktion spricht Herr Abg. Weber. – Bitte.

**Abg. Jonas Weber** SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Tiere und ihr Schutz bewegen die Bürgerinnen und Bürger in unserem Land. Deutschlandweit gibt es 34 Millionen Haustiere und zwei Millionen Tiere in der Landwirtschaft – für die Zahlenfreunde im Haus –, Fische nicht mitgezählt. Vor diesem Hintergrund war es richtig, dass die grün-rote Landesregierung die Stabsstelle für den Tierschutz eingerichtet und entsprechend ausgestattet hat.

Lassen Sie mich aber anmerken, dass nun, im Jahr 2019, erst die Berichte für das Jahr 2016 und für das Jahr 2017 vorliegen. Auch vor dem Hintergrund eines Personalwechsels sind drei Jahre Bearbeitungszeit nicht ganz zu rechtfertigen, zumal wir, wie wir mit Blick auf die Jahre 2017 und 2018 sehen, erheblichen Gesprächsstoff zum Tierschutz haben. Ich möchte

(Jonas Weber)

an die Ereignisse in Tauberbischofsheim erinnern, aber auch andere Themen sind relevant, etwa – es wurde bereits angesprochen – die inakzeptablen Tierschutzverstöße, das betäubungslose Ferkelkastrieren oder die Anbindehaltung. All das sind Themen, über die wir hier debattieren müssen und über die wir uns auseinandersetzen müssen, Themen, die in den Mittelpunkt dieser Debatte gehören.

Liebe Frau Kollegin Walker, Sie haben recht: Die Bundeslandwirtschaftsministerin muss da liefern. Das ist auf jeden Fall richtig. Ich würde mir wünschen, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU, dass Sie da vielleicht einmal durchklingeln.

(Beifall bei der SPD)

Aber vielleicht liegt Ihnen, Herr Minister Hauk, Tierschutz auch nicht so sehr am Herzen. Immerhin weist schon der erste Satz des Tätigkeitsberichts 2016 darauf hin, dass nach dem Regierungswechsel eine gewisse Existenzangst in der Stabsstelle vorhanden war. Wir wollen, dass Sie als Minister der oberste Tierschützer in diesem Land sind und diese Aufgabe mit Nachdruck verfolgen, unterstützt und angespornt durch die Landesbeauftragte für Tierschutz.

Dem Bericht selbst können wir entnehmen, wie sehr das Tageschäft die langfristige Arbeit in den Hintergrund drängt. Wie sehr Themen zu kurz kommen, zeigt der Bericht selbst auf. Demnach haben Tierschutz und Tierversuche im genannten Zeitraum eine – ich zitiere – „unverhältnismäßig untergeordnete Rolle“ gespielt. Die öffentliche Debatte beherrscht kaum ein Thema mehr als die Frage eines angemessenen Umgangs mit Tierversuchen.

Dass gerade dieses Thema im Bericht eine untergeordnete Rolle spielt, ist aus unserer Sicht nicht akzeptabel.

(Beifall bei der SPD)

Für uns ist klar: Wir müssen Tierversuche so weit wie möglich abschaffen. Es gilt der Dreiklang „Vermeiden, Verringern und Verbessern“. Dort, wo es wissenschaftlich geprüfte Alternativmethoden gibt, um wissenschaftliche Fragen zu klären oder die Gefährdung von Stoffen für Menschen zu bewerten, müssen wir Tierversuche abschaffen. Dort, wo Tierversuche leider noch unabdingbar sind, sollen sie verbessert werden. Entsprechend wollen wir die Entwicklung von Alternativmethoden verbessern.

Zu Recht steht die Haltung von Tieren in der Landwirtschaft unter besonderer Beobachtung. Für uns stehen die Bedürfnisse der Tiere im Mittelpunkt und nicht die Effizienz oder Wirtschaftlichkeit. Wir brauchen einen Veränderungsprozess; denn der Preis von Fleisch und Fleischwaren darf nicht die Haltungsbedingungen diktieren.

Auch die Heimtiere sollen bei uns artgerecht leben. Hund, Katze und Kaninchen leisten vielen von uns Gesellschaft und bereiten täglich Freude. In manchen Fällen fehlt jedoch schlicht das Fachwissen, wie Heimtiere artgerecht gehalten werden.

Die Tierheime in unserem Land, auch das Tierheim in Rastatt, erleben die Realität illegalen Welpentransports hautnah. Viele der Tiere kommen stark geschwächt ins Land, und wenn sie dann in den Tierheimen Schutz finden, laufen dort hohe Arzt-

rechnungen für Behandlungen auf. Potenziellen Kunden dieses illegalen Handels sei dringend geraten, dieses kriminelle System nicht zu unterstützen. Andere Länder, beispielsweise Niedersachsen, verlangen von Hundehaltern einen Sachkundenachweis – übrigens 2011 eingeführt. Dieser hat zur Folge, dass Spontankäufe, wie beim illegalen Welpenhandel üblich, erschwert werden.

An dieser Stelle wäre noch etwas zu Wildtieren zu sagen, zur Haltung in Zoos, zum Spannungsfeld zwischen Arterhaltung und artgerechter Haltung, ebenso zu Zirkussen, die aus der Sicht des Tierschutzes besonders kritisch betrachtet werden. In Anbetracht der Zeit beschränke ich mich jedoch auf wesentliche Punkte.

Im Mittelpunkt des Tierschutzes muss das Wohl des Tieres stehen. Ob im heimischen Umfeld, in Tiergehegen oder in der Landwirtschaft – überall braucht es klare Regeln. Das Land muss deshalb mit Nachdruck am Ball bleiben und kriminellen Strukturen, wie dem illegalen Welpenhandel, entschieden entgegenreten. Mit Beratungsangeboten muss Tierhaltern geholfen werden, artgerechte Haltung umzusetzen. Bei den großen ethischen Fragen von Tierversuchen müssen wir Alternativen erforschen und so weit wie möglich Tierversuche vermeiden.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Nun darf ich Herrn Abg. Hoher für die FDP/DVP ans Redepult bitten.

**Abg. Klaus Hoher** FDP/DVP: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren Kollegen! Die Landesregierung hat im April 2012 die Stelle einer Landesbeauftragten für Tierschutz geschaffen. Organisatorisch handelt es sich um eine Stabsstelle, die dem Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz unterstellt ist.

Diese Stabsstelle umfasst neben der Landesbeauftragten noch eine Tierärztin, eine Juristin und zwei Teilzeitkräfte im Sekretariat. Diese personelle Ausstattung ist mit Blick auf die Aufgabenfülle und die nötige fachliche Tiefe der Arbeit sicher angemessen. Das Arbeitspensum der Stelle geht aus der Bilanz hervor. Eine ganz andere Frage ist, ob man der Landesbeauftragten nicht von vornherein mehr Unabhängigkeit hätte einräumen können; denn sowohl vor als auch nach der Landtagswahl 2016 hatte man den Eindruck, dass sich die damalige Landestierschutzbeauftragte, Frau Dr. Jäger, nicht so äußern durfte, wie sie es gern getan hätte.

Frau Dr. Jägers Idee einer Bundesverordnung für Sachkunde in der Heimtierhaltung wurde von dem grünen Landwirtschaftsminister Bonde im Sommer 2015 ausgebremst. Zu Frau Dr. Jägers Idee einer Heimtierschutzordnung ließ Bonde gegenüber den „Stuttgarter Nachrichten“ im Juli 2015 knapp erklären:

*Schärfere Vorschriften für Tierhalter werden von der Landesregierung nicht befürwortet.*

Nach der Wahl erklärte der Amtsnachfolger Peter Hauk sinngemäß: „Einen Katzenführerschein wird es mit mir nicht ge-

(Klaus Hoher)

ben.“ Ich gebe dem Minister so weit recht, dass es eine Übertreibung wäre, von jedem Katzen- und Hundehalter einen Sachkundenachweis zu fordern. Ich glaube aber, dass es Heimtierarten gibt, bei denen eine gewisse Sachkunde bzw. ein Sachkundenachweis sinnvoll und vertretbar wären,

(Beifall bei der FDP/DVP – Minister Peter Hauk: Das sind ja schöne Liberale! Es lebe die Freiheit!)

beispielsweise bei Reptilien, Amphibien oder bestimmten Vogelarten. In jedem Fall wäre ein stufenweiser Sachkundenachweis für Heimtiere sinnvoller als strenge Haltungsverbote, denn Verbote kann letztlich niemand zu 100 % kontrollieren, und das gibt immer einen illegalen Markt.

Ich denke, dass wir bei Tierschutz, Tierwohl und Tiergesundheit insgesamt mehr über Haustiere sprechen müssen als bisher; denn leider beschränkt sich die öffentliche Debatte oftmals zu sehr auf die Nutztiere, obwohl diese – im Gegensatz zu den Haustieren – amtlich kontrolliert werden. Insofern noch einmal ein Dankeschön an Frau Dr. Jäger für ihren damaligen Vorstoß bei der Haustierhaltung.

Wenn ich über Nutztiere spreche, dann bin ich schon bei einem Thema, das inzwischen die neue Landesbeauftragte, Frau Dr. Stubenbord, aufgegriffen hat. Auch wir Freien Demokraten sprechen dieses Thema in diesem Haus seit Jahren an. Es geht um die amtlichen Kontrollen der Nutztierbetriebe. Es ist mir bewusst, dass es neben den amtlichen Kontrollen noch viele andere, teils freiwillige Kontrollen gibt. Dennoch hat der Antrag meines ehemaligen Fraktionskollegen Dr. Bullinger zum Thema „Tierschutz-Vollzug in Baden-Württemberg“ vom Herbst 2016 Folgendes zutage gebracht:

(Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: Hört, hört!)

Es gab in den letzten zehn Jahren einen massiven Anstieg von Aufgaben in der Veterinärverwaltung, während die Personalausstattung nahezu gleich blieb.

Laut einer Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage der FDP wurde festgestellt, dass kontrollpflichtige Betriebe in Baden-Württemberg, statistisch gesehen, nur alle 19 Jahre und in Bayern sogar nur alle 48 Jahre kontrolliert werden.

Mir ist bewusst, dass statistische Mittelwerte nur eine begrenzte Aussagekraft haben. Dennoch müssen wir darüber reden, ob staatliche Pflichtaufgaben im Tierschutz und im Verbraucherschutz ausreichend erfüllt sind oder nicht. Deswegen haben wir Freien Demokraten seit 2017 immer wieder Vorschläge vorgelegt, wie man mehr Amtstierärzte finanzieren könnte.

Der Landkreistag spricht von knapp 200 fehlenden Amtstierärzten. Der Landesbeirat für Tierschutz fordert ebenfalls mehr Stellen in diesem Bereich. Auch die Landesbeauftragte für den Tierschutz, Frau Dr. Stubenbord, hat im Mai 2018 erklärt, dass mehr Kontrollen und daher mehr Personal in den Ämtern nötig sind.

Ich fordere Grün und Schwarz auf: Legen Sie zum nächsten Haushalt endlich ein Konzept vor, das aufzeigt, wie Sie den massiven Mangel bei den Verbraucherschutzkontrollen im kommenden Jahr abschmelzen wollen.

Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir teilen bei Weitem nicht alles, was die beiden grün geführten Landesregierungen zum Tierschutz auf den Weg gebracht haben oder nicht auf den Weg gebracht haben. Die Stelle der Landesbeauftragten für den Tierschutz jedoch hat sich bewährt. Man sollte ihr allerdings hin und wieder politisch mehr Beifreiheit und Unabhängigkeit geben.

Vielen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP)

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Nun darf ich Herrn Minister Hauk ans Redepult bitten.

**Minister für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz Peter Hauk:** Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal herzlichen Dank an Frau Kollegin Walker und die grüne Fraktion für den Antrag, diesen Punkt auf die Tagesordnung zu setzen. Dadurch bietet sich die Gelegenheit zu einer Beurteilung der Tätigkeit der Stabsstelle für Tierschutz.

Die Stabsstelle für Tierschutz ist unter der Vorgängerregierung eingerichtet worden. Ich glaube, sie hat sich bewährt.

Ich denke beispielsweise an das Thema Kuhwohl. Hier gab es eine Initiative der Amtsvorgängerin von Frau Dr. Stubenbord, von Frau Dr. Jäger, die sich eines großen fachlichen Tiefgangs befleißigt hat. Diese Initiative ist mittlerweile zu einem Vorbild in der Milchviehhaltung geworden. Man muss sagen, dass hier wichtige Impulse von der Stabsstelle ausgegangen sind.

Ich kann nur dazu ermuntern, dass das auch weiterhin der Fall ist. Deshalb gibt es eine Ausstattung für die Stabsstelle, und deshalb ist diese Stabsstelle, Herr Kollege Hoher, auch unabhängig. Da gibt es keine Maulkörbe. Die Stelleninhaberin kann sich jederzeit öffentlich oder nicht öffentlich – wie auch immer – zu den Angelegenheiten im Tierschutz äußern.

Ich bin aber auch dankbar für die Gelegenheit, einiges zum Thema Tierschutz zu sagen. Ich will nicht alles ansprechen. Frau Kollegin Walker, Sie haben mir eine Steilvorlage an Themen geliefert, die ich jetzt gar nicht in der Tiefe beackern, vielleicht aber doch zumindest mal anreißen will.

Zum einen zum Thema Tierschutzlabel. Da haben Sie recht: Das tragen wir jetzt staatlicherseits – das muss der Bund machen, das können nicht die Länder organisieren –, damit es am Ende zu einem wirtschaftlichen Erfolg kommt. Ich war immer positiv gestimmt und habe immer gesagt: Wenn der Staat dort vorangeht – Er muss das freiwillig machen; denn wenn es nicht freiwillig gemacht wird, muss erst ein Konsens auf EU-Ebene – im EU-Ministerrat, im Europäischen Parlament – erzielt werden.

Da sehe ich im Augenblick noch keine Mehrheiten. Das ist halt nicht so einfach wie bei der Eierkennzeichnung. Das muss man ganz realistisch sehen. Wenn man es schnell machen will, muss man Vorreiter sein, dann muss es freiwillig sein. Aber ich hätte mir ausrechnen können, dass es auch gelingt, wenn es zügig passiert.

Ich hatte mit dem Amtsantritt der neuen Bundesregierung eigentlich die Hoffnung, dass es auch zügig passiert. Das ist lei-

(Minister Peter Hauk)

der Gottes nicht der Fall gewesen. So begrüße ich ausdrücklich die Initiative des Handels, der jetzt vorprescht und sagt: „Vier Stufen gibt es, und in diesen vier Stufen wird alles verpackte Fleisch, das in den Kühltheken angeboten wird, auch entsprechend gekennzeichnet.“ Ich glaube, das ist ein richtiger Weg. Dem kann man sich auch anschließen.

Das entspricht nicht ganz dem, was der Bund vorhatte. Es bleibt dem Bund jetzt unbenommen, etwas zu tun. Aber ich glaube, es ist wichtig, dass der Verbraucher am Ende erkennen kann, wie die Bedingungen bei der Haltung der Nutztiere waren, bevor sie ihrem bestimmungsgemäßen Ende, nämlich der Schlachtung, zugeführt wurden. Ich glaube, das kann man erwarten. Nachdem man dem Fleisch die Haltungsbedingungen nicht ansehen kann, muss man eine Kennzeichnung vornehmen können. Dazu braucht es ein gewisses Labelling. Das war überfällig.

Dass der Handel das jetzt selbst in die Hand genommen hat, ist dem Handel nicht zu verdenken. Da war der Handel einfach schneller und die Politik zu langsam. Das muss ich in Richtung Bundesregierung sagen. Das betrifft jetzt auch die eigene Partei. Es hilft halt nichts: Nach einem Jahr muss man auch einmal ein Stück weit etwas vorzeigen. Aber ich bin gespannt, wie sich das auswirkt. Denn die ersten drei sind gar nicht so hoffnungsfroh.

Herr Weber, Sie sagen, das sei alles uninteressant; wichtig sei die Haltung. Bei Nutztieren stimmt das halt nicht. Natürlich ist die Haltung wichtig. Aber der Bauer, der von der Nutztierhaltung lebt, muss natürlich auch den entsprechenden Preis dafür erzielen. Denn von Luft und Liebe kann er nicht leben und von lobenden Worten auch nicht,

(Zuruf des Abg. Jonas Weber SPD)

sondern die Haltung muss sich selbstverständlich im Preis des Produkts niederschlagen. Es wird die Probe auf das Exempel sein, wenn das Labelling einmal da ist, wie viel die Verbraucher zu zahlen bereit sind. Das eine sind Lippenbekenntnisse. Jeder sagt: „Natürlich Fleisch von Rindern, die glücklich sind, Fleisch von Schweinen, die glücklich sind, die Auslauf haben, die im Stroh spielen können.“ Alles in Ordnung! Aber wenn man dann merkt, dass das Fleisch eines solchen Schweins das Doppelte, das Zweieinhalbfache dessen kostet, was in der billigsten Variante erzeugt wird – das ist halt ein Teil der Realität –, dann wird sich zeigen, ob der Verbraucher bereit ist, dafür tatsächlich das Mehr an Preis zu zahlen. Das muss der Bauer haben. Das ist der entscheidende Punkt. Dann kommt es schon darauf an, wie die Sache aussieht.

Deshalb ist es so wichtig, dass das Thema europaweit eingeführt wird, weil wir europäische Wettbewerber sind.

(Beifall des Abg. Arnulf Freiherr von Eyb CDU)

Der Schweinemarkt ist nicht auf Deutschland begrenzt, der Rindermarkt, der Rindfleischpreis ist nicht auf Deutschland begrenzt – bei Lammfleisch ist das genauso wenig der Fall. Da haben wir einen globalen Markt. Deshalb nützt es nichts, wenn die Gutmenschen in Deutschland meinen: „Wir machen hier unsere nationalen Vorschriften“, wenn wir insgesamt die mittelständischen Produzenten, die mittelständischen Bauern in unserem Land damit an den Rand des Existenzminimums drängen, weil sie ihre Produkte nicht mehr absetzen können,

weil sie Haltungsbedingungen vorfinden oder vorgeschrieben bekommen, die keine Rentabilität mehr ermöglichen. Dann ist das wieder angenehm, dann hat man ein gutes Gewissen: „Wir haben hier prima Vorschriften.“ Und auf einmal stellt man fest: Es gibt nur noch ganz wenige, die sich daran halten; die anderen produzieren im Ausland. Das ist genau dieselbe Situation, Frau Kollegin Walker, wie bei den Themen Ferkelkastration und Kastenstandhaltung.

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Herr Minister, Moment noch bitte, weil Herr Abg. Weber noch eine Frage zum vorherigen Komplex stellen wollte. Lassen Sie diese zu?

**Minister für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz Peter Hauk:** Im Augenblick nicht. Ich bin jetzt gerade im Redefluss.

Dann kommen die nächsten Themen, die Ferkelkastration und die Kastenstandhaltung, die genau zum Thema Wirtschaftlichkeit passen. Ich bin sehr dafür, dass wir das Urteil des Obergerichtes Magdeburg berücksichtigen. Das müssen wir auch tun. Aber es hat überhaupt keinen Wert, so zu verfahren wie die Kollegin aus Hessen – dort gibt es nämlich keine Schweinehalter mehr; die sind schon alle ausgewandert – oder die Kollegin aus Sachsen-Anhalt – dort werden die Schweinehalter demnächst alle auswandern; der Rest, den es noch gibt – und zu sagen: „Ab dem Tag gilt das Urteil.“ Vielmehr brauchen wir doch für die mittelständischen Betriebe in unserem Land Übergangszeiten.

Hier haben wir nicht die Großagrarindustrien wie in Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein. Dort gibt es Großagrarindustrie. Dort steht Schweinegestall an Schweinegestall an Schweinegestall – keine Flächen für die Gülleausbringung, keine Wirtschaftskreisläufe. Das alles haben wir bei uns.

Wir haben bei uns geordnete Verhältnisse, wir haben eine Kreislaufwirtschaft – wirklich im wahrsten Sinn des Wortes –; die wichtigen Nährstoffe Stickstoff, Kalium, Phosphor werden immer wieder in den Kreislauf ausgebracht, in der Düngung. Wir haben Gott sei Dank einen Kreislauf, und zwar so, dass die Bauern das Futter noch selbst anbauen und nicht fremd einkaufen müssen. Das ist doch der Riesenvorteil der mittelständischen baden-württembergischen Landwirtschaft. Ich will diese Mittelständler halten, ich will diese Struktur halten,

(Beifall bei der CDU – Zuruf des Abg. Jürgen Walter GRÜNE)

und ich fordere jeden hier auf, dass wir gemeinsam dafür kämpfen, diese mittelständischen, überschaubaren Kreislaufstrukturen auch um der Ökologie willen zu erhalten und ihnen nicht durch schnelle Schwenks in den Haltungsverordnungen und Haltungsbedingungen im Prinzip klammheimlich die Luft abzudrücken.

Deshalb bin ich für eine stringente Umsetzung, aber ich bin auch für eine Umsetzung, die Investitionszeiträume und damit Abschreibungszeiträume berücksichtigt. Das braucht halt Zeit. Da muss man auch Zeit geben. Investitionszeiträume sind nicht fünf und nicht zehn Jahre, sondern Investitionszeiträume sind 15, 20 oder 25 Jahre. Darum geht es doch am Ende.

(Minister Peter Hauk)

Deshalb gibt es auch noch keine Einigung auf Bundesebene, weil ich nur in Bayern Mitsreiter mit mittelständischen Strukturen im Land habe. Interessanterweise sind gerade die Süddeutschen mit ihren kleineren Strukturen diejenigen, die am härtesten für diese Strukturen kämpfen, während alle anderen den Kampf schon aufgegeben haben und sagen: „Dann machen wir es halt schneller.“ Die Großindustrie kann nämlich in der Tat schneller reagieren – aber die ist auch schneller abgewandert.

Wir haben schon heute beispielsweise bei den Ferkelerzeugern einen deutlichen Rückgang zu verzeichnen. Während wir in Baden-Württemberg früher noch eine Vollversorgung hatten, kaufen wir heute Ferkel aus Dänemark ein – 1 000 km Transportweg; darüber regt sich kein Mensch auf.

(Abg. Thekla Walker GRÜNE: Doch!)

Diese Produktion war mal hier im Land; das wird sukzessive verlagert. Wenn die Ferkelkastration so kommt, wie sie derzeit beabsichtigt ist, werden noch einmal die Hälfte der heutigen Ferkelproduzenten schließen. Das heißt, es gibt noch weitere Zukäufe aus Dänemark. Es regt dann keinen Menschen mehr auf, dass diese Ferkel 1 000 km transportiert werden.

Da muss ich sagen: Diese Politik ist Heuchelei pur; die mache ich nicht mit – nach dem Motto: Wir haben ein reines Gewissen, unsere Gesetze sind ja in Ordnung. Aber die Produzenten gibt es nicht mehr, die wandern halt ab. Das haben wir bei den Hühnereiern auch erlebt. Unser Gewissen ist in Ordnung: Wir haben das Frühstücksei aus Bodenhaltung, aus Freilandhaltung, aus Biohaltung – das haben wir alles auf dem Tisch. Aber dass nur 40 % unserer Frühstückseier aus heimischer Produktion stammen und die anderen 60 % Frischeier aus Polen, aus der Ukraine – woher auch immer – kommen, ohne Vorschriften, aus Ländern, wo Hühner zum Teil bestialisch in Käfigen gehalten werden –

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Die muss man ja nicht kaufen!)

das wollen wir gar nicht wissen –, das sieht kein Mensch mehr. Aber wir sind ja Gutmenschen. Wir haben es ja in Deutschland gelöst.

(Beifall bei der CDU sowie Abgeordneten der AfD und der FDP/DVP)

Das halte ich für eine Tierschutzpolitik, die auf dem Rücken der Tiere ausgetragen wird; denn gehalten werden diese Tiere. Wenn sie nicht in Deutschland gehalten werden, dann werden sie irgendwo anders gehalten. Gehalten werden sie, und wir können nicht einfach so tun, als wäre das nicht der Fall.

Deshalb plädiere ich für eine stringente Umsetzung. Ich bin sehr dafür, dass man die Freiräume erweitert, dass Kastenstände am Tierwohl ausgerichtet werden, dass die Haltung im Kastenstand auch begrenzt wird. Aber es ist doch vollkommen klar, Frau Kollegin Walker, dass eine Muttersau, die zweimal im Jahr ferkelt, aufgrund ihrer Größe und ihres Gewichts in den ersten Wochen Gefahr läuft, ihre Ferkel zu erdrücken. Das ist ein ganz normaler Vorgang. Das will man einfach durch diese Kastenstandhaltung vermeiden.

Jetzt ist es richtig, diese Zeit zu begrenzen – da bin ich auch sehr dafür – und die Kästen etwas größer zu gestalten. Aber sie müssen maximal so groß gestaltet werden, dass die Sau innerhalb einer gewissen Zeit keinen vollen Bewegungsspielraum hat.

Wenn diese Schweine – jetzt wird es etwas tierisch – dann rauschig sind, neigen sie in dieser Zeit dazu, andere zu verletzen. Auch in dieser Zeit müssen sie für eine gewisse Zeit fixiert werden; meist handelt es sich um zehn Tage. Das macht selbstverständlich auch im Interesse des Tierwohls Sinn. Es hat keinen Wert, nur mit menschlichen Maßstäben an das Tierwohl heranzugehen, wenn das Verhalten von Tieren zu beurteilen ist. Das ist der entscheidende Punkt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Diesen Fehler machen wir aber. Dieser Fehler wird zum Teil häufig gemacht,

(Abg. Anton Baron AfD: Das stimmt!)

dass Tierschutzgedanken und Tierschutzüberlegungen nach vermenschlichten Maßstäben angestellt werden. Tiere sind keine Menschen, sondern Tiere sind Tiere.

(Abg. Dr. Rainer Balzer AfD: „Tiere sind Tiere“!)

So muss man sie auch behandeln, und es hat keinen Wert, im Prinzip in allen Bereichen menschliche Maßstäbe an sie anzulegen.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Hat doch keiner gemacht!)

Herr Kollege Weber, Sie haben ein flammendes Plädoyer für den Tierschutz gehalten – für die SPD, die sich hierfür angeblich so vehement eingesetzt hat. Ich habe in der Zwischenzeit recherchiert: Es gab zwei Anträge dazu. Einer stammte vom Kollegen Gall und bezog sich auf das Thema „Mobile Schlachtungen“, und einer wurde von Ihrem Mandatsvorgänger, vom Kollegen Kopp,

(Abg. Jonas Weber SPD: Ich bin erst seit sechs Monaten da!)

zum Thema Tiertransporte eingebracht. Das war alles. Das waren die „Großtaten“ der SPD in dieser Legislaturperiode zu den Themen Tiertransporte und Tierschutz im Allgemeinen.

(Abg. Jonas Weber SPD: Bisher, Herr Hauk!)

Jetzt sagen Sie einmal, wo Sie sich beim Thema Tierschutz besonders hervorgetan haben – außer hier am Redepult.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und des Abg. Dr. Rainer Balzer AfD)

Und das waren noch nicht einmal Ihre Initiativen. Meine Damen und Herren, das ist sehr fadenscheinig.

Herr Kollege Hoher, vorhin stand hier der Kollege Glück und hat verkündet, die Freiheit für die Privatwaldbesitzer sei unerlässlich. Von denen hat zum Teil niemand einen Sachkundenachweis. Wer einen halben Hektar Wald oder dergleichen

(Minister Peter Hauk)

erbt, braucht anscheinend keinen Sachkundenachweis, der braucht auch keine Vorgaben.

(Abg. Klaus Hoher FDP/DVP: Doch, doch!)

– Nein, Herr Abgeordneter, das war die Rede von Herrn Kollegen Glück: Das brauche er alles nicht; der Waldbesitzer brauche Freiheit; das, was jetzt vorgesehen ist, sei alles Gängelung. Die FDP/DVP sagt, dass sie das auf keinen Fall mittragen könne und sie deshalb das Forstreformgesetz ablehne. Alles andere war ja gut, aber den neuen § 14 des Landeswaldgesetzes tragen Sie nicht mit, weil darin die Freiheit der Waldbesitzer eingeschränkt werde.

(Abg. Andreas Glück FDP/DVP meldet sich.)

Bei dem jetzigen Thema sagen Sie aber, die Gängelung der Tierhalter machten Sie mit. Dort, wo es im familiären Leben um den persönlichen Umgang mit Heimtieren geht, sind Sie dabei, an einer Gängelung mitzuarbeiten. Sie sind mir schöne Demokraten und schöne Liberale.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU)

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Herr Minister, es gibt den Wunsch nach einer Zwischenfrage vom demokratischen Abg. Glück.

(Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Was sind wir denn sonst, wenn wir keine Demokraten sind?)

**Minister für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz Peter Hauk:** Schöne.

(Zurufe von der CDU, u. a.: Schöne! – Einfach nur „schöne“!)

Bitte, Herr Glück.

**Abg. Andreas Glück FDP/DVP:** Herr Minister, wenn Sie mich schon direkt darauf ansprechen, gestatten Sie mir doch bitte die Zwischenfrage: Haben Sie vorhin eigentlich den Punkt überhaupt verstanden? Wenn Sie jetzt in § 14 festschreiben, was alles gemacht werden muss, dann fahren Sie damit auch den Vertragsnaturschutz an die Wand und können dementsprechend Dinge, die jetzt den Privatwaldbesitzern vergütet werden können, später nicht mehr vergüten. Verstehen Sie das nicht, oder was war da das Problem?

**Minister für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz Peter Hauk:** Ihr Einwand trifft schlichtweg nicht zu. Wir haben die Regelungen so ausgestaltet, dass diese Folgen gar nicht eintreten können.

(Abg. Klaus Hoher FDP/DVP: Oh!)

Entschuldigung, aber – keine Sorge! – wir sind nicht blöd. Wir können das in der Ausschussberatung des Gesetzentwurfs gern nachvollziehen.

Ich will nur sagen: Beim Forstreformgesetz sind Sie nicht bereit, Einschränkungen, die im Interesse des öffentlichen Wohls getroffen werden, mitzutragen, aber bei den Heimtieren wären Sie sofort bereit zu sagen: „Dort brauchen wir einen Sachkundenachweis.“ Das ist doch schizofren – Liberale, die an

jeder geeigneten Stelle die Freiheit des Menschen und des persönlichen Umfelds in den Vordergrund stellen.

(Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Und die Verantwortung!)

Sie sind bereit, die Grünen bei jeder Gelegenheit zu bezichtigen, sie würden im persönlichen Umfeld alles vorschreiben.

(Zuruf des Abg. Andreas Glück FDP/DVP)

Und hier sagen Sie: Da muss eine Vorschrift her; der Sachkundenachweis für die Heimtierhaltung muss gegeben sein.

(Zuruf des Abg. Andreas Glück FDP/DVP)

Meine Damen und Herren, ich sage Ihnen: Ich habe bei den Heimtieren eine klare Position dazu. Dort, wo von Heimtieren eine Gefahr ausgeht, muss der Staat Vorsorge treffen. Das haben wir in der Kampfhundeverordnung, die beim Innenministerium ressortiert – da ist sie auch gut und richtig aufgehoben –, getan.

Wir planen, eine weitere Einschränkung vorzunehmen, nämlich bei Tieren, die eine Gefahr für die öffentliche Ordnung darstellen können: Würgeschlangen, Skorpione, Giftspinnen und dergleichen mehr. Denn für das Halten dieser Tiere gibt es bisher nicht einmal eine Anzeigepflicht. Ich halte es für unverantwortlich, dass jeder solche Tiere in der Zoohandlung kaufen kann, aufziehen kann und dann theoretisch über die Toilette wegspülen kann und dann beispielsweise Würgeschlangen irgendwo in der Kanalisation auftauchen, aus Gullys herauskriechen und dann in einem Park „herumspringen“. Das hat man zum Teil ja schon erlebt. Meine Damen und Herren, ich glaube, das muss man abstellen. Das Halten solcher Tiere muss man etwas stringenter überwachen. Von ihnen geht eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit und Ordnung aus. Hier muss der Staat einschreiten.

Wer Katzen und Hunde hält, erwirbt – davon gehe ich aus – aus eigenem Interesse einen Sachkundenachweis. Ich schreibe ihn aber nicht von vornherein jedem Einzelnen vor.

Natürlich sehe auch ich jeden Tag, dass der Umgang der Menschen mit ihren Tieren nicht unbedingt immer tierschutzfreundlich ist. Ich sehe aber auch jeden Tag, dass der Umgang mit Kindern nicht immer kinderfreundlich ist.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Trotzdem wird niemand auf die Idee kommen, jedem Familienvater, jeder Familienmutter einen Betreuer auf den Hals zu hetzen, an die Seite zu stellen

(Zuruf des Abg. Jonas Weber SPD)

und sie unter staatliche Kuratel zu stellen. Das Prinzip ist, dass im privaten Sektor die Eigenverantwortung gilt und die Erwachsenen dort eine Eigenverantwortung wahrnehmen müssen – die Eltern für ihre Kinder und die Halter für ihre Tiere. Das kann man, glaube ich, auch erwarten. Das kann man auch verlangen. Ich glaube, da gibt es nicht unbedingt einen staatlichen Regelungsbedarf.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich will noch ankündigen, dass der nächste Tätigkeitsbericht der Stabsstelle der

(Minister Peter Hauk)

Frau Dr. Stubenbord im nächsten Vierteljahr für das Jahr 2018 vorliegen wird. Da sind wir dann schneller – das jetzt war wirklich dem Wechsel geschuldet, sodass zwei Jahre für den Bericht zusammenkamen. Dann wäre ich dankbar, wenn wir den Tätigkeitsbericht hier im Landtag zum Thema machen würden. Dann können wir uns gern über das Thema Tierschutz und über Tierschutzfragen strittig unterhalten.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der AfD)

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Meine Damen und Herren, gibt es noch Wortmeldungen zu Tierischem und Menschlichem? – Herr Kollege Weber für die SPD. Sie haben aber nur noch zehn Sekunden Redezeit. Da müssen Sie schon ziemlich schnell sein.

(Heiterkeit – Abg. Dr. Ulrich Goll FDP/DVP: Er müsste aber eine Verlängerung bekommen!)

**Abg. Jonas Weber** SPD: Vielen Dank. – Ich war ja der Kern Ihrer Rede, Herr Minister. Wenn Sie aber für faire Entlohnungen von Landwirten sind, dann muss der Europameister Deutschland weg von Billigfleisch in Discountern. Dann kriegen wir das auch hin.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Vereinzelt Beifall bei der CDU)

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Gibt es weitere Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall.

Dann kommen wir zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung des Antrags Drucksache 16/2006. Der Antrag ist ein reiner Berichtsantrag und kann für erledigt erklärt werden.

Punkt 7 der Tagesordnung ist damit erledigt.

Ich rufe **Punkt 8** der Tagesordnung auf:

**Große Anfrage der Fraktion der FDP/DVP und Antwort der Landesregierung – Warum verbessert sich die Situation im Rettungswesen nicht nachhaltig, obwohl die Landesregierung die Probleme kennt? – Drucksache 16/1991**

Auch hierzu hat das Präsidium für die Aussprache eine Redezeit von fünf Minuten je Fraktion und für das Schlusswort der die Große Anfrage stellenden Fraktion, also für die FDP/DVP, eine zusätzliche Redezeit von fünf Minuten festgelegt.

Es beginnt Herr Abg. Professor Dr. Goll für die FDP/DVP. – Bitte.

**Abg. Dr. Ulrich Goll** FDP/DVP: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich frage mich, ob es ein schlechtes Omen ist, dass Debatten über den Rettungsdienst immer so weit hinten auf der Tagesordnung stehen und damit zu einem späten Zeitpunkt geführt werden.

(Zuruf des Abg. Raimund Haser CDU)

Dass die Zeit schon etwas fortgeschritten ist, wird sich auch auf meine Redezeit auswirken. Ich habe gerade vorhin ge-

dacht: Auch Abgeordnete haben Schutz vor zu langen Reden verdient. Wir wollen glückliche Abgeordnete.

(Vereinzelt Heiterkeit – Beifall des Abg. Nico Weimann FDP/DVP)

Der Rettungsdienst ist ein ernstes Thema; keine Frage. Dieses Thema eignet sich meines Erachtens nicht für Polemik. Es ist ein Thema, bei dem viele Punkte völlig offenliegen und bei dem meines Erachtens auch klar ist: Wir müssen besser werden, und wir können besser werden.

(Beifall bei der FDP/DVP – Vereinzelt Beifall bei der AfD)

Warum müssen wir besser werden? Das liegt auf der Hand. Die Medizin entwickelt sich immer weiter. Wenn das medizinische Angebot aber nicht genutzt werden kann, weil die Menschen nicht rechtzeitig in den Bereich der Hilfe kommen, dann nützt die Verbesserung bei den Diagnose- und Therapieangeboten nicht so viel.

Die Ärzte machen uns gleichzeitig darauf aufmerksam, dass es bei vielen Leiden ganz wichtig ist, dass man „früh dran“ ist. Diese beiden Punkte ergänzen sich.

Übrigens: Ich habe den Eindruck, dass gerade die „schönsten“ Angebote, die wir heute in der Medizin haben – in Schlaganfallzentren, in anderen Einrichtungen –, davon abhängen, dass sie so schnell wie möglich genutzt werden. Nur dann können sie richtig zur Geltung kommen.

Deswegen müssen wir besser werden, und wir können auch besser werden. Da gibt es kein Vertun. Ein Ländervergleich ergibt, dass wir da Möglichkeiten haben, besser zu werden, dass es bei uns noch offenkundige Unzulänglichkeiten gibt. Diese Unzulänglichkeiten beziehen sich im Wesentlichen auf zwei Punkte: Wir haben zu wenige Rettungsfahrzeuge – wir haben übrigens auch zu wenige Fahrzeuge im Transport; wir reden heute aber über den Rettungsdienst –, und wir haben zu wenig Personal. Das sind – so glaube ich – die beiden heiklen Punkte.

Bei den Fahrzeugen – um dazu ein paar Sätze zu sagen – irritiert mich – ich habe in den letzten Jahren entsprechende Erfahrungen gemacht –, dass z. B. die Malteser, die bei mir in Sichtweite ihren Sitz haben, Jahr für Jahr gefragt haben: „Können wir nicht mitfahren? Wir kommen nicht ins System hinein.“ Ich muss allerdings sagen: Mittlerweile sind sie dabei. Aber das lief wahnsinnig zäh.

Der neueste Fall ist jetzt in Fellbach aufgekommen. Da gibt es einen privaten Anbieter namens Winkler, der schon vor einiger Zeit angeboten hat, im Rettungsdienst mitzufahren. Ich glaube, dass sich im Fall Winkler erst etwas bewegt hat, als dieser in der Zeitung stand und schließlich auch noch der SWR kam. Jetzt auf einmal wird anscheinend mit Herrn Winkler geredet. Wir können es uns im Grunde genommen nicht leisten, wir sollten es uns nicht leisten, dass jemand anklopft und sagt, er könnte ein Auto fahren – auch wenn es nur für eine Schicht am Tag ist –, man ihn aber nicht hineinlässt. Das geht nicht.

(Beifall bei der FDP/DVP)

(Dr. Ulrich Goll)

Das vermittelt insgesamt nicht gerade das Vertrauen, dass man entschlossen ist, richtig vorwärtszugehen. Vielmehr wird immer nur im Nachhinein gesagt: Ja, wir machen das. Wir haben jetzt einen Plan. Wir haben jetzt diesen oder jenen Standort geschaffen. – So hat man immer das Gefühl, es wird nicht richtig Druck nach vorn gemacht – immer noch nicht –, obwohl – das wird ja begrüßt – die Regierung das angekündigt hat, obwohl dort meines Erachtens die zuständige Abteilung im Innenministerium eine ordentliche Arbeit leistet. Der richtige Druck nach vorn fehlt bei der Frage: Wie kommen wir zu mehr Fahrzeugen?

Wir erwarten von der Landesregierung einfach ein Konzept, wie wir zu mehr Fahrzeugen kommen. Es gibt Andeutungen, durch die man auf die Idee kommt, dass man vielleicht ein paar private Anbieter in das System hineinlassen könnte. Das ist für uns kein Allheilmittel. Aber jedenfalls geht es nicht, jemanden abzulehnen, der da mitfahren will.

Kommen wir zum Personal. Da ist – so glaube ich – völlig klar, dass zu spät ausgebildet wurde, dass zu wenig ausgebildet wurde. Das hatte seine Gründe im Finanziellen, in bestimmten Streitigkeiten. Ich glaube, niemand kann bezweifeln, dass zu spät zum Notfallsanitäter ausgebildet wurde und wir deshalb heute zu wenige Notfallsanitäter haben. Wir haben immer noch zu wenige, obwohl mittlerweile der Deckel von 350 Auszubildenden angehoben worden ist.

Wir haben, wie gesagt, noch immer zu wenige Notfallsanitäter. Das führt zu Schichtausfällen. Mit anderen Worten: Da gibt es Autos, die fahren könnten, aber sie können dann doch nicht fahren, weil sie nicht besetzt werden können. Das sind offenkundige Unzulänglichkeiten. Eigentlich darf es die in einem Land wie Baden-Württemberg – in allem Ernst gesagt – nicht geben.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Jetzt gibt es eine Meldepflicht für Schichtausfälle. Vielleicht kann uns ja der Staatssekretär schon erste Zahlen nennen, wie viele Schichten da ausfallen. Ich fürchte, dass das eher Ergebnisse sein werden, die zu weiterem Handeln antreiben sollten.

Auch da könnte man ein bisschen mehr Fantasie erwarten. In dieser Geschichte wünschte man sich ein bisschen mehr Druck. Könnte nicht die Landesregierung bei der Anwerbung von neuen Notfallsanitätern mit einer Kampagne behilflich sein, irgendeine Unterstützung geben? Man hat irgendwie das Gefühl, es wird immer nur geklagt: Wir haben zu wenige, und es ist schwierig, Leute zu finden. Man hat aber nicht das Gefühl, dass richtig gegengesteuert wird.

Ich will auch positive Aspekte nicht weglassen. Wir haben z. B. eine Linderung der Personalsituation durch das Ersthelferkonzept. Das muss man eindeutig hervorheben. Das Ersthelferkonzept ist eine sehr gute und hilfreiche Sache. Aber es kann natürlich nicht alle Probleme lösen.

Hilfreich beim Einsatz des Personals wäre es natürlich auch, wenn man einmal dessen Kompetenzen erweitern würde. Die Notfallsanitäter werden eigentlich unter Wert tätig. Sie könnten mehr, dürfen aber nicht. Das verschärft natürlich auch bei uns die Situation, weil wir ja gerade auch noch einen Notärztemangel haben. Da, muss man sagen, liegt der Ball natürlich im Feld des Herrn Spahn.

Ich muss ganz offen sagen: Statt fragwürdiger Vorschläge, wie man zu mehr Organspenden kommt – diese Vorschläge sind meines Erachtens nicht erfolgsträchtig –, hätte ich von Herrn Spahn in den letzten Tagen lieber einmal gehört, dass man die Kompetenzen der Notfallsanitäter erweitert. Das würde uns sofort ein Stück weit helfen. Das kommt hoffentlich auch, aber da erwarten wir auch von der Landesregierung – da wird mir der Staatssekretär mit Sicherheit recht geben –, dass sie beim Bund entsprechend auf der Matte steht.

Nicht diskutieren möchte ich – deswegen nenne ich es nur am Schluss – über die Hilfsfrist. Über die Hilfsfrist sollten wir nicht diskutieren. Das wäre, glaube ich, eine ziemlich schämliche Geschichte. Ja gut, der Vorschlag stand schon mehrfach im Raum. Aber wenn wir über die Hilfsfrist diskutieren, dann höchstens in der Richtung, dass sie aus medizinischer Sicht kürzer werden müsste. Die Ärzte sagen uns ja, dass eine Frist von zehn Minuten eigentlich schon das längste ist, was tragbar ist – nicht eine Frist von 15 Minuten.

Lassen Sie uns an diesem ernsthaften Thema gemeinsam dranhängen. Ich habe vorhin gesagt, dieses Thema eigne sich nicht für Polemik. Die wollen wir hier auch nicht verbreiten. Aber wir wollen dieses Thema mit unseren regelmäßigen Initiativen schon in der Diskussion halten, weil es für die Menschen ein Thema ist, welches buchstäblich wirklich im Leben sitzt.

Danke schön.

(Beifall bei der FDP/DVP)

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Jetzt ist die Fraktion GRÜNE an der Reihe. – Frau Abg. Schwarz, bitte.

**Abg. Andrea Schwarz GRÜNE:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen! Die Anfrage zum Rettungsdienst ist bald zwei Jahre alt – zwei Jahre, in denen wir hier im Landtag, aber auch im Land mit den Beteiligten im Rettungsdienst gesprochen haben. Das Ergebnis ist nicht überraschend: Die Sachlage ist kompliziert, einfache Lösungen gibt es nicht. Aber dass etwas geschehen muss, das ist uns allen klar.

Die Lösungen für die Probleme des Rettungsdienstes liegen aber nicht nur in einem Ministerium; sie sind ressortübergreifend, sie sind intersektoral und schließen eben auch die Zivilgesellschaft mit ein. Gerade der Zivilgesellschaft fällt z. B. beim Herzstillstand eine Schlüsselrolle zu. In zwei, drei Minuten vor Ort zu sein, das schafft kein Rettungswagen. Die Betroffenen brauchen Hilfe aus dem nächsten Umfeld.

Eine Studie des ADAC zeigte zwar nun, dass die Helfer vor Ort in Bayern bis zu 5,2 Minuten vor dem Rettungswagen am Einsatzort sind und damit natürlich eine Entlastung bringen. Aber was auch stimmt: Nur einer von fünf Menschen in Deutschland kann eine Laienreanimation durchführen. Das sind schlichtweg zu wenige. In Frankreich sind es 35 % und in Norwegen sogar 63 %.

Unsere Aufgabe als Politiker ist es deshalb u. a. eben auch, diese Laienreanimation zu stärken, wie z. B. mit der Initiative „Löwen retten Leben“.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

(Andrea Schwarz)

Wir müssen den Menschen klarmachen: Auf euch kommt es an. Eure Reanimation rettet das Leben eurer Freunde und Verwandten.

Aber natürlich bestehen auch strukturelle Probleme im Rettungsdienst, die sich eben aus gesellschaftlichen Veränderungen ergeben. Für nachhaltige Lösungen, wie es die Anfrage der FDP/DVP fordert, brauchen wir jedoch Zeit. Natürlich könnte das Land morgen von oben herab vieles neu regeln und doppelt so viel Geld für Rettungsmittel bereitstellen. Die Frage, die sich mir dabei stellt, lautet: Wäre denn diese Lösung wirklich nachhaltig? Ich denke, nicht. Denn wer glaubt, dass mehr Rettungsmittel die Allheilsbringer sind, versteht die Ursachen der Probleme im Rettungsdienst nicht.

Ganz klar – das möchte ich nicht verschweigen –: Es gibt auch bestimmte Bereiche, die unterversorgt sind, weil eben Rettungswagen fehlen. Hier brauchen wir neue Rettungsmittel. Ich möchte aber auch betonen: Durch dieses Mehr an Fahrzeugen finden wir ja nicht automatisch mehr Personal, die Zahl der Anrufe nimmt nicht ab, die Fahrten ins Krankenhaus werden nicht kürzer, und nicht zuletzt bleiben die unklaren Hilfeersuchen vieler Menschen. Gerade diese unklaren Hilfeersuche unterhalb der Notfallschwelle stellen für den Rettungsdienst heute ein Problem dar. Wie helfen wir diesen Menschen? Sollen wir einen RTW schicken oder nichts tun? Wir alle kennen die Antwort aus der Praxis: Im Zweifelsfall wird ein RTW geschickt; denn es könnte doch etwas sein.

(Abg. Peter Hofelich SPD: Genau!)

Dabei müssen wir verstehen: Die Menschen rufen die 112 nicht aus Jux und Tollerei an, sondern weil sie ein subjektives Notfallempfinden haben.

Aber – das sage ich Ihnen ganz deutlich – auch diese Hilfeersuche müssen wir ernst nehmen. Dass ein RTW hier nicht immer die richtige Lösung darstellt, das ist uns allen klar.

Unsere Gesellschaft verändert sich. Diese Veränderungen müssen wir aufnehmen und nicht die Menschen, sondern die Strukturen dahinter ändern.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und des Abg. Ulli Hockenberger CDU)

Einstein sagte, man löse Probleme nicht mit derselben Denkweise, durch die sie entstanden sind. Deshalb haben wir Grünen ein Eckpunktepapier für Verbesserungen im Rettungsdienst verabschiedet und geben Antworten auf die sich verändernden Rahmenbedingungen. Wir sagen z. B., Leitstellen müssen zu echten Hilfezentralen weiterentwickelt werden. Gerade die Zusammenarbeit mit den Hausärzten und dem kasernenärztlichen Notdienst muss deutlich ausgebaut werden.

Vielleicht brauchen wir auch ein neues Berufsbild wie den Gemeindenotfallsanitäter – ich bin davon überzeugt, dass man dieses Berufsbild braucht –, der bei den Hilfsorganisationen angesiedelt ist. Er könnte bei unklaren Hilfeersuchen unterhalb der Notfallschwelle tätig werden und so die Rettungswagen entlasten. Dazu läuft übrigens derzeit ein Modellprojekt im Ammerland.

Wir müssen die Standorte der Rettungswachen landesweit planen. Wir brauchen ein Leitstellengesetz, ein onlinebasiertes

Bettennachweissystem und mehr Kompetenzen – Herr Goll, Sie haben es angesprochen – für die Notfallsanitäter und Notfallsanitäterinnen. Es gäbe noch vieles mehr zu erwähnen. Eine Aufzählung lässt mir die begrenzte Redezeit leider nicht zu.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, unsere Ideen und Verbesserungsvorschläge sind vorhanden. Nun geht es an die Umsetzung. Ich freue mich deshalb auf die politische Debatte, die uns in diesem Jahr im Rettungsdienst erwartet, und auf den konstruktiven Austausch hier im Parlament.

Danke.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Für die CDU bitte ich Herrn Kollegen Hockenberger ans Mikrofon.

**Abg. Ulli Hockenberger CDU:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben es gehört: Wir beschäftigen uns heute, rund zwei Jahre nach ihrer Einbringung, mit der Großen Anfrage der FDP/DVP. Einige Punkte, Herr Kollege Dr. Goll, ziehen sich sozusagen wie ein blau-gelb-magenta-farbener Faden durch die ganze Diskussion. Herr Kollege Hinderer, rote Fäden sind auch dabei, um damit ein Bild zu geben von den vielen Anfragen, die wir hatten und mit denen wir uns auseinandergesetzt haben.

Im Mittelpunkt der Diskussion geht es immer wieder um die Hilfsfrist. Wir wissen, dass die Hilfsfrist als solche kein Indikator für einen guten Rettungsdienst oder für eine gute Rettungsdienstleistung ist. Sie sagt über die Gesamtqualität eines Notfalleinsatzes nichts Abschließendes aus.

Dafür kommt es auf die gesamte Rettungskette an, vom Eingang der Notrufmeldung bis zur Einlieferung des Patienten ins Krankenhaus. Wir haben im Land reagiert, und mit der interdisziplinären, fachlich unabhängig besetzten Stelle zur trägerübergreifenden Qualitätssicherung im Rettungsdienst, kurz SQR-BW, gelingt es zunehmend, Verbesserungspotenziale für Einsatzabläufe aufzuzeigen.

Nachdem die häufigste Ursache für regelmäßige Ausfälle im Rettungsdienst Personalprobleme sind – wir haben es gehört –, will die Landesregierung jetzt mit einem engmaschigen Kontrollsystem dagegen vorgehen. Ich darf den Staatssekretär zitieren, der dazu nachher sicherlich noch Ausführungen im Detail machen wird:

*Wir wollen ab diesem Jahr zeitnah, nämlich monatlich, diese Auswertungen von den Leitstellen bekommen, so dass wir auch unmittelbar nachfragen können, inwieweit die Ursachenforschung betrieben wurde und Gegenmaßnahmen eingeleitet wurden.*

Wir haben auch gehört, welche Faktoren die Hilfsfrist belasten. Das sind zum einen die ständig steigenden Einsatzzahlen. Die Einsatzzahlen fressen das auf, was wir sozusagen an neuen Standorten, an neuen Fahrzeugen auf die Straße bringen.

Das hängt sicher auch damit zusammen – auch das ist erwähnt worden –, dass viele Menschen den Unterschied zwischen den Telefonnummern 110, 112 oder 116117 überhaupt nicht ken-

(Ulli Hockenberger)

nen. Sie wissen nicht, dass unter der Rufnummer 116117 sozusagen bundesweit rund um die Uhr ein Hausarzt zur Verfügung steht. Wenn das subjektive Empfinden so ist, wie es Frau Kollegin Schwarz beschrieben hat, und es auf diesem Weg zu lange dauert, wählt man eben die 112. Und wenn das wiederum nicht schnell genug geht, dann fahren die Menschen – das machen viele – in die Klinik zur Notfallaufnahme. Dort entsteht ein Stau, weil sie von Menschen aufgesucht wird, die dort eigentlich nicht hingehören.

Die Landesregierung macht sich Gedanken, wie man diese Situation verbessern kann. Das wäre z. B. dadurch möglich, dass man sich mit der Qualität der Leitstellendisponenten auseinandersetzt, dass man Notrufrufen standardisiert und strukturiert, um damit wirklich Grundlagen für die Entscheidung zu haben: Wen schickt man am sinnvollsten vor Ort?

Die Umstrukturierung der Krankenhauslandschaft und die Ausdünnung des ärztlichen Bereitschaftsdienstes sind weitere Gründe, die die Hilfsfrist belasten.

Was tut die Landesregierung? Es geht um eine bereichsübergreifende landesweite Planung und um die bedarfsgerechte Einrichtung für Vorhaltungen in der Notfallhilfe. Wir überprüfen die Leitstellenstruktur, überlegen, ob wir gegebenenfalls in einem Leitstellenstrukturgesetz darauf reagieren, wie sich die Situation verändert hat. Das Innenministerium ist an diesem Thema dran.

Die Ärztlichen Leiter Rettungsdienst sind installiert. Die Ausbildungskapazitäten für Notfallsanitäter wurden ausgebaut. Hierzu verweise ich ausdrücklich auf die Stellungnahme des Ministeriums für Soziales und Integration zu einem Antrag der SPD zu dieser Frage. Da geht es nämlich um Ausbildungskapazitäten und darum, dass man diese Kapazitäten vorübergehend erhöht hat.

Was die Kompetenz der Notfallsanitäter angeht, dürfen Sie sicher sein, dass die Landesregierung da auch in Richtung Berlin Druck macht. Sowohl die Minister Strobl und Lucha als auch Staatssekretär Klenk sind bei Bundesminister Spahn schon vorstellig geworden. Wenn ich an die letzten Verlautbarungen denke, glaube ich, dass das auch angekommen ist.

Wir müssen die Notfallsanitäter aus dem Konflikt zwischen unterlassener Hilfeleistung einerseits und Körperverletzung andererseits befreien. Sie sind ausgebildet, sie haben die Kompetenz. Sie können die Hilfsfrist entscheidend verkürzen und damit Reserven für das wichtige Gut Notarzt schaffen. Da muss etwas gehen. Und wenn nichts geht, machen wir ein eigenes Gesetz in Baden-Württemberg, wie das andere Bundesländer auch schon gemacht haben.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Auf die anderen Punkte, die Frau Kollegin Schwarz und Herr Professor Goll schon angesprochen haben – Helfer vor Ort –, möchte ich nur noch stichwortartig eingehen. Ich möchte auch darauf hinweisen, dass wir alle uns – sozusagen fraktionsübergreifend – in der Tat dagegen verwahren, was an den Unfallorten stattfindet. Wer gafft und rumsteht, soll wenigstens nicht im Weg stehen,

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

damit die Leute, die die Arbeit machen, vor Ort auch den Menschen, die Hilfe brauchen, helfen können. Behindern und beleidigen von Rettungsdiensten, das geht gar nicht.

(Beifall bei Abgeordneten aller Fraktionen)

Ich möchte mit einem Zitat aus dem Protokoll der 16. Sitzung des Landtags von Baden-Württemberg vom 9. November 2016 enden:

*Das Rettungswesen insgesamt ist eine wichtige Aufgabe. Das wissen nicht nur wir Abgeordneten, sondern das wissen auch die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes, sei es als Betroffener oder als Angehöriger eines Notfallpatienten, sei es als Mitglied einer der zahlreichen Hilfsorganisationen, namentlich ASB, DRK, Johanniter, Malteser, DLRG, Bergwacht, Feuerwehren und THW. Die Angehörigen dieser Hilfsorganisationen haben deshalb partiübergreifend unsere Unterstützung*

– sowie unseren Respekt und unseren Dank –

*verdient.*

Diese Aussage könnte von mir sein. Sie ist aber von meinem Kollegen Siegfried Lorek. Ich widme ihm dieses Zitat heute, weil er gestern Vater geworden ist.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU sowie Abgeordneten der Grünen, der SPD und der FDP/DVP)

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Frau Abg. Wolle, bitte, für die AfD.

**Abg. Carola Wolle** AfD: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! In steter Regelmäßigkeit ist das Thema Rettungsdienst Gegenstand von Anträgen und Debatten. Mindestens ebenso oft berichten Medien über offensichtliche Defizite. Eine Reform oder, besser gesagt, eine Korrektur folgt der anderen.

Glaubt man der Landesregierung, wird immer alles besser. Doch der Tenor der Presseberichte wie auch der Parlamentsanfragen ist stets derselbe: Die Hilfsfristen im Rettungsdienst werden nicht eingehalten. Dies scheint sich trotz aller Beschwichtigungen der Landesregierung nicht zu ändern.

Die landesweite Recherche des SWR hat bereits 2018 für Aufsehen gesorgt. Demnach wohnen ca. 40 % der Bevölkerung in Baden-Württemberg in Gebieten, die bei Notarzteinsätzen nicht innerhalb der vorgeschriebenen Hilfsfrist erreicht werden. Bei der Aktualisierung der letztjährigen Studie hat sich gezeigt, dass sich die damals ermittelten Einsatzzeiten vielerorts sogar noch verschlechtert haben.

Um den betroffenen Rettungsdienstbedürftigen rechtzeitig wirksame Hilfe leisten zu können, halten Notärzte eine Hilfsfrist von maximal zehn Minuten für unabdingbar. Im Gesetz über den Rettungsdienst wird diese Frist blumig formuliert: möglichst nicht mehr als zehn, höchstens aber 15 Minuten.

Aber noch nicht einmal diese 15 Minuten werden in Teilen unseres Landes eingehalten. Der von der FDP/DVP angeregte Blick über die Landesgrenzen macht daher durchaus Sinn.

(Carola Wolle)

Trotz aller Unterschiede im Detail scheint die Notfallversorgung dort deutlich besser zu funktionieren.

In Hessen gilt beispielsweise eine Hilfsfrist von zehn Minuten. Zwar hat auch Hessen Schwierigkeiten, diese zehn Minuten einzuhalten,

(Zuruf des Abg. Reinhold Gall SPD)

aber es sind eben zehn Minuten. Kann es daran liegen, dass die Aufgaben der Zentralen Leitstellen in Hessen an die kreisfreien Städte und Landkreise übertragen wurden? Haben wir in Baden-Württemberg ein grundsätzliches, ein strukturelles Problem?

Auf Druck der Öffentlichkeit geht die Landesregierung endlich diese Missstände im Rettungswesen an. Doch während in Baden-Württemberg notleidende Patienten vergeblich auf Rettungswagen warten, beginnt die Landesregierung, über eine Reform des Rettungswesens nachzudenken, welche frühestens in den nächsten Jahren zu Verbesserungen führen wird. Diese Maßnahmen kommen für viele Betroffene deutlich zu spät. So musste der Bruder unseres geschätzten Kollegen Thomas Palka 23 Minuten auf den Rettungswagen warten. Sein Sohn führte 23 Minuten eine Herzdruckmassage aus. Eine Woche später starb der Bruder von Thomas Palka.

Ob eine Reform des Rettungswesens tatsächlich gelingt, hängt insbesondere von den Rahmenbedingungen ab. Schon in der erwähnten Studie des SWR wurde deutlich, dass es im Rettungsdienst nicht nur an Personal mangelt, sondern insbesondere daran, dass das vorhandene Personal überlastet, mäßig bezahlt und daher frustriert ist. Für Neueinsteiger ist dieser Beruf zunehmend sehr unattraktiv. Wenn sich im Rettungswesen nicht Wesentliches ändert, wird auch die Aufwertung dieses Berufs zum Notfallsanitäter daran nichts ändern, außer dass sie eine Verlängerung der Ausbildungszeit mit sich bringt.

Die Pläne zur Schließung von Krankenhäusern im ländlichen Raum verschärfen die Situation voraussichtlich noch. Schon jetzt haben die Rettungsdienste auf dem Land tendenziell längere Anfahrtswege. Werden Abteilungen und Kliniken geschlossen, sind die Hilfsfristen dort keinesfalls mehr einzuhalten.

Der Rettungsdienst ist Bestandteil der medizinischen Grundversorgung. Die Landesregierung hat sicherzustellen, dass diese bestmöglich und reibungslos funktioniert – und das möglichst schnell und nicht erst in ferner Zukunft; denn in letzter Konsequenz geht es, wie man an dem Tod des Bruders von Thomas Palka gesehen hat, um Menschenleben. Daher: Handeln Sie!

(Beifall bei der AfD)

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Herr Abg. Hinderer, bitte, für die SPD.

**Abg. Rainer Hinderer** SPD: Frau Präsidentin, meine werten Kolleginnen und Kollegen! Frau Kollegin Schwarz, Herr Kollege Hockenberger, Sie haben jetzt beide noch mal darauf hingewiesen, dass diese Anfrage und die Antwort zwei Jahre alt sind. Sie haben auch noch mal die Probleme aufgefähert, die wir im Rettungsdienst haben. Aber Sie haben uns nicht gesagt, warum eigentlich nichts passiert und was passieren soll-

te. Wir müssen einfach festhalten: In den letzten zwei Jahren ist substanzuell nichts Erkennbares geschehen.

(Abg. Carola Wolle AfD: Genau!)

Dabei ist die Versorgung der Bevölkerung mit dem Rettungsdienst in einem Notfall natürlich ein wichtiges Thema, das vor Ort eine große Rolle spielt. Es wird in vielen Fällen sehr emotional diskutiert. Aber wir wissen um die Probleme im Rettungsdienst sowohl in Strukturfragen – Leitstellenstruktur, Trennung von Notfallrettung und Krankentransport – als auch bei der Einhaltung der gesetzlichen Hilfsfristen oder auch bei der Bearbeitung eines Notrufs. Deshalb ist es wichtig, dass wir uns auch heute wieder im Landtag mit diesem Thema befassen.

Herr Professor Dr. Goll, auch wenn die Anfrage von Ihrer Fraktion ist: Für uns ist die Privatisierung nicht das Mittel der Wahl; denn wir haben unter Innenminister Gall in der letzten Legislaturperiode mit der Novellierung des Rettungsdienstgesetzes schon den Grundstein für die Verbesserung der Notfallversorgung gelegt. Ausgangspunkt war die Überlegung, dass zukünftig der gesamte Einsatzablauf, also die Rettungskette, berücksichtigt werden soll.

(Zuruf: Das war ein Fehler!)

– Das war kein Fehler. – Wir haben ein Qualitätssicherungssystem landeseinheitlich gesetzlich verankert, wir haben das Helfer-vor-Ort-System, das ja bereits mehrfach gelobt wurde, gesetzlich verankert, wir haben die Rechtsaufsicht der unteren Verwaltungsbehörden über den Bereichsausschuss gestärkt und insofern durchaus erste Schritte in die Wege geleitet.

Auch Grün-Schwarz hat erkannt, dass im Rettungsdienstbereich weitere Veränderungen erforderlich sind. Sie haben im Koalitionsvertrag festgehalten, dass es notwendig ist, die Leitstellenlandschaft der integrierten Leitstellen für Feuerwehr und Rettungsdienst zu überprüfen, und Sie haben angekündigt, Möglichkeiten einer landesweiten Leitstellenkonzeption zu entwickeln.

Der Prozess hat begonnen – das ist ja auch gut so –, allerdings liegen die Eckpunkte der Lenkungsgruppe Leitstellenstruktur nun schon seit dem 6. Dezember 2017 vor. Doch bis heute ist nicht klar, ob und, wenn ja, wann das Rettungsdienstgesetz novelliert wird oder ob es ein eigenes Leitstellengesetz gibt und welche Vorschläge umgesetzt werden.

Gestern haben wir von Minister Lucha schon die Antwort auf die Frage nach der Verordnung für den Drogenkonsumraum bekommen: „Gut Ding will Weile haben.“ Vielleicht ist es auch beim Rettungsdienstgesetz oder beim Leitstellengesetz so. Allerdings wäre es schon hilfreich, wenn wir einmal einen Zeitplan auf den Tisch bekommen würden. Wir meinen: Es tut sich zu wenig, und es dauert zu lange.

Ich kann es eigentlich auch nicht so richtig nachvollziehen, dass der Innenminister an dieser Stelle nicht richtig Gas gibt. Die Reform des Rettungsdienstes wäre doch auch ein Thema, bei dem sich im Gegensatz zu vielen, vielen anderen Themen, die wir jetzt auch in den letzten Tagen gehört haben – Diesel-fahrverbot, Klimaschutz, gerade auch Tierschutz –, die Koalitionäre einmal einig sein könnten. Oder täusche ich mich? Die Eckpunkte, wie gesagt, liegen auf dem Tisch, und ich den-

(Rainer Hinderer)

ke, sie sollten auch nicht an den Widerständen einzelner Interessengruppen und Verbandsvertreter scheitern.

Letzter Satz noch zum Thema Luftrettung. Auch da ist man sich im Grundsatz einig, dass es im Land mehr Standorte für Rettungshubschrauber geben muss. Aber auch hier sind die Ergebnisse eines Strukturgutachtens erst Ende 2019 zu erwarten. Wir gehen davon aus, dass die Umsetzung dann auch hier wieder viel Zeit in Anspruch nehmen wird. Ich befürchte, deshalb wird sich im Jahr 2019 im Rettungsdienstbereich nicht mehr viel tun, lasse mich aber gern positiv überraschen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Dann darf ich Herrn Staatssekretär Klenk ans Redepult bitten.

**Staatssekretär Wilfried Klenk:** Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Kollege Dr. Goll, es ist kein schlechtes Omen. Sie wissen ja, ich war vor meiner Zeit im Innenministerium mal Sozialpolitiker. Deshalb bin ich daran gewöhnt, dass solche Themen immer am Ende der Tagesordnung aufgerufen werden.

Aber ich sage Ihnen: Das Thema Rettungsdienst – egal, was wir verändern, auch in Zukunft – unterliegt nicht nur in Baden-Württemberg, sondern überhaupt einer ständigen Optimierung. Auf der anderen Seite sage ich auch in aller Deutlichkeit: Wir können nicht immer von Selbstverwaltung reden, doch dann immer wieder hoffen, dass von staatlicher Seite alles reguliert wird.

Ich glaube, wir sind uns aber in einem Punkt einig: Im Mittelpunkt unserer Diskussion, der Entwicklung sollte immer der Patient stehen. Deswegen ist auch die Hilfsfristdiskussion nicht alles. Ich sage Ihnen auch: Ich habe keine Lust – das habe ich im Herbst 2018 einmal mitgemacht –, mich mit irgendwelchen Fristen aus dem Vorjahr auseinanderzusetzen.

Deshalb habe ich gesagt: Ich möchte, dass wir über die Einhaltung dieser Fristen – darüber diskutieren wir schon ein paar Tage; das wissen wir – künftig monatlich unterrichtet werden, ohne dass wir im Ministerium die Arbeit derjenigen machen, die dafür verantwortlich sind. Aber wir müssen es trotzdem mal tun. Denn mit der monatlichen Vorlage erkenne ich: Handelt es sich um strukturelle Probleme – das sehe ich nicht, wenn ich einen Wert über das ganze Jahr bekomme –, oder habe ich in einem Monat einen guten Wert und in einem anderen Monat einen nicht akzeptablen Wert? Im letztgenannten Fall geht es an die Ursachenforschung: Warum hatte ich in diesem Monat einen schlechten Wert?

Jetzt sollte man eines nicht tun, nämlich diese Hilfsfristen – ich sage es noch einmal; sie sind nicht alles – mit denen in anderen Ländern mit einer anderen Rettungsdienstgesetzgebung zu vergleichen. Hessen wurde angesprochen. Dort hat man zehn Minuten, das ist schon richtig – aber nicht in 95 % der Fälle, sondern in 90 %.

(Zuruf der Abg. Carola Wolle AfD)

Andere wiederum nennen die Durchschnittswerte. Wollen Sie einmal die Durchschnittswerte für Baden-Württemberg hö-

ren? Sie liegen zwischen sieben und acht Minuten. Wir sagen: In 95 % der Fälle müssen wir diese Fristen einhalten.

Nun bin ich aber auch ehrlich zu Ihnen: Das haben unsere Kollegen vor Jahrzehnten einmal als Gesetzgeber geregelt, indem sie gesagt haben: Wir schaffen für die Hilfsfrist eine Bandbreite von zehn bis maximal 15 Minuten. Ob wir das in Zukunft so halten werden, dessen bin ich mir nicht sicher. Ich bin jetzt auch kein Freund mehr davon; denn unsere Kollegen, die dies damals beschlossen haben, haben gedacht: In Ballungsräumen muss das oberste Ziel sein, diese zehn Minuten einzuhalten. Es gibt aber auch Bereiche, in denen ich Glück haben muss, wenn ich die 15 Minuten einhalten kann.

Nur: Insbesondere auch die Kostenträgerseite hat die Zehn-Minuten-Frist nie interessiert. Sie sagten immer: „Man darf unterm Strich 15 Minuten brauchen.“ Deshalb sage ich: Lassen Sie uns gemeinsam darüber nachdenken, ob wir das so beibehalten.

Nun haben wir – das will ich aber heute nicht zur Diskussion stellen – in Baden-Württemberg eine doppelte Hilfsfrist: für den Rettungswagen und den Notarzt. In Deutschland haben 14 der 16 Länder keine doppelte Hilfsfrist. Sie haben eine Frist. Auch darüber könnte man vielleicht einmal diskutieren.

(Abg. Petra Krebs GRÜNE: Genau!)

Weiter wurde angesprochen, man müsse die gesamte Rettungskette betrachten, die sogenannte Golden Hour. Dabei liegen wir in Baden-Württemberg bei 46 Minuten, also eine Viertelstunde darunter.

(Abg. Carola Wolle AfD: 46?)

– 46 Minuten, bis der Patient einer adäquaten, qualifizierten Versorgung in einer – der Sozial- und Gesundheitsminister ist hier – entsprechenden Klinik zugeführt worden ist. Ich denke, darauf können wir stolz sein.

Auch die Helfer vor Ort wurden angesprochen.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Ja!)

Ihre Fristen gehen nicht in die Hilfsfrist ein; aber wenn wir sie nicht hätten, dann wäre die Reanimation tatsächlich ein Riesenproblem.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Eine tolle Einrichtung!)

Sie sind zum Teil nach drei bis fünf Minuten vor Ort, und wir haben dies von den Hilfsorganisationen und den Feuerwehren über das ganze Land verteilt.

SQR-BW wurde angesprochen, die Stelle zur trägerübergreifenden Qualitätssicherung im Rettungsdienst Baden-Württemberg. Diese möchte ich gern noch mit zusätzlichen Aufgaben aufwerten. Wir wollen künftig den Rettungsdienst landesweit planen, nicht mehr über einzelne Bereiche, sondern bereichsübergreifend, um hierbei mehr Effizienz zu erreichen.

Vom Landesausschuss für den Rettungsdienst ist bereits ein digitales Versorgungsnachweissystem beschlossen worden, was Klinikabmeldungen betrifft. Darüber sind wir auch im Gespräch mit dem Kollegen Lucha, denn wir müssen hier die

(Staatssekretär Wilfried Klenk)

Krankenhäuser einbinden. Die Diskussion darüber haben wir hier vor einigen Monaten ebenfalls geführt, damit die Rettungsdienste bzw. die Leitstellen nicht vergebens auf die Suche nach geeigneten Kliniken gehen müssen, sondern mit einem Blick eine entsprechende Übersicht haben.

Auch die Meldepflicht für Schichtausfälle wurde angesprochen. Damit löse ich natürlich kein Problem; das ist auch klar.

(Abg. Dr. Ulrich Goll FDP/DVP: Erfassen! – Zuruf der Abg. Petra Krebs GRÜNE)

Aber ich erfasse es und kann nachhaken. Wie es in jedem Beruf üblich ist – selbst im Krankenhausbereich –, steht z. B. bei einer Grippewelle oder Ähnlichem nicht genügend Personal zur Verfügung. Das sind aber Ausnahmesituationen. Wenn wir aber auch hier feststellen, dass dies über längere Zeiträume der Fall ist, müssen wir ernsthafte Nachforschungen betreiben – deshalb die Meldepflicht und eine einheitliche Dokumentation.

Was haben wir erreicht? Lieber Kollege Hinderer, es ist schon einiges passiert. Sie haben Punkte angesprochen, die umgesetzt wurden, und Punkte – ich schaue gern zum Kollegen Gall –, die seinerzeit angestoßen wurden.

Nehmen wir den Krankentransport: Er hatte bislang keine auskömmlichen Tarife. Es gab Tarife von 35 € oder 40 € für bis zu 50 km Entfernung mit einem Krankenwagen, mit zwei qualifizierten Mitarbeitern besetzt. Selbst wenn es 60 € sind: Da brauchen wir uns nicht zu wundern, wenn keine Organisation und kein Privater Interesse daran haben, solche Fahrzeuge in entsprechender Zahl – es ist ein freier Markt; das möchte ich betonen – zur Verfügung zu stellen.

Da haben wir durch Moderation durch unser Haus mit den Kostenträgern erreicht, dass es inzwischen auskömmliche Tarife gibt, auch mit einem Nachtzuschlag, sodass nachts ein KTW, also ein Krankentransportwagen, zur Verfügung steht, weil dieser wiederum die Notfallrettung entlastet. Es müssen nicht alle mit einem RTW transportiert werden.

Wir haben auch einen Zuschlag für Hygienemaßnahmen ausverhandelt. Das heißt, dass – die Zahl der Patienten, die mit Infektionskrankheiten transportiert werden, nimmt auch von Jahr zu Jahr zu – die Rettungsorganisationen bzw. die Anbieter auch die anschließenden Desinfektionsmaßnahmen finanziert bekommen. Diese haben bislang denselben Tarif – den Tarif, den ich vorhin genannt habe – bekommen, obwohl deren Einsatz im Schnitt drei Stunden gedauert hat. Damit locken wir niemanden hinter dem Ofen hervor; darüber sind wir uns, glaube ich, einig.

Wir haben in den vier Regierungsbezirken die Ärztlichen Leiter Rettungsdienst installiert, die ärztliche Kompetenz in die einzelnen Bereiche wirken lassen. Das ist ein positives Signal.

Wir werden ein Telenotarztprojekt in Angriff nehmen, sodass die Rettungsdienstmitarbeiter vor Ort mit einem Notarzt, der in einer Leitstelle seinen Sitz hat, korrespondieren können.

Wir sind dem Landtag dankbar dafür, dass bereits im Nachtragshaushalt die entsprechenden Mittel zumindest mal für die Pilotphase zur Verfügung gestellt wurden.

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Herr Staatssekretär, lassen Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Dr. Schweickert zu?

**Staatssekretär Wilfried Klenk:** Ja, gern.

**Abg. Dr. Erik Schweickert FDP/DVP:** Herr Klenk, vielen Dank für das Zulassen der Zwischenfrage. – Ich bin selbst viele Jahre als Rettungssanitäter Einsätze gefahren. Vor vier Wochen habe ich als „Dritter“ noch einmal eine Zwölfstundenschicht mitgemacht. Da bekommt man mit, wie das Thema Notfallkompetenzen gehandhabt wird.

Sie haben gerade die Einrichtung vom Ärztlichen Leiter Rettungsdienst in den vier Regierungspräsidien angesprochen. Wie wollen wir denn hinbekommen, dass so jemand – – Deswegen ist meine Frage: Wie ist die Stelle ausgestattet? Wie soll sie beaufsichtigt werden?

Wir wollen doch, dass die Notfallsanitäter, dass das Rettungsdienstpersonal mehr Maßnahmen vor Ort, auch mehr ärztliche Maßnahmen, sage ich mal, durchführen kann. Dann brauchen wir auch keine doppelte Hilfsfrist, dann reicht eine einfache, weil man dann z. B. weiß, dass die Schmerzmittelgabe ausreicht.

Wie wollen Sie es hinbekommen, dass so jemand in einem Regierungsbezirk die Verantwortung übernimmt, indem er den ganzen Mitarbeitern im Rettungsdienst im Prinzip bescheinigt: „Ja, ihr dürft das tun“, und nachher den Kopf hinhält? Ist gesichert, dass das nachher kommt? Denn ich glaube, es ist evident wichtig, dass die Notfallmaßnahmen vor Ort gestärkt werden. Da sehe ich noch nicht, wie eine Etablierung auf Ebene der Regierungspräsidien dafür sorgt, dass diese Kompetenzen dann auch tatsächlich vor Ort weitergegeben werden.

**Staatssekretär Wilfried Klenk:** Lieber Kollege Schweickert, dafür ist diese Stelle auch nicht gedacht, sondern dafür, ärztliche Kompetenz, eine gleiche Qualifikation, Qualitätsstandards über das ganze Land zu erreichen. Das ist von staatlicher Seite so vorgesehen. Das entbindet aber die am Rettungsdienst teilnehmenden Organisationen nicht davon, eigene Ärztliche Leiter vorzuhalten, die, was auch arbeitsrechtliche Maßnahmen angeht, gegenüber ihrem Personal gewisse Freigaben erteilen können.

Jetzt lassen Sie mich aber einen Sprung machen. Es wurde schon das Notfallsanitätergesetz angesprochen. Dieses Gesetz ist 2014/2015 in Kraft getreten. Jetzt haben wir 2019. Damit die Notfallsanitäter künftig die erworbenen Qualifikationen anwenden können, muss der Bund – nicht die Länder, auch wenn das manche tun; das ist aber rechtlich mehr als grenzwertig – das Betäubungsmittelgesetz und das Heilpraktikergesetz entsprechend ändern. Da können wir von Länderseite nicht genügend Druck machen. – Kollege Lucha ist gerade nicht anwesend. Das liegt ja bei uns in der Zuständigkeit des Sozialministeriums. – Die 16 Länder – hierzu gibt es auch einen Beschluss der Innenministerkonferenz – wirken hier auf den Bund ein, dass diesen Mitarbeitern endlich die entsprechenden Kompetenzen zugeschrieben werden.

Aber ich verhehle nicht, dass auch hier – bundesweit, möglicherweise auch in Baden-Württemberg – Lobbygruppen un-

(Staatssekretär Wilfried Klenk)

terwegs sind, denen es überhaupt nicht gefällt, dass die Notfallsanitäter erweiterte Kompetenzen erhalten sollen.

(Beifall des Abg. Thomas Blenke CDU)

Wir werden da also noch einmal beim Bund nachhaken.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU)

Das Luftrettungsgutachten haben wir in Auftrag gegeben, Ergebnis Ende 2019. Im Gegensatz dazu ist zum bodengebundenen Rettungsdienst vom EuGH am 21. März verkündet worden, dass die Hilfsorganisationen weiterhin den Rettungsdienst betreiben dürfen – das heißt, dass ihnen das vorbehalten ist –, dass auch unser Rettungsdienstgesetz Baden-Württemberg europarechtlich konform ist.

Anders sieht es bei der Luftrettung aus. Wir müssen die Vorhalteleistungen der Luftrettung künftig ausschreiben, was das Gutachten erbringen soll. Wir werden die Richtigkeit aller Standorte überprüfen, werden auch überprüfen, ob es eine 12- oder eine 24-Stunden-Besetzung sein wird. Dann werden wir das zielstrebig angehen, müssen aber, wie gesagt, diese Leistung dann ausschreiben.

Die Rufnummer 116117 ist eine bundesweite Vorgabe, sodass man jederzeit ärztliche Hilfe über diese Nummer holen kann. Wir haben sie in Baden-Württemberg in unseren Integrierten Leitstellen schon eingeführt. Es muss jetzt aber auch zusammen mit der Ärzteschaft besprochen werden, welche weiteren Aufgaben noch dazukommen.

Kollege Hockenberger hat das Thema Gaffer angesprochen. Da läuft gerade eine Bundesratsinitiative von baden-württembergischer Seite, damit die Menschen, die die Arbeit des Rettungsdienstes, der anderen Hilfsdienste und der Polizei blockieren, härter bestraft werden können.

(Zuruf von der CDU: Sehr gut!)

Ich sage: Wir müssen diejenigen, die diese Dienste leisten – das ist eine nicht ganz einfache Aufgabe, ein nicht ganz einfacher Beruf –, im Rahmen unserer Möglichkeiten unterstützen. Was ich in meiner aktiven Zeit in diesem Bereich nie erlebt habe, ist heute an der Tagesordnung, und zwar flächendeckend. Zu meiner aktiven Zeit herrschte nie Personalnot. Die Zeiten haben sich aber geändert. Wir haben keinen Zivildienst mehr. Wartesemester dürfen inzwischen nur noch beschränkt – Sie kennen das Urteil des Bundesverfassungsgerichts – auf die Zulassung für Anwärter des Medizinstudiums angerechnet werden. Das alles waren überwiegend junge Frauen und Männer, die sich im Rettungsdienst engagiert haben, um diese Zeit sinnvoll zu überbrücken. Das fällt alles weg. Der Arbeitsmarkt – das wissen wir alle – ist, so schön das auf der einen Seite ist, leergefegt. Deshalb tun sich die Hilfsdienste im Moment auch sehr schwer, geeignetes Personal zu bekommen.

Was private Anbieter im Rettungsdienst angeht, die auch immer wieder ihre Angebote machen, kann ich Ihnen sagen: Wenn ein Bereichsausschuss vor Ort eine Vorhalterweiterung beschließt, dann ist diese zeitnah umzusetzen. Wenn die im Rettungsdienst tätigen und von uns im Gesetz genannten Organisationen dies nicht zeitnah können, dann muss man über

Kooperationen nachdenken. Wenn auch das nicht funktioniert, dann müssen wir gegebenenfalls andere Wege beschreiten.

Nur, lieber Kollege Goll, abschließend: Wenn ein privater Anbieter in Fellbach ansässig ist und dort seine Rettungswache hat und seine Dienste anbietet, dann nützt er dem Bereich vor Ort relativ wenig, wenn die Vorhaltung in Welzheim oder in Murrhardt erweitert werden soll. Die müssen halt auch eine entsprechende Flexibilität mitbringen. In diesem Sinn muss man alles etwas genauer und detaillierter anschauen.

Im Sinne der Patientinnen und Patienten, aber auch der im Rettungsdienst Tätigen sollen wir unseren Weg zielstrebig weiterverfolgen. Da bedanke ich mich auch für die Unterstützung des Parlaments. Es wird möglicherweise auch nicht alles ohne gesetzliche Änderungen, aber auch nicht ohne finanzielle Mittel gehen.

Ganz herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der CDU sowie Abgeordneten der AfD, der SPD und der FDP/DVP)

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich sehe jetzt keine weiteren Wortmeldungen. Damit ist die Große Anfrage besprochen und Punkt 8 der Tagesordnung erledigt.

Ich rufe jetzt noch die **Punkte 9 bis 15** der Tagesordnung auf:

#### **Punkt 9:**

**Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Inneres, Digitalisierung und Migration zu der Mitteilung der Landesregierung vom 4. März 2019 – Information über Staatsvertragsentwürfe; hier: Erster Staatsvertrag zur Änderung des Vertrags über die Errichtung des IT-Planungsrats und über die Grundlagen der Zusammenarbeit beim Einsatz der Informationstechnologie in den Verwaltungen von Bund und Ländern – Vertrag zur Ausführung von Artikel 91 c GG – Drucksachen 16/5891, 16/5909**

**Berichterstatter: Abg. Rainer Stickelberger**

#### **Punkt 10:**

**Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen zu der Mitteilung der Landesregierung vom 26. Februar 2019 – Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags; hier: Denkschrift 2014 des Rechnungshofs zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes Baden-Württemberg – Beitrag Nr. 17: Umgang der Steuerverwaltung mit den elektronischen Lohnsteuerbescheinigungen – Drucksachen 16/5814, 16/5890**

**Berichterstatter: Abg. Emil Sänze**

#### **Punkt 11:**

**Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen zu der Mitteilung der Landesregierung vom 11. Dezember 2018 – Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags; hier: Bericht über die Finanzhilfen**

(Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz)

**des Landes Baden-Württemberg für die Haushaltsjahre 2015 bis 2017 (Subventionsbericht) – Drucksachen 16/5379, 16/5888**

**Berichterstatter: Abg. Joachim Kößler**

**Punkt 12:**

**Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Wissenschaft, Forschung und Kunst zu der Mitteilung der Landesregierung vom 19. Februar 2019 – Information über Staatsvertragsentwürfe; hier: Entwurf eines Staatsvertrags über die Hochschulzulassung – Drucksachen 16/5771, 16/5867**

**Berichterstatterin: Abg. Nese Erikli**

**Punkt 13:**

**Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft zu der Mitteilung des Ministeriums für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft vom 8. März 2019 – Unterrichtung des Landtags in EU-Angelegenheiten; hier: Reflexionspapier der Kommission: Auf dem Weg zu einem nachhaltigen Europa bis 2030 – Drucksachen 16/5881, 16/5943**

**Berichterstatter: Abg. Andreas Glück**

**Punkt 14:**

**Beschlussempfehlungen und Berichte des Petitionsausschusses zu verschiedenen Eingaben – Drucksachen 16/5922, 16/5923, 16/5924, 16/5925**

**Punkt 15:**

**Beschlussempfehlungen und Berichte der Fachausschüsse zu Anträgen von Fraktionen und von Abgeordneten – Drucksache 16/5884**

Gemäß § 96 Absatz 5 der Geschäftsordnung stelle ich die Zustimmung entsprechend dem Abstimmungsverhalten in den verschiedenen Ausschüssen fest. – Sie sind damit einverstanden.

Der unter **Punkt 16** aufgeführte Tagesordnungspunkt

**Kleine Anfragen**

hat sich erledigt, da alle für die heutige Plenarsitzung relevanten Kleinen Anfragen beantwortet wurden.

Damit sind wir am Ende der heutigen Tagesordnung angelangt und treffen uns am Mittwoch, dem 8. Mai 2019, um 9:00 Uhr wieder.

Ich wünsche einen guten Heimweg und schließe die Sitzung.

**Schluss: 17:39 Uhr**